

PAPERS

MURAT ÇAKIR

NEO-OSMANISCHE TRÄUME

ÜBER DAS WERDEN EINER REGIONALMACHT

ARTIKELSAMMLUNG

MURAT ÇAKIR

NEO-OSMANISCHE TRÄUME

ÜBER DAS WERDEN EINER REGIONALMACHT

Artikelsammlung

Impressum:

V.i.S.d.P.: Murat Çakır

Die Reihe Paper erscheint unregelmäßig und wird herausgegeben von der

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

www.rosalux.de

Diese Publikation kann kostenfrei unter <http://www.rosalux.de/publikationen.html> heruntergeladen werden.

INHALT

Vorwort	5
Die Türkei: Auf dem Weg nach Europa?	7
Die Türkei: Der neue Bodyguard Europas?.....	10
Kerneuropa weiter auf Expansionskurs – Wer am Ende des Beitrittsprozesses die Demokratisierung der Türkei erwartet, täuscht sich	15
Die EU, die Türkei und die Macht der Generäle.....	16
Völkermorddebatte und die Politik der Linken	20
Die türkische Realität	22
Geboren: 1954, Verstorben: 1915	24
Soldat, wohin des Weges? – Über die Gefahren der neuen türkischen Krise.	26
Am Rande des Abgrunds – Über die Hintergründe der neuesten türkischen Krise ...	31
Die Türkei hat gewählt	35
Aus der Krise in die Krise? – Über die Hintergründe der vorgezogenen Wahlen	37
Krise und Krise	41
Strada del Inferno – Die Eskalation des Kurdenkonflikts	44
Im Gleichschritt in die Katastrophe?	46
Handlanger des Neoliberalismus in islamischen Gewändern – Über die ökonomischen und sozialen Hintergründe der Krise des politischen Systems in der Türkei	50
Die imperialen Gelüste der »Neo-Osmanen«	55
Die linke Tragödie – Eine Polemik über den »türkischen Sozialismus«	60
Referendum, Boykott und die »Demokratische Republik«	63
Das türkische Trauma – Über die Ängste und Tabus der türkischen Gesellschaft	65
»Die strategische Imperative« - Die Beziehungen der deutsch – osmanisch/ türkischen Staaten vom 19. Jahrhundert bis in die Anfangszeit der NATO	68
Nichts wird so sein wie früher – Über die anstehenden Parlamentswahlen und die aktuelle Entwicklung in der Türkei	77
Parlamentswahlen in der Türkei – Wahlabendanalyse: AKP gewinnt – Linksbündnis triumphiert!	81
Parlamentswahlen in der Türkei: Gesellschaftliche Allianzen »von oben« und »von unten« - Von Anne Steckner und Corinna Trogisch	84
Von der AKP-Hegemonie zur AKP-Diktatur? – Die Türkei nach den Parlamentswahlen	98
Die Konsolidierung des Regimes – Über den Machtkampf der türkischen Eliten	104
Die Luft ist schwer wie Blei! – Über die aktuelle Kriegspolitik der türkischen Regierung	106
Der Scheidungskrieg – Über die Hintergründe der aktuellen israelisch-türkischen Krise	109
Fragen und Antworten zur Libyenpolitik der Türkei	121
Psychologische Kriegsführung – Oder; die Lust der türkischen Intellektuellen an der Züchtigung der kurdischen Bewegung	126
Auf dem Weg zur »Kongress-Partei« - Historischer Schritt für eine vereinigte Linke in der Türkei	129
Nachwort – Eine selbstkritische Nachbetrachtung	132
Glossar.....	138

VORWORT

Murat Cakir ... stellt in diesem Band in chronologischer Reihenfolge eine beträchtliche Auswahl seiner Schriften vor, die teils in deutschen und türkischen Tageszeitungen, vor allem in der Monatschrift Sozialismus erschienen sind. Die in dem Band zusammengefassten Arbeiten beziehen sich auf das gesamte Spektrum türkischer Politik. Sie behandeln das Verhältnis der Türkei zu den USA und Europa, die Frage wer oder was ist die von der AKP regierte Türkei, und, nicht zuletzt, was bedeutet die kurdische Frage für eine demokratische Entwicklung nicht nur in der Türkei sondern des gesamten Nahen Ostens – einschließlich Israels.

Cakir geht es im Kern seiner Überlegungen um die zentrale Frage nach Frieden. Diese verfolgt er im regionalen wie im weltpolitischen Kontext. Im Vordergrund steht jedoch die Suche nach einer friedlichen Lösung des inneren Konflikt zwischen Kurden und der Regierung der Türkei, ist diese doch eng verbunden mit der europäischen Zukunft der Türkei und letztlich auch der Friedensfähigkeit Europas – wenn denn die Türkei europäischer Partner werden sollte. Frieden bleibt bei dieser Sichtweise nicht beschränkt auf zwischenstaatliche Beziehungen oder auf ethnische Konflikte, Frieden wird viel umfassender begriffen als Abschaffung von Ausbeutungsverhältnissen.

Damit wird eine wichtige Dimension thematisiert, die in den gängigen Analysen ausgeblendet bleibt: Die (islamistische) AKP verfolgt ein konsequent neoliberales Programm. Trotz aller anti-islamischer Hysterie in Europa macht sie gerade dies zu einem wichtigen und, so scheint es, so verlässlichen Partner der EU, die in ihrem Lissabon-Vertrag den Neo-Liberalismus zum zentralen Programmpunkt für die EU gemacht hat. Es ist eben wohl keine Ironie der Weltgeschichte, wenn das Bekenntnis zum Neo-Liberalismus nach den Revolten in der arabischen Welt die »gemäßigten« Islamisten in Marokko, Tunesien und Ägypten und wohl erst recht in Libyen plötzlich als die neuen, verlässlichen, weil »demokratischen« (= marktwirtschaftlich orientierten?) Partner erscheinen lässt, wenn sie denn nur ein Minimum an formalen demokratischen Spielregeln einhalten. Eine geradezu prophetische Sicht? Eher nicht: Cakir liefert eine Strukturanalyse, aus der die Konkordanz der Interessen offensichtlich wird.

Es sind die historisch gewachsenen geo-strategischen und kapitalistisch-imperialistischen Interessen und Paradigmen, die erklären, welches die »neo-osmanischen« Visionen der AKP sind und welche Kontinuitäten die westliche Politik andererseits bestimmen. Herausgearbeitet werden in den verschiedenen Beiträgen die tieferen Zusammenhänge, die jene Konkordanzen der politischen Prioritätensetzung bestimmen, die den herrschenden Eliten der EU ebenso zu eigen sind wie der Führung der AKP und des türkischen Militärs: Sicherung des neo-liberalen Wirtschaftsmodells und der mit ihm verbundenen genuinen Eigeninteressen – so etwa dem militäreigenen Wirtschaftsunternehmen OYAK – auf türkischer Seite und der regionalen Absicherung der ökonomischen Dominanz der EU.

Verdienstvoll ist die tiefgründige Analyse der türkischen Parlamentswahlen von 2011 von Anne Steckner und Corinna Trogisch, die in den Band aufgenommen wurden und neben einer soliden Analyse der türkischen Gesellschaft und Ökonomie facettenreich die Berührungspunkte zwischen linken Kräften und den Forderungen der Kurdinnen und Kurden herausarbeiten. Überhaupt stellt die Kurden-Frage den roten Faden dar, der die verschiedenen Beiträge verbindet. Dabei wird das Kurdenproblem nicht auf seine ethnische Dimension reduziert, sondern erscheint als Schlüssel zum Demokratie-Problem der Türkei. Aus dieser Sicht werden die Forderungen der Kurden und ihrer Führung untersucht und führen in konsequenter Argumentation zur Frage des Verhältnisses der Türkei zu den immer beschworenen Werte der EU: der Demokratie.

Als Defizit der hier zu einem stringent argumentierenden Konvolut versammelten Beiträge mag man empfinden, dass die Kurden-Problematik, die letztlich aus dem Versagen der Pariser Vorortkonferenzen

zen nach dem 1. Weltkrieg resultiert, nicht unter dem Aspekt der nationalistischen Bestrebungen der Kurden in all den Ländern des Nahen Ostens behandelt wird, in denen die Kurden mehr oder weniger wichtige Minderheiten bilden. Andererseits ist es gerade das Demokratie-Argument, das die Perspektive eröffnet, die Minderheitenproblematik nicht nur in der Türkei sondern in der ganzen Region zu lösen: Diese Lösung basiert dann nicht mehr auf der Anerkennung und möglichen Verwirklichung nationaler Besonderheiten oder nationalistische Forderungen, sondern auf der rechtlichen und politischen Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger in einem demokratischen und rechtsstaatlich verfassten Staat.

Die schon früh (S. 67) formulierte These, dass »die Freiheit des kurdischen Volkes der einzige Schlüssel für eine Zukunft der türkischen Gesellschaft (ist), um frei von Ängsten und Tabus in Frieden leben zu können«, findet hier nochmals ihre Niederschlag. Die Chance hierfür liegt, so Cakir, in der säkularen Verfasstheit des größten Teils der kurdischen Bewegung, in der gerade die Frauenbewegung eine prägende Kraft darstellt und in den Konzepten demokratischer und basisorientierter Selbstverwaltung. Genau hier setzt auch die am Schluss der Zusammenstellung verfasste Selbstkritik des Autors an: Gerade deshalb und auf solcher Grundlage fordert er auch eine kritische Auseinandersetzung mit der PKK. Und Cakir schließt die hier präsentierte Zusammenstellung seiner Analyse mit einer bedenkenswerten Selbstkritik: In früheren Betrachtungen vor allem des Verfassungsreferendums vom September 2010 und der repressiven Maßnahmen der AKP im Rahmen der Ergenekon-Prozesses sei auch er »in die Falle der AKP getappt«: Wie viele Linke habe er sich für die Verhaftungswellen begeistert und dabei übersehen, dass diese Teil der systemischen Willkürjustiz des Landes waren. Die Schlussfolgerung daraus: Ohne Rechtsstaatlichkeit, die auch für den politischen Gegner gelten muss, kann es keine funktionierende Demokratie geben.

Genau dies muss sich die Linke als Frage stellen und als Herausforderung begreifen. Diese Schlussfolgerung gilt nicht nur für die Türkei: Sie ist Auftrag für linke Politik schlechthin, muss diese sich doch konsequent an humanistischen Grundwerten orientieren. Die vorliegende Sammlung von Aufsätzen hilft nicht nur, die türkische Gesellschaft, das kurdische Problem und das System der AKP zu begreifen, sie ist auch ein Lehrstück für linke Politik schlechthin.

*Prof. Dr. Werner Ruf
Edermünde, im Dezember 2011*

DIE TÜRKEI: AUF DEM WEG NACH EUROPA?

AUS: SOZIALISMUS, HEFT 11/2004

Der inzwischen als wahrscheinlich angesehene EU-Beitritt der Türkei ist sicherlich eines der umstrittensten Themen in Sachen EU-Erweiterung. Es ist ein Thema, der insbesondere in Deutschland von innenpolitischen und wahltaktischen Überlegungen überlagert wird. Gerade der vor kurzem zurückgezogene Plan der CDU-Chefin Angela Merkel, eine Unterschriftenaktion gegen den EU-Beitritt der Türkei durchzuführen, hat gezeigt, wie sensibel die Frage »Türkei« ist.

All zulange haben insbesondere die Konservativen mit der abweisenden Haltung und der Argumentation, dass der Beitritt der Türkei »problematisch, kaum durchsetzbar und von der Mehrheit der Bevölkerung nicht gewollt ist« bei dem Wahlvolk punkten wollen. Solange die Türkei ihre »Hausaufgaben« in Sachen Demokratie und Menschenrechte nicht gemacht hatte, also der eventuelle Beitritt noch in ferne lag, war das schielen auf die xenophoben Ängste der gesellschaftlichen Mitte stimmträchtig.

Kann es jetzt sein, dass ausgerechnet der islamistisch - neoliberale Premier Recep Tayyip Erdogan seinen christlichen Freunden einen Strich durch die Rechnung macht? Der türkische Premier hält nichts von der CDU-Offerte, eine »privilegierte Partnerschaft« einzugehen und pocht auf volle Mitgliedsrechte. Immerhin wird ihm von Brüssel aus bescheinigt, die Kriterien für den Beginn der Beitrittsverhandlungen erfüllt zu haben. Der »Fortschrittsbericht« von EU-Erweiterungskommissar Verheugen belegt, dass in Sachen »Türkei - Politik der EU« eine Wende schon beschlossen ist. Insofern können wir davon ausgehen, dass der EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2004 ein Beschluss über den Beginn der Beitrittsverhandlungen herbeiführen wird.

WARUM DIESE WENDE IN DER TÜRKEI - POLITIK DER EU?

Trotz der Wahlkampfgetöse ist es auch der Union bewusst, dass ein Beitritt der Türkei für die neudefinierten »Interessen Europas« ein Zugewinn ist. Es wäre keine Binsenweisheit zu behaupten, dass eine CDU/CSU geführte Bundes-

regierung die politische Strategie von Günter Verheugen mit aller Kraft unterstützen würde. Denn für die Interessen der werdenden Weltmacht EU hat die Türkei unverzichtbare Vorteile.

Zum einen ist die geschichtliche Entwicklung der Republik Türkei sehr eng mit der europäischen Geschichte verbunden. Schon der Republikgründer Mustafa Kemal legte die strategische Route gen Europa fest. So wurde das »Erreichen eines Niveaus der europäischen Zivilisation« eine Konstante im außenpolitischen Handeln des türkischen Staates. Das war mehr als eine Propagandalosung. Deshalb wurde die Türkei 1952 Mitglied der NATO und stellte schon 1959 den Antrag auf EWG-Mitgliedschaft. Hieraus kann man ersehen, dass der Prozess der »Europäisierung der Türkei« eine 45-jährige Geschichte hat.

Zum anderen hat die Türkei eine für die EU eine unschätzbare geostrategische Bedeutung. Als eine ausgreifende Regionalmacht im südöstlichen Vorfeld Europas verfügt sie Einfluss über eine Gegend, die für die Interessen der EU immer wichtiger wird. Auf der einen Seite wird die Türkei zum Energieumschlagplatz, von dem aus die Gas- und Erdölreichtümer des kaspischen Beckens und des Kaukasus auf den Weltmarkt befördert werden. Gleichzeitig spielt sie eine führende Rolle bei der Aufstellung der wirtschaftlichen Kooperation der Schwarzmeer-Küstenstaaten und kaukasischen Nachbarländern. Mit dem großen Südanatolienprojekt (mehrere Staudämme und Wasserwerke auf Euphrat und Tigris) hat die Türkei ein immens wichtiges strategisches Gut. Auf der anderen Seite ist sie aber eine Militärmacht, die nach den USA und Israel größere Erfahrungen im »Warmen Krieg« nachweisen kann und Ansprüche in dem Dreieck »Naher Osten - Balkan - Kaukasus« stellt. Sie ist willens und fähig, ihre nationalen Herrschaftsansprüche gegen die Gegner im eigenen Lande und in den Nachbarstaaten durchzusetzen. Ihre militärische Gewaltmaschinerie konnte sie erfolgreich für die Konsolidierung der Staatsmacht nach innen einsetzen. Mit Militäraktionen im In- und Ausland, mit einer restriktiven

und aggressiven Innenpolitik sowie glaubwürdigen Kriegsandrohungen gegen Nachbarländer konnte die Türkei die sensible »Kurdenfrage« einer genehmeren »Lösung« zuführen.

Diese Vorteile machen die Türkei für die EU - Interessen unverzichtbar, aber zeigen zugleich auf den Interessenkonflikt zwischen der USA und der EU. Denn die Türkei ist ein wichtiger strategischer Partner der USA. Es besteht eine Partnerschaft, die durch die Kooperation mit Israel verstärkt ist und für die dominante Position der USA im Nahen Osten und Kaukasus eine wichtige Rolle spielt. Aus diesem Grund betont die USA stets ihre »vitalen Interessen« an der Türkei. Hier entsteht der Interessenkonflikt zwischen der USA und der EU. Denn auch die EU möchte die »türkische Macht« für ihre Interessen nutzbar machen. Hierbei soll die Türkei als Regionalmacht insbesondere eine »stabilisierende Rolle« übernehmen. Denn aus europäischer Sicht sind der Nahe Osten und der Kaukasus Orte der »Instabilität«, in denen die USA und Russland größeren Einfluss geltend machen können, als die EU. Deshalb tritt die EU bewusst in Konkurrenz zu den Ansprüchen der USA und Russlands und möchte mit dem Beitritt der Türkei ihren grenzüberschreitenden Einfluss ausdehnen.

DER DIPLOMATISCHE KAMPF UM DIE TÜRKEI

Der am 6. Oktober 2004 in Brüssel veröffentlichte »Fortschrittsbericht« der Europäischen Kommission macht deutlich, dass der diplomatische Kampf um den Status der Türkei im vollen Gange ist. Aus dem Bericht ist herauszulesen, dass die EU sowohl sich, als auch die Türkei für die Mitgliedschaft herrichten will. Der sogenannte »Heranführungsprozess« wird dazu genutzt. Dieser soll aber gleichzeitig dazu dienen, die in den vergangenen Jahren aus innenpolitischen »Sachzwängen« heraus geförderten Ängste in der europäischen Bevölkerung abzubauen. So wird beispielsweise für den Beginn der Beitrittsverhandlungen der »Ausschluss einer Zuwanderung türkischer Arbeitskräfte in die EU« als Grundvoraussetzung gestellt. Das, was als »Beruhigung der skeptischen Teile der Bevölkerung« gedacht ist, soll auch Zeit verschaffen. Zeit, in der unter einem Damoklesschwert der »Möglichkeit die Beitrittsverhandlungen jeder Zeit abbrechen zu können« die ökonomischen und politischen Anpassungsbedürfnisse, welche die Türkei zu erfüllen hat, zu diktieren.

Doch einfach scheint es nicht zu werden. Denn die Türkei ist ein sehr selbstbewusster Beitrittskandidat. Sie weiß die Konkurrenz zwischen der USA und der EU, aber auch innerhalb der EU-Mitgliedsländer für sich auszunutzen, um ihren Status in der EU entscheidend zu verbessern. Es

scheint, dass insbesondere bei dem von der Türkei gestellten Anspruch, an den Konsultations- und Entscheidungsmechanismen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) direkt beteiligt zu werden, die EU noch immer große Probleme sieht. Es ist offensichtlich, dass die Türkei nicht nur ein einfaches Mitglied werden möchte, sondern zugleich das Aufsteigen zum mitentscheidenden Subjekt der europäischen Politik beabsichtigt. Dieser Anspruch auf einen »angemessenen Status innerhalb der EU« ist der Grund für die Widersprüche innerhalb der (größeren) EU-Mitgliedsländer. Hier sollte auch die Motivation für die Haltung der Unionsparteien gesucht werden. Ob diese Widersprüche bei dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs ausgeräumt werden können, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Aber eins steht schon jetzt fest: am 17. Dezember 2004 wird der Beginn der Beitrittsverhandlungen offiziell beschlossen.

WELCHE TÜRKEI IN WELCHER EU?

Das ist hier die eigentliche Frage. Die Türkei hat entgegen der Aussagen in dem »Fortschrittsbericht« in Sachen Demokratisierung, Menschenrechte und sozialer Sicherheit ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht. Die gesetzlichen Reformen, welche als »Erfüllung von Kriterien von Kopenhagen« dargestellt werden, sind reine kosmetische Korrekturen, die sich bei der Umsetzung als Farce zeigen werden. Noch immer sind Tausende von politischen Gefangenen inhaftiert, Folter ist immer noch auf der Tagesordnung und jeglicher außerparlamentarischer Widerstand wird mit polizeilichen Mitteln abgewürgt. Obwohl die Militärgerichtsbarkeit gesetzlich aufgehoben ist, wird insbesondere in den Kurdengebieten mit ähnlichen Mitteln Recht gesprochen. Auch die Fragen der sozialen Sicherungssysteme, freie Wahl von gewerkschaftlichen Interessenvertretungen in den Betrieben, das Tarifrecht u.v.m. werden weiterhin als Felder der »Nationalen Sicherheitspolitik« angesehen.

In diesem Zusammenhang muss auch die türkische Verfassung betrachtet werden. Wenn die Türkei mit dieser Verfassung als Mitglied aufgenommen würde, wäre sie der erste Mitgliedsstaat, in dem eine absolute Machtkonzentration der militärischen Struktur über die Außen- und Sicherheitspolitik verfassungsrechtlich und institutionell verankert ist. Die EU-Kommission und die Vertreter des Kerneuropas scheint das nicht zu kümmern. Denn zu keiner Zeit wurde diese Tatsache moniert. Verfassungsänderungen in Sachen Privatisierung, Liberalisierung und Grenzöffnungen werden gefordert, aber nicht die Teile der Verfassung, die den Einfluss der Armee in der türkischen Staatspolitik ermöglichen. Wenn

Ausdehnungsinteressen im Vordergrund stehen, dann braucht die EU diese »stabilisierenden Regionalmachthaber«.

Aber schon eine oberflächliche Betrachtung zeigt die Brisanz des Themas auf: Die türkische Verfassung fundamementiert das heute gültige »Nationale Sicherheitssystem« der Republik. In dem Zentrum dieses »Nationalen Sicherheitssystems« stehen der Chef des Generalstabs sowie die Organisation des Generalsekretariats des Nationalen Sicherheitsrates, der dem Generalstab unterstellt ist. Eben diese verfassungsrechtliche Struktur ermöglicht die absolute Machtkonzentration in den Händen der Militärs. Diese Machtposition geht über die Beschlüsse der Regierung in der Außen- und Sicherheitspolitik hinaus und greift in die Umsetzungsverfahren aller staatlichen Organe ein. Der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates ist verfassungsrechtlich befugt, in alle Bereiche des politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens einzugreifen und der zivilen (!) Regierung Sanktionsmaßnahmen zu diktieren.

Diese Befugnisse des Nationalen Sicherheitsrates sind durch den Artikel 118 der Verfassung festgeschrieben. Die Präzisierung erfolgte durch das Gesetz Nr. 2945 vom 9. November 1983 und hat heute noch Gültigkeit. Gemäß §1 Abs. b des Gesetzes wird die nationale Sicherheitspolitik wie folgt definiert: »Die Nationale Sicherheitspolitik des Staates beinhaltet die Gesamtheit der durch das Kabinett im Rahmen des vom Nationalen Sicherheitsrates zu Nationaler Sicherheit und zu Erreichung von nationalen Zielen festgesetzter Meinung beschlossene Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik«. So wird bestimmt, dass jegliche Regierungen ihre Innen-, Außen- und Verteidigungspolitik im Rahmen der »von dem Nationalen Sicherheitsrat festgesetzten Meinung« zu gestalten haben.

Welche Ziele diese »festgesetzte Meinung« verfolgt, wurde im November 1997 von der türkischen Generalität in einem strategischen Dokument dargestellt: »Das Ägäische Meer, Schwarzmeer und Mittelmeer haben für die Türkei lebenswichtige Bedeutung. Das Kaspische Meer, der persische Golf, das Rote Meer sowie das atlantische Umfeld des Gibraltars sind Interessengebiete der türkischen bewaffneten Kräfte«. Hier werden Parallelen zu den jeweiligen Interessen der USA und der EU deutlich. Für die militärische Struktur, aber auch für die Freier der Regionalmacht ist die Beibehaltung der Entscheidungskompetenz im türkischen Staat unumgänglich. Mit den Instrumenten der Verfassung, verschiedener Gesetze und dem Argument »Nationale Sicherheit« wurde diese Entscheidungskompetenz weiter ausgebaut.

Dass gerade einer offensichtlich islamistischen Regierung von der »laizistischen« Generalität kein Stein in den Weg gelegt werden, ist kein Widerspruch in sich. Alle etablierten Parteien in der Türkei, insbesondere die Partei des heutigen Regierungschefs, haben den Zustand der geteilten Entscheidungskompetenz im Staate weitgehend akzeptiert. Abgesehen davon hat die türkische Generalität mit ihrer institutionalisierten und herausragenden Stellung, zu allen Bereichen politische Positionen zu definieren und diese auch durchzusetzen, keinerlei Gründe die von ihnen kontrollierten Islamisten öffentlich zu diskreditieren. Im Gegenteil: Premier Recep Tayyip Erdogan hat mit seiner absoluten Mehrheit im türkischen Parlament beste Voraussetzungen die auch von den Militärs favorisierte neoliberale Wirtschaftspolitik schnell und ohne Gegenwehr umzusetzen. So gesehen kann behauptet werden, dass zwei vermeintliche Gegenpole dabei sind, die zukünftige Ausrichtung der Türkei als Regionalmacht sowohl für die USA als auch für die EU als unverzichtbar festzuschreiben.

Die vermeintlichen Anforderungen in Sachen Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit für eine EU-Mitgliedschaft werden in Form von kosmetischen Operationen im Gesetzeswerk erfüllt. Für die Beruhigung der skeptischen Teile der europäischen Bevölkerungen reicht das vollkommen aus, spielt aber bei den eigentlichen Überlegungen für eine EU-Mitgliedschaft keine wesentliche Rolle. Denn auch die EU ist im Umbruch. Nicht die soziale, friedliche Europa wird ausgebaut, sondern ein Europa des Neoliberalismus und Militarismus. Mit rasanter Geschwindigkeit soll eine EU-Verfassung durchgeboxt werden, welche die neoliberale Konzeption einer Wirtschafts- und Sozialordnung zum Verfassungsrang erhebt und die Mitgliedsländer zur Aufrüstung und Teilnahme an »präventiven Kriegen« verpflichtet. Eine Türkei mit einer derartigen Verfassung kann den Weltmachtinteressen Kerneuropas nur willkommen sein.

Doch es steht außer Frage, dass weder eine solche Türkei, noch eine solche EU den Interessen der europäischen Gesellschaften, zu denen die türkische Gesellschaft gehört, dienlich sein kann. Für die progressiven Kräfte müsste das Ziel die Schaffung einer friedlichen und sozialen Europas sein, in der Strategien, die mit den USA entwickelt werden keinen Platz haben. Bei der Frage des türkischen EU-Beitritts müssten sich deshalb alle Diskussionen an diesem Ziel orientieren. Nicht mehr, nicht weniger.

DIE TÜRKEI: DER NEUE BODYGUARD EUROPAS?

AUS: SOZIALISMUS, HEFT 2/2005

Am 17. Dezember 2004 hat der EU-Gipfel in Rom den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschlossen. Nun beginnt ein Prozess, der 12 bis 15 Jahre dauern und ergebnisoffen geführt werden soll. Die europäischen Staats- und Regierungschefs begründeten diesen Schritt mit den »ureigenen Interessen Europas«. Dieser Beschluss habe wirtschaftliche und soziale, aber auch geopolitische Gründe. Eine erfolgreiche Heranführung der Türkei an die EU wäre nicht nur für die wirtschaftlichen Aussichten, sondern insbesondere für sicherheits- und verteidigungspolitischen Interessen Europas ein unermesslicher Gewinn. Jetzt gelte es, sowohl die Türkei als auch die EU für diesen Beitritt herzurichten.

In der Türkei wurde dieser Beschluss wie ein bedeutender Sieg gefeiert. Weil ein großer Teil der türkischen Gesellschaft mit dem Beitritt die Hoffnung hegt, am Tafel der Europäer etwas von deren Wohlstand, ihren bürgerlichen Demokratie und den sozialen Standards abzubekommen, wird von den türkischen Medien ein Bild der EU gepflegt, als ob Zustände wie in den siebziger Jahren herrschen würden.

So war es keine Überraschung, als der zum Neoliberalen konvertierte islamistische Premier Recep Tayyip Erdogan am 18. Dezember 2004 in Ankara wie ein siegreicher Feldherr empfangen wurde. Im Einklang mit den Traditionen der staatstragenden Kräfte hatte er vor den europäischen Staats- und Regierungschefs wie ein Löwe gekämpft und sich durchgesetzt. Was sind schon dagegen 12 oder 15 Jahre, was der Heranführungsprozess? Wenn der Wille da ist, dann klappt das auch mit der europäischen Integration. Dass mit den Beitrittsverhandlungen über Jahre hinaus weitere wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Umwälzungen diktiert werden, scheint die politischen und wirtschaftlichen Eliten nicht besonders zu beeindrucken. Wie auch dieser Prozess zu Ende gehen mag, die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Eliten werden zu den Gewinnern zählen.

IST DER »KRANKE MANN AM BOSPORUS« GENESEN?

»Die Türkei ist nicht mehr der kranke Mann am Bosphorus, sondern eine wirtschaftlich und

militärisch starke Regionalmacht, die den islamischen Ländern in Sachen Demokratie und Wirtschaftswachstum ein gutes Beispiel bietet.« (Recep T. Erdogan im staatlichen Fernsehen) In der Tat; die Türkei ist eine ausgreifende Regionalmacht mit Führungsansprüchen geworden. Ein Land, die sehr selbstbewusst ihre geostrategischen Vorteile zu nutzen weiß. Ein Land, dessen Bevölkerung ausgesprochen jung ist und dessen Wachstumsdynamik deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt. Alles Vorteile, die die Türkei für eine vom Kapital dominierte EU höchst interessant machen. Doch, ist der »kranke Mann am Bosphorus« wirklich genesen? Hat das auch von europäischen Kommentatoren viel gepriesene Wirtschaftswachstum (in 2002 7,6 Prozent und 2003 4,5 Prozent) der Bevölkerungsmehrheit etwas genutzt? Wagen wir einen kurzen Rückblick.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei ist im engen Zusammenhang mit der seit 1980 wütenden neoliberalen Politik und den Diktaten der IWF, der Weltbank und der WTO zu betrachten. Die letzten 25 Jahre wurden wesentlich von drei aufeinander folgenden Phasen bestimmt. Die erste Phase war die Liberalisierung des Außenhandels (1980 – 1988), welches mit einem immensen Lohndumping einherging. Dem folgte die Phase der Liberalisierung der internationalen Kapitalbewegungen in den Jahren 1989 bis 1993. Finanzkrisen und Destabilisierung in den Jahren 1994 bis 1999 waren dessen Ergebnis. Und 1999 begann Zeitgleich mit der Regierungskrise der Neuordnungs- und Umstrukturierungsprozess.

Die Vereinbarung mit dem IWF in 1999 war der Auftakt zu diesem Prozess. Die Vereinbarung war für sechs Monate geschlossen worden und sah weitreichende Strukturreformen vor. Danach sollte ein »Beistandsabkommen« unterschrieben werden. Die Voraussetzungen dafür waren: 1.) die Gründung einer Bankenaufsicht und Beginn einer Finanzkonsolidierung, mit der die angehäuften Schulden der Banken zu tilgen waren, 2.) die Novellierung der Sozialgesetze, 3.) eine Verfassungsänderung für die Zulassung internationaler

Schiedsverfahren und 4.) Abbau von Agrarsubventionen. Im November 1999 wurden diese Vorgaben erfüllt.

Das »Beistandsabkommen« mit dem IWF wurde dann 2000 unterschrieben. Dieser für 3 Jahre verfasste Abkommen fußte auf zwei Säulen: ein mittelfristiges Stabilitätsprogramm und weitere Strukturreformen. Doch schon im ersten Jahr vertiefte sich die Krise, so dass die Vertragsfrist auf 5 Jahre verlängert werden musste. Die einzige Veränderung an diesem sog. »Stabilitätsprogramm« wurde 2001 mit der Einführung der »flexiblen Wechselkursen« vorgenommen. Seither wird an dieser Finanzpolitik, in dessen Zentrum die strikte Ausgabendisziplin steht, eisern fortgeführt.

Welche Auswirkungen diese Politik für die Bevölkerung hat, verdeutlichen die neuesten Zahlen des Statistischen Instituts der Republik Türkei (DIE). Danach lag die Armutsgrenze in der Türkei Ende 2004 bei 1.562.000.000,- Türkische Lira. Wenn man die Wechselkurse vom 10. Januar 2005 als Basis nimmt, bedeutet das 850,- EUR im Monat. Laut DIE liegen die monatlichen Einkommen von rund 3 Millionen Haushalten (etwa 12 Millionen Menschen) über 850,- EUR. Über einem Einkommen unter der Armutsgrenze verfügen dagegen 15 Millionen Haushalte, d.h. nach DIE – Rechnung rund 58 Millionen Menschen.

und dessen Institutionen geraten ist. Die makroökonomischen Daten belegen, dass die Türkei ein Geheimtipp für Kapitalvermehrung geworden ist. Mit der Einführung der flexiblen Wechselkursen, der Umsetzung von IWF-Vorgaben und einer repressiven Innenpolitik wurde für internationale Finanzjongleure Tür und Tor geöffnet. So konnten internationale Anleger z.B. im März 2001 nach Abzug der Wechselkursverluste für ihr Geld in 30 Tagen rund 4,7 Prozent (56,4 Prozent p.a.) Rendite erwirtschaften. 2002 fiel die Rendite etwas geringer aus: rund 50,5 Prozent p.a..

Auch das viel gepriesene »Wirtschaftswachstum« entpuppt sich – hinsichtlich des gesamtgesellschaftlichen Nutzens – bei näherem Hinsehen als eine Seifenblase. Dazu der Verband der unabhängigen Sozialwissenschaftler:

»Ein Wirtschaftswachstum, welches die Erhöhung des gesellschaftlichen Wohlstands nicht zur Folge hat, kann nicht als Erfolg betrachtet werden. Ein Wachstum, das nur die vorhandenen Kapazitäten ausschöpft, ist nicht nachhaltig. So gesehen kann festgestellt werden, dass in der türkischen Wirtschaft seit 2000 bei den Investitionen ein Rückgang erfolgt. Die öffentlichen Investitionen in 2003 sind gegenüber dem Vorjahr rund 36 Prozent zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Kapazitätsauslastung stetig erhöht. Was regierungsamtlich als »Wachstum« angepriesen

	2000	2001	2002	2003	2004
BSP (in Milliarden US-Dollar)	201	144	182	230	293
Einkommen pro Kopf (in US-Dollar)	2.987	2.105	2.619	3.390	4.128
Inflationsrate (Jahresdurchschnitt in %)	--	--	51,2	27,4	25,3
Zinsen für Staatsanleihen (p.a.)	38,2	99,9	63,5	44,1	24,7
Export (in Milliarden US-Dollar)	27,8	31,3	36,0	47,2	56,2
Import (in Milliarden US-Dollar)	54,5	41,4	51,6	69,4	94,8
Arbeitslosenquote (Jahresdurchschnitt)	6,6	8,5	10,3	10,5	10,5

Quelle: Statistisches Institut der Republik Türkei, Jahresdaten 2004

Das durchschnittliche monatliche Einkommen dieser Haushalte liegt bei 350.000.000,- TL, also bei 192,30 EUR. Rund 2 Millionen Menschen müssen mit weniger als 1,- EUR am Tag auskommen. Rechnerisch hat sich das Einkommen pro Kopf von 1.570 US-Dollar bei 71 Milliarden US-Dollar BSP (1980) auf 4.128 US-Dollar bei 293 Milliarden US-Dollar BSP (2004) mehr als verdoppelt, aber für 82 Prozent der Bevölkerung hat es an der Tatsache, an der Armutsgrenze leben zu müssen, nichts geändert.

Die Fortführung dieser Politik der letzten 25 Jahre hat dazu geführt, dass die Türkei mehr und mehr in die Abhängigkeit des internationalen Kapitals

wird, ist nichts anderes als eine Einkommenserhöhung aufgrund der erhöhten Kapazitätsauslastungen. Das ist ein Ergebnis einer künstlich erzeugten Nachfrage, die sich in den spekulativen Kapitaleingängen begründet und nicht die Quelle eines stabilen Wachstums sein kann. Unabhängige türkische Wissenschaftler prangern seit Jahren diesen Umstand an. Wir kritisieren die sogenannte »makroökonomische Stabilität« die zu einer massiven Verteilungsungerechtigkeit und Kaufkraftverlust breiter Bevölkerungsmassen geführt hat. Doch diese Kritik, die sich ausbreitende Verarmung, die Massenarbeitslosigkeit und der Rückgang der Investitionen hat für die Kreise, die

die makroökonomischen Entwicklungen stets in den kurzen Zeitabständen der Finanzmärkte bewerten, keine Bedeutung«. (<http://www.bagimsizsosyalbilimciler.org>)

und durch neoliberales Regierungsprogramm vor. Schon im April 2003 wurde unter der Überschrift »Grundgesetz der öffentlichen Verwaltungen« ein umfangreiches Reformpaket vorgestellt. Dieses

	2000	2001	2002	2003
Bruttokapitalbildung	8711.2	5311.2	6534.9	6394.7
davon öffentliche Investitionen	3175.6	2578.7	3164.5	1837.4
davon Investitionen der Privatwirtschaft	5535.6	2768.1	3379.4	4557.4
Kapazitätsauslastung (in %)	75,9	70,9	75,4	77,9
davon die öffentliche Hand	79,8	81,8	81,7	83,8
davon die Privatwirtschaft	74,4	66,7	72,8	75,1

Quelle: Statistisches Institut der Republik Türkei, Jahresdaten 2003

Die Folgen der von IWF diktierten Politik machen sich auch bei den Steuereinnahmen, den Staatsausgaben und der Schuldenentwicklung bemerkbar. Während seit 1980 der Anteil der mittelbaren Steuern an dem Steuereinkommen sank, nahm der Anteil der unmittelbaren Steuern wie die Mehrwertsteuer stetig zu. Demgegenüber ist zu verfolgen, dass die sog. »Ausgabendisziplin« die stetige Abnahme der Staatsausgaben für Bildung, Soziales, Gesundheit, Agrarsubventionen u.v.m. zur Folge hat. Dies gilt jedoch nicht für Zins- und Tilgungszahlungen der In- und Auslandsschulden. Nach DIE-Angaben betragen die Zinszahlungen 2003 rund 40 Prozent der Staatseinnahmen. Die Auslandsverschuldung wuchs von 118,8 Milliarden US-Dollar (2000) binnen 4-Jahresfrist auf 153,2 Milliarden US-Dollar (2004).

Paket beinhaltet von Personalpolitik der öffentlichen Verwaltungen über Finanzverwaltung und staatliche Wirtschaftsunternehmen bis zu den Gemeindeverwaltungen und Sozialversicherungen die Privatisierung sämtlicher öffentlicher Bereiche.

Damit zeigt die AKP, dass sie gewillt ist, die Vorgaben der IWF und der Weltbank zu erfüllen und die diktierte Politik umzusetzen. Erdogan begründet seine Politik mit der »Notwendigkeit, die Wünsche des internationalen Kapitals zu erfüllen und die politischen Anpassungsschwierigkeiten der türkischen Staats- und Verwaltungstraditionen zu überwinden« (Erdogan im türkischen Staatsfernsehen am 15. Dezember 2004). Um diese Wünsche zu erfüllen will er die geforderten »Reformen« zügig umsetzen. Das sind in erster

	2000	2001	2002	2003	2004
Auslandsschulden Gesamt (Milliarden US-Dollar)	118,8	113,9	130,2	145,8	153,2
davon kurzfristige Verbindlichkeiten (Mrd. US-Dollar)	28,3	16,4	16,4	23,0	29,3
langfristige Verbindlichkeiten (Milliarden US-Dollar)	90,5	97,5	113,8	122,8	123,9

Quelle: Statistisches Institut der Republik Türkei und Staatssekretariat des Finanzministeriums, Jahresdaten 2004

Diese Zahlen belegen, dass die Türkei seit 1980 in einem Teufelskreis der sich erhöhenden Schulden stecken geblieben ist und gerade mit der von den Instituten des internationalen Kapitals diktierten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitiken nicht mehr aus dieser Falle herauskommen kann.

IWF UND EU HAND IN HAND

Die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) des Ministerpräsidenten Erdogan hatte vor den Parlamentswahlen vollmundig IWF-kritische Wahlversprechen gegeben, die sie jedoch in den ersten Tagen ihrer Regierung ad acta legte. In seiner ersten Regierungserklärung stellte Erdogan dem türkischen Parlament, in dem seine Partei AKP über eine absolute Mehrheit verfügt, ein durch

Linie Reform der öffentlichen Verwaltung, Finanzreform, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Bildungs- und Arbeitsmarktreformen. Kurzum, es wird weiter dereguliert, liberalisiert und privatisiert. Und die Zeche soll dann die Bevölkerung zahlen.

Diese Politik wird auch noch als »unabhängige Wirtschaftspolitik« verkauft. Dreister geht es nicht mehr. Der Staatsminister für Wirtschaft, Ali Babacan sagt dazu: »Mit guten Gewissen kann ich behaupten, dass die Türkei zum ersten Mal nach langen Jahren unter unserer Regierung eine unabhängige Wirtschaftspolitik umsetzt«. Unterstützt wird er dabei von höchster Stelle der internationalen Finanzinstitute. Nach dem Ab-

kommen über einen neuen Beistandskredit von 10 Milliarden US-Dollar von IWF, sagte der für die Türkei zuständige Weltbankdirektor Andrew Vorkink am 10. Januar 2005 der türkischen Tageszeitung Hürriyet, dass die Türkei mit der Umsetzung aller wirtschaftlichen und strukturellen Vorgaben die richtige Richtung angeschlagen habe. Vorkink betonte dabei auch, dass Haushaltsdisziplin, makroökonomische Stabilität und Umsetzung der geforderten Strukturreformen nicht nur die Vorgaben des IWF, sondern auch der EU sind und die Türkei damit langfristig nicht mehr auf die IWF angewiesen sein werde.

Dass die Vorgaben der EU und der IWF identisch sind, hat der gute Mann recht. In der von der Türkei der EU vorgelegten »Wirtschaftsprogramm für die Verhandlungszeit (KEP)« steht folgendes: »Die Grundperspektive für die Festlegung der Wirtschaftspolitik in dem Verhandlungszeitraum ist die Erweiterung der wirtschaftlichen Struktur im Rahmen der Kriterien von Kopenhagen und letztendlich die Annäherung an die Kriterien von Maastricht. (...) Die Stärkung der freien Marktwirtschaft und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der türkischen Wirtschaft werden vorrangige Ziele bleiben. In diesem Zusammenhang haben die Schritte zur Verringerung des staatlichen Gewichts in der Wirtschaft durch Privatisierungen, die Überlassung der Marktordnungsmechanismen an unabhängige Institutionen und die Beseitigung der gesetzlichen Behinderungen für die freie Marktwirtschaft weiterhin eine hohe Priorität« (KEP, Oberste Planungskommission der Republik Türkei).

Mit dieser Verpflichtung, die den wesentlichen EU-Forderungen entsprechen, wird zugleich sämtliche Mitbestimmungsmöglichkeit der Bevölkerung an der Wirtschaftspolitik ausgehebelt. So wird die neoliberale Ausrichtung der türkischen Wirtschaftspolitik, wie sie von der IWF und der Weltbank seit einem Vierteljahrhundert durchgesetzt wird und nachweislich das Land nicht aus den Krisen herausholen konnte, mit den EU-Beitrittsverhandlungen zu einer unveränderbaren Konstante erkoren.

»DER BESTE EXPORTARTIKEL DER TÜRKEI IST IHRE ARMEE!«

Erdogan und seine Regierung haben in einer sehr kurzen Zeit bewiesen, dass sie ein williger Partner für die Umsetzung einer kapitalorientierten Politik sind. Das ist übrigens einer der wesentlichen Gründe für den noch geltenden Frieden zwischen der laizistischen Generalität und der islamistischen AKP. Die geteilten und verfassungsrechtlich verankerten Machtverhältnisse sehen für die AKP-Regierung die Umsetzung der neoliberalen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitiken

vor und für die Militärs, die freie Hand in Sachen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Diese Tatsache aber bedeutet für die Bevölkerungsmehrheit Arbeitslosigkeit, Armut, weitere Abbau der sozialen Sicherungssysteme, massive Demokratiedefizite und die Verletzung der Menschenrechte. Die sog. Anstrengungen auf dem Terrain des Rechtsstaates, des Umgangs mit Minderheiten und Modernisierungsprozess zur Beseitigung regionaler Unterschiede ändern daran nichts. Der Bericht des türkischen Menschenrechtsvereins IHD macht deutlich, dass die vorgenommenen Gesetzesänderungen reine Makulatur und kosmetische Operationen sind.

Dem IHD-Bericht zufolge stehen den »Reformen« bewaffnete Auseinandersetzungen, willkürliche Exekutionen, Folter und gerichtliche Verfolgung wegen Ausübung des Rechts auf Meinungsfreiheit gegenüber. Die Zahl der registrierten Menschenrechtsverletzungen stieg von 6.472 (2003) auf 7.208 (2004) an. Obwohl die Zahl der gemeldeten Fälle von Folter und entwürdigender Behandlung von 489 in Jahr 2003 auf 338 in 2004 zurückgegangen ist, stieg die Zahl der ungeklärten politischen Morde von 68 auf 80. Und trotz der geänderten Rechtslage werden weiterhin Radio- und Fernsehsender verboten, weil sie politische Debatten in kurdischer Sprache oder zensierte kurdische Musik gesendet hätten. (Siehe auch: junge Welt vom 13. Januar 2005)

Die Ermordung eines 12jährigen kurdischen Schülers und dessen Vater kurz vor dem EU-Gipfel durch Polizeibeamte, die Behinderung der Ausübung von demokratischen Grundrechten, die Inhaftierung zahlreicher politischer Häftlinge sowie die Beschneidung gewerkschaftlicher Aktivitäten zeigen, dass die Türkei weiterhin als ein »Unrechtsstaat« bezeichnet werden kann und von einer bürgerlichen Demokratie noch sehr weit entfernt ist.

In diesem Zusammenhang muss auch konstatiert werden, dass die EU-Beitrittsverhandlungen an diesem Umstand auch wenig verändern werden. Die Demokratisierung des Landes, Menschenrechtssituation und Minderheitenrechte spielen für die EU weiterhin eine nachrangige Rolle.

Die geostrategischen und militärischen Interessen bestimmen die Handlungen der EU, aber auch der USA. Für die USA hat der strategische Partner Türkei bei den zukünftigen Konflikten in der eurasischen Region subunternehmerische Qualitäten. Für die EU ist sie wiederum ein Land, welches die Gefahren der Region von Europa fernhalten soll und für die neugeordneten Interessen wichtig ist. Aus diesem Grund sehen sowohl die EU als auch die USA für die Türkei die militärische Rolle vor. Und die türkischen Eliten, die

mit Hilfe der Kurdenproblematik ihre militärische Kraft massiv aufbauen konnten, sind Willens diese Rolle zu übernehmen. Schon im Dezember 1997 sagte der ehemalige Vizeoberbefehlshaber der türkischen Armee, der Viersternegeneral Cevik Bir folgendes: »Die Energiereserven des 21. Jahrhunderts liegen im Kaukasus. Daher sind in dem Dreieck Balkan-Kaukasus-Naher Osten verschiedene Szenarien in Vorbereitung. Welches Szenario auch umgesetzt wird, die Türkei hat die Kraft, dabei stets die Hauptrolle zu spielen«.

Das türkische Kapital hat die Signale rechtzeitig erkannt und will sich von der Statistenrolle für das internationale Kapital verabschieden. Anstatt dessen sehen die wirtschaftlichen Eliten der Türkei in der Neuordnung der europäischen Interessen und in den Interessenswidersprüchen zwischen der USA und der EU eine historische Chance, ein unverzichtbarer und starker Partner des internationalen Kapitals zu werden. Daher unterstützen die türkischen Unternehmensverbände und Wirtschaftsführer die Bestrebungen der türkischen Generalität, die wissen wo die Stärke der Türkei liegt.

Der Finanzjongleur George Soros brachte es auf den Punkt: »Der beste Exportartikel der Türkei ist ihre Armee!« Die Balancierungsversuche der Türkei auf dem dünnen Seil der US-amerikanisch – europäischen Interessen bestätigen diese Feststellung. Der vorgesehene EU-Beitritt ist daher sowohl für die EU als auch für die Türkei ein Projekt der »Sicherheits- und Verteidigungspolitik«. Bisher konnte die EU die Auswirkungen der Destabilisierung des Nahen Ostens und der kaukasischen Region von Europa fern halten. Doch der von den USA vorangetriebene Formierungsprozess in diesen Regionen bringt die EU in Handlungszwang. Ein militärisches Eingreifen der EU ist aufgrund vieler Faktoren auf lange Sicht undenkbar. Die Intervention der türkischen Armee als verlängerter Arm europäischer Interessen jedoch denkbar.

DER EU-BEITRITT IST NICHT IM INTERESSE DER TÜRKISCHEN BEVÖLKERUNG

Die Interessen der europäischen und türkischen Eliten decken sich. Die Interessen der Bevölkerungsmehrheit in der Türkei aber sprechen gegen einen EU-Beitritt. Denn in einer EU, die zunehmend ein Europa des Neoliberalismus, des ungezügelter Sozialabbaus und des Militarismus wird, werden die Interessen der europäischen Bevölkerungen auf der Strecke bleiben. Eine Türkei als Mitglied einer solchen EU wird nicht in der Lage sein, eine unabhängige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu gestalten. Sie wird nicht in der Lage sein, ihre strategischen Güter zu schützen und ihre Reichtümer für die mehr als notwendige Investitions- und Beschäftigungspoli-

tik einzusetzen. Und sie wird nicht in der Lage sein, sich aus der erdrückenden Umklammerung des internationalen Kapitals sowie deren Institutionen zu befreien.

Aus diesen Gründen kann ich die Position der progressiven Kräfte der Türkei, die EU-Mitgliedschaft als ein imperialistisches Projekt abzulehnen, nachvollziehen. Die Türkei, besser gesagt die demokratischen und progressiven Kräfte der Türkei haben noch die Chance, Alternativen zu der heutigen Politik zu entwickeln und sich für die echte Demokratisierung des Landes einzusetzen. Die europäischen Linken sollten sie in gleicher Augenhöhe in diesem Bemühen unterstützen. Meines Erachtens wäre die beste Unterstützung unser Einsatz gegen die EU-Verfassung und für ein anderes Europa. Für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie und des Friedens. Dafür müssen wir unsere Hausaufgaben erledigen.

KERNEUROPA WEITER AUF EXPANSIONSKURS

WER AM ENDE DES BEITRITTSPROZESSES DIE DEMOKRATISIERUNG DER TÜRKEI ERWARTET, TÄUSCHT SICH

AUS: NEUES DEUTSCHLAND VOM 7. OKTOBER 2005

Trotz innenpolitisch motivierter »Kulturkampfgetöse« der konservativen Kreise in der EU, ist das, was erwartet worden war, auch eingetroffen. Die Verhandlungen über die Aufnahme der Türkei in die EU haben begonnen. Wer durch den dicken Nebelschleier des Nebenkriegsschauplatzes »pro und contra Debatte« die wahren Motive dieses Expansionsvorhabens erkennen konnte, dürfte nicht überrascht sein. Nun beginnt ein Prozess, an dessen Ende die Mehrheit der Bevölkerungen in Europa und in der Türkei die Knallhartvariante des Neoliberalismus und Militarismus erleben wird. Wenn nicht dagegen entschieden Widerstand geleistet wird.

Die Streitigkeiten zwischen den Befürwortern der EU-Mitgliedschaft und den Verfechtern einer »privilegierten Partnerschaft« sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass beide Lager die gleichen Ziele verfolgen. Die Konservativen drücken sich nur von den Lasten der Transferleistungen und der Mitbestimmung bei der ESVP. Beiden Lagern geht es um den freien Zugang zu Märkten, Rohstoffquellen, billigen Produktionsstandorten und um geostrategische Interessen im Sinne des Zugriffes auf die Energiereserven des kaspischen Beckens sowie des Nahen Ostens. Kurz um, es geht um die Expansion Kerneuropas im Interesse der transnationalen Konzerne.

Und eben diese Ziele sowie die Heranführung der Türkei an die EU müssen im engen Zusammenhang mit der eigentlichen Zielsetzung Kerneuropas, eine Weltmacht zu sein, gesehen und bewertet werden. Nicht umsonst wurde in der Lissabon-Agenda formuliert: »Es gilt die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen«. Aus diesem Grund wird versucht, die EU zu einem hochgerüsteten und interventionsfähigen Militärbündnis auszubauen. Eine militärisch potente Regionalmacht wie die Türkei als »Stabilisierungsfaktor in einer Region der Instabilitäten« ist dafür unverzichtbar.

Wer diese Motive erkannt hat, ärgert sich umso mehr, wenn gerade linke PolitikerInnen auf die Demagogie der »Demokratisierungsabsichten der

EU« hereinfließen. Sogar KurdInnen befürworten die EU-Mitgliedschaft, weil sie sich demokratische Rechte und Wohlstand erhoffen. Dabei müssten gerade sie am besten wissen, dass die »kurdische Karte« immer dann ausgespielt wird, wenn der Türkei noch mehr neoliberale Diktate aufgezwungen werden sollen. Es ist mehr als naiv zu glauben, dass eine EU, deren Institutionen weitgehend entdemokratisiert sind, die mit Richtlinien und Verordnungen die Mitgliedsstaaten zum Abbau von demokratischen und sozialen Rechten zwingt und im Namen des »Kampfes gegen den Terror« Bürgerrechte aushebt, für mehr Demokratie und Menschenrechte in der Türkei sorgen würde. Alleine der Umgang der EU-Mitgliedsstaaten mit ihren Minderheiten zeigt, wie trübe diese Hoffnung ist.

Die Interessen der europäischen und türkischen Eliten decken sich. Diese stehen im krassen Widerspruch zu den Interessen der Bevölkerungsmehrheit. Denn in einer EU, die zunehmend ein Europa des Neoliberalismus, des ungezügelten Sozialabbaus und Militarismus wird, werden die Interessen der Menschen auf der Strecke bleiben. Eine Türkei als Mitglied einer solchen EU wird nicht in der Lage sein, eine unabhängige Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu gestalten. Sie wird nicht in der Lage sein, ihre strategischen Güter zu schützen und ihre Reichtümer für die mehr als notwendige Investitions- und Beschäftigungspolitik einzusetzen. Und sie wird nicht in der Lage sein, sich aus der erdrückenden Umklammerung des internationalen Kapitals zu befreien.

Sich einer solchen Entwicklung entgegen zu stellen und ein »anderes Europa«, ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratie und des Friedens aufzubauen, als dessen Teil eine demokratische Türkei herzlich willkommen ist, muss als die wichtigste Aufgabe der politischen Linken in Europa verstanden werden. Dafür müssen wir unsere Hausaufgaben erledigen und die demokratischen und progressiven Kräfte der Türkei in ihrem Bemühen für eine echte Demokratisierung des Landes auf gleicher Augenhöhe unterstützen.

DIE EU, DIE TÜRKEI UND DIE MACHT DER GENERÄLE

AUS: SOZIALISMUS, HEFT 1/2007

Wie nicht anders zu erwarten, hat der vorweihnachtliche Harmonie-Gipfel der EU die Verabredungen der Außenminister in der Türkeipolitik gebilligt. Acht der 34 noch offenen Kapitel der Beitrittsverhandlungen werden demnach vorerst ausgesetzt.

Der türkische Premier Erdogan reagierte darauf mit den üblichen Floskeln wie »Wir werden unsere Beziehungen zur EU ernsthaft prüfen müssen« – und tat damit so, als ob es nicht seine eigene Regierung gewesen ist, die das Zusatzprotokoll vom Juli 2005 unterschrieben und sich damit auf die Erweiterung der seit 1995 bestehenden Zollunion auf das EU-Mitglied Zypern verpflichtet hat. Bei der türkischen Reaktion handelte es sich deshalb um nicht mehr als eine pflichtgemäße Enttäuschung. Währenddessen werden die Beitrittsverhandlungen, die eigentlich keine »Verhandlungen«, sondern von der Türkei zu erfüllende EU-Vorgaben sind, fortgesetzt. Der Zug fährt also weiter – zwar mit verminderter Geschwindigkeit, aber immerhin ohne die von EU-Erweiterungskommissar Rehn befürchtete »Kollision«. Die Frage, wohin er fährt, bleibt offen.

Doch zunächst einmal wurde Zeit gewonnen. »Wir müssen vorher unser Haus in Ordnung bringen«, sagt der österreichische Regierungschef Schüssel und hofft, dass durch die anstehende deutsche Ratspräsidentschaft Einigkeit über die Erledigung der »Hausaufgaben« erreicht wird. In der Tat: Bundeskanzlerin Merkel will es besser machen als Gerhard Schröder. Die EU müsse sich bewegen – in welche Richtung gab sie bei ihrer Regierungserklärung am 14. Dezember 2006 vor: Es gehe um eine »erfolgreiche EU-Erweiterungspolitik«, einen »Fahrplan« für die Annahme des abgelehnten Verfassungsvertrages, »Einigkeit in der EU-Außenpolitik« und die weitere Liberalisierung des EU-Binnenmarktes, »insbesondere eine Öffnung des Strom- und Gasmarktes«. Und das alles seien »nationale Anliegen Deutschlands«.

Bei der Lösung der gewichtiger »Anliegen« würde ein Krawallkurs in Sachen Türkei nur stören.

Zumal die geostrategischen, politischen und ökonomischen Vorzüge einer an die EU herangeführten Türkei von allen Seiten betont werden. Die Ambitionen Kerneuropas, in der Weltpolitik und auf den Weltmärkten neben den Vereinigten Staaten eine größere Rolle zu spielen, erfordert eine Politik, die in den höchst komplizierten Beitrittsprozess der Türkei zunächst einmal Ruhe bringt. Der Zeitgewinn, der durch die Verabredungen im Dezember 2006 erreicht werden konnte, ist schon deshalb bedeutsam, weil auf der einen Seite die kritische EU-Öffentlichkeit beruhigt werden kann. Immerhin muss die Bevölkerung in mehr als der Hälfte der EU-Länder von den Vorzügen der gegenwärtig praktizierten Politik gegenüber der Türkei überzeugt werden.^[1] Auf der anderen Seite wird gleichzeitig der Türkei signalisiert, dass die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen nicht in Frage gestellt wird – wenn die Türkei sich der Autorität der EU beugt.

IST ZYPERN »DER« SCHLÜSSEL?

Als Hebel zur Durchsetzung der Autorität der EU wird derzeit die Zypernfrage angesehen. Sowohl in der EU, als auch in den Kreisen der türkischen Wirtschaftseliten werden die Rufe lauter, durch eine angemessene Lösung der Zypernfrage das größte Hindernis auf dem Weg zur EU-Integration aus dem Weg zu räumen und sich dann auf den Zieleinlauf zu konzentrieren. Der Vorsitzende der türkischen Investorenkonföderation, Beysel, umschreibt das so: »Auch wenn die Empfehlung der EU-Kommission ungerecht ist, stellt sie dennoch die Vollmitgliedschaftsperspektive der Türkei rechtlich nicht in Frage... Wenn wir auf der einen Seite es schaffen können, dass diese Empfehlung nicht in einem politischen Beschluss mündet und auf der anderen Seite es hinnehmen können, dass die Häfen geöffnet werden, dann wird sich die Farbe des Prozesses schlagartig verändern.«^[2]

Doch so einfach, wie sich das Beysel wünscht, ist dieses Problem nicht zu lösen. Die innertürkischen Debatten belegen, dass der Zypern-Konflikt als Hebel ungeeignet ist. Er kann nur einen be-

grenzten Zeitgewinn bringen – mehr nicht. Denn 2007 ist ein bedeutendes Wahljahr. In der Türkei werden ein neues Parlament und ein neuer Staatspräsident gewählt. Der EU-Beitrittsprozess ist für die Regierung in diesem Zusammenhang von existenzieller Bedeutung. Nur durch das Vorkaukeln von Reformen konnte sie sich an der Macht halten. Doch gleichzeitig bedeutet diese Situation für Erdogan ein Dilemma. Denn ihm werden von den kemalistischen Eliten sowie von der Armeeführung ein zu lasches Vorgehen und der »Ausverkauf nationaler Interessen« vorgeworfen. Höchst umstritten ist auch sein Wunsch, der nächste Staatspräsident zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, nimmt er auch den offenen Konflikt mit dem derzeitigen Staatspräsidenten Sezer, der die kemalistische Elite im Staat repräsentiert und inzwischen zum Wortführer der »Patrioten«[3] avanciert ist, in Kauf.

Während die einzige Oppositionspartei im türkischen Parlament, die CHP[4] unter ihrem zum Rechtspopulisten konvertierten Führer Deniz Baykal, sogar die Nähe zu neofaschistischen MHP[5] zwecks Regierungskoalition sucht, hat Erdogan einen politischen Spagat zu vollbringen: Er muss den EU-Beitrittsprozess voranbringen und gleichzeitig möglichst erfolgreich beim nationalistischen Stimmenfang agieren. Daher sein rigides Vorgehen gegen die kurdische Bewegung, sein behutsamer Reformeifer und seine pflichtgemäße Kompromisslosigkeit in der Zypernfrage. Er will mit diesem Spagat der gewandelten Stimmung im Land gerecht werden. Denn inzwischen sind weite Teile der türkischen Bevölkerung von der EU enttäuscht.[6]

Vor diesem Hintergrund versucht Erdogan die Zypern-Frage als Faustpfand zu benutzen. Mit seinem jüngsten Vorschlag, je einen See- und einen Flughafen für zypriotische Produkte zu öffnen, hat er deutlich gemacht, dass die Türkei, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, dieses »Problem« sehr einfach lösen kann. Noch aber ist es nicht so weit. Denn auch Erdogan ist sich des Risikos der Kopenhagener Kriterien bewusst. Demnach kann, selbst wenn die politischen und wirtschaftlichen Kriterien erfüllt sind, eine Ablehnung einer türkischen EU-Mitgliedschaft mit der fehlenden Aufnahmefähigkeit der EU begründet werden.

Die EU-Führung indessen setzt dem Faustpfand Erdogans ihre eigenen Faustpfände entgegen: Demokratisierung, Menschenrechte und Minderheiten. Jedes Mal wenn die Umsetzung von neoliberalen Reformen in der Türkei ins Stocken gerät, werden diese Fragen aufgeworfen. Dann ist auf einmal die Rede von den Rechten der KurdInnen, christlichen Minderheiten oder von der Meinungsfreiheit. Doch auch die türkische Seite

weiß, dass es eine EU, die zunehmend ein Europa des Neoliberalismus und des Militarismus wird, in der soziale wie demokratische Rechte zugunsten eines Finanzmarktkapitalismus neoliberaler Prägung ausgehöhlt werden, mit Demokratisierung oder Menschenrechten nicht so sehr ernst meint. So entwickelt sich dieser Prozess zu einer lächerlichen Posse, in der beide Seiten mit ihren Faustpfändern wedeln und Heuchelei praktizieren.

Als die EU-Kommission »nur« die Aussetzung von acht Kapiteln empfahl, sprachen gehässige linke Kritiker in der Türkei davon, dass die europäische Rüstungslobby sich für eine »weiche« Lösung eingesetzt habe und wiesen auf die laufende Ausschreibung zum Kauf von 50 Kampfhubschrauber[7] im Werte von 2 Mrd. US-Dollar hin. An der Ausschreibung beteiligen sich neben russischen (MI29) und italienischen (Mangusta) Firmen auch die Eurocopter Group mit dem französisch-deutschen Kampfhubschrauber Tiger.

DIE ARMEE: KAPITALISTEN IN UNIFORM?

Doch das eigentliche Problem ist viel komplexer und vielschichtiger. In der Frage des EU-Beitritts der Türkei scheint, neben den wirtschaftlichen und staatspolitischen Fragen,[8] ein weiterer Umstand schier unlösbar zu sein. Obwohl der EU - Beitritt zu einem Staatsauftrag erhoben wurde und die Militärs sich offiziell für diesen »von Atatürk vorgegebenen Weg« aussprechen, gibt es bei der türkischen Generalität erhebliche Bedenken gegen die EU-Richtlinien. Während in der öffentlichen Auseinandersetzung die »Gefährdung der territorialen Einheit des Landes« und der »Ausverkauf nationaler Interessen« angeprangert werden, brodeln im Hintergrund ein anderer Konflikt: die privatwirtschaftlichen Interessen der Armeeführung. Denn die türkischen Militärs verfügen über den gewinnträchtigsten Konzern des Landes, der in seinem wirtschaftlichen Erfolg inzwischen die größten Privatkonzerne der Türkei weit hinter sich gelassen hat: Es handelt sich dabei um »OYAK«, eine Hilfsorganisation der türkischen Armee. Was sich nach einem unverdächtigen Förderverein anhört, ist einer der größten Konzerne der Türkei – mit einem Gesamtjahresumsatz von ca. 49 Mrd. Euro (2005).[9]

OYAK wurde neun Monate nach dem Militärputsch vom 1. März 1961 durch das Gesetz 205 als »Hilfs- und Rentenfonds der Angehörigen der türkischen Streitkräfte« gegründet. Als Gründungsziel wurde »der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems für Armeeeingehörige« angegeben. Doch OYAK ist laut Gesetz kein Staats- sondern ein Privatunternehmen, das in seiner Rechnungsprüfung dem Verteidigungsministerium unterstellt ist. Ihre Dienstleistungen umfassen Renten-

und Sterbegeldzahlungen sowie genau definierte Sozialleistungen. Die Armeeingehörige – Berufssoldaten und Zivilbeschäftigte – sind per Gesetz verpflichtet, 10% ihres Soldes bzw. Lohnes an die OYAK abzuführen. Laut Geschäftsbericht hatte OYAK am 31. Dezember 2005 rund 227.000 Mitglieder, darunter 86,5% aktive und 13,5% pensionierte Armeeingehörige.

Die Rentabilität des »Hilfs- und Rentenfonds der Armee« ist konkurrenzlos. OYAK ist gemäß Art. 35 des Gesetzes 205 von sämtlichen Steuern befreit. Weder Körperschaftssteuer, noch Einkommen- oder Erbschaftssteuer werden erhoben. Nur die Unternehmen, an denen die OYAK beteiligt ist, sind steuerpflichtig – natürlich mit Steuervergünstigungen.

Vier der sieben Vorstandsmitglieder müssen laut Gesetz aktive Armeeingehörige sein. Einer dieser Vorstandsmitglieder, der i.d.R. später als Vorsitzender gewählt wird, wird vom Oberbefehlshaber der Armee persönlich ernannt. Derzeitiger Vorsitzender ist der inzwischen pensionierte Generalleutnant Yildirim Türker. Unter den weiteren Vorstandsmitgliedern sind drei Generäle und ein Admiral. In der Mitgliederversammlung hat die Armeeführung die absolute Mehrheit.

Im Geschäftsbericht des Jahres 2005 wird angegeben, dass die OYAK über mehr als 60 Beteiligungen in den Finanz-, Industrie- und Dienstleistungssektoren verfügt. Darunter sind z.B. die hundertprozentige OYAK-Tochter Renault Mais, die OYAK-Bank sowie die AXA-OYAK Versicherungsgruppe. OYAK unterstützt mit großem Interesse die Privatisierung der Staatsunternehmen. So wurde z.B. Anfang 2006 das in Staatseigentum befindliche Stahlunternehmen Erdemir, immerhin das zweitgrößte Industrieunternehmen der Türkei, für 2,7 Mrd. US Dollar von der OYAK gekauft. Damit erhöhte sich die Zahl der OYAK-Beschäftigten auf über 32.000. Laut dem Geschäftsbericht 2005 verfügte der Hilfs- und Rentenfonds OYAK über ein Eigenvermögen von 2,6 Mrd. Euro^[10] (2004: 1,8 Milliarden Euro) und machte einen Gewinn von 522 Mio. Euro (2004: 507 Mio. Euro). Als Renten- und Sterbegeldzahlungen sowie Sozialleistungen an die Mitglieder flossen 2005 rund 215 Mio. Euro.

Die Unternehmen der OYAK-Gruppe machten 2005 mit einem Gesamtjahresumsatz von 48,7 Milliarden Euro (2004: 33,7 Mrd. Euro) einen Gewinn von 695,4 Mio. Euro (2004: 697,3 Mio. Euro). Deren Aktiva betrug 10,4 Mrd. Euro (2004: 7,7 Mrd. Euro). Das Geschäftsergebnis in 2006 wird aufgrund des Zukaufs des Stahlriesen Erdemir sicherlich noch viel höher ausfallen. Im Übrigen ist die OYAK die einzige türkische Unternehmensgruppe, die von Moody's Investors

Service und Standart Poor's im Staatenvergleich als kreditwürdig bewertet wird.

Doch damit nicht genug. Die türkische Generalität verfügt mit der »Stiftung zur Stärkung der türkischen Streitkräfte« (TSKGV) über eine weitere finanzstarke und steuerbefreite Gruppe. Die TSKGV wurde 1987 mit dem Gesetz 3388 gegründet und hat das Ziel, »die Entwicklung der nationalen Kriegsindustrie und die Gründung neuer Zweige der Kriegsindustrie zu fördern und Kriegsgeräte, Waffen und Material zu kaufen«.^[11] Die TSKGV ist die einzige türkische Stiftung, zu deren Gründung ein spezielles Gesetz erlassen wurde.

Die TSKGV ist wie OYAK an mehreren Unternehmen beteiligt und bringt rund 86 Prozent ihres Gewinnes in die Rüstungsgeschäfte ein. Mit ihren Filialen in 64 Regierungsbezirken werden Spenden für »Waffenkäufe« gesammelt. TSKGV ist die erste Adresse der internationalen Rüstungsindustrie und seit 16 Jahren die Eigentümerin der »Internationalen Verteidigungsindustriemesse« (IDEF) in Ankara.

Weder OYAK noch die TSKGV können vom Parlament und von der staatlichen Wettbewerbskommission kontrolliert werden. Diese geballte und quasi wettbewerbsfreie Wirtschaftsmacht ist den türkischen Wirtschaftseliten seit Jahren ein Dorn im Auge. Erste zaghafte kritische Äußerungen konnten jedoch erst im September 2005 öffentlich formuliert werden, als beschlossen wurde, dass sämtliche Lohn-, Gehalts- und Soldüberweisungen des öffentlichen Dienstes, der Armee sowie der staatlichen Unternehmen nur über die OYAK-Bank und einige wenige Banken im Staatseigentum zu erfolgen haben. Der Hinweis eines hohen Armeesprechers, dass jegliche Kritik an OYAK als Kritik an der Armee aufgefasst und aufgrund der gültigen Gesetzgebung als »Landesverrat« geahndet werden kann, reichte dann allerdings schon aus, um die Kritiker schnell verstummen zu lassen. Nun hoffen die türkischen Wirtschaftseliten, dass der Sonderstatus von TSKGV und OYAK durch die EU-Wettbewerbsrichtlinien aufgehoben werden kann.

Aber nicht nur die Wettbewerbsrichtlinien stören die Generäle. Auch die Auseinandersetzung der Armenierfrage oder der Vertreibung der anatolischen Griechen wird als nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Bedrohung wahrgenommen. Denn im Zuge eines EU-Beitritts könnten größere Ländereien und Liegenschaften, die im Besitz der Armee oder ihrer Unternehmen sind, Gegenstand von Entschädigungsklagen der ehemals vertriebenen Eigentümer bzw. deren Nachkommen werden.

Auch ohne die Liegenschaften ist die türkische Generalität sowohl in der Politik und im Staatsap-

parat, wie auch in der Wirtschaft eine hegemoniale Macht, die alle Lebensbereiche in der Türkei seit Jahrzehnten prägt. Somit weist der türkische Kapitalismus spezifische Eigenarten auf. Die hieraus wachsenden Widersprüche sind auch für eine neoliberal gewandelte EU schwer zu lösen. Noch ist nicht entschieden, wie sehr die Türkei im Laufe des vielleicht noch 20 Jahre dauernden Beitrittsprozesses »hergerichtet« wird oder werden kann. Noch ist es viel zu früh, um sagen zu können, wo der Zug ankommen wird. Doch muss man kein Orakel sein, um zu prognostizieren, dass für die Bevölkerung der Türkei die Wahl zwischen einer neoliberal gewendeten EU und einer Türkei in ihrer jetzigen Verfassung nur die Wahl zwischen Pest und Cholera sein wird.

[1] Laut dem Politbarometer vom 14. Dezember 2006 lehnen rund 54% der Deutschen die Aufnahme der Türkei in die EU ab.

[2] Auf dem »TÜRKKONFED – Gipfel der türkischen Investoren- und Unternehmenswelt« am 10. Dezember 2006 in Adana.

[3] Ulusalcılar – eher als »Nationale« ins Deutsche zu übersetzen. Mit diesem Begriff wird derzeit ein Konglomerat unterschiedlicher politischer Kräfte, von Neofaschisten bis zu ehemals linksradikalen, doch jetzt sich als patriotische Linke definierende Gruppen bezeichnet.

[4] CHP, Cumhuriyet Halk Partisi – Republikanische Volkspartei. Wird in europäischen Medien, aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale oftmals als »sozialdemokratisch« bezeichnet.

[5] MHP, Milliyetçi Hareket Partisi – Partei der Nationalistischen Bewegung. In Deutschland auch unter dem Namen »Graue Wölfe« bekannt.

[6] Während 2004 rund 62% den EU-Beitritt als positiv bewerteten, ist diese Zahl in 2006 auf 43% zurückgegangen.

[7] Weitere 20 bzw. 21 Stück werden in zwei Tranchen gekauft.

[8] Siehe: Murat Çakir in Sozialismus, Heft 11/2004

[9] Sämtliche Daten aus dem OYAK-Geschäftsbericht 2005, »OYAK 44. Yil Faaliyet Raporu«, Ankara, Mai 2006.

[10] Die Umrechnung erfolgte auf einen Kurs von 1 Euro = 1,5875 YTL (2005) bzw. 1 Euro = 1,8233 YTL (2004). Die Kurse beruhen auf Angaben der Zentralbank der Türkei.

[11] Siehe: Internetseite der TSKGV, unter <http://www.tskgv.org.tr/>

VÖLKERMORDDEBATTE UND DIE POLITIK DER LINKEN

AM 11. JANUAR 2007 AUF DER WEBSITE DER ZEITSCHRIFT SOZIALISMUS UND AM 13. JANUAR 2007 IN DER TAGESZEITUNG YENI ÖZGÜR POLITIKA VERÖFFENTLICHT.

Die Menschheitsgeschichte ist voller Tragödien. Die Anatolische ist eine davon: die Tragödie der türkischen, griechischen, kurdischen und armenischen Völker. Jahrhunderte lang Nachbarn, verschwägert und dennoch verfeindet, abgeschlachtet im Interesse des auf Eigentum begründeten Rechts und imperialer Gelüste. Leidtragende der werdenden Nationalstaaten des letzten Jahrhunderts.

Doch wer denkt, das sei Vergangenheit und nur mehr Sache der Historiker, irrt. Jede Debatte über historische Ereignisse wird auf der Grundlage politischer und wirtschaftlicher Interessen gegenwärtiger gesellschaftlichen Kräfte geführt.

So ist es auch kein Zufall, wenn heute eine verbrecherische Tat aus den Anfängen des vergangenen Jahrhunderts erneut kontrovers thematisiert wird. Die Ermordung von hunderten von armenischen Zivilisten wird, wie zuletzt in den Niederlanden und Belgien geschehen, für politische Zwecke instrumentalisiert. Und auch die politische Linke in Deutschland sieht sich mit der Armenier-Frage konfrontiert.

Konkret: Der Bundestagsabgeordnete Hakki Keskin sieht auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Allianz von Armeniern und Griechen am Werk, die die Vernichtung von hunderten von Armeniern als Argument gegen eine Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union einsetzen. Keskin hält es nicht für richtig, dass Angelegenheiten, die vor 90 Jahren in der Türkei passiert sind, denen, die diese Geschehnisse nicht kennen und nichts damit zu tun haben, als Problem vorzulegen. Dies sei keine demokratische Haltung.

Was nun? Wie soll sich die deutsche Linke verhalten und was sagen? Was kann der richtige Schritt auf diesem politischen Minenfeld sein? Unparteiisch »objektive Aufklärung« fordern? Wohl kaum. Der Anspruch Links zu stehen, gebietet zuallererst die Parteinahme zugunsten der Schwachen und eine unverrückbare Politik aus der Perspektive der Opfer. Eine unparteiische Haltung bei einem Konflikt zwischen den Schwa-

chen und Starken – auch wenn es vor 90 Jahren geschah – wird zum Unrecht. Der zweite Schritt wäre »... zu sagen, was es ist« (Lassalle). Unrecht bleibt Unrecht und Mord bleibt Mord, unabhängig davon, ob »durch die authentische Rekonstruktion des historischen Konfliktverlaufs, rechtlich wie wissenschaftlich eine vorsätzliche Vernichtungsabsicht nachgewiesen wird« (MdB Keskin, Januar 2006) oder nicht. Letztendlich ist es notwendig, die politischen, wirtschaftlichen und historischen Zusammenhänge zu benennen.

WORUM GEHT ES?

Auch in der Türkei wird nicht bestritten, dass 1915 »eine immens große Zahl von Armeniern« deportiert wurden und dabei Hunderttausende umkamen. Die offizielle Sicht des heutigen türkischen Staates spricht dabei von einer »Zwangsumsiedlung, die kriegsbedingt und der militärstrategischen Lage des Osmanischen Reiches während des Ersten Weltkriegs geschuldet« war. Was in anderen Regionen der Welt als »nationaler Befreiungskampf« bezeichnet wird, wird in der offiziellen Lesart in der Türkei zu einer »Kollaboration mit imperialistischen Kräften, die das Vaterland unter sich aufteilen wollten«. Als ob das Osmanische Reich kein feudales Imperium gewesen sei, das andere Völker unterjochte. Der Aufstand der armenischen Nationalisten, die sich von Russland Hilfe erhofften, führte zu zahlreichen Opfern unter der türkischen und kurdischen Zivilbevölkerung. Diese Tatsache wiederum wird in der heutigen Debatte als Begründung für die »kriegsbedingte und nachvollziehbare« Gegenreaktion der osmanischen Führung dargestellt und relativiert wiederum die Verbrechen des osmanischen Staates.

In Folge dieser Gegenreaktion wurden armenische Zivilisten in den Hungertod getrieben und auch ermordet. Wie hoch die Zahl der getöteten oder umgekommenen Menschen war, ist für die gegenwärtige Debatte nicht die entscheidende Frage. Es ist und bleibt ein verbrecherischer Akt. Die Frage in diesem Zusammenhang wäre, wo das Vermögen der Vertriebenen geblieben ist, wer es sich

angeeignet hat und welche Rolle die Usurpatoren dann bei und nach der Gründung der Republik Türkei spielten. Der Vorschlag des türkischen Staates, dass eine von Armeniern und Türken gemeinsam zu gründende Historikerkommission die Geschehnisse »wissenschaftlich untersuchen soll«, um dann zu einer »endgültigen, historisch und unverfälschten Beurteilung« zu kommen, dient dazu, eben diese Frage in den Hintergrund zu drängen.

Wenn heute, insbesondere im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess, davon gesprochen wird, dass die EU mit der Thematisierung der Armenier-Frage »unberechtigte Besitzansprüche der Armenier« provozieren wolle, dann entspricht das den realen Ängsten der Entscheidungsträger in der Türkei. Wer hat sich was angeeignet? Wie ist das türkische Bürgertum entstanden? Wie konnten einzelne Familien zu Besitzern der weltweit größten Konzerne aufsteigen? Auf was gründet sich der Reichtum des großen und armeeeigenen Konzerns OYAK und wem gehörten die Liegenschaften, Immobilien und Grundstücke, die heute im Besitz der Armee und anderen Staatsunternehmen sind? Und was ist mit dem Besitz der zehntausend Vertriebenen anatolischen Griechen passiert?

Es ist eine wohlbekanntes Strategie des türkischen Staates, mit gezielten Kampagnen besonders in den europäischen Ländern, in denen türkeistämmige Menschen leben, die Aufmerksamkeit von diesen Fragen abzulenken. Dabei wird nach einem immer gleichen Plan vorgegangen. Zuerst werden Äußerungen einzelner Abgeordneten oder ParteivertreterInnen zum Anlass genommen, um mit Berichten in den türkischen Medien die Aufmerksamkeit zu wecken. Dann beginnt eine diffamierende Berichterstattung, in der stets behauptet wird, ein »Bündnis aus Armeniern und Griechen« führe eine »Hetzpropaganda gegen Türkei«. Danach kommen sogenannte Vereine und Verbände ins Spiel und fordern »Deutschlandtürken« auf, dagegen ihre »demokratischen Protest« zu äußern. Türkische Tageszeitungen veröffentlichen Telefon- und Mailadressen von PolitikerInnen und Musterbriefe. Zum Schluss finden dann entweder Demonstrationen oder Kundgebungen statt. Dadurch entsteht der Eindruck, dass massenhaft aus der Türkei stammende Menschen hinter diese Kampagne stünden. Wer die türkische Presse verfolgen kann, wird dieses Muster erkennen.

ENTWEDER ODER?

Seit Jahren findet dieses Schauspiel statt. Dabei wird auch gerne auf die „Meinungsfreiheit“ Bezug genommen. Die Meinungsfreiheit, zu behaupten »dass es keinen Völkermord gegeben habe« wird

standhaft verteidigt. Dabei wird aber kein Wort darüber verloren, dass die gegenteilige Behauptung eines Völkermords an den Armeniern in der Türkei gemäß dem Gesetz Nr. 305 ein Straftatbestand ist, der durchaus zu Strafverfolgung führen kann. Jede Kritik an den Entscheidungsträgern in der Türkei wird stets als »Türken- oder Türkeifeindlichkeit« oder im Falle von aus der Türkei stammender Menschen als »Separatismus« bezeichnet.

Unerwähnt bleiben darf allerdings auch nicht, dass die armenische Frage gerne als Argument gegen einen EU-Beitritt der Türkei instrumentalisiert wird. Diese auch innenpolitisch motivierte Haltung kann, bei aller Kritik am Beitrittsprozess, von der Linken nicht toleriert werden. Genau wie andere kritische Fragen auch, wird die armenische Frage zur Durchsetzung von neoliberalen Diktaten der EU missbraucht. Dabei wissen gerade gesellschaftliche wie politische Linke in Europa, dass die derzeitige EU-Führung, die die sozialen und demokratischen Rechte in den Mitgliedsländern abbaut und die EU zu einer militaristischen Interventionsmacht umbauen will, die Fragen der Demokratie, der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit nur als Faustpfand benutzt. Wer – wie die EU – in den letzten Jahren zur Vertreibung von hunderttausenden KurdInnen, zur Brandschatzung von Wäldern, Dörfern und Vieh sowie dem »schmutzigen Krieg« nichts gesagt hat, dem ist die Anerkennung der Verbrechen des osmanischen Staates nur ein Mittel zum Zweck.

Für die deutsche Linke sollte gelten: weder Nationalismen noch Instrumentalisierung versuche der Armenier-Frage dürfen politisch toleriert werden. Im Bewusstsein, dass die Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten verlaufen, hat die Linke die Verantwortung sich im Sinne ihrer bewährten Werte zu positionieren. Erst wenn die Völker ihre eigene Geschichte selber schreiben können, werden nachhaltige historische Einschätzungen und Urteile Bestand haben. Wenn deutsche Linke vergessen haben sollten, dass schon Karl Liebknecht die Mitverantwortung Deutschlands an der Tragödie der anatolischen Völker angeprangert hat, dann sollten sie Schweigen und lernen zuzuhören. Vielleicht würden sie dann auch bemerken, dass Europa nicht Mittelpunkt der Erde ist und man durchaus von nicht (EU-)europäischen Linken im Hinblick auf die Geschichte etwas lernen kann.

DIE TÜRKISCHE REALITÄT

DIESER ARTIKEL WURDE ZWEI STUNDEN VOR DER ERMORDUNG VON HRANT DINK VERFASST UND VERSCHICKT. EIN GLEICHLAUTENDER ARTIKEL IN TÜRKISCHER SPRACHE WURDE AM 20. JANUAR 2007 IN DER TAGESZEITUNG YENI ÖZGÜR POLITIKA VERÖFFENTLICHT.

Seit rund zwei Jahren unterstützt die Rosa-Luxemburg-Stiftung die türkische Nahrungsmittelgewerkschaft Gida-Is bei ihrem Projekt in der Türkei. Die Projekte und insbesondere eine breit angelegte Feldstudie zu den Einstellungen der abhängig Beschäftigten zum EU-Beitrittsprozess haben höchst interessante Ergebnisse offenbart. Die Tendenz einer Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei scheint sich zu verstärken. Besonders gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte verfolgen die Umsetzung neoliberaler EU-Diktate mit großer Besorgnis.

Jetzt läuft das Projekt aus. In diesem Zusammenhang hatte die Gewerkschaft Gida-Is den Abschluss des Projektes mit einer internationalen Konferenz krönen wollen. ProjektmitarbeiterInnen und Gewerkschaftsführung legten sich ins Zeug. Vor Monaten begannen die Vorbereitungen. Internationale Gäste wurden eingeladen, Räumlichkeiten der Technischen Universität Istanbul (ITÜ) wurden gemietet, die Miete im Voraus bezahlt und eine Übersetzerfirma engagiert. Für die internationale Konferenz »Dialog verbindet, Solidarität stärkt« und für das in diesem Rahmen durchzuführende Podiumsdiskussion »Die Völker der Erde suchen ihren Frieden« waren alles Notwendige erledigt. Nun könnten die Gäste kommen. Doch, man hatte eine vergessen: die türkische Realität.

Der Dekan der Fakultät für Maschineningenieurwesen der ITÜ, Prof. Dr. Taner Derbentli meldete sich zwei Tage vor der Konferenz bei dem Generalsekretär von Gida-Is, Seyit Aslan. Trotz des Mietvertrages und der gezahlten Miete forderte der Professor ein offizielles Schreiben von Gida-Is, mit der sich die Gewerkschaft verpflichten sollte, während der Konferenz mit keinem Wort über die »kurdische Frage in der Türkei« zu diskutieren. »Ansonsten werden wir Ihnen den Zutritt verweigern« war die Drohung.

Für die Gewerkschafter kam so etwas selbstverständlich nicht in Frage. Sie intervenierten und schickten die Liste der teilnehmenden Personen, u. a. mit bekannten Namen wie MdB Norman

Paech, Prof. Dr. Mustafa Türkes, Prof. Dr. Mehmet Türkyay sowie vielen anderen WissenschaftlerInnen, SchriftstellerInnen und JournalistInnen an den Dekan. Als ob die Leitung der Universität nichts Besseres zu tun hätte, wurde mitgeteilt, dass man Informationen über die TeilnehmerInnen eingeholt habe und »man den Verdacht hat, dass KurdInnen die Veranstaltung instrumentalisieren würden«. Im Übrigen habe man herausgefunden, dass Dr. Kemal Bozay, ein Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, einem kurdischen Institut vorstehe. »Der Name Bozay« eigentlich ein urtürkischer Name, »beweist, dass der Mann ein Kurde ist«. So kam auch das erwartete Schreiben. Am Donnerstag, den 18. Januar 2007, zwei Tage vor der Konferenz, teilte die ITÜ-Leitung in ihrem Faxmessage von 14.16 Uhr mit, dass »der Universitätsvorstand auf ihrer Tagung Nr. 718 beschlossen hat, die Räumlichkeiten der Universität aufgrund der Sorge, dass die Veranstaltung den akademischen Interessen der Universität widersprechen könnte, der Gida-Is nicht zur Verfügung zu stellen«.

Noch letztes Wochenende fand in Ankara eine Friedenskonferenz statt. An dieser Veranstaltung hatten zahlreiche Intellektuelle, u. a. der große türkisch-kurdische Schriftsteller Yasar Kemal, verschiedene Persönlichkeiten und PolitikerInnen, teilgenommen. Die Konferenz hatte Aufsehen erregt und die öffentliche Diskussion über die kurdische Frage und den innertürkischen Frieden wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Regierung, Armeeführung und die Mainstream-Medien jedoch griffen die Organisatoren heftig an und warfen ihnen vor, dass sie »eine terroristische Organisation unterstützen« würden.

Auf der anderen Seite hatte das türkische Parlament das Thema »Intervention in Kerkuk« auf seiner Agenda. Seit Tagen wiesen die türkischen Medien auf die Möglichkeit und »Notwendigkeit« eines türkischen Eingriffs in Nord-Irak, um die »Turkmenen vor den Angriffen der kurdischen Seite zu schützen«, hin. Gleichzeitig steht das Land in einer Wahlstimmung. In diesem Jahr

werden der neue Staatspräsident und das neue Parlament gewählt. Premier Erdogan hat seine Absicht kundgetan, dass entweder er oder einer ihm nahestehende Person der neue Staatspräsident werden soll. Das wiederum stößt bei der Armeeführung und der kemalistischen Elite auf Ablehnung. Diese Debatten und eine mögliche vorgezogene Wahl schaffen eine Atmosphäre des Nationalismus und Chauvinismus. Erdogans Äußerungen zeigen, dass er und seine Partei gewillt sind, mit der inzwischen nach rechts driftenden Republikanischen Volkspartei (CHP) und der neofaschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) in einen fatalen Wettbewerb des nationalistischen Stimmenfangs zu gehen.

Im Grunde genommen handeln die Professoren der Istanbuler TU, die in der Vergangenheit ohne akademische Sorgen die Räumlichkeiten der Uni an die NATO, Unternehmerverbände und sogar für eine Modeschau vermietet haben, genau nach Plan. Eigentlich ein Armutszeugnis für die türkische Wissenschaft, aber auch der Ausdruck der türkischen Normalität, in der sich sogar namhafte Professoren zu Ausführungsbeamten einer militaristischen Staatsführung degradieren lassen.

Trotz der kurzfristigen Absage, was einer Sabotage der Veranstaltung entspricht, konnte die Gewerkschaft innerhalb weniger Stunden neue Räumlichkeiten für die Veranstaltung organisieren. Die Konferenz »Dialog verbindet, Solidarität stärkt« wird mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in einem Istanbuler Hotel stattfinden. Vielleicht wird sogar dieser Skandal dazu führen, dass sich die Zahl der TeilnehmerInnen erhöht. Dass Solidarität stärkt, wurde inzwischen auch bewiesen: für die Podiumsdiskussion hat der Vorstand der Vereinigten Metallarbeitergewerkschaft Birlesik Metal-Is, den Versammlungssaal ihrer Zentrale zur Verfügung gestellt. Auch das gehört zur türkischen Realität: trotz allem sich solidarisch zu zeigen.

GEBOREN: 1954, VERSTORBEN: 1915

AM 27. JANUAR 2007 VERÖFFENTLICHT IN DER TAGESZEITUNG »YENI ÖZGÜR POLITIKA«

Als mich die Nachricht von der Ermordung Hrant Dink's erreichte, war ich in dem »Versus Verlag« auf der anatolischen Seite Istanbuls in einem Gespräch. Wir waren alle schockiert. Eine tiefe Trauer erfasste mich, die jedoch, als ich an der spontanen Demonstration auf dem Taksim – Platz teilnahm, zur Wut wurde. Vor und während der Demonstration sprach ich mit vielen Bekannten. Alle waren einer Meinung: das ist ein politischer Mord, dessen Auftraggeber bekannt sind.

Ja, die Auftraggeber sind bekannt. Es war der »heilige Staat«, der Hrant Dink hinrichten ließ. Diese Hinrichtung ist, genau wie bei dem kurdischen Dichter Musa Anter und vielen anderen Hinrichtungen, ein Mord, der von einer Bande, die unter dem direkten Befehlsgewalt des Generalstabs der Republik Türkei steht. Keiner sollte jetzt sagen, dass man die Ermittlungen abwarten sollte. Die Geschichte hat längst ihr Urteil gefällt. Es ist die Staatstradition, die »die Ermordung für Staatsinteressen« zu einer Regel werden lässt und beginnend mit dem Jahr 1895, dann 1915 Hunderttausende massakriert hat und heute noch andauert, welche für diese Hinrichtung verantwortlich ist. So offen ist es eigentlich. Deshalb kann man sagen, dass Hrant Dink 1954 geboren wurde, aber sein Todesdatum 1915 ist.

Eine Mitverantwortung an dem Tod von Hrant Dink haben der Premier, der noch bevor das Blut auf dem Halaskar Gazi Allee noch nicht trocken war erklärte, »dieser Mord, der in einer Zeit begangen wurde, in der in einigen Ländern über den Pseudovölkermord diskutiert wird, beschädigt das Ansehen der Türkei« und die sogenannten »nationalen Linken«, die in nationalistischen Tönen mit neofaschistischen Kräften gleich ziehen. Der Chef der sogenannten »Arbeiterpartei« Dogu Perincek und Vorsitzender der neofaschistischen MHP, Devlet Bahçeli wussten noch in den ersten Stunden, dass »dieser Mord von der armenischen Diaspora in Auftrag gegeben« wurde. Dieses zivil-militaristische Bande von Perincek über Bahçeli bis Baykal und Cicek scheuen sich nicht mal davor zurück, während sie den Hinterbliebenen von

Hrant Dink Beileid wünschen, nationalistische und hasserfüllte Aussagen zu machen. Es hat den Anschein, dass diese Bande erst dann Ruhe geben wird, wenn der letzte Angehörige dieses, seit Tausenden Jahren in Anatolien lebenden armenischen Volkes zur Auswanderung gezwungen wird.

Die Entwicklung ist Besorgnis erregend. Das ist nicht nur ein einfacher politischer Mord. Hrant Dink wurde hingerichtet, weil er ein Armenier und ein Linker war. Das ist richtig, aber das eigentliche Ziel sind, beginnend mit den Kurden, die Kräfte, die sich für Gleichberechtigung, Frieden und Demokratie in dieser Region einsetzen. Die Kugel, die Hrant Dink traf, ist zugleich auf die Freundschaft der Völker, auf den Internationalismus und auf die arbeitenden Bevölkerung sowie die Unterdrückten gerichtet. Es ist eine offene Drohung. Gleichzeitig ist diese Hinrichtung ein klares Signal der rassistischen und militaristischen Kräfte für einen türkisch-kurdischen Krieg, der die gesamte Region erfassen könnte.

Die Beileidsbekundungen der Repräsentanten des Staates und der seit Jahrzehnten mit der militaristischen Clique übereingekommenen Mainstream-Medien können nicht ernst genommen werden. Deren Haltung ist ungläubwürdig. Auf der anderen Seite waren die Proteste von Zehntausenden am Freitag und die beeindruckende Begräbniszeremonie sowie die Rufe »Wir alle sind Armenier, wir alle sind Kurden« eine Antwort, die von den herrschenden Kräften in der Türkei nicht erwartet worden ist. Jetzt müssen aber weitere Schritte dem folgen. In der Vergangenheit wurde es mehrfach bewiesen: wenn die Friedens- und Demokratiekräfte in der Türkei, den nächsten Schritt versäumt haben, blieb alles beim Alten.

Die einzige Antwort auf derartige Hinrichtungen und politische Morde ist es, die herrschende politische Kultur und das Staatsverständnis zu hinterfragen. Die Forderungen müssen jetzt sich auf die Auflösung der Banden, der sogenannten Konterguerilla und der rechtsstaatlichen Verurteilung aller ziviler, politischer und militärischer

Verantwortlichen konzentrieren. Neben den Forderungen nach Demokratisierung und Gleichberechtigung ist es notwendig, Voraussetzungen zu schaffen, seien es der Völkermord von 1915, die Zwangsumsiedlungen, Massaker, politische Morde und auch Aneignung fremdes Eigentums, offen und transparent sich mit der eigenen Geschichte auseinander zu setzen.

Doch dies nur von den herrschenden Kräften zu erwarten, wäre mehr als Naiv. Die Herrschenden haben Interesse daran, dass alles so bleibt, wie es ist. Die einzigen Kräfte, die diesen Weg gehen können, sind diejenigen Kräfte, die Nation und Nationalismus klar ablehnen und aus einer antikapitalistischen Perspektive für Demokratie, Frieden und Gleichberechtigung sich zusammenschließen müssen. Gerade vor den Wahlen wäre ein solcher Zusammenschluss, die richtige und stärkste Antwort auf die rassistischen und militaristischen Kräfte in der Türkei.

SOLDAT, WOHN DES WEGES?

ÜBER DIE GEFAHREN DER NEUEN TÜRKISCHEN KRISE.

VERÖFFENTLICHT IM FEBRUAR 2007 AUF [HTTP://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM](http://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM) UND IM SOZIALISMUS, HEFT 3/2007

»Die Türkei steht vor großen Problemen – vor derart hohen Risiken und Bedrohungen, wie nie zuvor seit 1923. (...) Die territoriale Einheit Iraks ist gefährdet. Niemand kann es abstreiten, dass im Norden Iraks eine terroristische Organisation vorhanden ist. Das ist ein Problem der Türkei. Der Kaukasus ist eine Region der potentiellen Risiken. Wir wissen nicht was Morgen passieren kann. Unsere Grenze zu Iran ist auch ein potentielles Risikogebiet. Vor so vielen Problemen stand die Türkei noch nie in der Geschichte der Republik. (...) Niemand, auch keine Institution wird es bewerkstelligen, die Türkei außerhalb ihres, durch die Verfassung bestimmten Regimes herausdrängen.« [1]

In der Tat, der Viersternegeneral Yasar Büyükanit hat Recht: die Türkei und somit die gesamte Region steht vor einer höchst gefährlichen Situation. Alle Probleme, die kurz vor und nach der Gründung der Republik Türkei im Jahre 1923 das Land erschüttert haben, stehen heute aktueller denn je wieder auf der Tagesordnung. Ob aber diesmal die Völker Anatoliens relativ friedlich unter dem Dach der Republik leben werden können, scheint zweifelhaft zu sein.

Unzweifelhaft ist es jedoch, dass die Türkei sich auf dem Weg zu einer schwersten Krise ihrer Geschichte befindet. In den Strukturen des Staates und der verfassungsrechtlich institutionalisierten Zweiteilung der staatlichen Macht bilden sich Risse, die nicht mehr gekittet werden können. Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten haben Angst. Angst vor den Dynamiken, die sie nicht mehr kontrollieren können. Es besteht die Gefahr einer irrationalen Handlung der Entscheidungsträger, die zu einem Flächenbrand in der Region mit Auswirkungen auf Europa führen können.

VOM STABILISIERUNGSFAKTOR ZUM BEDROHUNGSPOTENTIAL

Lange Zeit galt die Republik Türkei mit ihrem laizistisch – muslimischen Bevölkerung und ihrer formalen Demokratie als ein »Faktor der Stabilität in einer Region der Instabilitäten« (Schröder). Insbesondere Kerneuropa hegte die Hoffnung, dass die militärisch potente Türkei zum Beschützer

der »neuen Interessen« Europas werden könnte. Die selbstbewusste Forderung der türkischen Armeeführung nach gleichberechtigter Teilhabe an der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihre strategische Partnerschaft mit den USA und Israel führten zu Interessenskonflikten und schufen schwer überwindbare Widersprüche. Daher wurde speziell für die Türkei ein »Heranführungsprozess in die EU« erfunden. Damit sollte sowohl die Türkei, als auch die EU für die Aufnahme »hergerichtet« werden.

Doch nun scheint es so, dass der Heranführungsprozess eine andere Richtung einschlägt, als erwartet. Die Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink und die dadurch ausgelösten Debatten offenbaren, dass die Entscheidungsträger der Türkei, hier im besonderen die Militärischen, nicht mehr gewillt sind, dem Weg in die EU weiter zu folgen. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Erstens, die schwere Zerrüttung im Machtgefüge des Staates. Schon bei dem Übergang zum Nationalstaat begann die Besonderheit des türkischen Kapitalismus. Entgegen der nationalstaatlichen Entwicklung in Europa, dem Geburtsort der Moderne und der Aufklärung, stand zu Beginn fest, dass der türkische Nationalstaat nur die Weiterführung des »Heiligen Staates« sein wird. Das »moderne« der neuen Türkei hatte im Dienste des »alten Staates« zu stehen. Die militärischen Eliten ließen keinen anderen Weg zu.

Die Jungtürken um Enver und Talat, die sich zuerst als eine illegale »Gemeinschaft« organisiert hatten, hatten 1908 nach einem Putsch den Sultan gezwungen, die sog. II. Konstitutionalismus – Erklärung zu unterzeichnen. Ihre »Partei für Einheit und Fortschritt« (Ittihat ve Terakki) blieb trotz der von ihnen gestellten Regierung im Untergrund. Die neue herrschende Clique wollte den »Heiligen Staat« retten, wenn auch vor dem schwachen Sultan und verfolgte eine panturkistische Politik.

Enver und seine Gesinnungsgenossen hatten schon von dem Ersten Weltkrieg begonnen Anatolien ethnisch zu säubern. Enver hatte sich fest

vorgenommen, zuerst die demographische und ethnische Struktur Anatoliens zu verändern und dann das Reich mit den »Rassenbrüdern« in Kaukasus und Asien zu vereinen. Die armenischen Aufstände waren dann der willkommene Anlass für das Genozid an der armenischen Zivilbevölkerung in 1915. Den Armeniern folgten dann die Aramäer sowie die Völker der Keldani und Nasturi. Die Panturkisten hatten die unselige Tradition »für die hohen Interessen des Staats zu sterben und zu töten« etabliert.

Die junge Republik setzte diese Tradition fort. Schon 1919 waren Zehntausende pontische Griechen aus Nord- und Mittelanatolien vertrieben worden. Und 1923 konnten die Unterhändler von Mustafa Kemal bei der Lausanner Konferenz erreichen, dass rund 1,2 Millionen anatolische Griechen nach Griechenland umgesiedelt werden. Im Gegenzug kamen 500.000 muslimische Griechen und Türken ins Land. Bis in die späten 1960er Jahre wurde das Projekt »Turkisierung Anatoliens« offen als Staatsziel verfolgt. Der Druck auf nichtmuslimische Bevölkerungsteile, das Land zu verlassen, wurde mit den blutigen Militäroperationen gegen kurdische Aufständische im Südosten der Türkei und staatlich organisierten Pogromen wie im September 1955 noch mehr verstärkt. Zwangsumsiedlungen, »Sprich Türkisch« Kampagnen und staatliche Geburtenkontrolle »zur Ausgleichung des türkischen Bevölkerungsanteils« waren Instrumente dieser Politik.

Mit der Gründung der Republik wurden der Staat, die Partei [2] und die Regierung eine Einheit. Die Armeeführung blieb wie zu Zeiten Envers autonom. Nach 1946 begann das Mehrparteiensystem, die jedoch mit dem Militärputsch von 1960 wieder justiert wurde. Weitere Interventionen der Armeeführung sowie die Militärjunta von 1980 haben die Macht des »Heiligen Staates« und der Armeeführung, als selbsternannte »Beschützer des Heiligen Staates« gefestigt. So entstand die formale bürgerliche Demokratie türkischer Lesart.

Noch heute ist es dem Parlament und den gewählten Regierungen kaum möglich, die rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Privilegien sowie die verfassungsrechtlich verankerte Position der Armeeführung im Gesetzgebungsverfahren zu überwinden. Obwohl die derzeitige Erdogan – Regierung sogar über eine verfassungsändernde Mehrheit im Parlament verfügt, ist sie noch nicht mal im Stande, die Richtlinien der Hochschulkommission zu ändern; geschweige denn die Militärs zurückzudrängen. Sowohl die Generalität und sie stützende Staatsbürokratie, als auch nationalistisch - kemalistische Eliten haben kein Interesse an einer Legitimation durch

demokratisch hergestellte Mehrheiten. Als Legitimation reicht ihnen die zutiefst rassistische Staatsideologie, ihre institutionelle Machtstellung und die Berufung auf den Staatsgründer Mustafa Kemal vollkommen aus.

Bisher konnte die zweigeteilte Macht im Staat noch im Lot gehalten werden. Doch die Möglichkeit, dass der nächste Staatspräsident aus den Reihen der Erdogan – Regierung kommen könnte, hat das labile Gleichgewicht erheblich gestört. Denn in diesem Falle wären die höchsten Staatsämter, nämlich der Parlamentspräsident, der Ministerpräsident und der Staatspräsident, der auch traditionell dem allmächtigen »Nationalen Sicherheitsrat« vorsitzt, in den Händen der verhassten »Laizismusgegnern« - einer Mannschaft, die scheinbar den EU – Beitrittsprozess fortführen und mit Hilfe der EU – Wettbewerbsrichtlinien die wirtschaftlichen Interessen der Armeeführung begrenzen will. Bis heute wurden die Staatspräsidenten entweder aus den Reihen aktiver oder pensionierter Generäle oder hohen Bürokraten ausgesucht – bis auf Süleyman Demirel. Jedes Mal, wenn das Parlament einen Zivilisten als Staatsoberhaupt wählen wollte, hat die Armeeführung mit einem Umsturz oder anderen Interventionsformen dies zu verhindern gewusst. Denn sie akzeptiert keinen Herrn über sich. Daher ist das Amt des Staatspräsidenten eine starke rote Linie, so dass bei dem geringsten Anzeichen einer Übertretung die Generalität sofort intervenieren könnte. Die sozialistische Linke in der Türkei spricht aus diesem Grund inzwischen von der realen Gefahr einer erneuten Militärdiktatur.

Zweitens, die chauvinistisch – nationalistische Stimmung in weiten Teilen der türkischen Bevölkerung. Das »Exekutieren staatsfeindlicher Elemente« durch paramilitärische oder geheime Organisationen, die nachweislich enge Verbindungen zur Armeeführung unterhalten, hat in der Türkei eine lange Tradition. Auch die Ministerpräsidentin Tansu Ciller hatte 1993, nach der Exekution mehrerer kurdischer und türkischer Oppositionellen, verlautbaren lassen, dass »diejenigen, die für die Interessen des Staates erschossen wurden oder andere erschossen haben, unsere Jungs« seien. Es waren immer ehemalige Angehörige von Spezialteams der Sicherheitskräfte oder aus den Reihen der Neofaschisten rekrutierte Kriminelle, die so zahlreiche Intellektuelle oder AktivistInnen der linken Opposition »verstummen« ließen.

Alle Exekutionen verliefen nach demselben Plan. Aber die Ermordung von Hrant Dink am 19. Januar 2007 brachte eine neue Qualität in das Muster. Den Mord begann ein jugendlicher Zivilist. Die massenhafte Reaktion der demokratischen Kräfte in der Türkei und die gestiegene Interesse der in-

ternationalen Öffentlichkeit nötigte die Erdogan – Regierung, die Aufklärung des Mordes zu verfolgen. Doch damit begann eine Kettenreaktion, in der die Verflechtungen und Verbindungen staatlicher Stellen an dem Mord offenbart wurden [3].

Darin sahen Erdogan und seine Regierung unterstützenden Kräfte zuerst eine Chance, mit dem als »tiefen Staat« bezeichneten Konglomerat abzurechnen. Wie seine Vorgänger Demirel und Ecevit versuchte Erdogan sich gegen den »tiefen Staat« zu positionieren. In einer Fernsehsendung erklärte er: »Natürlich gibt es den tiefen Staat. Seit den Osmanen wird diese Tradition weitergeführt. Aber ihn zu minimieren, wenn möglich zu zerschlagen, eben das müssen wir bewerkstelligen.« [4]

Erdogan hatte aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die staatshörigen Medien skandalisierten seine Worte und kommentierten die »Gefährdung des Staates« herbei. Nach der Beerdigung von Dink, an der Hunderttausende teilnahmen und – für die Türkei einmalig – mit den Rufen »Wir alle sind Armenier« gegen den Mord protestierten, war die chauvinistisch – nationalistische Stimmung im Land aufgeheizt. Nahezu in allen größeren Städten – mit deutlicher Ausnahme der kurdischen Regionen – formierten sich Demonstrationen der Nationalisten. Bei den Ligaspielen skandierten Fußballfans rassistische Rufe. Polizeichefs, pensionierte Geheimdienstler oder aber auch Offiziere der Armee kommentierten die Ausschreitungen, die in einigen Städten zu hysterischen Lynchversuchen ausarteten, als »verständliche und vom Nationalgefühl geleitete Reaktionen der Bevölkerung«.

Seit einigen Jahren ist es vermehrt zu beobachten, wie ominöse Vereine des »Türkentums« in verschiedenen Städten gegründet werden, zu denen sogar die neofaschistische MHP Distanz zu halten versucht. Diese Vereine, von denen sich einige sogar nicht scheuen, sich als »Nationalsozialistischer Verein des Türkentums« [5] zu bezeichnen, werden i. d. R. unter dem Vorsitz von pensionierten Offizieren gegründet und führen Hetzkampagnen wie »Kauft nicht bei dem Kurden« und sammeln in den Fußgängerzonen Unterschriften für die Forderung »Den Zuwachs kurdischer Bevölkerung stoppen!«. Inzwischen sind in Fernsehsender, die der Erdogan – Regierung nahe stehen, zu sehen, wie Vereinsmitglieder einen Eid auf die türkische Fahne sprechen und schwören, dass sie als »von türkischen Eltern reinen Blutes abstammende Türken, für die Interessen des Staates zu töten und zu sterben bereit sind«. Kurzum, es sind beängstigende Parallelen zu den Anfängen des Dritten Reiches erkennbar.

Das kommt aber nicht von ungefähr. Die von Erdogan geführte AKP – Regierung hat an der aufgeheizten chauvinistisch – nationalistischen Stim-

mung erheblich Mitschuld. Schon im letzten Jahr begann Erdogan mit der neofaschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) und der CHP um nationalistische WählerInnen zu wetzeln. Doch jetzt wird Erdogan die Geister, die er rief, nicht mehr los. Dadurch ist auch seine EU – Politik in Verruf geraten. Rund 60 Prozent der türkischen Bevölkerung stellt sich inzwischen gegen einen EU – Beitritt der Türkei.

Dieses Jahr wird nicht nur der neue Staatspräsident gewählt, sondern auch das Parlament. Den Umfragen nach scheint eine MHP/CHP – Koalition an Zustimmung zu gewinnen. Erdogan hat sich in ein Dilemma herein manövriert, in der jeder Schritt in einer desaströsen Niederlage enden kann. Gleichzeitig ist er mit dem erhöhten Druck der Militärs konfrontiert. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als im Strom des Nationalismus mit zu schwimmen, um die drohende Niederlage abzuwenden.

Drittens, die Existenzkrise des kemalistischen Regimes. Bis heute stand das Regime unter der Schirmherrschaft Washingtons. Auch die Regierungen waren sich stets der Unterstützung der US – Administration sicher. Aber heute bereiten berechnete Sorgen den Entscheidungsträgern in der Türkei große Kopfschmerzen. Das große Nahostprojekt der USA steht im fundamentalen Widerspruch zu den Staatsinteressen des kemalistischen Regimes. Dieser Widerspruch begründet die Existenzkrise, welcher wiederum durch den Globalisierungsdruck in Gestalt des EU – Beitrittsprozesses und den, für das Regime nicht mehr kontrollierbaren Kurden-Konflikt verschärft wird.

Es ist offensichtlich, dass die USA den Druck auf Iran erhöhen wollen und Pläne für einen »Regimewechsel« vorbereiten. Die türkische Armeeführung möchte sich an diesen Plänen aktiv beteiligen. Gleichzeitig steht sie aber mit der Teheraner-Führung in Kontakt, um gegen die PKK-Stellungen in Iran gemeinsame militärische Aktionen durchzuführen. Die iranische Armee unterstützt die Türken bei ihrem Kampf gegen die PKK-Guerillas. Unlängst hat der Chef des iranischen Sicherheitsrates, Ali Laricani Türkei angeboten, eine koordinierte gemeinsame Operation gegen die kurdischen Kämpfer zu starten.

Das Dilemma der türkischen Armeeführung wird jedoch aufgrund der Unterstützung der kurdischen Autonomiegebiete in Nordirak durch die USA größer. Die mögliche Gründung eines kurdischen Staates, dessen Hauptstadt Kerkuk sein könnte, wird in Ankara als eine große Gefahr angesehen. Deshalb haben sowohl der Außenminister Gül, als auch der Armeechef Büyükanit bei ihren Gesprächen in Washington Anfang Februar 2007 auf dieses Problem hingewiesen.

So wie es der türkischen Berichterstattung zu entnehmen war, haben Gül und Büyükanit die Probleme Nordirak, PKK und die Beschlussvorlage zum Armenier-Völkermord im US-Senat und ihre Erwartungen dazu angesprochen. Etwaige Lösungen, wie die Zurücknahme der Völkermord Beschlussvorlage oder politische Unterstützung für Militäroperationen gegen die PKK, würden dann – so scheint die Stimmung in Ankara zumindest jetzt dafür zu sein – im Gegenzug mit der Teilnahme der türkischen Armee an einer möglichen Offensive gegen den Iran belohnt werden. Denn auch die Türkei hätte, trotz der kurzfristigen Gemeinsamkeiten in der kurdischen Frage, erhebliche Probleme mit einer islamistischen Atom-macht als Nachbarn.

Was Nordirak betrifft, hat die Bush-Regierung andere Prioritäten als die Türkei. Sie unterstützt die kurdische Autonomiebehörde, weil jede andere Haltung zu einer weiteren Destabilisierung im Irak und somit zur Stärkung des iranischen Einflusses führen könnte. Deshalb werden die türkischen Gesprächspartner zu einer »Dreier-Kooperation« zwischen der USA, Türkei und kurdischer Autonomiebehörde gedrängt. Mit von US-Außenministerium initiierten Aktionen gegen PKK-nahe Organisationen, wie zuletzt in Frankreich und Belgien [6], sollte die Stimmung verbessert werden. Aber dem Armeechef Büyükanit sind diese »Goodwill-Aktionen« nicht genug. Er will die vollständige Zerschlagung der PKK-Strukturen in Europa. Bei seinem Besuch in Washington signalisierte er, dass er den Europäern nicht vertraue und von der US-Führung konsequenteres Vorgehen erwarte.

Erdoğan würde hingegen dem US-Vorschlag folgen. Nach dem er dem kurdischen Führer Barzani unterschwellig mitteilte, dass seine Regierung unter bestimmten Voraussetzungen das Gespräch suchen würde, meldete sich prompt Büyükanit aus Washington: »Es kann jeder mit jedem reden. Aber als Soldat rede ich mit niemand in Nordirak. Die Regierung sollte ein Beschluss fassen und uns eine Direktive zum Handeln geben«. [7] Damit forderte er die Regierung offen auf, entgegen den US-Plänen den Einmarsch in Nordirak zu beschließen. Daraufhin ruderte Außenminister Gül im Namen der Regierung zurück und mahnte am gleichen Tag an, dass bevor Soldaten mit ihren Waffen sprechen, zuerst die Politik notwendige diplomatische Wege ausschöpfen muss.

FAZIT: ES IST ALLES OFFEN

Dieser Dialog zwischen der Armeeführung und der Regierung zeigt den Ernst der Lage. Es sind zu viele Konfliktherde vorhanden, die im gesamten Zusammenhang gesehen, die Krise der Türkei vertiefen. 12-Meilen-Konflikt in der Ägäis, die

Zypernfrage, die Beziehungen zu Armenien, der Iran-Konflikt, Nordirak, der EU-Beitrittsprozess und die gefährdete Souveränität, Demokratie-, Menschenrechts- und Minderheitenfragen, der Kurden-Konflikt, Laizismuskonversationen, das Amt des Staatspräsidenten u. v. a. m. – all diese Probleme sind mit einander so verflochten, dass die Krise der Türkei zu einem hochexplosiven Pulverfass wird.

Die Eliten und der Staat haben Angst. Sie wollen an allen Plänen in der Region teilhaben. Sie wollen sich dem Globalisierungsprozess anpassen, haben aber Sorge vor der Bedrohung der nationalstaatlichen Strukturen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Republik ist ihre Zukunft derart unbestimmt. Die Dynamik der kurdischen Opposition im Lande ist nicht mehr unter Kontrolle zu bringen. Die erhoffte Unterstützung der USA in dieser Frage lässt auf sich warten. Das alles wirkt wie ein Erdbeben und erschüttert das Regime in all ihren Strukturen.

Diese Erschütterungen und eine Armeeführung, dem ein extremer Hardliner vorsteht und offen eine Neigung zur irrationalen Handlung aufweist, bergen nicht vorausbestimmbare Gefahren für das Land und die Region. Wenn die militärischen Entscheidungsträger keine Perspektive mehr sehen, könnte sich die Türkei durch ihre Handlungen in einen Chaos stürzen, der sicherlich auch den Plänen der USA schaden würde. Ob aber die USA dieses Risiko in Kauf nehmen würden und mit welchen Zugeständnissen dies abwenden würden, kann nicht vorausgesagt werden. Denn die Handlungsoptionen der geschwächten Bush-Regierung sind begrenzt. Und die EU hat ihren Einfluss in der Türkei gänzlich verloren.

In einer solchen Situation konzentrieren sich alle Blicke auf die kommenden Monate. Im April soll der neue Staatspräsident gewählt werden. Die kurdischen Guerillas erwartet eine massive Offensive der türkischen Armee – rund 250.000 türkische Soldaten sind an der türkisch-irakischen Grenze stationiert. So warten alle auf den Frühling. Der Frühling wird sicher kommen, aber was er mitbringt ist nicht offen. Offen ist m. E. nur eins: Die gesellschaftliche und politische Linke in Europa sollte sich warm anziehen. Denn die Völker Anatoliens werden all unsere Hilfe benötigen.

[1] Yasar Büyükanit, Chef der türkischen Streitkräfte, während eines Empfangs der türkischen Botschaft in den USA. Quelle: Nachrichtenagentur Anadolu (AA), 14. Februar 2007.

[2] Die Republikanische Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi) wurde von Mustafa Kemal gegründet und besteht, obwohl zwischenzeitlich nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 verboten, als älteste Partei der Republik Türkei bis heute.

[3] Ein paar Tage nach der Verhaftung des Dink – Mörders Ogün Samast wurden Videoaufnahmen veröffentlicht, auf denen zu sehen ist, wie Polizeibeamte und Gendarmen mit dem Mörder, der eine türkische Fahne in der Hand hält, posierten. Hinter ihnen war zu lesen: »Das Vaterland ist heilig und darf nicht seinem Schicksal überlassen werden«.

[4] Kanal 7, Politsendung »Iskele – Sancak« vom 28. Januar 2007 sowie diverse türkische Tageszeitungen vom 29. Januar 2007.

[5] »Türkçü Toplumcu Budun Dernegi« in Izmir. Am 12. Mai 2006 meldeten türkische Agenturen, dass dieser Verein im Internet eine Liste von Intellektuellen, KünstlerInnen und linken Organisationen als Feinde des türkischen Staates veröffentlichte und einen Aufruf an die türkische Nation machte: »Türkische Männer und Frauen! Gebärt für das Türkentum noch ein Kind. Denn eure Zahl nimmt ab, während die Zahl der Veräter, Kriminellen und Drogenverkäufern zunimmt. Wir sind die einzigen, die dem türkischen Menschen, der zwischen der arabischen und westlichen Kultur eingeengt wird, zeigen können, sich selbst zu lieben. Wir sind die Nationalsozialisten des Türkentums, die den Kurden- und Zigeunerbanden und den Fundamentalisten die einzige Antwort, die sie verdienen geben werden«.

[6] Sowohl Matt Bryza als auch Dan Fried vom US-Außenministerium erklärten türkischen Medien, dass sie die Aktionen in Europa initiiert hätten. Bryza zu einem Journalisten der Sabah-Gruppe: »Die Operationen in Europa wurden unter der Koordination des US-Außenministeriums durchgeführt. Wir haben unsere europäischen Kollegen gebeten, bestimmte Personen aufzugreifen und das Geldverkehr der PKK unter Kontrolle zu bringen.«

[7] Tageszeitung Hürriyet vom 18. Februar 2007.

AM RANDE DES ABGRUNDS

ÜBER DIE HINTERGRÜNDE DER NEUESTEN TÜRKISCHEN KRISE AUS DER ZEITSCHRIFT »SOZIALISMUS« 06/2007

Die Eskalation im Machtkampf in der Türkei war so sicher, wie das Amen in der Kirche. Mit einem Frontalangriff der türkischen Generäle in der Nacht vom 27. April 2007 begann ein Prozess, der am Ende das Land ins Chaos stürzen könnte. Interventionen und Putschdrohungen der türkischen Generäle sind allerdings wahrlich nichts Neues.

Neu ist nur die Form: Das scharf formulierte Ultimatum der Armeeführung kam ganz im Zeichen des Informationszeitalters per Internet und änderte schlagartig die politische Tagesordnung der Türkei.

Wer erwartet hat, dass der Prozess der Heranführung an die EU die Demokratisierung der Türkei voranbringen würde, dürfte nun bitter enttäuscht sein. Alleine der Umstand, dass eine nächtliche Putschandrohung eine solche enorme Wirkung hat, zeigt, dass die Türkei - trotz vom Westen gelobter Reformen - keinen Schritt voran gekommen ist.

Was war geschehen? Premier Erdogan, der sich seit längerem darüber im Klaren ist, dass er nicht selbst Staatsoberhaupt werden kann, zauberte als Überraschkandidaten für das Amt des Staatspräsidenten Außenminister Gül aus dem Hut. Die größte Oppositionspartei, die kemalistische CHP, witterte ihre Chance und boykottierte die Wahlen im Parlament. Als die AKP-Mehrheit trotzdem den Wahlgang eröffnete, rief die CHP das Verfassungsgericht an. Am gleichen Tag, kurz vor Mitternacht, wurde auf den Internetseiten der Armee das Ultimatum veröffentlicht.

Daraufhin überschlugen sich die Ereignisse. Am 1. Mai 2007 erklärte das Verfassungsgericht wie erwartet, dass für die Wahl des Staatspräsidenten die Anwesenheit von mindestens 367 Abgeordneten zwingend notwendig sei. Die AKP konnte, auch beim zweiten Wahlgang nur 361 Abgeordnete mobilisieren. Das war das Signal für die vorgezogenen Neuwahlen. Am 3. Mai 2007 votierten 458 Abgeordnete dafür.

Die bürgerlichen Medien bewerteten diesen Beschluss als einen Ausweg aus der schwersten Sta-

atskrise, in der das Land nun gefangen ist. Doch das scheint nur eine Wunschvorstellung zu sein. Man muss eher von einer »Ruhe vor dem Sturm« sprechen. Denn diese Krise hat offenbart, dass die Türkei von ihrer eigenen Vergangenheit eingeholt worden ist. Längst überwunden geglaubte Probleme sind aktueller denn je. Die Gesellschaft ist tief gespalten und das Land steht buchstäblich am Rande eines Abgrunds. Ob sie sich aus dieser Situation retten und den Weg zu einer bürgerlichen Demokratie finden kann oder aber sich in einen blutigen Bürgerkrieg hineinmanövrieren wird, werden die nächsten zwei Monate zeigen.

WARUM HAT DIE ARMEE INTERVENIERT?

Die Putschdrohung hat die AKP-Regierung und die wirtschaftliche Elite, die auf die AKP setzte, kalt erwischt. Sowohl Erdogan, als auch die Unternehmensverbände fühlten sich aufgrund der AKP-Parlamentsmehrheit und der Unterstützung durch die USA und die EU auf der sicheren Seite. Die neoliberalen Vorgaben von IWF, Weltbank und EU waren umgesetzt, das Land den Spekulationen der internationalen Finanzmärkte eröffnet und kosmetische Operationen in Sachen Demokratisierung vorgenommen. Es schien alles in Lot zu sein. Obwohl die oppositionelle CHP und nationalistische Kreise seit einem Jahr Kampagnen gegen einen Staatspräsidenten aus den Reihen der AKP führten, waren viele davon überzeugt, dass alles nach (AKP-)Plan laufen würde. Zudem wusste man, dass die Auseinandersetzungen um das Amt des Staatspräsidenten ein Nebenkriegsschauplatz war.

Allerdings handelt es sich um einen Nebenkriegsschauplatz mit hoher Symbolkraft. Der türkische Staatspräsident ist von Amts wegen der Oberbefehlshaber der Armee. Wichtige Ämter im Staat, wie Verfassungsrichter oder Mitglieder der Hochschulkommission, werden von ihm ernannt. Die Verfassung gibt dem Staatspräsidenten viele Kompetenzen, womit er zu einem Kontrollinstanz des Regimes wird und er sitzt dem übermächtigen Verfassungsorgan, dem Nationalen Sicherheitsrat vor. Eine symbolische Bastion des laizistischen

Staates, der bis jetzt zu keiner Zeit aus der Kontrolle der Armeeführung entlassen wurde. Ein Islamist als Staatsoberhaupt wäre eine schwer zu schluckende Kröte für die Generäle.

Dennoch ist das Amt nur ein sekundäres Problem. Den Generälen geht es um den Status quo, also ums Regime und um ihre privilegierte Machtstellung im Staat, in der Politik und Wirtschaft. Wird diese Machtstellung auch nur angetastet, fliegen die Fetzen.

Die Generäle hatten ihre Intervention mit der »Gefährdung des Laizismus« begründet. Doch auch das ist ein Scheinargument, das der Mobilisierung der laizistischen Bevölkerungsteile dient – mit Erfolg, wie man an den Massendemonstrationen der letzten Wochen sehen konnte. Die militaristische Clique hat es mit der Hilfe der staatshörigen Medien geschafft, die Massen gegen die AKP-Regierung auf die Straße zu bringen.

Dabei waren es die Militärs selbst, die den laizistischen Grundkonsens gefährdet und den politischen Islam stets gefördert haben. In der jüngsten Geschichte der Türkei hat die Armeeführung drei Mal (1960, 1971 und 1980) die Macht gewaltsam an sich gerissen. Mehrere Male wurden Ultimaten gestellt oder gedroht, zu putschen. Erst vor einigen Wochen wurde ein geheimer Putschplan öffentlich. Doch kein einziges Mal waren die islamistischen Kräfte direkte Angriffsziele der Interventionen und Machtübernahmen. Es war die Militärjunta unter dem Diktator Evren, die nach 1980 die Zahl der Religionsschulen vervielfacht und Anhänger des politischen Islams in der Bürokratie in Amt und Würde gebracht hat.

Der politische Islam war stets als ein Gegengewicht gegen die aufkeimende Gewerkschafts- und linke Oppositionsbewegung und im Besonderen gegen die kurdische Bewegung gedacht. Auch bei der jüngsten Intervention geht es nur scheinbar gegen die Islamisten. Solange sie kontrolliert werden können, dürfen sie sich austoben und organisieren. Aber wehe, wenn sie so stark werden, so dass der Westen sie als einzigen Ansprechpartner ansieht.

DREITEILUNG DER GESELLSCHAFT

Während die westlichen Medien nur den Laizismus-Aspekt in ihrer Berichterstattung berücksichtigt haben, wurden die eigentlichen Adressaten des Ultimatus - bewusst? - vergessen. Unmissverständlich hat die Armeeführung die gesamte kurdische Bevölkerung und die linke, sozialistische Opposition im Lande zu Staatsfeinden erklärt. Die Aussage im Ultimatum, dass »alle, die dem Verständnis ›Glücklich ist der, der sagen kann, ich bin Türke‹ widersprechen, sind Feinde der Republik Türkei und werden es bleiben« ist eine offene Kriegserklärung.

Dies findet in der gespaltenen türkischen Gesellschaft fruchtbaren Boden. Seit mehreren Jahren wird eine rassistisch-nationalistische Stimmung geschürt. Ein Großteil der Bevölkerung in der westlichen Türkei ist offen kurdenfeindlich. KurdInnen, die aufgrund des Krieges im Südosten aus ihren Dörfern oder Städten vertrieben wurden, sind als ZwangsbinnenmigrantInnen im Westen unerwünscht. Die bewusste Ethnisierung der sozialen Frage und der Kriminalität in den Großstädten, das medial inszenierte Beschwören von Bedrohungsszenarien, Massenbegräbnisfeiern für gefallene Soldaten, an denen hochrangige Generäle und Offiziere teilnehmen, antiimperialistisch gefärbte Nationalismuspropaganda und die Stigmatisierung der kurdischen und linker Oppositionsparteien als »Separatisten« hat ein gesellschaftliches Klima erzeugt, das quasi in Lynchjustiz mündet.

Proteste gegen die Beisetzung erschossener »Terroristen« auf städtischen Friedhöfen, das Verjagen von kurdischen Saisonarbeitern und ihrer Familien aus den Städten, das Skandieren kurdenfeindlicher Parolen in Fußballstadien, Massenverprügelungen vermeintlicher »PKK-Anhänger«, auch wenn es »nur« protestierende linke Studierende sind u.v.a.m. gehören zum Alltagsbild der heutigen Türkei. Ein Massenwahn, der sogar so weit geht, dass nun Bevölkerungsteile bewaffneten Kampfhandlungen mit PKK-Kämpfern als Zuschauer beiwohnen! So berichtete die Tageszeitung Hürriyet am 7. Mai 2007: »Über 1.000 Zivilisten haben in Hatay Soldaten, die auf der Terroristenjagd waren, angefeuert... Nach der Vernichtungsoperation haben Dorfbewohner die erfolgreichen Soldaten mit Lebensmitteln beschenkt«. Bedarf diese Nachricht noch weiterer Kommentare?

Während 20.000 Mann starke Armeeeinheiten mit Unterstützung von Sikorsky-Kampfhubschraubern vier- bis sechsköpfige kurdische Guerillagruppen jagen und von »Vernichtungsoperationen« berichtet wird, versucht die einzige legale kurdische Partei DTP in Zusammenarbeit mit kleineren linken und sozialistischen Parteien, sich auf die vorgezogenen Neuwahlen vorzubereiten. Nach Presseberichten wird dabei die Unterstützung von unabhängigen KandidatInnen favorisiert.

In den kurdischen Gebieten sind die Vorbereitungen so weit vorangeschritten, dass in Wahlkreisen, in denen mindestens zwei KandidatInnen gewählt werden könnten, Frauen die/den einen und Männer die/den andere/n KandidatIn wählen sollen, um die Chancen zu vergrößern. Doch ob es dazu kommen wird, dass das kurdisch-türkische Wahlbündnis überhaupt unabhängige Mandate

erringen kann, scheint zweifelhaft zu sein. Denn weder ist die sehr hohe 10%-Hürde gesenkt worden, noch ist die Zulassung von unabhängigen KandidatInnen sicher.

Zudem hat die türkische Armee mit ihrem »bewaffneten Wahlkampf« begonnen. Die massiven Militäroperationen und die mögliche Verhängung des Kriegsrechts im Südosten der Türkei werden den kurdischen Wahlkampf mehr als behindern. Schon jetzt gehen türkische Analysten davon aus, dass nach dem 22. Juli 2007 keine DTP-Abgeordneten im Parlament sitzen werden.

Linke in der Türkei sprechen heute davon, dass die politische Landschaft längst in eine türkische und kurdische geteilt ist. In den kurdischen Gebieten bemühen sie sich nicht mal um die Organisation eigener Parteigliederungen. Auch die kurdische Bevölkerung im Südosten der Türkei scheint sich damit abgefunden zu haben. Zahlreiche in der Türkei geborene junge KurdInnen ziehen in den Nordirak, um dort auf kurdischen Universitäten zu studieren. Das kurdische Autonomiegebiet im Nordirak, reich an Erdölvorkommen und mit relativ hohem Pro-Kopf-Einkommen, hat für die kurdische Bevölkerung im unterentwickelten Südosten der Türkei eine hohe Anziehungskraft. Sowohl der Chef des Autonomiegebietes, Barzani, als auch der irakische Staatspräsident Talabani, selbst ein Kurde, sympathisieren offen mit der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Die DTP lässt die Sympathiebekundungen nicht unbeantwortet.

Diese, im Nordirak entstandene neue Situation, der Umwälzungsprozess im Nahen Osten und die langfristigen US-Pläne für die Region verschärfen so die Widersprüche der türkischen Machthaber. Daher spricht Armeechef Büyükanit in diesem Zusammenhang von der Gefährdung des strategischen Schutzes der territorialen Einheit des Landes und benennt im Unterton die USA als Schuldigen für diese Entwicklung.

Unverhohlen hatte Büyükanit sowohl bei seinem Washington-Besuch, als auch auf seiner Pressekonferenz am 12. April 2007 in Ankara, eine militärische Intervention in Nordirak gefordert. Verschiedene Tageszeitungen hatten danach über die Pläne, eine 400 km breite und 50 bis 60 km tiefe Pufferzone auf dem Staatsgebiet des Irak an der Grenze einzurichten, spekuliert. Dass derartige Pläne längst in den Schubladen der Militärs liegen, ist in der Türkei ein offenes Geheimnis. Allerdings ist noch nicht darüber entschieden, ob die Generäle das riskieren wollen.

Die Politik der letzten zwei Jahrzehnte und die jüngsten Entwicklungen haben einen tiefen Spalt zwischen den kurdischen und den übrigen Teilen der Bevölkerung der Türkei entstehen las-

sen. Aber nicht nur diese Spaltung zerrüttet die gesellschaftlichen Fundamente. Es geht eine weitere Spaltung, ein kultureller Riss durch die Mitte dieser Gesellschaft, die zu kitten, große Energien erfordern wird. Dabei handelt es sich um die sich zusehends verschärfenden Frontstellungen zwischen zwei Bevölkerungsteilen, deren Lebensgeschichten, Auffassungen und Traditionen grundverschieden sind.

Auf der einen Seite steht ein Teil der türkischen Bevölkerung, der sich seit der Gründung der »modernen« Türkei von den Eliten benachteiligt fühlt. Das sind Menschen, die zumeist aus den anatolischen Gebieten stammen, die eine konservative, türkisch-islamische Weltsicht haben, inzwischen über größere ökonomische Ressourcen verfügen und die neue Mittelschicht ausmachen. Gemeinsam mit den weiten Teilen der "Unterschicht" bilden sie die Wählerschaft der AKP und sind als solche eine nicht zu unterschätzende politische Kraft geworden. Diese heterogene Gruppe ist geeint in dem Willen, gegen den als paternalistische Bevormundung verstandenen Laizismus vorzugehen und mit der Hilfe der neuen Politikerklasse aus den eigenen Reihen ihren »Anteil« an den politischen und wirtschaftlichen Ressourcen des Landes einzufordern.

Auf der anderen Seite stehen die alten »modernen« Mittel- und Oberschichten. Dabei handelt es sich um eine westlich orientierte Gruppe, die sich stets als aufgeklärte Türken definiert hat und sich vom Erstarken der AKP in ihrer Lebensweise bedroht fühlt. Diese, von Teilen der türkischen Linken als »weiße Türken« oder »die türkische Schweiz« bezeichnete Gruppe setzt gegen die »antilaizistische Gefahr« auf die Macht der Armee und des Regimes. Das kommt auch nicht von ungefähr, denn ein Großteil der Richter, Staatsanwälte, Offiziere und der Bürokratie stammt aus der Gruppe der »weißen Türken«.

In den Auseinandersetzungen der letzten Wochen hat sich das Paradoxe dieser Spaltung offenbart: während die westlich orientierten, laizistischen »weißen Türken« sich von den Werten der westlichen Demokratie abwenden und teilweise mit nationalsozialistisch anmutenden Parolen sich noch stärker an das militärische Vormundschaftsregime festklammern, setzen die nicht-westlich orientierten Schichten auf die Stärkung der parlamentarischen Demokratie, weil sie nur so eine Chance sehen, ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen zu schützen. Daher ist es kein Zufall, wenn sich die islamische AKP in ihrer politischen Ausrichtung als europafreundlichste Partei präsentiert.

DAS SCHEITERN DER DEMOKRATIE Á LA TURK

Diese Dreiteilung der türkischen Gesellschaft, gepaart mit der Unfähigkeit der Politik, wenn auch nur minimale demokratische Lösungen zu

präsentieren, macht aus der Türkei ein Pulverfass, das durch einen kleinen Funken hochgehen und die gesamte Region in einen Flächenbrand versetzen kann. An dieser Situation haben die Parteien im Parlament eine gehörige Mitschuld.

Sowohl die Regierungs- als auch Oppositionsparteien haben sich davor geschaut, die von der Militärjunta 1982 durchgesetzte antidemokratische Verfassung so zu ändern, dass damit die Entwicklung einer bürgerlichen Demokratie möglich geworden wäre. Sämtliche »demokratischen Reformen«, die im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen umgesetzt wurden, haben am Kern der Verfassung, aus der die Militärs ihre Macht schöpfen, nichts geändert.

Im Gegenteil: Lange glaubten Erdogan und die AKP, dass sie an der Macht teilhaben konnten, wenn sie die Machtverhältnisse nicht antasten. In der Kurdenfrage setzte die AKP statt auf Dialog und politische Lösung auf Eskalation. Ihr Regierungshandeln war wesentlich von einer neoliberalen Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik, massivem Sozialabbau, Maßnahmen zur weiteren Schwächung der Gewerkschaften und der Verschärfung von innenpolitischer Repression geprägt. Während die AKP-Regierung, wie am 1. Mai 2007 in Istanbul, mit Polizeigewalt Gewerkschaften, soziale Bewegungen und linke Oppositionsgruppen bekämpfte, provozierte sie mit einer ignoranten und parteiischen Personalpolitik in der Bürokratie, laizistische Abwehrhaltungen.

Auch nach der Intervention der Generäle demonstrierte die AKP-Regierung ihre Unfähigkeit. Der nationalistischen und rechtspopulistischen Haltung der Oppositionsparteien hatte sie nichts anderes entgegenzusetzen als von kurzfristigen Machtinteressen geleitete Wahlrechts- und Verfassungsänderungen. Obwohl der amtierende Staatspräsident nach dem geltenden Recht diese Verfassungsänderung ablehnen muss, hat die AKP-Mehrheit die Wahl des neuen Staatspräsidenten durch das Volk beschlossen. Die 10%-Hürde jedoch bleibt weiterhin bestehen. Eine Konsensfindung im Parlament scheint - außer in der Frage der vorgezogenen Neuwahlen - praktisch nicht möglich. So tritt die Türkei in einem polarisierten und vergifteten Klima in die Phase der Neuwahlen.

WAS WIRD/KÖNNTE GESCHEHEN?

Aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen sind sich viele politische Beobachter einig: »Eine weitere Eskalation der militärischen Einflussnahme ist nicht zu erwarten«. Das trifft wohl zu - aber nur bis zum Wahltag. Was danach passieren wird, hängt vom Wahlausgang ab. Derzeit zwingt die 10-Prozent-Hürde zu Parteifusionen. Im rechten Spektrum haben sich die Parteien DYP und

ANAP zur »Demokratischen Partei« zusammengeschlossen. Die CHP fusioniert mit der Partei des verstorbenen Bülent Ecevit. Die neofaschistische MHP wittert aufgrund der angeheizten nationalistischen Stimmung neue Chancen. Und der mächtige Unternehmerverband TÜSIAD geht nach der Kritik der Generäle an der AKP auf Wartestellung.

In dieser Situation wird es für die AKP schwer, ihr Wahlergebnis von 2002 zu halten. Unmöglich ist das aber nicht. Auch wenn die »weißen Türken« auf eine Regierung ohne die AKP hoffen, könnte diese Hoffnung nur im Falle des Einzugs einer vierten Partei in Erfüllung gehen. Falls ein Bündnis von unabhängigen kurdischer und linker Abgeordneten in das Parlament einziehen sollte, könnte es das Zünglein an der Waage werden, was aber von den Militärs als Super-GAU bewertet wird. Wie auch immer die Wahlen am 22. Juli 2007 ausgehen werden, demokratisch und gerecht werden sie auf keinen Fall sein.

Und die Generäle? Es gibt viele innen- und außenpolitische sowie strategische Faktoren, die das weitere Handeln der Armeeführung beeinflussen. Der Machterhaltungswillen ist wohl die größte Motivation. Daher bin ich, entgegen der herrschenden Meinung der Auffassung, dass sich die türkische Krise noch in diesem Jahr verschärfen wird. Die Generäle haben sich zu weit aus dem Fenster gelehnt und verfügen über eine militante zivile Struktur, so dass ein Zurückweichen insbesondere in der Kurdenfrage nicht wahrscheinlich erscheint. Auch die kurdische Bevölkerung ist nicht mehr gewillt, wie bisher regiert zu werden. Wenn ihnen mutwillig der Weg ins Parlament wieder versperrt werden sollte, werden sie sich wahrscheinlich dem bewaffneten Widerstand zuwenden. Das würde eine weitere Eskalationsstufe bedeuten, die Auswirkungen in der gesamten Region, aber auch in Europa hätte. Dann erwarten uns blutige, kriegerische Jahre, was nicht zu wünschen ist.

DIE TÜRKEI HAT GEWÄHLT

SUPER GAU FÜR DIE MILITÄRS: AKP GRÖSSTE PARTEI – KURDEN IM PARLAMENT
 VERÖFFENTLICHT AUF DER WEBSITE DER ZEITSCHRIFT SOZIALISMUS AM 24. JULI 2007

Die WählerInnen in der Türkei haben eine deutliche Sprache gesprochen. Trotz massiver Intervention und Putschdrohungen durch die militärischen Machthaber, der gereizten gesellschaftlichen Stimmung und Kriegstrummeln konnte die regierende AKP einen Erdrutschsieg verzeichnen. Mit 46,7% (2002: 34,3%) der Stimmen konnte Erdogan die Legitimation seiner Macht ausbauen. In 72 von 80 Wahlkreisen wurde die AKP die stärkste Partei.

Für die mehr als defizitäre parlamentarische Demokratie der Türkei ist es ein Novum, dass eine gerade mal vor sechs Jahren (14. August 2001) gegründete und auf Antrieb in die Regierung gewählte Partei für eine weitere Legislaturperiode in ihrer Arbeit bestätigt wurde. Einen ähnlichen Sieg konnte vor 52 Jahren die DP (Demokratische Partei) des erzkonservativen Premiers Adnan Menderes einfahren. Doch bezahlte er diesen Erfolg mit seinem Leben am Galgen der Militärdiktatur.

Ein weiteres Novum sind die kurdischen Abgeordneten. Aufgrund der hohen Wahlhürde hat sich die kurdische DTP entschlossen, mit unabhängigen KandidatInnen anzutreten. Alle Repressionen, Behinderungen, Inflation der Zahl von »anderen unabhängigen Kandidaten« in den kurdischen Gebieten und die de facto Kriegsrechtssituation vermochten den Einzug der DTP-KandidatInnen nicht zu verhindern. Mit 24 Abgeordneten wird sie – sofern die Geschäftsordnung des Parlaments nicht geändert wird – auch einen Fraktionsstatus haben. Unter den DTP-Abgeordneten wird die linke ÖDP durch ihren ehemaligen Vorsitzenden M. Ufuk Uras vertreten. Auch der Menschenrechtssaktivist Akin Birdal wurde mit großer Mehrheit in Diyarbakir gewählt. Obwohl in der absoluten Minderheit, könnte diese Gruppierung einen großen Beitrag zur Demokratisierung des Landes leisten – falls ihr nicht dasselbe blüht, wie Leyla Zana und ihren Kollegen: Vor 15 Jahren wurden die kurdischen Abgeordneten aus dem Parlament heraus verhaftet und zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt.

IST DIE KRISE ÜBERWUNDEN?

Das Wahlergebnis hat zur Folge, dass nun sieben Parteien im Parlament vertreten sein werden. Die AKP wird mit ihrer Mehrheit alleine die Regierung stellen. Die zum Nationalismus konvertierte CHP (Republikanische Volkspartei) und die neofaschistische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) sind die größten Oppositionsparteien. Die kurdische DTP (Partei der demokratischen Gesellschaft), die linke ÖDP (Partei der Freiheit und Solidarität) sowie die rechtsradikal-islamistische BBP (Partei der großen Union) werden mit ihren unabhängigen Abgeordneten vertreten sein. Die auf den CHP-Listen gewählten Abgeordneten der Ecevit-Partei DSP (Demokratisch linke Partei) werden sich wahrscheinlich von der CHP-Fraktion lösen und eine eigene Gruppe bilden. Was der ehemalige Premier Mesut Yilmaz, der als unabhängiger Kandidat gewählt ist, machen wird, ist noch unklar.

An den Parlamentswahlen am 22 Juli 2007 haben 14 Parteien und 764 unabhängige KandidatInnen teilgenommen.

Dieses Wahlergebnis zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der WählerInnen in der Türkei an einer »Regierungsstabilität« interessiert ist. Es hat zudem den Anschein, dass die nächtliche Intervention der militärischen Machthaber der AKP, die erfolgreich in eine Opferrolle schlüpfen konnte, genutzt hat. Die CHP und die sie unterstützenden Kräfte im Staat und in der Gesellschaft konnten die von ihnen bewusst geschürte nationalistische Stimmung nicht in Stimmen ummünzen. Nutznießer dieser Entwicklung war die neofaschistische MHP, die ihren Stimmenanteil fast verdoppelt hat und aufgrund der Auflösungerscheinungen der CHP wahrscheinlich die einzige intakte große Oppositionspartei sein wird.

Die türkischen Unternehmensverbände und das Großkapital, die vor den Wahlen auf Tauchstation gegangen waren, kommen jetzt aus ihrer Deckung heraus. Übereinstimmend wird aus allen Sektoren berichtet, dass »die Märkte und Unternehmen dieses Wahlergebnis als Bestätigung der

Stabilität« bewerten. Und in der Tat ist ja unter dem Erdogan-Regime eine deutliche ökonomische Konsolidierung (einschließlich der Verbesserung der Lebensbedingungen von Teilen der türkischen Bevölkerung) eingetreten und ein Umbau der Türkei in Richtung eines modernen kapitalistischen Staates eingeleitet worden. Die Börse reagierte mit Euphorie, weil die Erdogan-Regierung an ihrem Privatisierungs- und Flexibilisierungskurs festhalten will. Die Börsianer erwarten, dass der türkische Börsenindex die 60.000er Marke noch in dieser Woche knacken wird.

Aber ob neben diesen kurzfristigen Erwartungen die Hoffnung, dass die Krise überwunden wird, sich erfüllt, kann nicht genau vorausgesagt werden. Die Generalität hat nichts von ihrer Machtfülle eingebüßt. Die antidemokratische Verfassung von 1982 ist noch gültig und die Macht der Armee somit ungebrochen. Das neue Parlament wird dort weiter machen, wo das alte aufgehört hat: Die umstrittene Wahl des Staatspräsidenten, der von Amtswegen die symbolische Bastion des militärischen Vormundschaftsregimes ist, steht noch aus. Gleichzeitig sind die Vorbereitungen für einen möglichen Einmarsch der türkischen Armee in den Nordirak weit fortgeschritten. Die Armeeführung hat zum wiederholten Male die Regierung aufgefordert, den notwendigen parlamentarischen Beschluss für den Einmarsch zu fassen. Und die Tatsache, dass die als »Separatisten« und »Terroristen« bezeichneten DTP-KandidatInnen ins Parlament eingezogen sind, wird für die Militärs einen weiteren Konfliktherd ausmachen.

Angesichts dieser Tatsachen hat Erdogan am Wahlabend versöhnliche Töne angeschlagen. Er betonte, dass der Erfolg die AKP nicht übermütig machen werde und ihr ein hohes Maß an Verantwortung übertragen habe. Erdogan unterstrich, dass seine Regierung an den »Grundprinzipien der Republik« festhalten wolle und gemäß der Losung »eine Nation, eine Fahne, eine Heimat, ein Staat« arbeiten werde. Während er an die militärischen Machthaber gemäßigte Signale sendete, wandte er sich an die Adresse der kurdischen Bevölkerung mit einer Drohung: »Unser Willen, gegen den separatistischen Terror hart vorzugehen, ist ungebrochen«.

Noch ist es zu früh, um einschätzen zu können, wie die militärischen Machthaber auf dieses Wahlergebnis reagieren werden. Eine Erklärung des Armeechefs Büyükanit wird mit Spannung erwartet. All das, wovon Büyükanit vor den Wahlen gewarnt hatte, ist eingetroffen: Die AKP ist stärkste Partei geworden und die Kurden sind im Parlament. Die Türkei steht vor den gleichen Problemen wie 1923 während der Gründung der Repub-

lik. Der Druck der internationalen Finanzmärkte auf den Nationalstaat wächst und die Entwicklung in Nordirak hat an »Bedrohlichkeit« nichts eingebüßt. Erdogan wollte an der Macht teilhaben und hat deshalb versucht, sich mit den militärischen Machthabern zu arrangieren. Von der Ohrfeige am 27. April hätte er eigentlich gelernt haben müssen, dass das militärische Vormundschaftsregime nur eine von ihm kontrollierte Regierung duldet. Solange die Verfassung gültig ist und die Staatsbürokratie unter der Kontrolle der Militärs steht, wird sich daran nichts ändern. Die türkischen Militärs haben in der Vergangenheit zu oft bewiesen, dass sie sich dem Willen der Bevölkerung nicht beugen wollen. Dass das aktuelle Wahlergebnis sie umzustimmen vermag, ist nicht sehr wahrscheinlich. Und es steht schon jetzt fest, dass Erdogan trotz seines Wahlsieges kaum den Mut aufbringen wird, an den Machtverhältnissen zu rütteln.

Die nächsten Monate werden zeigen, welchen Weg die Türkei nun nehmen wird. Dazu und zu den Hintergründen der Wahl mehr im Sozialismus-Heft September 2007. Hier die Wahlergebnisse:

	2002	2007	
Wahlbeteiligung	79,1%	84,6%	
AKP	34,3%	46,7%	342 Abg.
CHP	19,4%	20,9%	111 Abg.
MHP	8,4%	14,3%	70 Abg.
Unabhängige	-,	5,2%	27 Abg.

AUS DER KRISE, IN DIE KRISE?

ÜBER DIE HINTERGRÜNDE DER VORGEZOGENEN PARLAMENTSWAHLEN

AUS: SOZIALISMUS, HEFT 8/2007

Am 22. Juli 2007 hat die Türkei gewählt und einen wahrscheinlich gewordenen Bürgerkrieg vorerst abgewendet. Aufgrund der gescheiterten Wahl des neuen Staatspräsidenten im Mai 2007 hatte das Parlament die Neuwahlen vorgezogen.

Premier Erdogan hatte, vertrauend auf die absolute AKP – Mehrheit im Parlament, den Außenminister Gül für das Amt des Staatspräsidenten vorgeschlagen. Doch die militärischen Machthaber und kemalistische Eliten wollten sich scheinbar nicht damit abfinden, dass alle drei hohen Ämter im Staat – Parlamentspräsident, Premierminister und Staatspräsident – von den verhassten »Feinden der laizistischen Republik« gestellt werden. Dabei ging und geht es ihnen immer um die Sicherung der Machtposition von Militär, Staatsbürokratie sowie der sie tragenden politischen Kräfte.

Die türkische Generalität hatte am 27. April 2007 mit einem nächtlichen Ultimatum den Frontalangriff gestartet. Was dem folgte, war ein Armutszeugnis für einen bürgerlichen Staat. Armeechef Büyükanit beschwor das Ende der »heiligen Republik« und erklärte die kurdische Bevölkerung sowie die sozialistische Linke zu Staatsfeinden auf ewig. Eine nationalistisch-chauvinistische Welle schwappte über das Land. Die Risse in der Gesellschaft vertieften sich. [1]

Bürgerliche Medien sprachen in diesem Kontext von der »wichtigsten Wahl seit 1946« und erkoren diese so zum Test über die Justierung der Kräfteverhältnisse im Land. So begann in einem polarisierten und vergifteten Klima der Wahlkampf.

ZURÜCK AUF LOS?

Obwohl seriöse Umfrageinstitute wie KONDA im Vorfeld das Wahlergebnis präzise vorausgesagt hatten, zeigten sich die kemalistische Eliten völlig überrascht. Der Super – GAU, wovor die türkische Generalität stets gewarnt hatte, war eingetroffen: Die regierende AKP hatte mit 46,6% (2002:34,3%) einen Erdrutschsieg errungen und die kurdische DTP hatte trotz massiver Behinderungen mit unabhängigen KandidatInnen die

zutiefst antidemokratische 10-Prozent-Hürde disqualifiziert. In 72 von 81 Wahlkreisen konnte die AKP stärkste Partei werden und hat somit dem Regierungschef die Legitimation seiner Macht ausgebaut.

Das Wahlergebnis hat zur Folge, dass nun sieben Parteien im Parlament vertreten sind. Die 10-Prozent-Hürde wurde mit der Wahl der unabhängigen KandidatInnen endgültig ad absurdum geführt. Die AKP wird mit ihrer Mehrheit die Regierung stellen. Die KurdInnen sind nach 15 Jahren wieder mit einer eigenen Partei vertreten. Die prokurdische DTP konnte es trotz rückgängiger Stimmen bewerkstelligen, mit 20 Abgeordneten eine eigene Fraktion zu gründen. Nach eigenen Angaben wird der sozialistische Abgeordnete Ufuk Uras (ÖDP) gemeinsam mit der DTP agieren. Die kemalistische CHP hat nun, nach dem die 13 DSP – Abgeordneten die auf CHP – Listen gewählt wurden, sich aus der CHP – Fraktion gelöst haben, nur noch 99 Abgeordnete. Die neofaschistische MHP ist zwar die drittstärkste Kraft im Parlament, wird aber voraussichtlich sich als intakte große Oppositionspartei profilieren können. Die rechtsradikale BBP ist durch ihren Vorsitzenden, der als unabhängiger Kandidat gewählt wurde, vertreten. Im Parlament sind ferner zwei prominente Unabhängige, deren Parteien quasi nicht mehr existent sind: der ehemalige Premier Mesut Yilmaz (ANAP) und der ehemalige Parlamentspräsident Kamer Genc (DYP).

Die hohe Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der WählerInnen an einer »Regierungsstabilität« interessiert ist. Im letzten Parlament war fast die Hälfte der Wählerstimmen (ca. 45 %) nicht vertreten. Diesmal ist eine stärkere Repräsentation (rund 85 %) gewährleistet. Wahlbeobachter sind übereinstimmend der Auffassung, dass die nächtliche Intervention der Generäle der AKP, die erfolgreich in eine Opferrolle schlüpfen konnte, genutzt hat. Mit diesem Ergebnis im Rücken spricht die AKP davon, dass sie nun als eine Volkspartei des Zentrums breite Schichten der

Bevölkerung – Arme wie Reiche, Gläubige und Liberale – vertrete.

DIE GRÜNDE FÜR DEN AKP - WAHLERFOLG

Laut Wahlanalysen sollen die rund 5 Millionen ErstwählerInnen die AKP gewählt haben. [2] 55 % der Armen, 54 % der unteren Mittelschicht und 35 % der oberen Mittelschicht haben AKP gewählt. Während die Hälfte der reichen Bevölkerungsschichten für die CHP votierte, haben 23 % die AKP gewählt. [3] Interessant ist in diesem Zusammenhang das Wahlverhalten der nichtmuslimischen Minderheiten: laut Umfragen haben rund 60% der Armenier die AKP gewählt. [4] Die jüdische Gemeinde jedoch, die traditionell seit der Gründung der Republik stets die Armee unterstützt hat, hat mit einer überwiegenden Mehrheit für die kemalistische CHP votiert.

Die Gründe für diesen Wahlerfolg der AKP sind in der Tat vielschichtig. Meines Erachtens hat das Wahlergebnis zwei wichtige gesellschaftliche Realitäten unterstrichen: Erstens, die große Mehrheit der Bevölkerung der Türkei ist – unabhängig ihrer ethnischen, religiösen oder klassenspezifischen Unterschiede – konservativ orientiert. Seit 1946, aber insbesondere in den letzten drei Parlamentswahlen (1999, 2002 und 2007) ist das WählerInnenverhalten ganz offensichtlich: die konservativen WählerInnen sind stets in der absoluten Mehrheit und wechseln zwischen den rechten Parteien – zuerst ANAP, dann AKP!

Zweitens die Tatsache, dass WählerInnen immer pragmatisch handeln. Auch die Wählerschaft in der Türkei hat sich, aufgrund einer fehlenden Perspektive für einen grundlegenden Wechsel und einer wählbaren politischen Alternative zu AKP, mit der Hoffnung auf kurzfristige Verbesserung ihrer Lebenssituation und auf die Herstellung – wenn auch nur minimaler – demokratischer Verhältnisse an der AKP orientiert. Dieses pragmatische Wahlverhalten zeigt zu dem, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich zwar dem Status quo unterordnet, aber keineswegs damit zufrieden ist. Anders wäre es nicht zu erklären, warum die AKP aus fast allen Wahlbezirken (79 von 81) Abgeordnete ins Parlament entsendet.

Doch das ist nur ein Teil des Bildes. Ausschlaggebend waren sicher die wirtschaftlichen Gründe. Es sollte nicht vergessen werden, dass die erste Erdogan – Regierung kurz nach der fatalen Wirtschaftskrise von 2001 an die Macht kam. Erdogan sammelte sozusagen die Früchte der bitteren Pillen. Nach der Umsetzung des neoliberalen Programms von Kemal Dervis hatte es die AKP leicht, die Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem IWF und die Vertiefung der strategischen Partnerschaft mit den USA als eigene Leistung darzustellen. Und mit der Unter-

stützung des IWF und der USA konnte sie dann die Beziehungen zur EU erweitern.

Kritische WirtschaftswissenschaftlerInnen sind der Meinung, dass die Weltwirtschaftskonjunktur in den Jahren 2002 – 2007 der AKP – Regierung zusätzlich genutzt habe. In dieser Zeit konnte die Liquiditätsrate erhöht und durch die Strategie des niedrigen Wechselkurses ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum erreicht werden. Der Konsum, somit die Binnenkonjunktur wurde durch billige Kredite, insbesondere durch die stärkere Förderung des Kreditkartengebrauchs angekurbelt. Obwohl die durchschnittliche Verschuldung der einzelnen Familienhaushalte hohe Maße angenommen hat, konnte die AKP – Regierung den erhöhten Konsumtrend als einen Pluspunkt verbuchen. Zudem hatten die niedrigen Wechselkurse die Folge, dass die Inflationsrate rasant heruntergezogen wurde. Damit bekam Erdogan die Sympathie unterschiedlicher Bevölkerungsteile. Die hohe Liquiditätsrate und der niedrige Wechselkurs ermutigte Banken und Unternehmen zu weiteren Auslandskrediten. Insbesondere 2006 und 2007 floss vermehrt ausländisches Kapital ins Land. Damit und mit zusätzlichen Finanzierungserleichterungen konnte AKP die Unterstützung des Großkapitals sicherstellen.

Auf der anderen Seite wurde an eiserner Ausgabendisziplin festgehalten. Investitionen des Staates wurden zurückgefahren und Sozialausgaben gestrichen. Die indirekten Steuern wurden erhöht, eine aggressive Privatisierungspolitik umgesetzt und Agrarsubventionen gestrichen. So konnte die Nettoneuverschuldung des Staates herabgesenkt werden. Negative Folgen dieser Politik wurden mit dem Argument »Gewährleistung einer niedrigen Inflationsrate« verteidigt. Die zunehmende Unzufriedenheit der ärmeren Bevölkerungsteile konnte mit kontinuierlichen Lebensmittel- und Sachhilfen durch AKP geführte Kommunalverwaltungen abgewehrt werden. Im Wahljahr 2007 wurde dann die Ausgabendisziplin gelockert. Mit Zustimmung des IWF wurde eine populistische Investitionspolitik betrieben. Der Arbeitsmarkt wurde kurzfristig entlastet und breitere Kreise, die unter der neoliberalen Politik gelitten haben, wurden durch unterschiedliche Maßnahmen unterstützt.

Beispielsweise hat sich die Maßnahme, die staatliche Grundstücksgesellschaft unter die Kontrolle der staatlichen Wohnungsbaugesellschaft zu stellen und den Bau sowie kreditfinanzierten Massenverkauf von Wohnungen voranzutreiben, sowohl politisch als auch finanziell als eine Goldgrube für die AKP erwiesen. Neben dem Geldsegen aus den Verkäufen, wurden zehntausende Familien als Wählerpotential gewonnen.

Der große Erfolg bei den Kommunalwahlen in 2004 konnte durch kommunale Investitionen und Ausgaben für die Verbreitung der Wählerschaft genutzt werden. Zum ersten Mal in der türkischen Geschichte hat eine Regierung ein Bild des aufeinander abgestimmten staatlichen und kommunalen Handelns dargestellt. Letztendlich hat die AKP den wirtschaftlichen Interessen der monopolisierten Medien Rechnung getragen und konnte mit Hilfe ihrer Privatisierungspolitik sich die Unterstützung der Medien sichern.

Getragen vom Wind dieser Erfolge hat die AKP es geschafft ihre, durch die Staatspräsidentenkrise hervorgerufene Imagebeschädigung aufzuheben. Zum einen konnte sie sich als Opfer der militärischen Intervention darstellen und zum anderen die Militärs mit Konzessionen besänftigen. So traf sich Erdogan am 4. Juni 2007 in Istanbul, Dolmabahce – Palast mit dem Armeechef Büyükanit. Medienberichten zu Folge dauerte das Gespräch 2 Stunden und Erdogan machte Zugeständnisse. In der Tat, bis heute hat sich die Generalität zurückgehalten.

Vor der Festlegung der KandidatInnenlisten hat Erdogan mit einem Schlag große Teile der islamistischen »Milli Görüs« - Vertreter aus der Liste gestrichen. Anstatt dessen wurden liberale Namen, wie der ehemalige linksliberale CHP – Generalsekretär Ertugrul Günay und andere Sozialdemokraten in die Listen aufgenommen. Auch unter den konservativen Namen kamen die eher gemäßigten Vertreter zum Zuge. Dieser Schachzug von Erdogan brachte die übrigen bürgerlichen Parteien in Verlegenheit. Durch die Unfähigkeit der sog. Zentrumsparteien DYP und ANAP zu fusionieren, wurden deren konservative WählerInnen von der AKP abgeworben. Die CHP trat als Partei des Status quo und somit als Partei der Vergangenheit auf und verlor den »Nationalismuswettbewerb« an die neofaschistische MHP. Die aggressive Kampagne der CHP drängte dann ihre traditionellen WählerInnen aus dem Milieu der Arbeiter und Bauern in Richtung der AKP.

Die desolatte Zerstrittenheit der sozialistischen Linken und strategische Fehlentscheidungen der prokurdischen DTP hatten zur Folge, dass die AKP auch viele Stimmen aus der kurdischen Bevölkerung gewinnen konnte. Erdogan setzte, mit tatkräftiger Unterstützung verschiedener islamistischer Kreise, die Kandidatur von zahlreichen kurdischen Persönlichkeiten durch. So konnte die AKP auch in vielen Wahlbezirken mit kurdischer Mehrheit die stärkste Partei werden und rund 100 Abgeordnete kurdischer Herkunft ins Parlament entsenden.

Inzwischen hat innerhalb des sozialistischen Spektrums und der DTP eine Diskussion über die

Gründung einer gemeinsamen linken Partei begonnen. DTP – Führung hat ungewöhnlich hart Selbstkritik ausgeübt und ihre Bereitschaft für die Schaffung eines breiten Bündnisses erklärt. Gemeinsam mit dem Sozialisten Uras erklärte die DTP – Fraktion, ihre parlamentarischen Möglichkeiten für eine gemeinsame linke Partei nutzen zu wollen. Für türkische Verhältnisse wird das ein sehr schwieriges Unterfangen.

DIE PERSPEKTIVEN

Noch am Wahlabend hatte Erdogan versöhnliche Töne angeschlagen. Bei der Konstituierung des Parlaments setzte der Regierungschef mit der Wahl des liberalen Köksal Toptan als Parlamentspräsident diesen Kurs fort. Gleichzeitig aber nominierte er wieder den Außenminister Gül für das Amt des Staatspräsidenten. Die Reaktion der kemalistischen Elite kam prompt: Als Erdogan seine Kabinettliste am 17. August dem amtierenden Staatspräsidenten vorlegte, lehnte dieser die Genehmigung der Liste ab und verlangte, die Liste »dem AKP – Staatspräsidenten« vorzulegen.

Am 20. August fand der erste Wahlgang für das Amt des Staatspräsidenten statt. Erwartungsgemäß konnte die vom Verfassungsgericht verlangte Zahl von 367 Ja – Stimmen nicht erreicht werden. Am 24. August findet der zweite Wahlgang statt und Beobachter gehen davon aus, dass der Außenminister am 28. August, bei dem dritten Wahlgang, an dem nur eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig ist, mit Sicherheit als 11. Staatspräsident der Türkei gewählt wird.

Diese Entwicklung ist die logische Folge der Parlamentswahlen und wie es scheint, nehmen die militärischen Machthaber dies hin. Wahrscheinlich wird wegen des »Problems« der kopftuchtragenden First Lady eine ähnliche Formel wie bei dem früheren Parlamentspräsidenten gefunden werden: auch seine Frau trug einen Kopftuch, nahm aber an keinen öffentlichen Terminen des Parlamentspräsidenten teil.

Die eigentliche Frage ist jedoch, warum die Generalität eine Tatsache, vor der sie die Bevölkerung mit Vehemenz gewarnt und mit Putsch gedroht hatte, nun hinnimmt. Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Mithat Sancar ist der Meinung, dass die Armeeführung die Risiken einer verfrühten Intervention erkannt und jetzt ihr weiteres Handeln auf die inneren und äußeren Kräfteverhältnisse abstimmen werde. »Anstatt das durchsetzen zu versuchen, was sie wollen, werden sie das verhindern, was sie nicht wollen«, so Prof. Sancar. [5] Sicherlich wird die pragmatische Haltung der AKP diese Strategie unterstützen. Denn in den 4,5 Jahren ihrer Regierungszeit hat die AKP mehrfach unter Beweis gestellt, dass sie, um an der Macht

teilhaben zu können, bereit ist, auf demokratische Notwendigkeiten zu verzichten – so z.B. mit den Beschlüssen zur Errichtung von Sondersicherheitsregionen im Südosten der Türkei oder zur Kompetenzerweiterung der Sicherheitskräfte. Die Generalität setzt auf den Pragmatismus des Regierungschefs und hofft, ihre Machtstellung zu halten.

Doch die Zusammensetzung des Parlaments könnte dieser Rechnung einen Strich machen. Liberale Abgeordnete und gemäßigte Konservative wollen eine Verfassungsänderung durchsetzen – die Unterstützung der DTP ist ihnen so gut wie sicher. Eine öffentliche Diskussion darüber hat längst begonnen. Dies wird zur Folge haben, dass die kemalistischen Staatsstrukturen in ihrer Ganzheit hinterfragt werden. Liberale wie Kemalisten wissen ganz genau, dass kosmetische Operationen am Wesen der Verfassung nicht ändern werden.

Andererseits ist die Generalität sehr daran interessiert, dass eine ihnen gefügige Regierungsmehrheit die neoliberale Programmatik weiterhin umsetzt. Die Türkei war stets ein Labor des Neoliberalismus und die Generäle haben öfters dafür gesorgt, dass das auch so bleibt. Die Tatsache, dass von den rund 20 Millionen Beschäftigten nur 800 Tausend gewerkschaftlich organisiert sind und außer der kurdischen Opposition, von einer linken Alternative kaum die Rede sein kann, hatte das Spiel der Herrschenden einfach gemacht.

Dennoch könnten die Kräfteverhältnisse umkippen. Es existieren zu viele Konfliktherde und Risiken, die ein »weiter so« in der türkischen Politik unmöglich machen. Die quasi unüberwindbaren Widersprüche der herrschenden Kräfte, das durch die Parlamentswahlen gestärkte Selbstbewusstsein der WählerInnen und ihr Wille zur Veränderung, die Großmachtgelüste der türkischen Eliten und die unkalkulierbaren Entwicklungen im Nahen Osten schaffen eine Situation, in der die Türkei aus einer Krise, in die nächste fallen könnte.

Das Drama in Vorderasien ist noch nicht zu Ende. Vielleicht werden sich die Rollen der Akteure verändern, aber dieses Drama hat immer noch Potentiale, sich zu einer Tragödie zu entwickeln. Spannend wird es allemal.

[1] Zu den Ergebnissen der Wahl siehe auch: www.sozialismus.de, Aktuelle Kommentare / Archiv, »Die Türkei hat gewählt« 24.7.2007

[2] Die Jugendorganisation der AKP umfasst inzwischen fast 1 Million Mitglieder unter 30 Jahren.

[3] Vor der Machtübernahme durch die AKP gab es 6 Dollar – Milliardäre in der Türkei. Inzwischen ist ihre Zahl auf 22 gestiegen.

[4] Etyen Mahcupyan, Chefredakteur der, vom ermordeten Journalisten Hrant Dink gegründeten armenischen Tageszeitung »AGOS«, ist der Auffassung, dass die Aussage von Erdogan, er werde Vereinfachungen für die Stiftungen der Minderheiten schaffen, für dieses Wahlverhalten ausschlaggebend war.

[5] Website der »bia – nachrichten«, <http://www.bianet.org>, vom 17.8.2007

KRISE UND KRISE

AM 4., 18. UND 25. AUGUST 2007 VERÖFFENTLICHT IN DER TAGESZEITUNG »YENI ÖZGÜR POLITIKA«

Heute werden die Abgeordneten im Parlament beeidigt. Nach dem die Abgeordneten ihren Eid auf die, von der Militärjunta eingesetzten antidemokratischen Verfassung geleistet haben, werden sie ihre »gewöhnliche« Arbeit aufnehmen. Wird das ein »Happy End« sein? Wenn es von einem westlichen Land, mit ihrer scheinbaren Gewöhnlichkeit die Rede gewesen wäre, wäre es nicht notwendig, das Wort »gewöhnlich« zu relativieren. Aber, die Türkei ist ein Land, das, fernab jeglicher bürgerlicher Demokratie, von einem militärischen Vormundschaftsregime beherrscht wird. Weil es alles, was eine gewöhnliche bürgerliche Demokratie ausmacht, fehlt, kann ich es kaum nachvollziehen, warum einige diesen Wahlen eine derartige »Symbolkraft« zusprechen.

Es stimmt; in dem neuen Parlament werden breite Teile der Wählerschaft vertreten. Dass die VertreterInnen von KurdInnen, die ihre Herkunft nicht verleugnen, auch im Parlament sind, ist keine zu vernachlässigende Tatsache. Und man kann auch durchaus davon sprechen, dass das Wahlergebnis, weil damit vorerst ein »Totaler Krieg« verhindert wurde, eine gut genutzte »letzte Chance« war. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass diese Wahlen weder demokratisch, noch gleich und gerecht waren. Ich meine damit nicht die als Ungültig erklärten 1,5 Millionen Stimmen oder die 6,7 Millionen WählerInnen, die nicht an den Wahlen teilnehmen konnten. Die Tatsache, dass die 10-Prozent-Hürde gültig war, die StaatsbürgerInnen im Ausland um ihr Wahlrecht gebracht wurden, die Armee einen bewaffneten Wahlkampf geführt hat, die gesetzlichen Behinderungen und vieles andere mehr haben eindeutig bewiesen, dass diese Wahlen weder demokratisch, noch gleich und gerecht waren.

Außerdem steht es fest, dass diese Wahlen die Krise des Landes nicht lösen können. Denn das militärische Vormundschaftsregime ist nicht Willens, die Legitimation einer von ihnen nicht kontrollierten Partei, auch wenn sie 80 Prozent Zustimmung erlangt, zu akzeptieren. Anstatt dessen wird weiterhin mit den ihnen, durch die Ver-

fassung, ungezählte Gesetze und der Bürokratietraditionen gewährten Privilegien, versucht, den eigenen Willen durchzusetzen.

Was die gewählten Abgeordneten der DTP und der einzige Sozialist Ufuk Uras in dieser Situation »beworkstelligen« können, müssen daher als einige Wenige der Schritte, die unternommen werden müssen, bewertet werden.

Meines Erachtens sind die gewählten Abgeordneten der »Tausend Hoffnungen« sowie sie tragenden politischen Kräfte zuallererst gehalten, die Wahlergebnisse kritisch-selbstkritisch und transparent zu analysieren und den Fragen nach zu gehen, warum das Ergebnis von 2002 (in absoluten Zahlen) nicht gehalten werden konnte sowie wo die wahren Ursachen für die große Zustimmung der AKP bei den kurdischen WählerInnen liegen. Die Tatsache, dass einige KandidatInnen nur mit wenigen Hundert fehlenden Stimmen nicht gewählt werden konnten und die große Niederlage in Konya kann meiner Meinung nach mit dem Argument »man habe sich nicht gründlich vorbereiten können« nicht erklärt werden.

Ich bin der Auffassung, dass die DTP – Abgeordneten einen fatalen Fehler machen würden, wenn sie der AKP weiter vertrauen. Es ist zu erwarten, dass sowohl die AKP, als auch das Regime bei einem kleinsten Interessenskonflikt die DTP – Gruppe abschießen werden. Daher wird es nicht nützen, wenn sich die DTP – Abgeordneten »einfügen«. Jedes Mal wird ihre Loyalität zu ihrem Eid hinterfragt werden und jede Abweichung wird Angriffe provozieren.

In der Öffentlichkeit haben die DTP – Abgeordneten erklärt, dass im Parlament zur Lösung der Probleme beitragen wollen. Das ist zwar eine gut gemeinte Aussage, ist aber nichts anderes als Selbsttäuschung. Sie können sich so integrativ wie möglich verhalten, aber allein ihre bloße Anwesenheit wird zu Konflikten führen. Auch diesem Grund glaube ich, dass die einzig richtige Verhaltensweise im Parlament eine radikale Verhaltensweise sein muss. Nicht im Sinne des Extremismus, sondern im Sinne des Wortes Radikal: die Wurzeln der Probleme angreifend.

Die Krise des Landes kann nur dann, wenn diese Krise zu einer Krise des Regimes wird, also wenn für die Verankerung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gedrängt, ein breites gesellschaftliches Bündnis geschmiedet, jegliche politische, wirtschaftliche und bürokratische Privilegien der Neojungtürken gefordert, demokratische und friedliche Lösungswege in der Kurdenfrage aufgezeigt und für einen wirklich demokratischen Sozialstaat gerungen wird, zu einer echten Lösung zugeführt werden. In diesem Sinne hat die DTP – Fraktion eine große Verantwortung. Als ein Sozialist, der sich mit den KurdInnen ohne wenn und aber solidarisiert, aber jeglichen Nationalismus beharrlich ablehnt, kann ich der DTP in dieser Situation nur eines Empfehlen: Verzicht auf das Recht, »sich separat zu organisieren« und Schritte für die Gründung einer Dachorganisation, für ein breites gesellschaftliches Bündnis für Demokratie, Arbeit und Frieden, zu unternehmen.

KRISE UND KRISE (2)

Vor zwei Wochen hatte ich meine Kolumne mit den Worten »... kann ich der DTP in dieser Situation nur eines Empfehlen: Verzicht auf das Recht, sich separat zu organisieren und Schritte für die Gründung einer Dachorganisation, für ein breites gesellschaftliches Bündnis für Demokratie, Arbeit und Frieden, zu unternehmen« beendet. Bezugnehmend auf die nackten gesellschaftlichen Tatsachen, die durch das Wahlergebnis vom 22. Juli wieder zu Tage gefördert wurden, möchte ich das weiter begründen.

Die Wahlen haben zwei Tatsachen unterstrichen: Erstens; wie sehr die türkische Gesellschaft – unabhängig ihrer ethnischen, religiösen oder klassenspezifischen Unterschiede – konservativ ist und, zweitens, wie sehr die Gesellschaften pragmatisch handelnd. Auch die türkische Gesellschaft hat, aufgrund des Fehlens einer ernsthaften Transformationsmöglichkeit und einer starken linken Alternative, welche diese Möglichkeit auszunutzen weißt, pragmatisch gehandelt und sich den Parteien gewendet, von denen sie die Verbesserung der Lebensverhältnisse, also kurzfristig bessere und demokratische Bedingungen erhoffte. Meines Erachtens liegt genau hier einer der wesentlichen Gründe, warum die AKP in 79 von 81 Wahlkreisen die stärkste Partei wurde.

So gesehen kann durchaus behauptet werden, dass das auch der Grund dafür war, warum die »KandidatInnen der tausend Hoffnungen« hinter dem Ergebnis der Wahlen von 2002 geblieben sind und nahezu 75 Prozent der »kurdischen WählerInnen« Systemparteien gewählt haben.

Diese gesellschaftliche Realität zeigt auch, dass

eine, innerhalb der kurdischen Bewegung weit verbreitete Auffassung im Grunde eine Fehlannahme ist: Die kurdische Gesellschaft ist keineswegs »eine klassen- und privilegienlose, homogene Masse«. Die kurdische Gesellschaft hat auch nicht, wie der Yeni Özgür Politika – Kolumnist Ahmet Kahraman behauptet, sich seit an Seit zusammengeschlossen. Kahraman übt in seiner Kolumne »Welche türkische Linke?« zu Recht Kritik an der türkischen Linken und behauptet, die KurdInnen seien »aus allen Klassen und Schichten zusammengeschlossen«.

Seine Aussage, dass der Marxismus »keine Aktualität mehr habe« ist mehrfach widerlegt worden. Daher kann ich ihm nur empfehlen, sich die Klassiker nochmals durchzulesen. Aber seine Behauptung, dass die KurdInnen sich aus allen »Klassen und Schichten« zusammengeschlossen haben, entbehrt jeder Grundlage. Diese Aussage ist eine unwissenschaftliche Fehlannahme, ein Wunschdenken. Wenn diese Aussage zutreffend wäre, müsste man schlussfolgern, dass die einzige legitime kurdische Vertretung die AKP sei. Immerhin verfügt sie über mehr als 100 Abgeordnete kurdischer Herkunft.

Natürlich wäre das falsch. Genau wie es die kurdische Befreiungsbewegung es ist, die auf der Grundlage der Forderungen nach Demokratie, Frieden und Gleichberechtigung, die Interessen der kurdischen Bevölkerung vertritt, ist es die Linke die wahre Interessenvertretung der Arbeiterbewegung. Dass die türkische Linke bei den Wahlen wenig Zuspruch gefunden hat, ändert nichts an der Tatsache, dass linke Forderungen richtig sind und der natürliche Bündnispartner der kurdischen Bewegung die Linke ist. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass die Geschichte voller Beispiele ist, wie totgesagte oder als »Terroristen« gebrandmarkte Kräfte später die Regierungen stellten.

Hiervon ausgehend stelle ich die folgende These auf: Unter den heutigen Voraussetzungen der Türkei ist die Begründung der bürgerlichen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit im Interesse eines breiten Teils der Gesellschaft – unabhängig ihrer ethnischen, religiösen und klassenspezifischen Unterschieden. Um dies Verwirklichen zu können, ist es notwendig, das militärische Vormundschaftsregime zu überwinden. Diese Notwendigkeit kann nur ein breites gesellschaftliches Bündnis bewerkstelligen. Ein Bündnis aus türkischen wie kurdischen Beschäftigten, Handwerkern, klein- und mittelständischen UnternehmerInnen, Bauern, Intellektuellen, sozialen Bewegungen und sogar oppositionellen religiösen Kräften, die den türkischen Laizismus stets als Paternalismus verstanden haben.

Ein breites gesellschaftliches Bündnis für Frieden, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Die DTP – Fraktion und der sozialistische Abgeordnete Ufuk Uras müssen ihre parlamentarischen Möglichkeiten für die Gründung eines solchen Bündnisses nutzen. Eine Partei ist kein Selbstzweck, nur ein Mittel. Und weil der Zweck, also der Frieden, die Demokratie und Gleichberechtigung vorrangig ist, muss dieses Bündnis über ein Mittel verfügen, das parlamentarisch wie außerparlamentarisch einen wirkungsvollen sozialen und politischen Kampf führen kann. Ein solches Bündnis kann, als wählbare Alternative zu einer Regimekrise führen, das den Weg zur Demokratie eröffnen kann. Daher erwarte ich von der DTP, die aus dem Schoß der kurdischen Bewegung, einer Bewegung der Armen und Frauen geboren wurde, diese Verantwortung zu übernehmen.

KRISE UND KRISE (3)

Die Wahlen vom 22. Juli haben, trotz der Krise und der Notwendigkeit einer »linken« Alternative zur AKP, wieder einmal die Schwäche der gesellschaftlichen und politischen Linken in der Türkei bewiesen. Gerade heute, wo die Diskussionen über ein linkes Bündnis an Fahrt zugenommen haben, müssten die linken Kräfte ernsthaft Selbstkritik ausüben und die Lage analysieren.

Betrachten wir zuerst die konkrete Lage: Der Disqualifizierungsversuch der 10-Prozent-Hürde war erfolgreich. Aber dieser Erfolg wäre ohne die DTP nicht möglich gewesen. Die Wahlkampagnen der »KandidatInnen der tausend Hoffnungen« besonders in den großen Städten belegen, dass zahlreiche Menschen, die bisher alleine von den linken Parteien nicht in Bewegung gebracht werden konnten, aktive Aufgaben übernommen haben. Diese Tatsache zeigt das Bedürfnis an eine ganzheitliche Alternative zu herrschenden Kräften.

Ich bin der Auffassung, dass die Linke, um ihre Glaubwürdigkeit wieder zu erlangen, zuerst ihre – insbesondere kemalistische – Vergangenheit hinterfragen, die Mechanismen der Selbstkritik und Verantwortungsübernahme wieder zum funktionieren bringen muss. Also, wer an dem Misserfolg verantwortlich ist, sollte seinen Platz räumen. Das, was man von dem Chef der kemalistischen CHP erwartet, sollte die Linke vormachen. Natürlich ist es sehr schwer, in einem Land, in der eine große Bevölkerungsmehrheit sich gegen die Moderne stellt, ein modernistisches Projekt wie die Linke zur Wirkungskraft zu verhelfen. Diese Tatsache jedoch kann eine andere Tatsache, nämlich die Verantwortung der gewählten oder nicht gewählten »Meinungsführer« an der Misere der Linken nicht wettmachen.

Zweitens muss die gesellschaftliche und politische Linke in der Türkei die Tatsache erkennen, dass

eine linke Integration ohne die Hinzuziehung der kurdischen Bewegung nicht möglich sein wird. So wie ich von der DTP den Verzicht auf das Recht, sich separat zu organisieren erwarte, erwarte ich von der türkischen Linken dieses Recht der kurdischen Bewegung ohne wenn und aber zu unterstützen, gegen den Nationalismus zu kämpfen und den Organisationsfetischismus zu überwinden. Auch die Linke muss endlich begreifen, dass eine Partei kein Selbstzweck ist.

Drittens; die gesellschaftliche und politische Linke muss wieder die Politikfähigkeit erlangen. Eine Politik, die heute und hier beginnt, die alltäglichen Sorgen der Menschen ernst nimmt, die gesellschaftlichen Realitäten beachtet und auf Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie zielt, kann die Linke aus der Sackgasse führen helfen und wichtige Chancen für einen antikapitalistischen Kampf eröffnen. Ein Verständnis, dass die ideologischen Unterschiede ohne sie in den Vordergrund zu stellen, akzeptiert und die Linke in ihrer Gesamtheit anerkennt, kann für die Erlangung der wirkungsvollen Politikfähigkeit einen wichtigen Beitrag leisten.

Eine solche Linke, die die neuen Chancen der Wahlen erkennen kann, könnte gemeinsam mit der kurdischen Bewegung der Motor eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses sein. Wie Seyfi Öngüder es beschrieben hat: wenn »Ein breites Spektrum von der kurdischen Bewegung bis zur Bewegung 10. Dezember« sich zusammenraufen und ein »ganzheitliches Zukunftsprojekt« ausarbeiten würde, könnte diese Bewegung die Stimme der Opfer des Neoliberalismus, des Kapitalismus und der nationalen Unterdrückung sein und für den Kampf um soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie einen heute ungeahnten Beitrag leisten.

Die Linke könnte lange Jahre marginal bleiben oder wie heute, fern ab jeder Hegemonie sein. Aber die Linke wird immer eine gesellschaftliche Notwendigkeit bleiben, auch wenn die Gesellschaft oder die Arbeiterklasse dieser Notwendigkeit nicht bewusst ist. Das Leben kann solche Dynamiken freien Lauf geben, so dass Imperien, die ewig andauern sollten, von heute auf Morgen gestürzt werden. Kurzum, die Geschichte hat kein Ende. Die Linke, die m. M. n. sich immer erneuern und immer neu gründen muss, ist gehalten, mit diesem Bewusstsein sich auf die Zukunft vorzubereiten- Die Zukunft wird Heute begründet. Das was die heutige Türkei braucht, sind Frieden und Demokratie. Die Herausforderung und Aufforderung für Demokraten, Linke, Sozialisten und Marxisten ist der Einsatz für die Schaffung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für Frieden und Demokratie.

STRADA DEL INFERNO

DIE ESKALATION DES KURDENKONFLIKTS

AUS: JUNGE WELT, VOM 29. OKTOBER 2007

Die Hiobsbotschaften aus dem türkisch-irakischen Grenzgebiet reißen nicht ab. Fotos von gefallenen Soldaten umrahmen Hasstiraden auf den Titelseiten der türkischen Zeitungen. Die Generalität Ankaras lässt vermeintliche Guerillastellungen im Nordirak bombardieren und erklärt den Chef der kurdischen Regionalregierung, Mesut Barzani, zum Hauptfeind. Die Racheschwüre der Militärs werden als Generalmobilmachung verstanden. Aufgestachelt von der nationalistisch-chauvinistischen Medienhetze lassen sich Tausende Männer (und inzwischen auch Frauen) als Freiwillige bei der Armee registrieren. Nationalistische Gruppen und die neofaschistische MHP organisieren pogromartige Aufmärsche. Der Mob brandschatzt Parteibüros der prokurdischen DTP und fordert den Kopf des inhaftierten Kurdenführers Abdullah Öcalan. Geschürte Wut mündet in Lynchversuchen, die nur mit massiver Polizeipräsenz verhindert werden können. Während in zahlreichen türkischen Städten Kurden von aufgebracht Massen gejagt und Busse aus den kurdischen Provinzen mit Steinen beworfen werden, beschließt das Parlament bei 19 Gegenstimmen der DTP den Einmarsch der türkischen Armee in den Nordirak.

Die Türkei ist de facto in einem Kriegszustand. In dieser von tiefen Hassgefühlen und Hysterie geprägten Atmosphäre haben Stimmen der Vernunft nahezu keine Chance, gehört zu werden. Mäßigungsrufe der kritischen Wissenschaft, Forderungen nach friedlichen und demokratischen Lösungen sowie die opponierende Haltung der kurdischen und linkssozialistischen Parteien werden als »Landesverrat« verdammt. Die Berichterstattung wird massiv behindert, kritische Informationsquellen unzugänglich gemacht. »Wenn es um das Vaterland geht, dann wird alles andere nebensächlich!« – diese Losung scheint als kategorische Imperative alles zu dominieren.

Dabei hatten die vorgezogenen Wahlen am 22. Juli 2007 Hoffnungen auf »Normalisierung« geweckt. Doch jetzt wird auf fatale Weise deutlich, wie trügerisch diese waren. Das militärische Vor-

mundschaftsregime hat verlorengegangenes Terrain zurückerobert und führt nun die defizitäre bürgerliche Demokratie à la Türkei ad absurdum.

Der marxistische Politikwissenschaftler Haluk Gerger ist der Auffassung, die militärischen Machthaber handelten dabei derart irrational, dass sie Gefahr laufen, die Kontrolle über die Ereignisse gänzlich zu verlieren. In der Tat; es ist inzwischen eine Situation entstanden, die durchaus Potentiale besitzt, in der gesamten Region einen Flächenbrand zu entfachen, dessen Auswirkungen auch Europa treffen werden.

Sicherlich kann konstatiert werden, dass der türkische Staat mit dem Einmarschbeschluss seinen Druck auf die USA und die irakische Führung erhöhen konnte. Und sicherlich darf die Kriegsmaschinerie der modernisierten türkischen Armee nicht unterschätzt werden. Das aber ist auch die Falle, in die die Türkei tappen könnte. Die imperialen Gelüste der türkischen Eliten scheinen sie gegenüber den akuten Gefahren blind gemacht zu haben.

Die Kräfteverhältnisse haben sich durch die völkerrechtswidrige Besetzung des Iraks verändert und die Risikofaktoren für die Nationalstaaten erhöht. Es liegt auf der Hand, dass die langfristigen US-Pläne für die Region den Interessen der türkischen Machthaber diametral entgegen stehen. Letztere wollen nun mit Kriegsdrohungen gegen die Kurden ihre Verhandlungsposition verbessern.

Doch die USA wollen weder auf die Türkei noch auf ihre Verbündeten im Nordirak verzichten. Darin liegt auch das Dilemma der Bush-Administration. Wenn sie der Türkei erlaubt, in den Nordirak einzumarschieren, könnte das Iran und vielleicht auch Syrien ermutigen, sich ihrer ungeliebten kurdischen Minderheiten zu entledigen. Aufgrund der wachsenden Instabilität des Iraks sind die USA auf die kurdische Regionalregierung angewiesen. Barsani wiederum auf die USA. Daher kommt die Aggressivität der türkischen Machthaber der US-Führung sehr ungelegen. Diese Aggressivität gründet sich auf die Tatsache, dass

mit der möglichen Entstehung eines kurdischen Staates ein Nebenbuhler um die Gunst des strategischen Partners auf den Plan treten könnte. Dadurch könnte das Regime seinen wichtigsten Stützpfeiler verlieren.

All dies und vieles andere mehr macht diesen Konflikt zu einer hochexplosiven Mischung. Derzeit werden in den türkischen Medien verschiedene Szenarien durchgespielt. Und die Signale aus Washington zeigen, dass die USA einem – wie auch immer gearteten – Angriff auf die PKK-Stellungen zugeneigt sind. Denn auch den USA ist die PKK, vornehmlich eine Guerillaorganisation der Armen und Frauen, ein Dorn im Auge.

Was auch passieren mag, das Kurdenproblem ist militärisch nicht zu lösen. Der Einmarsch, gar die Besetzung des irakischen Bodens durch die türkische Armee wird in letzter Konsequenz zu einem Bürgerkrieg in der Türkei und zu einer Katastrophe im Nahen Osten führen. Die Machthaber der Türkei haben sich zu einem unheilvollen Schritt entschieden: Sie marschieren auf der Strada del Inferno.

IM GLEICHSCHRITT IN DIE KATASTROPHE?

AUS: SOZIALISMUS, HEFT 12/2007

»Die gesamte Türkei marschiert im Gleichschritt in die Katastrophe«. Diese Feststellung des Politikwissenschaftlers Haluk Gerger beschreibt die aktuelle Lage in der Türkei zutreffend. Größere Teile der türkischen Bevölkerung und die politischen, wirtschaftlichen sowie militärischen Eliten des Landes sind von einer Kriegshysterie befallen.

Das Gefühl »gegen die ganze Welt kämpfen zu müssen« und diesen Kampf auch noch gewinnen zu können, ist weit verbreitet. Für den aufgeregten Mob gibt es kein Halten mehr. Pogromartige Ausschreitungen, die Jagd auf alles kurdisch Aussehende und Brandschatzungen reißen nicht ab. Die Anzeichen, dass die von Hass geprägte Situation außer Kontrolle gerät, mehren sich.

Doch, wie konnte es zu einer solchen Situation kommen? Wie konnte eine ganze Gesellschaft von einer derartigen nationalistisch-chauvinistischen Welle erfasst werden? Worum geht es den türkischen Machthabern eigentlich - um die PKK oder um andere Ziele? Welche Rolle spielen dabei die USA und deren langfristigen Pläne? Wie sollten sich die EU und vor allem die europäische Linke verhalten?

HINTERGRÜNDE DER ESKALATION

In der Geschichte der »modernen« Türkei war der »Kurdenkonflikt« stets eine Konstante. Eine Konstante, die schon mit der Gründung der Republik, mit der Annahme der Verfassung von 1924 zu einem Herrschaftsinstrument wurde. Jene Kräfte, die 1908 gegen den Sultan geputscht hatten und Mitverantwortung an der armenischen Tragödie von 1915 trugen, hatten auf den Trümmern des Osmanischen Reiches den türkischen Nationalstaat und unter dem Banner der Republik eine bürgerliche Diktatur errichtet.

Der »Kurdenkonflikt« diente immer wieder für »Korrekturen« der türkischen Politik durch die Armeeführung als Vorwand. Zwangsumsiedlungen, blutig niedergeschlagene Aufstände, Zehntausende Tote, mehrere Militärputsche und

noch heute gültige Juntaverfassungen waren die Folge dieser »Korrekturen«. So entstand über die Jahre hinweg das derzeitige militärische Vormundschaftsregime, in dessen Zentrum sich die Armeeführung befindet.

Auch heute, 84 Jahre nach der Staatsgründung dient der »Kurdenkonflikt« für die militaristische Clique als Vorwand für ihr Vorgehen. Aus gutem Grunde: Seit mehreren Jahren steckt das Regime in einer sich mehr und mehr vertiefenden Existenzkrise. In dieser Krise sehen die militärischen Eliten und sie unterstützende Staatsbürokratie immense Gefahren für das Fortbestehen der heutigen Türkei.

Armeechef Büyükanit und seine Führungsscrew hatten die anstehende Wahl des neuen Staatspräsidenten in diesem Jahr zum Anlass genommen und den Machtkampf im Staat radikalisiert. Sie instrumentalisierten das Verfassungsgericht, förderten Protestkundgebungen gegen die Regierung und schufen eine vergiftete gesellschaftliche Atmosphäre. Trotz massiver Unterstützung der, zu Wirtschaftsimperien mutierten Medien und des demonstrativen Stillhaltens des türkischen Großkapitals, konnten die Generäle den Sieg der regierenden AKP bei den vorgezogenen Wahlen am 22. Juli 2007 nicht verhindern.

Die türkische Gesellschaft war tief gespalten. Aber der Plan der militärischen Führung endete mit einem Fiasko. Alles, wogegen sich die Generalität entgegen gestellt hatte, war eingetroffen: Die verhassten »Antilaizisten« konnten weiter alleine regieren, die prokurdische DTP war im Parlament und das höchste Amt im Staat in den Händen der Islamisten.

Gestärkt durch die Wahlen hatten Premier Erdogan und die AKP ihre Strategie weiterentwickelt. Es war offensichtlich, dass die türkische Regierung sich um ein Patronat Nordiraks bemühte. Dafür wurde die Zerschlagung der PKK – Rebellen als Preis angefordert. Aus der Sicht der AKP war diese Strategie nicht Unklug. Die Anerkennung der nordirakischen Führung, gekoppelt mit kleineren Verbesserungen im Umgang mit der

kurdischen Bevölkerung im türkischen Südosten, sollte den Einfluss der PKK schwächen und die AKP als »legitime Vertretung« auch der – mehrheitlich sunnitisch orientierten – kurdischen Bevölkerung stärken. Zur Erinnerung: Die AKP hat rund 100 kurdischstämmige Abgeordnete in ihren Reihen.

Kurz nach seinem Amtsantritt besuchte der neue Staatspräsident demonstrativ die kurdischen Gebiete der Türkei. Es sollte ein Signal, eine »Handreichung« an die kurdischstämmige Bevölkerung sein. Auch von Barsani und dem irakischen Präsidenten Talabani kamen positive Signale. Unlängst hatte Barsani seinen Führungsanspruch für »alle Kurden« erklärt und beide kurdische Führer zeigten in ihren Erklärungen Sympathie für die Strategie der Regierung Erdogan.

Es war quasi eine symbiotische Beziehung und stimmte mit den strategischen Interessen der USA, aber auch teilweise mit denen der EU überein. Eine unter dem neoliberalen Diktat stehende gemäßigt islamische Türkei, die gute Beziehungen zu Barsani unterhält und so von einer noch zu marginalisierenden PKK nicht mehr bedroht werden kann, könnte im Kampf gegen den »Hauptfeind« des Westens, dem radikalen Islam, eine wichtige Rolle übernehmen. Eine solche Türkei würde auch in das kerneuropäische Konzept der »privilegierten Partnerschaft« passen. So führte die AKP-Politik dazu, dass ein Bündnis aus USA, EU, AKP und Barsani im Entstehen war.

Dies jedoch stand im fundamentalen Widerspruch zu den Interessen der türkischen Generäle. Ihr Status quo war nachhaltig in Gefahr geraten. Um ihre privilegierte Stellung sichern zu können, blieb ihnen nur die politisch – strategische Offensive.

Die AKP-Regierung war das schwächste Glied im werdenden Bündnis. Auch die US-Führung war im Bedrängnis: Der Irak ist weit von einer Stabilität entfernt, der innenpolitische Druck durch die Demokraten wächst, Russland wehrt sich vehement gegen die US-Hegemonie und Iran bleibt ein weiteres Konfliktfeld, welches die US-Administration in die Enge treibt. Günstiger schien die Situation für die türkischen Generäle nicht zu sein.

Zuerst wurde gegen die AKP-Regierung mobilisiert. Die staatshörigen Medien fingen wieder an, Horrorvisionen eines »islamistischen Türkei« zu verbreiten. Malaysia wurde zum Synonym für die Gefahr, die der Türkei drohe. Innerhalb kurzer Zeit änderte sich die Stimmung im Land und die Sympathien für die »überparteiische Armee« erreichten wieder höhere Werte. Der von den liberalen Kräften unterstützte AKP-Vorstoß, die Verfassung zu ändern, geriet nach und nach zur

Farce. Jegliche Bemühungen um eine bürgerliche Demokratie wurden als »Unterstützung des Separatismus« und »antilaizistische Bestrebung« zerrissen. Durch den wachsenden Antiamerikanismus verlor die zurückhaltend agierende AKP-Regierung Sympathiepunkte.

Die in große Energiegeschäfte verwickelten Medienkonzerne wurden Sprachrohre des Regimes. In den öffentlichen Debatten konnte die Strategie der Militärs verfolgt werden. Es wurde offen darüber spekuliert, dass eine geschwächte US-Regierung sich dem Druck der stärksten Streitkräfte in der Region nicht widersetzen könne. Pensionierte Generäle forderten in Fernsehtalkrunden USA und die EU auf, sich zu entscheiden: Entweder für Barsani oder für die Türkei.

Gegenüber der nordirakischen Führung wurde durch die Stationierung von rund 150.000 Soldaten an der türkisch-irakischen Grenze ein großes Drohpotential aufgebaut. Diese Drohung beantworteten die PKK-Rebellen mit Angriffen auf Teile der türkischen Armee. In kurzer Zeit wurden mehrere türkische Soldaten getötet und acht Soldaten von den PKK-Rebellen gefangen genommen (Die Anfang November freigelassenen Soldaten wurden inzwischen verhaftet und sollen wegen »Verrats an der Armee« vor das Kriegsgericht gestellt werden). Obwohl größere Armeeeinheiten in der Region stationiert und mit modernsten Kriegsgeräten ausgerüstet sind, konnte eine Handvoll Rebellen gegen gut ausgebildete Elitesoldaten erfolgreich sein. Beim folgenden großen Aufschrei in den türkischen Medien wurde diese Tatsache mit keinem Wort erwähnt. Es folgte eine tiefe Erschütterung der gesamten türkischen Gesellschaft.

Fotos von gefallenen Soldaten umrahmten Hass Tiraden auf den Titelseiten der Zeitungen. Die Generalität lies vermeintliche Guerillastellungen im Nordirak bombardieren und erklärte den Chef der kurdischen Regionalregierung Barsani zum Hauptfeind. Die Racheschwüre der Generalität wurden als Generalmobilmachung verstanden. Nationalistische Gruppen und die neofaschistische MHP organisierten pogromartige Aufmärsche. Es kam mehrfach zu Lynchversuchen, die nur mit massiver Polizeipräsenz verhindert werden konnten. Die Türkei war jetzt de facto in einem Kriegszustand. Die Verfassungsänderungsdebatte wurde abrupt beendet und die ängstliche AKP war gezwungen, sich auf die Seite der Armeeführung zu stellen.

Die Strategie der Militärs ging auf. In dieser, von tiefen Hassgefühlen und Hysterie bestimmten Atmosphäre haben Stimmen der Vernunft nahezu keine Chance, gehört zu werden. Mäßigungsaufrufe kritischer Wissenschaftler, Forderungen

nach friedlichen und demokratischen Lösungen sowie die opponierende Haltung der kurdischen und linkssozialistischen Parteien werden als »Landesverrat« verdammt. Die Berichterstattung wird massiv behindert, kritische Informationsquellen unzugänglich gemacht. »Wenn es um das Vaterland geht, dann wird alles andere nebensächlich!« Diese Losung ist zum kategorischen Imperativ in der türkischen Innenpolitik geworden.

POINT OF NO RETURN?

Noch ist der »Point of no Return« nicht erreicht. Die AKP weiß aus früheren Erfahrungen, dass die PKK mit Bombardements und punktuellen militärischen Operationen nicht zerschlagen werden kann. Zudem wäre sie in einer Kriegssituation nicht mehr Herr der Lage. Daher versucht Premier Erdogan sich mit diplomatischen Schritten in eine stärkere Positionen gegenüber der militärischen Führung zu bringen. Geschickt konnte er die internationale Irakkonferenz Ende Oktober in Istanbul für sich nutzen.

Auch bei seinem Washington – Besuch am 5. November 2007 konnte er Punkte sammeln. Der US-Präsident stellte sich öffentlich hinter seinem Gast und erklärte die PKK zum »Feind der Türkei, der USA und Irak«. Die Ergebnisse dieses Gespräches waren zu erwarten: Gemeinsame Feinderklärung, militärische Zusammenarbeit und gemeinsame Geheimdiensttätigkeit gegen die PKK.

Das Doppelspiel der US-Führung ist deutlich. Während die PKK als terroristische Organisation bezeichnet wird, wird ihr iranischer Arm, die PEJAK als Verbündete betrachtet. Noch im August dieses Jahres wurde der PEJAK-Vorsitzende Rahman Haci Ahmedi im Weisen Haus empfangen. Dass die PKK auch der USA ein Dorn im Auge ist, ist verständlich. Die PKK wird von breiten Teilen der kurdischen Bevölkerung, insbesondere von Armen, Frauen und den religiösen Minderheiten in allen vier kurdischen Regionen unterstützt. Sie ist die einzige kurdische Organisation, die Frauen gleichberechtigte Führungspositionen einräumt und in der die Clanchefs sowie sunnitische Sektenführer keinen Einfluss haben. Daher ist die Anziehungskraft des inhaftierten Kurdenführers Öcalan immer noch ungebrochen und seine Organisation stellt den Alleinvertretungsanspruch Barsanis ernsthaft in Frage.

So ist es keineswegs ein Zufall, dass die feudalen Herrscher Barsani und Talabani einer gemeinsamen Operation der USA und Türkei Unterstützung anbieten. Als dieser Artikel verfasst wurde, waren die Vorbereitungen für diese Operation weit gediehen. Voraussichtlich werden die Angriffe auf PKK-Stellungen in den nächsten Wochen beginnen. Der stellvertretende Oberbefehlshaber der türkischen Armee steht im engen Kontakt mit

dem Befehlshaber der US-Armee in Irak. Barsani - Kräfte werden die logistischen Wegen der PKK abschneiden und die türkischen Kräfte werden eine begrenzte Land- und Luftoperation in den Qandil Bergen durchführen. Wahrscheinlich werden wir die Bombardierungen der PKK-Camps im Fernsehen mit verfolgen können. Vielleicht werden auch einige der PKK-Führer verhaftet und der Türkei übergestellt. Die gemeinsame Geheimdiensttätigkeit wird sicherlich verhindern, dass Barsani - Kräfte nicht zum Ziel türkischer Angriffe werden.

Die Anzeichen, dass diese militärische Operation von einer repressiven Politik gegen türkische und kurdische Opposition begleitet wird, sind mehr als deutlich. Denkbar sind eine große Verhaftungswelle und der Ausschluss der prokurdischen DTP aus dem türkischen Parlament. Derzeit laufen verschiedene Ermittlungen gegen die DTP und deren Abgeordneten. Mehrere DTP - Politiker sind verhaftet oder stehen vor Gericht. Seit Tagen werden Aussagen und Vergangenheit zahlreicher DTP - Abgeordneten in den Medien skandalisiert. Der DTP droht das gleiche Schicksal wie all ihrer Vorgängerparteien.

...UND WAS DANACH?

Ob dies alles zur »Problemlösung« beitragen wird, ist sehr unwahrscheinlich. Fest steht, dass sowohl die militärischen Machthaber, aber auch die türkische Regierung mit ihrer Politik kurzfristige Erfolge verzeichnen konnten. Die Generäle zwangen mit ihrem Vorgehen die AKP zur Zusammenarbeit und setzten einen Vorratsbeschluss für einen Einmarsch in den Nordirak durch. Die AKP konnte dann diesen Vorratsbeschluss für sich nutzen.

Der erste Erfolg war die Rücknahme einer Senats-Resolution zur Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern. Mit Hilfe des türkischen Vorratsbeschlusses konnte Bush den US-Senat davon überzeugen, dass eine solche Resolution »nicht im Interesse der US-Außenpolitik« ist. Zweitens wurde das im für den November 2007 geplante Kirkuk- Referendum auf unbestimmte Zeit verschoben. Durch Neusiedlungen versuchte Barsani die Zahl der kurdischen EinwohnerInnen zu erhöhen und wollte mit Hilfe der Volksabstimmung die absolute Kontrolle über die Erdölreichtümer in Kirkuk und Umgebung an sich reißen. Der dritte Erfolg war das Auseinanderdividieren der kurdischen Organisationen. Barsani und Talabani sahen sich genötigt, ihre zwangsweise eingegangene Solidarität mit der PKK aufzukündigen. Letztendlich wurde dafür Sorge getragen, dass der nordirakischen Führung nur die Rolle des Handlangers übrig blieb. Weder Barsani, noch Talabani haben jetzt Möglichkeiten, das militärische Vorge-

hen der Türkei in irgendeiner Weise zu beeinflussen.

Dennoch wird die von der US-Führung durchgesetzte »Lösung« nur Zeitgewinn bringen, nicht aber das eigentliche »Problem« aus der Welt schaffen. Der Machtkampf in der Türkei ist noch nicht entschieden. Außerdem haben die PKK-Kämpfer genug Rückzugsgebiete und Rückhalt in der Bevölkerung, so dass militärische Operationen kaum größere Erfolge bringen werden. Die türkische Gesellschaft ist aber derart aufgebracht, dass sie mit kleineren Operationen nicht zufrieden gestellt werden kann. Aber selbst wenn die PKK völlig vernichtet wäre, könnte das die Befriedung der Türkei nicht gewährleisten. Nicht nur die türkische Politik, auch die Generäle wissen es genau: das »kurdische Problem« kann mit militärischen Mitteln nicht gelöst werden.

Für die Generalität ist ein ungelöster »Kurdenkonflikt« weiterhin ein Instrument der Interessenwahrung. Der Konflikt ist die Existenzberechtigung der geplanten »professionellen Armee« und die wichtigste Begründung für die Aufrechterhaltung des militärischen Vormundschaftsregimes.

Dies aber ist nicht im Interesse der langfristigen US-Pläne. Und darin liegt m. E. auch das Dilemma der US-Führung. Eine gemäßigt islamische Türkei mit ihren starken Streitkräften wäre der USA dienlicher. Gleichzeitig sind sie auf die kurdischen Kräfte im relativ stabilen Nordirak angewiesen. Bei einer Eskalation des Iran-Konfliktes ist die Bush-Administration von beiden abhängig. Daher werden sie nicht umhinkommen, allen Verbündeten Konzessionen zu machen.

Wie dem auch sei, die weitere Entwicklung hängt von den Entscheidungen der USA ab. Doch welche Entscheidung sie auch treffen mögen, werden deren Konsequenzen nicht im Interesse der Völker im Nahen Osten sein. Die jüngsten Entwicklungen haben durchaus das Potential, den gesamten Nahen Osten zu einem Flächenbrand zu verwandeln, dessen Auswirkungen auch Europa spüren wird – sei es als Partei in einem möglichen Krieg oder als Austragungsort eskalierenden Auseinandersetzungen in den europäischen Ländern, die für weitere Verschärfungen der Innenpolitik und den Abbau demokratischer Rechte genügend Anlass geben werden.

Insofern stehen bürgerliche Demokratien in Europa in der Verantwortung, sich dieser Entwicklung entgegen zu setzen. Die neoliberalen Eliten der EU werden sich von alleine nicht dazu entscheiden. Europäische Friedensbewegung, gesellschaftliche wie politische Linke sind daher gehalten, in diesem Zusammenhang Partei zu ergreifen. Dabei gilt: uneingeschränkte Solidarität mit den demokratischen und friedensbewegten

Kräften der Region auszuüben und eigene Regierungen, die EU sowie die europäische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der friedlichen, politischen und demokratischen Lösungen für die gesamte Region zu überzeugen. Sehr wohl im eigenen Interesse; denn nur eine demokratische, soziale und von der militaristischen Logik befreite Europa, die sich für die Einhaltung des Völkerrechts einsetzt, wird in der Lage sein, die Angriffe der internationalen Finanzmärkte abzuwehren und einen echten Beitrag für eine andere, gerechtere Welt zu leisten.

HANDLANGER DES NEOLIBERALISMUS IN ISLAMISCHEN GEWÄNDERN

ÜBER DIE ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN HINTERGRÜNDE DER KRISE DES POLITISCHEN SYSTEMS IN DER TÜRKEI

AUS: SOZIALISMUS, HEFT 7/2008

Es war sicherlich voraussehbar, dass das Europäische Parlament am 21. Mai 2008 den äußerst kritischen Fortschrittsbericht über die Türkei mit einer überwältigenden Mehrheit annehmen würde. Die Erlahmung des »Reformeifers« türkischer Machthaber, aber insbesondere die aktuelle Krise des politischen Systems hätte eine andere Akzentuierung wahrlich nicht möglich gemacht.

Trotz berechtigter Kritik des Europäischen Parlaments muss aber konstatiert werden: der Berg kreiste und gebar eine Maus! Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass kritische Berichte, gar die Androhung zur Aussetzung einzelner Verhandlungskapiteln im »Heranführungsprozess der Türkei in die EU« keinen großen Eindruck auf die Entscheidungsträger in der Türkei machen können. Es kann durchaus davon ausgegangen werden, dass eine EU-Mitgliedschaft der Türkei erst nach Jahrzehnten denkbar ist – wenn überhaupt!

Vorerst scheinen sich die türkischen wie europäischen Entscheidungsträger mit der Situation abgefunden zu haben. Beiderseitig begnügt man sich mit wirtschaftlichen »Reformen«. Appelle zur Umsetzung von demokratischen Maßnahmen, Einhaltung der Menschenrechte und von Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit sowie die Forderungen nach einer »dauerhaften Lösung der Kurdenfrage« sind nicht mehr als Pflichtübungen, die im realen politischen Leben keinerlei Wirkungen haben.

Zudem ist längst keine Binsenweisheit mehr, dass die EU mit Doppelmoral handelt. Während das Verbotverfahren gegen die Regierungspartei AKP in der EU »Zweifel an der Unabhängigkeit und der Objektivität des Justizsystems des Landes« aufkommen lässt, [1] wird ein »mögliches Verbot der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP)« nur »als Kontraproduktiv für eine politische Lösung« [2] betrachtet. Ansonsten erschöpft sich der Fortschrittsbericht in Allgemeinplätzen zur »Lösung der Kurdenfrage«, in »Bedauern« über das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstranten und in der »Solidarität mit der Türkei bei der Bekämpfung des Terrorismus«.

Es wäre sicherlich lohnenswert über die Doppelmoral der EU in Sachen Türkei und Kurdenfrage weitere Ausführungen zu machen. Doch es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Vielleicht wäre in einem der nächsten Ausgaben von Sozialismus dafür Platz.

PARTEIENVERBOTE: CHARAKTERISTIKUM DER TÜRKISCHEN »DEMOKRATIE«

Die staatlich verordnete Moderne gleicht einer nimmer enden wollenden Jacobinerdiktatur türkischer Art. Seit Gründung der Republik – eigentlich seit dem Jungtürkenputsch von 1908 gegen den osmanischen Sultan – ist das militärische Vormundschaftsregime eine Konstante der »modernen« Türkei. Diese Konstante bestimmt im Wesentlichen die türkische »Demokratie« und das politische System.

Parteienverbote sind wiederum ein Charakteristikum dieser »Demokratie«. Mehr noch: sie können auch zu Todesstrafen führen. Sogar Ministerpräsidenten und Minister wurden erhängt – durch Urteile ordentlicher (!) Militärgerichte. Die jüngste Geschichte der Türkei gleicht einem Parteienfriedhof. Bis heute wurden zahlreiche Parteien verboten. Ein besonderes Merkmal der verbotenen Parteien war und ist, dass sie entweder »antilaizistische« oder »prokurdische« Positionen vertraten.

So ist es auch kein Zufall, wenn im 85. Jahr der Republikgründung gegen die regierende AKP und die oppositionelle DTP Verbotverfahren eröffnet werden. Solange die, 1982 von der Militärjunta diktierte Verfassung gültig ist, solange wird dieses unsägliche Spiel weitergehen.

Mehr noch: die Entscheidung des Verfassungsgerichts zum Verbot des Kopftuchs Anfang Juni 2008 machte deutlich, dass das militärische Vormundschaftsregime inzwischen sich noch nicht mal an die eigens diktierte Verfassung hält. Die Entscheidung des Verfassungsgerichts, eine vom Parlament mit einer absoluten Mehrheit beschlossene Verfassungsänderung für nichtig zu erklären, wird in der Türkei strömungsübergreifend als ein »juristischer Putsch« bewertet.

Für die AKP-Regierung bedeutet diese Entscheidung nichts anderes als eine Geiselhaft. Ab sofort wird jedes Vorgehen der Regierung oder des Parlaments gegen diese Entscheidung eine militärische Intervention legitimieren. Damit ist die AKP-Strategie, mit zaghaften Schritten das System zu verändern, kläglich gescheitert.

DIE ZÜCHTIGUNG DER AKP

Der Kolumnist der linken Zeitung »Alternatif«, Veysi Sarisözen, sieht die AKP am Ende. Laut Sarisözen ist es jetzt unwichtig geworden, ob die AKP verboten wird oder nicht. Denn trotz ihrer verfassungsändernden Mehrheit wäre die AKP in Sachen »Demokratisierung« nicht mehr Handlungsfähig, weshalb das Verbotsverfahren obsolet sei. Andere wiederum vertreten die Auffassung, dass sich die AKP bald spalten werde.

Das ist ein wahrscheinliches Szenario, zumal die Anzeichen dafür schon jetzt sichtbar sind. Die AKP ist kein monolithischer Block, sondern eher als ein Bündnis unterschiedlicher Kräfte zu bezeichnen, in der jedoch die islamistisch-konservativen Strömungen die Mehrheit stellen. Diese Mehrheit hat es nicht vermocht, die bei den vorgezogenen Wahlen am 22. Juli 2007 aus der »Opferrolle« herausgeholt breite Unterstützung für einen Demokratisierungsweg zu nutzen. Im Gegenteil: mit der Parlamentsmehrheit im Rücken wurden laizistische Ängste der Bevölkerung verschärft und die gesellschaftliche Spaltung weiter vertieft.

Zudem wird die AKP Opfer ihres eigenen »Erfolgs«. Standen die »anatolischen Tiger«, die als »grünes Kapital« (Grün für Islam) bezeichneten antilaizistischen Unternehmer und die neue Mittelschicht noch bis vor kurzem hinter der AKP-Regierung, kann heute kaum noch von einer uneingeschränkten Unterstützung aus diesem Bereich gesprochen werden. Die starke Kapitalakkumulation, neue Kapitalverwertungsmöglichkeiten durch sie begünstigende Privatisierungen und die verbesserte Konkurrenzsituation gegenüber der traditionellen türkischen Großbourgeoisie haben die »anatolischen Tiger« in die Modernisierungsfalle gebracht und zwingen sie zum Pragmatismus. Die Möglichkeit, zu den Trägern einer imperialen Regionalmacht gehören zu können, ließ sie umdenken: das »grüne Kapital« hat inzwischen mehr zu verlieren, als nur das »Kopftuch« oder andere religiöse Traditionen.

Aber auch die Liberalen und bürgerliche Kräfte hinterfragen inzwischen ihre Unterstützung für die AKP. Kritisiert werden die »Reformunfähigkeit« der AKP-Regierung und die »Stagnation auf dem Weg in die EU«. Kommentatoren von wirtschaftsliberalen Medien sprechen davon, dass die AKP und die islamistisch-konservative Strömung von dem »Regime« Schritt für Schritt

»gezüchtigt« werden. Die Hoffnungen von Liberalen, Teilen der bürgerlichen Kräfte und der kurdischen Bourgeoisie, mit der AKP in Europa anzukommen, verflüchtigen sich – langsam, aber stetig.

Und ein weiterer, wichtiger Teil der AKP-Wählerschaft dreht ihr den Rücken: Konnte die AKP vor den vorgezogenen Parlamentswahlen noch in die »Opferrolle« schlüpfen und somit auch die Sympathie der unteren Schichten gewinnen, hat sie dies mit ihrer rigorosen antidemokratischen Haltung und ihrer durch und durch antisozialer Wirtschaftspolitik gänzlich verspielt. Gerade die unteren und mittleren Einkommensgruppen sowie Teile der kurdischen Bevölkerung erwarteten durch die Versprechungen der AKP und ihrer »wehrhaften« Haltung gegen die militärischen Machthaber, eine Umverteilungspolitik und weitergehende Demokratisierungsschritte. Doch binnen weniger Monate mündeten diese Erwartungen in einer bitteren Enttäuschung.

AKP-WIRTSCHAFTSPOLITIK: NEOLIBERALISMUS IN REINKULTUR

Vor den Turbulenzen auf den Weltmärkten stünde die Türkei »wie ein Fels in der Brandung«, so Premier Erdogan vor einigen Wochen. Doch das ist mehr Schein als Sein. Der Rückgang der Nachfrage nach türkischen Exportartikeln, der erhöhte Rückfluss des spekulativen ausländischen Kapitals, mögliche Rückforderungen von Auslandskrediten und die Aussetzung erhoffter ausländischer Investitionen machen die bevorstehende schwierige Zeit für die brüchige türkische Wirtschaft auch für Wirtschaftslaien deutlich.

In der Tat; der seit 2002 andauernde Wachstumsprozess ist in Stocken geraten. Die Schwächen des scheinbar unaufhaltsamen türkischen Wirtschaftswachstums werden deutlich. Ausländische Kapitalflüsse, die von der AKP – Regierung und den Unternehmensverbänden hoch gelobt wurden, haben vorhandene Wachstumspotentiale nicht fördern können. Der aufgrund des Rückgangs der Nachfrage im Inland entstandene Einbruch konnte mit dem Export nicht aufgefangen werden. Von der Regierung mit erleichterten Konsumtenkrediten und weitverbreiteten Kreditkartennutzung künstlich geförderter Konsumboom ist wie ein Kartenhaus in sich eingestürzt. Die Zeichen einer chronischen Stagnation der Binnenkonjunktur sind mehr als sichtbar.

Laut einer Untersuchung des Ökonomen Mustafa Sönmez [3] hat sich das Leistungsbilanzdefizit der Türkei aufgrund des wachsenden Außenhandelsdefizits Ende 2007 auf 38 Milliarden US-Dollar [4] hochgeschraubt. Ökonom Sönmez ist der Auffassung, dass der Handel mit der EU dieses Defizit in erster Linie verursacht habe. Zwar habe der Export in die EU-Länder zugenommen, aber dieser

Export sei ein Export der Waren der vom Import abhängigen Industriezweige. In diesem Zusammenhang beklagen die Gewerkschaften, dass sich mit dieser, auf Import basierenden Exportindustrie ein unorganisiertes, niedrig belohntes und teilweise informelles Arbeitskraftangebot breit formiere.

Während die Zollunion mit der EU von der AKP-Regierung seit ihrer Machtübernahme vor allem für »Flexibilisierungsmaßnahmen« auf dem Arbeitsmarkt und für Liberalisierung der Wirtschaftspolitik genutzt wurde, hat der niedrig gehaltene Wechselkurs zur Folge, dass der Binnenmarkt seit längerem von Importwaren aus Asien überschwemmt wird. Den niedrigen Wechselkurs hatte die Regierung seiner Zeit mit der »Notwendigkeit, ausländische Investoren ins Land zu locken« begründet. Folge war, dass die inländische Produktion und der Arbeitsmarkt unter einem immensen Druck geraten sind. Binnen weniger Jahren verdoppelte sich dann die Zahl der insolventen Firmen. Doch diejenigen Unternehmen, die der AKP-Regierung nahestehen, konnten dank ihrer – von der Regierung unterstützten – Strategie, den Import und Kreditaufnahme auf der Basis des Wechselkurses YTL / US-Dollar abzuwickeln, aber ihre Exportartikel in Euro zu verkaufen, sich übers Wasser halten. Ob aber diese Strategie weiter fortgeführt werden kann oder wegen fehlender Nachfrage aus dem EU-Raum doch tragisch enden wird, ist noch offen.

Die Erhöhung der Abhängigkeit vom ausländischen Kapital ist ein weiteres Merkmal der AKP-Politik. Die stetig wachsende Auslandsverschuldung, aber auch die rasant wachsende Verschuldung der Privatwirtschaft im Ausland hat das Land unter die Kontrolle der internationalen Finanzmärkte gebracht. Direkte ausländische Kapitalflüsse, Hegemonie in zahlreichen Wirtschaftszweigen und Investitionen in Aktien sowie in hochverzinsliche Staatsanleihen führten dazu, dass die Auslandsverschuldung allein in den ersten 9 Monaten des Jahres 2007 die Rekordmarke von 448 Milliarden US-Dollar (2002: 130,2 Milliarden US-Dollar) erreicht hat.

Die Haushaltspolitik der AKP-Regierung ist ein weiteres Instrument der Umverteilung von Unten nach Oben. Der Anteil der indirekten Steuern aus der Konsumtion lag 2007 bei 66 Prozent. Der Anteil der direkten Steuern jedoch bei 34 Prozent, wobei die Einkommensteuer 23 Prozent ausmachte. Während abhängig Beschäftigte den größten Anteil der Einkommensteuer zu tragen haben, haben Banken und Unternehmen, die wiederum den größten Anteil des Reichtums einstreichen, 2007 gerade mal 9 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aufgebracht.

Für die AKP-Regierung sind die Privatisierungen die wichtigsten Einnahmequellen zum Stopfen

der Haushaltslöcher. Während die in den Haushalt fließenden Verkaufserlöse aus den Privatisierungen 2004 nur 1 Prozent der Staatseinnahmen ausmachten, verdoppelte sich deren Anteil 2005 auf 2 Prozent. 2006 betrug ihr Anteil 4,5 und 2007 4 Prozent. Ein Teil der Privatisierungserlöse wurde vor den Kommunalwahlen an die AKP-Bürgermeister zur freien Verfügung überlassen. Mit einem weiteren Teil dieser Erlöse konnten dann vor den Parlamentswahlen die »Sachspenden an die arme Bevölkerung« [5] finanziert werden.

2007 betrug die Zinszahlungen aus dem Staatshaushalt rund 49 Milliarden YTL (ca. 24,5 Milliarden Euro), also 24,4 Prozent des Haushaltes. Gehälter und Löhne betrug rund 19,5 Prozent des Haushaltes. Aufgrund der Privatisierungen im Gesundheitssektor waren Mehrausgaben an Privatunternehmen in Höhe von 6 Milliarden YTL (ca. 3 Milliarden Euro) zu verzeichnen. Der Verteidigungshaushalt verschlang 2007 rund 24 Milliarden YTL (ca. 12 Milliarden Euro), wobei Ausgaben verschiedener armeeeigenen Fonds und Stiftungen darin nicht enthalten sind.

Liberaler Kommentatoren schrieben wegen der vermeintlichen Preisstabilität bis vor kurzem Loblieder auf die Wirtschaftspolitik der AKP. Doch die Zahlen sprechen eine andere Sprache: obwohl es durchaus als ein Erfolg zu bezeichnen ist, dass die Preissteigerungsrate nach langen Jahren erstmals auf einstellige Zahlen herabgesenkt wurde, mussten die offiziellen Prognosen immer wieder korrigiert werden. So war es kein Zufall, dass für das Jahr 2007 gesetzte Ziel von 4 Prozent Inflationsrate am Jahresende doch 8,7 Prozent wurde. Hinzu kommt, dass die von dem Statistischen Amt (TÜİK) für die Berechnung der Preissteigerungsrate als Grundlage dienende Waren- und Dienstleistungsliste der Realität nicht ganz entspricht. Verschiedene WissenschaftlerInnen kommen bei ihren Berechnungen auf 90 Waren und Dienstleistungen. Die TÜİK jedoch berücksichtigt nur 30 von dieser Liste. Für diese 30er-Liste der TÜİK stimmt die Rate von 8,7 Prozent. Berücksichtigt man jedoch die übrigen 60 (u. a. Brot und Miete, die über 20 Prozent Teuerungsrate verzeichnen) mit, ist die »wahre« Inflationsrate mit rund 20 Prozent zu beziffern.

Ähnliche Abweichungen sind bei den Arbeitslosenstatistiken festgestellt worden. Laut den von Gewerkschaften veröffentlichten Zahlen, ist die Zahl der Beschäftigten in dem Zeitraum 2002-2006 um 0,7 Prozent gewachsen. In dieser Zeit wurde ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 7,3 Prozent erreicht. In gleicher Zeit ging aber die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft um 1,37 Millionen zurück. Während im November 2006 die Zahl der Beschäftigten mit 21,2 Millionen bekannt gegeben wurde, lag diese Zahl im November 2007 bei rund 20,8 Millionen

– trotz eines Wachstums von 4 Prozent.

Zwischen der TÜİK und den WissenschaftlerInnen wird seit Jahren über den Begriff, wer dem arbeitsfähigen Teil der Bevölkerung angehört, heftig gestritten. Laut TÜİK liegt die offizielle Zahl des arbeitsfähigen Bevölkerungsteils bei 25,3 Millionen. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen, bei 4,4 Millionen. Wenn man jedoch den Schlüssel der unabhängigen WissenschaftlerInnen ansetzt, kommen die Gewerkschaften auf eine Zahl von 5,05 Millionen Arbeitslosen – also einer Arbeitslosenquote von 20 Prozent. Leidtragende dieser Entwicklung sind vor allem Frauen und Jugendliche. In der Gruppe der 15 bis 24-Jährigen liegt die Arbeitslosenquote bei über 22 Prozent. Ferner müssen regionale Unterschiede berücksichtigt werden. Insbesondere kurdische Gebiete sind von der Arbeitslosigkeit überproportional betroffen. So liegt z.B. in der Millionenmetropole Diyarbakir die Arbeitslosenquote bei fast 80 Prozent.

Auch bei den Einkommensunterschieden verursacht die AKP-Politik eine Katastrophe. Während 2007 die Exportwirtschaft dank Niedriglöhne und inhumaner Arbeitsverhältnisse [6] rund 107 Milliarden US-Dollar Umsatz machen konnte [7], lag die Zahl der wegen Überschuldung insolventen Haushalten bei rund 700 Tausend. [8] Auch Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind mehr und mehr von der persönlichen Insolvenz betroffen, da sie aufgrund der Haushaltskonsolidierungspolitik Lohnverluste hinnehmen mussten.

Die sogenannte Haushaltskonsolidierung betraf gleichzeitig viele RentenempfängerInnen. In den letzten Jahren sind durch Inflation und Abbau von Subventionen reelle Verluste bei den Renten deutlich sichtbar geworden. Der Rückgang von Beschäftigungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, Abbau von staatlichen Unterstützungen im Agrarbereich und die gleichzeitigen militärischen Operationen verdoppelten die Binnenmigration und intensivieren somit die Armut in den Städten.

Diese Entwicklung wird mit der rigorosen Rotstiftpolitik im Sozialwesen verschärft. Während die unteren und mittleren Einkommensgruppen rund 70 Prozent der Steuerlast zu tragen haben, werden gerade die Sozialausgaben für diese Gruppen enorm gekürzt. Demgegenüber haben Einkommen aus Gewinnen und Zinsen rund 56 Prozent der gesamten Einkommensarten in 2007 ausgemacht.

Ein weiteres Problem ist die Zunahme der Beschäftigung im informellen Sektor. Laut Gewerkschaftsangaben hat sich die Zahl der nichtversicherten Beschäftigten im Jahr 2007 auf rund 4 Millionen erhöht. Diese Zahl wird, trotz beiläufiger Benennung, kaum in einer regierungsamtlichen Statistik berücksichtigt. Genauso wenig wird die Verschuldung der privaten Haushalte Seitens

der Regierung thematisiert. Laut einem Bericht der Bankenaufsicht haben Kreditkarten- und Konsumentendarlehen Ende 2007 ein Volumen von rund 91,3 Milliarden YTL (ca. 45,6 Milliarden Euro) erreicht. Während sich die AKP-Regierung rühmt, mit öffentlichen Mitteln die durch Spekulationsgeschäfte in die Insolvenz getriebenen Privatbanken gerettet zu haben, werden mit Verschärfung der Vollziehungsinstrumente die insolventen Haushalte in den Ruin gestürzt.

Versuche der AKP-Regierung, die Verarmung breiter Bevölkerungsteile mit »Sachspenden« gesetzlichen Mindestlohn oder kostenlosen Versorgung durch »Gesundheitskarten« (»Grüne Karten«) abzumildern, greifen kaum. Auch die arme Bevölkerung hat inzwischen begriffen, dass die »Sachspenden« nur ein Wahlkampfmanöver nach Art einer »Armenspeisung« war. Und der gesetzliche (monatliche) Mindestlohn i. H. v. 436 YTL (ca. 218 Euro) kann Armut kaum verhindern. Denn laut einer Studie der Gewerkschaftskonföderation TÜRK-İS lag 2007 für eine vierköpfige Familie die Hungergrenze bei 720 YTL (ca. 360 Euro) und die absolute Armutsgrenze bei 2.346 YTL (ca. 1.173 Euro) im Monat.

Gerade die Verteilung der »Gesundheitskarten« macht die regionalen Unterschiede, insbesondere die überproportionale Benachteiligung der kurdischen Bevölkerung sichtbar: Laut TÜİK wurden 2008 an 9,4 Millionen Menschen die »Gesundheitskarte« aus Armutgründen verteilt. 46 Prozent der KartenempfängerInnen leben in den kurdischen Gebieten. In Hakkari, Agri, Van und Bitlis beträgt deren Anteil mehr als 50 Prozent der EinwohnerInnen. Gepaart mit der politischen Unterdrückung und dem auf militärischer Gewalt setzenden Vorgehen des türkischen Staates wird dadurch aus der Kurdenfrage, ein gewaltiger sozialer, politischer und kultureller Sprengstoff.

»IT'S ANOTHER BALL GAME«

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die liberale Wirtschaftspolitik und die Annäherung an die EU für die militärischen Machthaber und deren Verbündeten in der Bürokratie ein Dorn im Auge ist. In diesem Zusammenhang spricht Prof. Dr. Eser Karakas von der Istanbuler Bosphorus – Universität, von einer »Vormundschaftsökonomie«. [9] Denn gerade die wirtschaftlichen und steuerlichen Privilegien [10] der Militärs und Staatbürokratie würden im Falle eines EU-Beitritts durch unterschiedliche EU-Richtlinien aufgehoben. Daher hätte man mit Hilfe des Verfassungsgerichts den Begriff »Gemeinnutz« in ihrem eigenen Interessensinne besetzt. In der Tat: erst vor kurzem, im März 2008 hat das Verfassungsgericht beschlossen, dass Firmen von ausländischen Eigentümer keine Grundstücke in der Türkei erwerben dürfen. Der »Gemeinnutz« hätte einen höheren Rang.

Im Grunde genommen ist die aktuelle Auseinandersetzung ein Kampf um die absolute Herrschaft. »Kopftuchdebatte« und »Antilaizismusvorwürfe« - so berechtigt sie auch sind - sind Nebenkriegsschauplätze. Wie Karakas es meint: »It's another ball game« - es geht um das Wohlergehen des Vormundschaftsregimes.

Dabei wird die Sensibilität um den »Laizismus« in erster Linie für die Mobilisierung der »westlichen« Bevölkerungsschichten gegen die AKP benutzt. Wenn es wirklich um den »Laizismus« ginge, müsste vorher gegen die »Saadet Partisi« (Partei des Glücks) von Necmettin Erbakan ein Verbotverfahren eröffnet werden. Denn sie ist die Nachfolgerin sämtlicher verbotenen islamistischen Parteien.

Dass das Regime längst nicht mehr legale Maßnahmen trifft, war zwar bekannt, wurde aber vor kurzem mit Zeitungsberichten belegt: eine sog. »Arbeitsgruppe Republik« wurde 2002 unter dem Dach des Generalkommandanten der Gendarmerie gebildet. Diese »AG«, die über keinerlei gesetzliche Legitimation verfügt, führt Karteien über sämtliche Personen der Öffentlichkeit in allen Regierungsbezirken. Ein eigens gegründete »NGO« (Bewegung der nationalen Einheit) war einer der Organisatoren der großen »republikanischen Kundgebungen« im letzten Jahr. Die geheime »AG« und die »zivile Organisation« fördern nationalistisch-chauvinistische Stimmung und haben die Aufgabe, »die Streitkräfte zu unterstützen, Finanzquellen für »Medienarbeit« ausfindig zu machen, patriotische Gruppen, die gegebenenfalls in bewaffnete Auseinandersetzungen ziehen sollen, zu gründen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die »nationalen Kräfte« zentral zu bündeln«. Die Ergebnisse ihrer Tätigkeiten kann man in der heutigen türkischen Gesellschaft tagtäglich sehen: Lynchjustiz, offener Rassismus gegen die kurdische Bevölkerung und Chauvinismus pur.

Ohne Frage, die AKP ist an der aktuellen Krise des politischen Systems mitschuldig. Aber auch einer anderen Partei, die in der Regierung eine ähnliche EU-nahe Politik verfolgt hätte, wäre das gleiche passiert. Obwohl die AKP, opportunistisch wie sie ist, sich gerade in der Kurdenfrage allzu schnell neben die Militärs gestellt, den EU-Mitgliedschaftsprozess bewusst verlangsamt und eine nationalistische Innenpolitik betrieben hat, konnte sie diese Krise nicht abwenden. Problematisch wird es jetzt, wenn die Auswirkungen der Krise der internationalen Märkte mit voller Wucht die Türkei treffen würde. Wirtschaftskrise und Krise des politischen Systems gemeinsam könnten dann den Weg in ein totalitäres Regime ebnen.

Einen kleinen Hoffnungsschimmer gibt es dennoch: die sich gerade bildende und ernstzunehmende politische Opposition. Linke und sozialistische Parteien, Intellektuelle, die prokurdische

DTP, demokratische Muslime – Alewiten wie Sunniten –, soziale Bewegungen und die Friedensbewegung, die am 1. Juni 2008 in Istanbul mit einer achtbaren großen Friedensdemonstration Zehntausende für die »demokratische Lösung der Kurdenfrage« auf die Straße geholt hat, sind derzeit dabei, eine vereinigte »Dachpartei« zu gründen. Ein breites Bündnis, welches sich das Ziel gesetzt hat, das militärische Vormundschaftsregime zu überwinden, einen demokratischen und friedlichen Beginn zu schaffen und die soziale Gerechtigkeit herzustellen, könnte eine echte Alternative zum Block der Herrschenden werden. Die Kommunalwahlen im März 2009 werden die erste ernste Prüfung sein.

Ob aber dazu kommen wird, steht noch nicht fest. Denn die Krise hat das politische System der Türkei derart instabil gemacht, dass alle Karten neugemischt werden müssten. Feststeht aber eins: die AKP hat den Demokratisierungsbemühungen einen großen Bärendienst erwiesen. Jetzt kriegt sie die Quittung dafür.

[1] Vgl.: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Mai 2008 zu dem Fortschrittsbericht 2007 über die Türkei (2007/2269[INI])

[2] Ebenda.

[3] Mustafa Sönmez: »2008 Dünya Krizi ve Türkiye« (Weltkrise 2008 und die Türkei), Eine Untersuchung im Auftrag der Gewerkschaft Petrol-Is, Istanbul, März 2008

[4] Für sämtliche Zahlen in diesem Artikel: Vergl. Dazu: www.tuik.gov.tr/Start.do Website des Statistischen Amtes der Türkei (TÜİK); www.petrol-is.org.tr Website der Gewerkschaft Petrol-Is; www.disk.org.tr Website der Gewerkschaftskonföderation DISK oder »Stimmen aus der Türkei« Informationsbulletin des Verbandes Türkischer Industrieller und Unternehmer, www.tusiad.org

[5] Gemeinsam mit den AKP-Bürgermeistern verteilten die AKP-Gliederungen vor den Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 vor allem in den Armenvierteln Nahrungsmittelpakete und Kohle. Später wurde durch Zeitungsberichte bekannt, dass deren Finanzierung aus dem Regierungshaushalt getragen wurde. Oppositionsparteien werfen der AKP seit langem »Stimmenkauf durch Nahrungsmittelverteilung« vor.

[6] 2007 und 2008 starben alleine in den Werften 25 Arbeiter durch Arbeitsunfälle. Mehrere Werftbesitzer sind AKP-Abgeordnete.

[7] Nach Angaben der Türkischen Exportvereinigung (TIM) ist das Exportvolumen gegenüber April 2007 39,1 Prozent gestiegen.

[8] Angaben des Statistischen Amtes der Türkei (TÜİK)

[9] Siehe: Tageszeitung TARAF, vom 24. März 2008, www.taraf.com.tr

[10] Siehe auch: Murat Cakir, »Die EU, die Türkei und die Macht der Generäle«, in: Sozialismus Heft 1/2007

DIE IMPERIALEN GELÜSTE DER »NEO-OSMANEN«

AUS: [HTTP://WWW.ARBEITSWELT.NET](http://www.arbeitswelt.net), JULI 2010

Es war kein Geringerer als »Hodcha Efendi« Fetullah Gülen, der aus dem US-amerikanischen Exil sein Milliarden schweres »NGO-Netzwerk« befehligt, proklamierte, dass es »kein Traum« sei, »dass die Türkei die Stärke und Wirkungskraft des Osmanischen Reiches wiedererlangen werde«. Auch der verstorbene Staatspräsident Turgut Özal hatte diese Vision. Während des I. Golfkriegs wies er daraufhin, dass »die Türkei, jeden ihrer Einsätze dreifach vergütet bekommen« werde und prägte in Gesprächen mit ihm nahestehenden Journalisten den Begriff »Neo-Osmanen«.

Heute, nach nun fast 20 Jahren scheint es so, als ob die militärischen wie zivilen Entscheidungsträger diese Vision ernsthaft umsetzen wollten. Immerhin ist die Türkei mit ihrer Dynamik, ihrem Wirtschaftswachstum, ihrer immer stärker werdenden Selbstbewusstheit und ihrer strategischen Lage, die sie dank ihrer militärischen Gewaltmaschinerie durchaus zu nutzen weiß, zu einem der wichtigsten Schwellenländer der Welt geworden. Ihre Kooptierung in die globalen Strategien durch die G 20 – Mitgliedschaft, ihre verstärkte Einbeziehung in die Entscheidungsprozesse der internationalen Politik und die Unterstützung durch die USA sowie EU zeigen, wie sehr die Türkei als »Stabilisierungsfaktor in einer Region der Instabilitäten« (G. Schröder) gesehen und anerkannt wird.

Erst kürzlich bezeichnete der amerikanische Politikwissenschaftler George Friedmann die Türkei als »Problemlöser im Nahen Osten, der die (militärische) »harte« mit wirtschaftlicher und politischer »weiche« Macht vereinigen kann« und so über eine »deep power« verfügen könnte, welches wiederum für den strategischen Partner USA von Nutzen wäre. (FAZ, 8. Juni 2010) Dies wissen die türkischen Entscheidungsträger allzu gut. Inzwischen sprechen die türkischen Eliten immer öfter davon, dass die Türkei eine »wirkungs- und gestaltungsmächtige regionale Macht« geworden ist und »ihrer Position entsprechend ihre Politik zu gestalten habe«.

Der einflussreiche und regierungsnahe Kolumnist der Tageszeitung Radikal, Cengiz Çandar geht

noch einen Schritt weiter: »Die Türkei ist ein lebendiges und dynamisches Land, das in den nächsten zehn Jahren das Ziel erreichen will, unter den ersten 10 großen Ökonomien der Welt zu sein. Die türkische Wirtschaft ist inzwischen so stark, so dass sie innerhalb der eigenen Landesgrenzen nicht mehr zu halten ist. Diese wirtschaftliche Stärke, welche die Türkei zu einer Regionalmacht gemacht hat, wird nun dazu genutzt, eine »politische Macht« zu werden. Deshalb entfaltet die Türkei mithilfe ihrer »Soft Power«-Politik im Nahen Osten politische Aktivitäten und übernimmt die Rolle als Problemlöserin – in manchen Fällen auch ohne grünes Licht aus den USA.« (Radikal, 7. Juni 2010) Çandar ist der Auffassung, dass die Gestaltungsmacht der USA in der Region schwindet und daher die Türkei, die ein hohes Maß an Ansehen gewonnen habe, daher über eine Rolle als »Ordnungsmacht« nachdenken müsse.

»KALTER KRIEG« ZWISCHEN ISRAEL UND DER TÜRKEI?

Man mag genüsslich darüber streiten, ob die Gestaltungsmacht der USA in der Region schwindet oder nicht. Feststeht aber m. A. n. eins: die Türkei richtet ihre Staats-, Verteidigungs-, Sicherheits- und Außenpolitik im Sinne der gewünschten neuen Rolle im Nahen Osten aus. Die von dem neuen Außenminister Davutoglu ausgegebene Devise »Null Probleme mit den Nachbarn« ist nicht nur eine propagandistische Phrase nach innen, sondern ein Ergebnis dieser neuen Ausrichtung – Davutoglus »strategische Tiefe der türkischen Außenpolitik« indes deren Ausdruck.

Teile der türkischen Medien, besonders die Kemalisten, kritisieren diesen Kurs als »Abwendung von der vom Staatsgründer Atatürk vorgegebenen prowestlichen Linie«. Manche sprechen gar von einer »deutlichen Achsenverschiebung«. Anscheinend gibt es auch in der EU Kräfte, die ähnliche Bewertungen vornehmen. So z. B. der italienische Außenminister Franco Frattini. In einem Zeitungsinterview (FAZ, 10. Juni 2010) beschränkt er sich über »die Fehler, die Europa gegenüber der Türkei gemacht hat« und mahnt an,

dass »die Türkei, nach Osten gedrängt« werde, weil »wir Europäer« den Eindruck vermittelt hätten, die Türkei nicht in der EU sehen zu wollen. Genau wie Frattini weisen einige Kommentatoren europäischer Zeitungen daraufhin, dass »die Annäherung der Türkei an eine andere Perspektive nicht im Interesse Europas« sei. Hierbei wird in jüngster Zeit gerne der Konflikt um die »Gaza-Flottille« zwischen der Türkei und Israel als Beleg dargestellt.

Aber gerade dieser Konflikt zwischen türkischer und israelischer Regierung beweist, dass keine »Achsenverschiebung gen Osten« stattgefunden hat. Im Gegenteil: die Türkei unter der AKP-Regierung ist der Achse USA-EU stärker verbunden als je zuvor. Und dabei sind die AKP-Regierung sowie die militärischen Entscheidungsträger auf einer Linie. Das von der scharfen Rhetorik Erdogans verursachte Getöse sollte darüber nicht hinwegtäuschen.

Eine nähere Betrachtung der türkisch-israelischen Beziehungen macht das deutlich: Diese gehen zurück bis zur Gründung türkisch-israelischen Beziehungen Israels im Jahre 1948, als die Türkei als erstes muslimisches Land den Staat Israel anerkannte. Beide Staaten waren, was die Beziehungen zum Westen betraf, einander sehr ähnlich. Daher war es kein Zufall, dass David Ben Gurion schon am 16. Oktober 1957 in seinem Tagebuch vermerkte: »Die freie Welt muss erst ihre Bollwerke im Mittleren Osten bis zur Festigung und Stärkung ihrer Einheit konsolidieren. Israel ist neben der Türkei das einzig stabile Land im Mittleren Osten, das frei und demokratisch ist« (Alon Liel, 2001)

Türkei und Israel hatten gemeinsame Interessen, die sie im August 1958 mit einem Abkommen zur strategischen Zusammenarbeit formulierten: Sie wollten ein pro-westliches Bündnis im Nahen Osten; ein Bündnis zwischen vier nichtarabischen Staaten – der Türkei, dem Iran, Äthiopien und Israel schmieden. Dieses Bündnis hatte dann bis zum Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges 1967 Bestand. Die Abhängigkeit vom Erdöl der arabischen Staaten und die erhoffte arabische Unterstützung in der Zypernfrage zwang die Türkei zur Distanz gegenüber Israel.

Erst nach dem Militärputsch von September 1980 und besonders nach dem Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon 1985 verbesserten sich die bilateralen Beziehungen. Schon 1989 erreichte das Handelsvolumen einen Umfang von 100 Mio. Dollar. Die türkischen Militärs drängten die Regierung zur verstärkten strategischen Zusammenarbeit mit Israel. Die türkische Armee sollte mit Hilfe Israels modernisiert werden.

So kam der türkische Staatspräsident Süleyman Demirel im März 1996 nach Israel und unter-

zeichnete eine Reihe wirtschaftlicher Abkommen. Dabei wurden auch unterschiedliche Rüstungsaufträge, so z.B. die Erneuerung der F4-Kampffjets im Wert von 600 Mio. Dollar an Israel vergeben. Die israelische Luftwaffe und Marine bekam dann auch Zugang zu türkischen Luftwaffen- und Marinebasen. Die israelischen Kampfpiloten konnten nun die Tiefflugübungen in der Türkei absolvieren.

Ende der 1990er Jahre wurde die militärische Zusammenarbeit intensiviert. Eine gemeinsame strategische Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, die geheimdienstliche Zusammenarbeit verstärkt und gemeinsame Militärübungen durchgeführt. Der Erneuerung der F4-Flotte folgte ein Geschäft mit F5-Kampffjets. Israel lieferte Python-4-Raketen, Popey-Luft-Boden-Raketen, Marschflugkörper, Arrow-Antiraketen-Raketen sowie Nachtsichtgeräte für türkische Kampfhubschrauber, die gegen die kurdischen PKK-Stellungen zum Einsatz. Die türkisch-israelische Partnerschaft wurde von der US-Administration tatkräftig gefördert und unterstützt. Im Januar 1998 wurde mit einem gemeinsamen Manöver die strategische Partnerschaft zwischen den USA, der Türkei und Israel besiegelt.

Das Handelsvolumen, welches 1996 rund 446 Mio. Dollar betrug, erhöhte sich 2008 auf über 3,4 Milliarden Dollar. Dennoch liegt der israelische Anteil am gesamten Handelsvolumen der Türkei immer noch bei 1 Prozent.

Wichtiger ist beiden Staaten die militärische Zusammenarbeit. Universitäten beider Länder sind in diese Partnerschaft eingebunden. Auch die berühmte »Davos-Krise«, als der Regierungschef Erdogan wutentbrannt über den Gaza-Krieg das Davos Podium verlassen hatte und in der Türkei am nächsten Tag wie ein Held empfangen wurde, hatte keine Minderung der Rüstungsgeschäfte zur Folge. Im Gegenteil: nach der »Davos-Krise« kaufte die Türkei von Israel 10 Heron-Drohnen, die sie bei ihren Militäroperationen in kurdischen Gebieten weiterhin einsetzt. Dafür wurden 188 Mio. Dollar ausgegeben. Die israelische Geheimdienstunterstützung gegen die PKK wurde Israel mit 167 Mio. Dollar vergütet und ein weiterer Auftrag für die Radarausstattung türkischer Jets im Wert von 160 Mio. Dollar an Israel vergeben. Das Projekt Datalink 16, mit dessen Hilfe die Radarbilder der F4 und F16 Jets ausgewertet werden sollen, konnte sich eine israelische Rüstungsfirma sichern. Die Minen-Räumungsarbeiten an der türkisch-syrischen Grenze werden von Israel durchgeführt, das im Gegenzug die gesäuberten Areale 49 Jahre für biologischen Anbau nutzen darf.

Gleichzeitig besteht ein Trinkwassergeschäft, das für Israel von immenser Bedeutung ist. Israel leidet unter einer großen Wasserknappheit, die

sich in Zukunft wahrscheinlich verschlimmern wird. Mit Supertankern soll die Türkei in den nächsten 10 Jahren 50 Mio. Kubikmeter Trinkwasser aus dem Fluss Manavgat liefern. Schon 2000 hatte die Türkei am Manavgat eine Anlage für Wasseraufbereitung und –verladung in Betrieb genommen, die weltweit einzigartig ist. Täglich können dort zwei Tanker von je 250.000 Kubikmetern beladen werden. Dieses Wassergeschäft soll 15 bis 20 Prozent der jährlichen Wasserknappheit Israels beheben. Wenn die Entladekapazitäten im israelischen Zielhafen Ashkelon, südlich von Tel Aviv ausgebaut sind, soll die Menge auf bis zu 200 Mio. Kubikmeter ausgedehnt werden.

Alon Liel, der frühere Geschäftsträger an der israelischen Botschaft in Ankara bezeichnete 2001 die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei als »derzeit tiefstgreifende und umfassendste Beziehungen im Mittleren Osten«. Auch der damalige türkische Außenminister Ismail Cem war dieser Auffassung und betonte sogar in einer Rede am Washington Institute am 28. Februar 2001, dass »die bilateralen Beziehungen der Türkei zu Israel nicht von der Entwicklung des Friedensprozesses beeinflusst werden«. Bei aller muslimischen »Brüderschaft«: Geostrategie wiegt schwerer als die Religion! Daher war es kein Zufall, dass sogar der Gaza Krieg der türkisch-israelischen Staatsallianz keinen Abbruch zu tun vermochte.

Nach der völkerrechtswidrigen Erstürmung des Gaza-Flottillen-Schiffs »Mavi Marmara« durch israelische Spezialeinheiten und dem Tod von Zivilisten ist scheinbar diese Allianz in Gefahr geraten – aber eben nur scheinbar. Denn trotz der scharfer Rhetorik hat die türkische Regierung bis heute den eigentlich logischen Schritt, also den Abbruch der Beziehungen zu Israel nicht vollzogen. Die militärischen Projekte sind noch nicht auf Eis gelegt. Zwar hat die Erdogan Regierung die »Überprüfung« der bestehenden Abkommen angekündigt und bisher drei gemeinsame Militärmanöver abgesagt, aber dennoch dem dezenten Hinweis der Armeeführung folgegeleistet: »Die modernisierten F4 und F5-Jets sowie unsere M60 Panzer benötigen weiterhin Gerätelieferungen aus Israel. Daher ist die militärische Zusammenarbeit unbedingt aufrechtzuerhalten«. (Tageszeitung Taraf, vom 17. Juni 2010)

Aber auch der in Regierungskreisen einflussreiche Fetullah Gülen meldete sich: »Die Gaza-Flottille hätte Israel um Erlaubnis bitten müssen und nicht gegen die israelische Autorität aufbegehren dürfen«. Am gleichen Tag beruhigte der Vorsitzende des Türkisch-Israelischen Handelsrats Menashe Carmon die Wirtschaftseliten: »Trotz Besorgnis erregender Entwicklungen geht unser Handel weiter.«

Den eigentlichen Hintergrund des Konflikts bringt der Kolumnist Cengiz Candar auf den Punkt: »Entweder wird die Erdogan-Regierung gehen oder die Netanyahu-Lieberman-Koalition. Wir sind an einen Punkt gelangt, an der beide Regierungen nebeneinander nicht existieren können«. Meiner Ansicht nach hat Candar recht. Für die Begehrlichkeiten der Türkei und für die an der Stabilität im Nahen Osten interessierte US-Regierung ist die derzeitige israelische Regierung zu einem Störfaktor geworden. Die Obama-Administration ist aufgrund eigener Schwächen und der innenpolitischen Entwicklung nicht in der Lage, den Druck auf die Netanyahu-Regierung zu erhöhen. So nimmt die Türkei als aufstrebende Regionalmacht gerne diese Rolle an.

»... ERST VOR DER EIGENEN TÜRE KEHREN!«

Derzeit zieht die türkische Regierung alle möglichen diplomatischen Register und versucht ihren Einfluss auf internationale Institutionen zu erhöhen. Alleine im Juni konnte der Regierungschef Erdogan drei in Istanbul stattgefundene Gipfel – die »Konferenz für Zusammenarbeit und vertrauensfördernde Maßnahmen in Asien«, die arabisch-türkische Tagung mit den Außenministern der Arabischen Liga sowie den Gipfel des »Kooperationsrates für Südosteuropa« (SEECP) – als Bühne für seine Politik gegen die israelische Regierung nutzen. Somit konnte er den, nach dem Rückzug Brasiliens aus dem Urananreicherungsgeschäft mit dem Iran entstandenen Imageschaden wieder wettmachen.

Den Verlautbarungen nach ist die israelische Regierung enttäuscht darüber, dass sich mit der Türkei der wohl wichtigste Verbündete in der islamischen Welt von Israel abwendet und die Hamas, den Iran und Syrien Israel vorzieht. Die Berichte über die Steigerung der Popularität Erdogans in der arabischen Öffentlichkeit scheinen der israelischen Enttäuschung recht zugeben.

Doch auch den israelischen Eliten ist es bekannt, dass die Popularität Erdogans nicht zu einer Änderung der Prioritäten durch die arabischen Länder führen wird. Denn den Führern der arabischen Welt ist die Hamas ein Dorn im Auge und die Türkei kein positives Beispiel. Für die arabischen Regime gilt es, die eigene Macht zu sichern. Ausschlaggebend für sie sind die Signale aus Washington, nicht aus Ankara.

Einige Kommentatoren in der Türkei, so z.B. Murat Utku vom unabhängigen Informationsnetzwerk bianet.org, sind der Auffassung, dass die türkisch-israelische Konfrontation als eine »Antwort der Israelis auf die Vormachtsansprüche Ankaras« zu deuten sei. Während man vieles an der Politik der rechtsgerichteten Netanyahu-Liebermann-Koalition zu Recht als irrational be-

zeichnen kann, so setzt die israelische Regierung doch sehr rationale Mittel ein, um Erdogan zu schwächen. Zu beobachten ist etwa, dass die israelische Außenpolitik unter der Losung »... erst vor der eigenen Tür kehren«, die chronischen Probleme der Türkei – z.B. Armenischer Völkermord, Kurdenfrage, Zypern etc. – anprangert und diesbezügliche Initiativen startet.

In der Tat; die Türkei konnte bis zum heutigen Tage, die seit der Gründung der Republik bestehenden Probleme, allen voran die Kurdenfrage, nicht lösen. Im Gegenteil, gerade die Kurdenfrage hat sich inzwischen zu einem gefährlichen Pulverfass entwickelt, das einen blutigen Bürgerkrieg entfachen könnte.

Noch vor einem Jahr hatte Erdogan seine »Politik der Öffnung« bekannt gemacht. Mit dieser Politik sollte die Kurdenfrage endgültig befriedet werden. Die früher als »Bergtürken« diffamierte kurdische Bevölkerung wurde im offiziellen Sprachgebrauch nun als »Kurden« bezeichnet, ein 24-Stunden-TV-Sender in kurdischer Sprache eröffnet und gesellschaftlich relevanten Gruppen Gespräche mit der Regierung angeboten. Erdogan begrüßte in einer Kundgebung in Diyarbakir seine Anhängerschaft in kurdischer Sprache. Die Macht der Generäle sowie der Bürokratie schien zurückzugehen. Liberale Kräfte in der Türkei sprachen davon, dass »das militärische Vormundschaftsregime nun endgültig am Ende sei«. Auch aus der EU kamen anerkennende Worte, obwohl im Heranführungsprozess an die EU keine nennenswerten Schritte mehr unternommen wurden. Der Islamist Erdogan, dem die Kuppel der Moscheen »die Helme« und Minaretten »die Bajonette der islamischen Bewegung« waren, gab den Demokraten!

Heute, ein Jahr danach ist von dieser Aufbruchsstimmung nichts mehr zu spüren. Der Euphrat ist wie eine unsichtbare Grenze geworden, die das Land teilt. Heute kann man von zwei unterschiedlichen Ländern in einem Staat sprechen: dem Osten und dem Westen des Euphrats. Beide Teile sind politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell gespalten wie noch nie.

Während im Westen des Euphrats, mit relativ entwickelten industriellen Zentren; einer Gesellschaftsstruktur, in der moderne und islamisch-konservative Milieus nebeneinander existieren; überlandesdurchschnittlichen Einkommensverhältnissen; einer relativ geringen Arbeitslosenquote; geduldetem demokratischem Alltags, in dem Militärs kaum zu sehen sind und die nationalistisch-chauvinistische Hysterie jedoch weit verbreitet, ein Bild eines pseudodemokratischen Wohlfahrtsstaats zu sehen ist, nimmt sich die

Realität im Osten anders aus: chronische Armut und Arbeitslosigkeit bis zu 80 Prozent; regionale Unterentwicklung; feudale und archaische Strukturen; eine Gesellschaft, die unter dem Trauma des seit 30 Jahren währenden schmutzigen Krieges, zehntausenden Opfern, Repressionen, millionenfachen Zwangsumsiedlungen, Brandschatzungen der Dörfer und institutionalisierter Diskriminierungen leidet, die aber eine hochpolitisierte Bevölkerungsstruktur hat und bis in die kleinsten Einheiten organisiert ist.

Nach dem der türkische Staat, trotz aller Beteuerungen der sog. »Öffnungspolitik« die prokurdische Partei DTP verboten, rund 1.500 PolitikerInnen und gewählte BürgermeisterInnen der Nachfolgepartei BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) inhaftiert, mehrere Tausend minderjährige Kinder zu hohen Haftstrafen verurteilt und von täglichen Bombardierungen sowie ständigen Militäroperationen gegen die, den einseitigen Waffenstillstand erklärende PKK nicht abgelassen hat, ist die Lage in den kurdischen Gebieten eskaliert. Die PKK hat den »aktiven Widerstand« ausgerufen und ihre Angriffe auf militärische Ziele wieder aufgenommen. Allein im Juni sind laut Zeitungsberichten mehr als 150 Soldaten und GuerillakämpferInnen ums Leben gekommen. Die Zustände sind mit denen der Kriegsjahre 1990 – 1993 durchaus zu vergleichen und eine weitere Eskalation könnte die Gewalt auch in die Großstädte im Westen tragen.

Die staatlich organisierten Beerdigungszeremonien für »gefallene Soldaten«, welche von neofaschistischen und rechtsextremen Parteien quasi als politische Kundgebungen genutzt werden, die auflodernde Lynchstimmung am Rande solcher Beerdigungen, die scharfe Rhetorik der Regierungspolitiker und die wieder aufgeflammete nationalistische Hetze türkischer Medien schaffen eine gesellschaftliche Atmosphäre, aus der eine Sintflut des Hasses entspringen könnte, die sogar von den militärischen Machthabern nicht mehr aufzuhalten wäre.

Aber auch im Westen wächst die Unzufriedenheit – nicht nur über den Krieg, sondern auch über die wirtschaftliche Lage. Die kriegstreibende Phalanx zwischen der Erdogan-Regierung und militärisch-bürokratischen Eliten setzt weiterhin auf eine neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Zwar konnte die Regierung in den vergangenen Jahren ein außerordentliches Wirtschaftswachstum nachweisen und aufgrund der staatlichen Maßnahmen nach der Krise in 2001 die aktuelle globale Krise relativ glimpflich überstehen, noch aber ist die türkische Wirtschaft am rettenden Ufer nicht angekommen.

Laut Angaben der staatlichen Statistikbehörde TÜIK konnte die Türkei am 28. Mai 2010 über

eine Devisenreserve von 71,9 Milliarden US-Dollar verfügen. Dem liegen auch die massiven Privatisierungserlöse zugrunde: während in den Jahren 1985 bis 2002 gerade mal 8 Milliarden US-Dollar eingenommen wurden, wurde in der Erdogan-Ära zwischen 2003 und 2009 44,3 Milliarden US-Dollar aus den Privatisierungen geschöpft. Aber auch die Gesamtverschuldung hat zugenommen: 2008 lag sie, nach heutigem Kurs gerechnet, bei 451,1 Milliarden Euro. (Siehe: www.treasury.gov.tr)

Aus Erdogans Sicht spricht die Schwächung der Inflationsrate für seinen Erfolg. Laut TUIK lag die Inflationsrate zwischen 1995 und 2001 bei rund 72 Prozent, im Mai 2010 aber bei 9,1 Prozent. Auch das rechnerische Prokopfeinkommen (2009) von 8.590,00 US-Dollar wird gerne für den Erfolg zitiert. Aber die Realität wird von der Bevölkerung anders empfunden: von 70 Millionen sind rund 26 Millionen im erwerbsfähigem Alter. TUIK zufolge liegt die Arbeitslosenquote bei 14,4 Prozent (Februar 2010) und die Zahl der Beschäftigten wird mit 22 Millionen angegeben. Hierbei muss jedoch bedacht werden, dass rund 48 Prozent im informellen Sektor beschäftigt sind. Daher sind die indirekten Steuern sehr hoch, was zu einer immensen Belastung der einkommensschwachen Bevölkerungsteilen führt. Die Armutsgrenze liegt bei 1.377,28 Euro und die absolute Hungergrenze bei 422,90 Euro – der gesetzliche Mindestlohn aber bei rund 380,00 Euro! Der Organisationsgrad der Gewerkschaften ist sehr gering, was den gesellschaftlichen Widerstand schwächt. Offiziell gibt es zwar rund 3 Millionen Gewerkschaftsmitglieder, aber selbst die Gewerkschaften sprechen von einer realen Zahl von einer Million. Diese Realitäten beweisen, dass die Türkei sich zu einem autoritären Labor des Neoliberalismus entwickelt hat.

FAZIT

Die »Neo-Osmanen« haben sich erfolgreich in die imperialen Strategien des Westens einbinden können. Dabei wenden sie die Regeln des Neoliberalismus konsequent und unerbittlich an. Ihr »einziges Exportartikel« (G. Soros), die militärische Gewaltmaschinerie ist die wichtigste Stütze der »neoosmanischen« Strategie. Durch vermeintliche Opposition gegen die USA versuchen sie ihren Einfluss in der Region zu erhöhen, zeigen sich aber gleichzeitig willig, stärker an den NATO-Kriegen zu »partizipieren«. Sie hoffen, dass im Gefolge der gestiegenen außenpolitischen Bedeutung der Türkei (!) mehr ausländisches Kapital ins Land strömt und bereiten sich Zielbewusst auf ihre neue Rolle im Nahen und Mittleren Osten vor.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist jedoch keineswegs sicher. Noch sind die Konflikte im eigenen

Land nicht gelöst, die gesellschaftliche Spaltung nicht überwunden und die akute Gefahr eines Bürgerkrieges nicht abgewendet. Wenn auch eine Achsenverschiebung gen Osten nicht stattgefunden hat – die Strategen der Türkei wollen selbstbewusst und im Hinblick auf die unsichere Zukunft einer erweiterten EU wollen sie als gleichberechtigte Partner anerkannt werden – EU-Mitgliedschaft hin oder her.

Kurzum, während sich die bundesdeutsche Öffentlichkeit auf Afghanistan konzentriert, wächst »weit hinten in der Türkei« ein Problem, das das Zeug hat, auch die Straßen Europas in Brand zu stecken. Eine »subimperialistische« Kraft, die ihren Platz im globalisierten Finanzkapitalismus sucht und bereit ist, dafür (fast) jeden Preis zu zahlen, ist sicher nicht im Interesse der Demokratie und des Friedens. Aber ganz im Interesse der imperialen Mächte.

DIE LINKE TRAGÖDIE

EINE POLEMIK ÜBER DEN »TÜRKISCHEN SOZIALISMUS«

VERÖFFENTLICHT IM AUGUST 2010 AUF [HTTP://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM](http://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM)

Anlass für den vorliegenden ist ein anderer, in türkischer Sprache verfasster Artikel über das ESF von mir. Kurz nach dem Europäischen Sozialforum in Istanbul hatte ich in einer Polemik die Zustände der türkischen Linken kritisiert. Obwohl die Polemik in einer türkischen Tageszeitung und in mehreren Internetforen sowie Websites veröffentlicht wurde, gab es außer einigen anerkennenden Mails kaum Erwiderung aus den Kreisen der Bewahrer des »heiligen Grals«, der »einzig wahren sozialistischen Lehre« in der Türkei.

Aus früheren Erfahrungen weiß ich, dass die ewigen Autoritäten der »türkischen Linken« nicht sehr zimperlich mit Kritik umgehen und mit aller Macht der Tastatur, einige gar mit Banndrohungen, darauf reagieren. Es mag sein, dass ich nur, weil mein türkischer Artikel verallgemeinernd vom »türkischen Sozialismus« sprach und sich daher eben keiner explizit angesprochen fühlte, keine »Belehrungen« erhielt.

Als ich von der Redaktion des Kurdistan Reports gebeten wurde, diesen Artikel zu schreiben, wollte ich – um der Einfachheit wegen – den türkischen Text einfach »verdeutschten«. Doch allzu schnell wurde es mir klar, dass meine Polemik in der deutschen Übersetzung denunziatorisch und oberlehrerhaft wirkte. So kehrte ich der kühlen Brise im nordägäischen Küçükuyu den Rücken und klopfte erneut fleißig auf die Tastatur meines Laptops.

ESF IN ISTANBUL: ORGANISATORISCHE UNFÄHIGKEIT ODER POLITISCHE APATHIE?

Das ESF 2010 in Istanbul konnte gerade mal 2.500 bis 3.000 Leute zusammenbringen – davon rund die Hälfte aus dem Ausland. Vielen Beteiligten war es klar: das Sozialforumsprozess steckte in einer Krise, dennoch war man der Hoffnung erlegen, dass die attraktive Millionenstadt Istanbul eine Chance für einen Neubeginn war. Persönlich war ich der Auffassung, dass die Durchführung des ESF in Istanbul insbesondere für die türkische und kurdische Linke, für die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in der Türkei eine große

Chance beinhaltete. Immerhin bot das ESF eine europäische Bühne, auf der sie die brennenden sozialen wie politischen Probleme darstellen und für die Solidarität der internationalen Akteure werben hätten können. Doch die Realität sah anders aus – die »türkische Linke« trug einmal mehr zu ihrer eigenen Entzauberung bei.

Sicher, es gab in Europa viel Vorbehalt und Gegnerschaft gegenüber Istanbul als Veranstaltungsort. Auch die finanziellen Probleme haben es den Akteuren in der Türkei nicht leicht gemacht. Wie erwartet war die Beteiligung, gerade aus Osteuropa, sehr niedrig. Bei den Vorbereitungssitzungen hatte man diese Befürchtungen zur Sprache gebracht und auch über eine Vertagung war nachgedacht worden.

Der Sozialforumsprozess ist nicht unbedingt mein Fachgebiet, aber den entsprechenden Befürchtungen meiner KollegInnen aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung begegnete ich damit, dass in der Türkei die Uhren anders ticken, die AktivistInnen in der Türkei jedoch durchaus in der Lage wären, eine solche Veranstaltung auch kurzfristig auf die Beine zu stellen. Denn schließlich hatte letztes Jahr in Diyarbakir erstmalig das Mesopotamische Sozialforum mit rund Zehntausend TeilnehmerInnen stattgefunden; und wer Diyarbakir erlebt hatte, der konnte wenigstens hoffen, dass Istanbul ähnlich verlaufen würde. Dem war aber nicht so.

Wenn man, abgesehen von den vielen inhaltlich sehr gut vorbereiteten Panels und Seminaren, das ESF in Istanbul mit einem Wort beschreiben würde, wäre »Chaos« zutreffend. Zu Recht wurde von einigen Beteiligten festgestellt, dass in dem »widersprüchlichen Spektrum der Linken in der Türkei die falschen Akteure gewählt wurden« (J. Dellheim, RLS). Denn auch ich hatte den Eindruck, dass es den OrganisatorInnen in Istanbul eher darum ging, ihre eigenen Süppchen zu kochen und sich gegenüber ihrer europäischen Partnerorganisationen in einem gänzlich anderen Licht präsentieren zu wollen – die Idee des Sozialforums war nur ein Beiwerk.

Wer aber dachte, man könne die marginale Rolle der Linken in der Türkei mit Ständen im Park oder einigen Konzerten überdecken, irrte sich. Nicht alle AktivistInnen aus Europa waren dem Nachtleben und den Verlockungen der »Raki-Abende« folgend nach Istanbul gekommen. Gut informiert über die tiefen Probleme des Landes, allen voran über die »Kurdenfrage«, nahmen sie bewusst am ESF teil und wurden bitter enttäuscht über das politische Desinteresse der »türkischen Linken« am ESF.

Meiner Ansicht nach ist der Grund für die chaotischen Zustände nicht die organisatorische Unfähigkeit der türkischen OrganisatorInnen, sondern die politische Apathie der sozialen Bewegungen, Gewerkschaftskonföderationen, der »türkischen Linken« im Allgemeinen und des »türkischen Sozialismus« im Besonderen. Wie sonst lässt es sich erklären, dass sich an der Abschlusskundgebung »nur« 7.000 Menschen beteiligten, zahlreiche sozialistische Parteien oder Bewegungen nicht anwesend waren und sogar die große (!) »Revolutionäre Gewerkschaftskonföderation DISK« nur eine symbolische Delegation von knapp 50 GewerkschafterInnen mobilisieren konnte? Man konnte durchaus froh sein, dass die kämpferischen Mitglieder der Gewerkschaft TÜMTIS gemeinsam mit der seit Monaten im Widerstand stehenden UPS-Belegschaft dabei waren!

Ich schaute mich um und suchte die kämpferischsten, revolutionärsten, sozialistischsten und am meisten marxistischsten VertreterInnen des »türkischen Sozialismus« - jene die zu jedem Anlass ihren Alleinvertretungsanspruch für die »türkische Arbeiterklasse« geltend machen, welche die Wahrheit gepachtet haben und in ihren privilegierten Stadtteilen gerne und oft darüber sinnieren, wie die kurdische Bewegung klassenkämpferisch belehrt werden könne. Ich suchte eben die Linken, die jegliches progressive Transformationsprojekt, die im hier und jetzt ansetzt, als »Kapitulationserklärung des Proletariats vor der Bourgeoisie« ablehnen und ohne die eine Demonstration auf dem Taksim-Platz undenkbar ist. Ergebnis: Dem »türkischen Sozialismus« war das ESF egal!

Verständlich. Schon vorab hatte das ESF in den linken und sozialistischen Medien sowie zahlreichen Internetseiten – freilich außer den eigenen bzw. von Partnerorganisationen durchgeführten Veranstaltungsnachrichten – quasi Null Nachrichtenwert. Außer einigen wenigen Medien wie bianet.org oder emekdunyasi.net (arbeitswelt.net) oder in Form von Kurznachrichten auf den Seiten von drei linken Tageszeitungen, konnten Interessierte nirgends detaillierte Informationen abrufen.

Als während der Demonstration am 3. Juli aus dem Megaphonwagen gerufen wurde, »Die europäische Linke ist in Istanbul – Soziale Bewegungen aus Europa demonstrieren hier für Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie«, rief ein Mann, der auf dem Fußgängerweg die Demonstration beobachtete: »Die Europäer sind hier, aber wo sind unsere Leute?«. Ähnliche Fragen stellten auch die europäischen AktivistInnen. Ein Gewerkschafter aus den Niederlanden, der 2009 und 2010 an den 1. Mai – Kundgebungen in Istanbul teilgenommen hatte, konnte sich auch nicht erklären, warum jene Organisationen, die am 1. Mai Zehntausende mobilisiert hatten, an jenem Tag fehlten. In den ersten Tagen erklärte ich meinen KollegInnen, dass »die Leute wahrscheinlich arbeiten und deshalb am ESF nicht teilnehmen konnten, aber die Beteiligung an der Demonstration doch sehr hoch sein werde«. Am Samstagabend musste ich mich eines Besseren belehren lassen. Als der Demonstrationzug am Taksim-Platz ankam, sahen wir, dass zu gleicher Zeit eine andere Demonstration stattfand – mit Beteiligung von linken und sozialistischen Organisationen. Während wir gegen 20.30 Uhr mit einigen Abgeordneten aus Deutschland zu einem anderen Termin wegfuhrten, fanden auf dem Taksim-Platz zwei Kundgebungen und ein Popkonzert statt.

Zur Erinnerung: die Beteiligung an dem ESF lag bei 2.500 bis 3.000 Personen. Die Hälfte kam aus dem Ausland. Auch das Mesopotamische Sozialforum und andere kurdische Organisationen waren auch zahlreich vertreten, so dass man sagen kann, dass aus dem Westen der Türkei etwa 1.000 bis 1.500 Leute sich am ESF beteiligten. Laut Angaben der OrganisatorInnen nahmen an der Demonstration ca. 7.000 Menschen teil. Selbst wenn wir von der Richtigkeit dieser Zahl ausgehen, stellt sich immer noch die Frage, warum die rund 80 Organisationen die das ESF-Vorbereitungskomitee bildeten, darunter türkische Gewerkschaftskonföderationen mit mehreren Hunderttausenden von Mitgliedern und zahlreiche »linke« Organisationen eine höhere Beteiligung nicht bewerkstelligen konnten.

Denken wir weiter: ist die Türkei nicht ein Land, in dem die kurdische Frage ungelöst, die Gewalt eskaliert und die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges akuter denn je geworden ist? Sind die Probleme wie chronische Arbeitslosigkeit, Armut, Elend, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, ökologische Probleme, undemokratische Gesetzgebung, Verletzung der Menschenrechte, um sich greifende Lynchjustiz, Nationalismus, offener Rassismus gegen KurdInnen und andere, Folter, Inhaftierungen, militärische Vormundschaft, neoliberaler Umbau, alltäglicher Militarismus... u. v. a. m. nicht auf der Tagesordnung?

Müssten Gewerkschaften, linke und sozialistische Gruppen, Parteien, Bewegungen nicht alles in ihrer Macht stehende tun, um die Chance des ESF zu ergreifen und für ihre Forderungen auf die Straße gehen? Gerade in einer Millionenstadt, in der die Klassenwidersprüche derart verschärft sind; gerade in einer Zeit, in der die Krise um sich greift, die Gewalt eskaliert und gerade dann, wenn zahlreiche europäische Organisationen in Istanbul sind? Hätte es eine bessere Möglichkeit gegeben, um die Weltöffentlichkeit auf die Probleme in der Türkei aufmerksam zu machen, den Druck auf die verantwortliche Politik zu erhöhen und die Massen zu mobilisieren?

Sicher gilt diese Kritik nicht für alle, aber von einem ESF, welches von zahlreichen relevanten Organisationen der Türkei vorbereitet wurde, wäre erheblich mehr zu erwarten gewesen. Für den »türkischen Sozialismus« war das ESF ein Fiasko und keineswegs eine »Erfolgsgeschichte«, wie das Mitglied des türkischen Organisationskomitees, Hüseyin Yesil, der gleichzeitig Stadtverbandsvorsitzender der linken ÖDP ist, den LeserInnen von bianet.org kurz nach dem ESF weismachen wollte. Hakan Tahmaz vom Friedensrat der Türkei ist realistischer: »Die Kundgebung ist der beste Beweis dafür, wie sehr sich die [türkische] Linke aus der Welt verabschiedet hat«.

FAZIT

Die LeserInnen werden wohl fragen, wen ich mit dem Begriff »türkischer Sozialismus« meine. Damit meine ich die Linke im Westen des Euphrats, die in unendlich viele Grüppchen zerfallen und zerstritten ist, sich gesellschaftlich marginalisiert hat und durchaus in Teilen als »nationalbolschewistisch« bezeichnet werden kann. Eine Linke, die sich isoliert, immer noch in den dunklen Tagen des 20. Jahrhunderts stecken geblieben ist, nicht über den (westlichen) nationalen Tellerrand schauen kann und sich mit der Begründung des »Klassenkampfes« geschickt vor aktuellen demokratischen Aufgaben drückt, verdient eben nur den Namen: »türkischer Sozialismus«. Dieser »türkische Sozialismus« ist ein Konglomerat zahlreicher Kleinstgrüppchen, die von Männern dominiert sind und von Leuten geführt werden, deren Legitimität seit Jahrzehnten nicht hinterfragt wird, die sich in ihren von der Gesellschaft völlig isolierten Räumen wohlfühlen und unfähig sind gesellschaftliche Bündnisse einzugehen.

Die linke Tragödie in der Türkei ist, dass dieser »türkische Sozialismus« in sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und deren Dachverbänden nistet und so es unmöglich macht, dass eine wirksame Gegenwehr gegen den schmutzigen Krieg, die neoliberalen Maßnahmen und gegen den tiefverwurzelten Militarismus entstehen kann. Mit ihrer kemalistisch-nationalen Grundausrichtung erklären seine VertreterInnen die Hauptkonfliktfelder in der Türkei, nämlich

die Kurdenfrage, die Frauenfrage, Demokratie- und Menschenrechtsfragen zu »Nebenwidersprüchen« und vertagen deren Lösung bis zum Tag der Revolution. Wenn in der heutigen Türkei, im Westen des Euphrats nicht eine Bewegung entstanden ist, die mit der kurdischen Bewegung im Osten des Euphrats vergleichbar wäre, dann liegt die Hauptverantwortung beim »türkischen Sozialismus«, der jeden linken Erneuerungsversuch im Keime ersticken lässt. Das ist auch der Grund, warum sämtliche linkssozialistischen Parteien bei der letzten Kommunalwahl nur 120.000 von 38 Millionen Stimmen auf sich vereinigen konnten, während die prokurdische BDP mehrere Millionen Stimmen zu gewinnen und 99 BürgermeisterInnen zu erringen vermochte.

Gibt es nichts Positives zu berichten? Selbstverständlich! Es wäre fatal, wenn diejenigen linken, feministischen, emanzipatorischen und sozialistischen Kräfte im Westen des Euphrats, die mit dem Ziel einer »demokratischen Republik« sich gemeinsam mit der kurdischen Bewegung und anderen gesellschaftlichen Kräfte für Frieden, Gleichberechtigung, politische Freiheiten und Demokratisierung einsetzen, unerwähnt blieben. Oder diejenigen jungen Menschen, die undogmatisch und in zahlreichen Initiativen und Verbänden organisiert ihre kollektiven Aktivitäten, die Bemühungen für Verbesserungen im hier und jetzt entfalten, verbunden mit der Vision einer besseren, friedlichen, gerechteren und demokratischen Zukunft? Und die vielen MenschenrechtsaktivistInnen, Friedensbewegte, KünstlerInnen, Intellektuelle, WissenschaftlerInnen sowie kämpferische GewerkschafterInnen und Feministinnen, die sich solidarisch und antionalistisch für die friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage einsetzen? Sie sind diejenigen, mit denen sich meine Hoffnungen verbinden.

Offen gesagt, noch habe ich die Hoffnungen an eine Linke in der Türkei, die die Anerkennung von Vielfalt als ein Bindemittel des demokratischen und freiwilligen Zusammenlebens versteht und Verantwortung für die Gründung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie übernimmt, nicht verloren. Noch glaube ich an eine Linke in der Türkei, die fähig und willens ist, auf dem Weg zu einem Stopp der militaristisch-nationalistisch-rassistischen Spirale ihren Beitrag zu leisten, die Wunden der gesellschaftlichen Spaltung zu schließen und vielleicht auch der Motor einer Friedens- und Demokratisierungsbewegung zu sein.

Der »türkische Sozialismus« jedoch mit seinem aus dem letzten Jahrhundert stammenden Parteien-, Gewerkschafts- und Organisationsverständnis hat weder das Potential dafür, noch die Energie sich zu erneuern.

REFERENDUM, BOYKOTT UND DIE »DEMOKRATISCHE REPUBLIK«

VERÖFFENTLICHT AM 12. SEPTEMBER 2011 AUF [HTTP://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM](http://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM)

Heute Abend wurde klar: die Volksabstimmung endete mit einem knappen Ergebnis. Rund 58 Prozent der WählerInnen haben für das Verfassungsänderungspaket gestimmt, 42 Prozent dagegen. Doch, es gab ein weiteres Ergebnis, der das Bild vervollständigt: Ein Großteil der WählerInnen in den kurdischen Gebieten (mancher Ort mit bis zu 90 Prozent) sind dem Boykott-Aufruf der BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) gefolgt. Diese bewusste Boykottbeteiligung muss für die kurdische Bewegung im Allgemeinen und für die BDP im Besonderen als ein großer Erfolg bewertet werden.

Generell betrachtet muss das knappe Ergebnis der Volksabstimmung als eine Niederlage für die beiden Seiten des herrschenden Blocks bewertet werden. Weder der eine Teil der türkischen Entscheidungsträger und des Kapitals, die sich mit der islamistischen AKP verbündet haben, noch der andere Teil, die die Achse der »Nein-Sager« CHP-MHP unterstützten, konnten ihre Referendumziele erreichen. Das knappe Ergebnis führt dazu, dass die Handlungsoptionen und der Bewegungsrahmen der AKP eingeengt werden und der von dem CHP-Führer Kemal Kilicdaroglu geführte Linie gegenüber der harten kemalistischen Elite gestärkt wird.

Als Ergebnis ist vorauszusagen, dass sowohl die kurdengegnerische politische Linie der AKP geschwächt, als auch die reformorientierte Linie von Kilicdaroglu gestärkt und somit, selbst wenn es nicht mehr als Lippenbekenntnisse werden, der Wille zur Demokratisierung stärker in der Öffentlichkeit artikuliert wird. Dies kann zu einer Atmosphäre der Deeskalation und des Dialoges beitragen. Gerade dies wird den radikalen Demokraten größeren Handlungsspielraum schaffen. Seit heute hat die Junta-Verfassung ihre Legitimität in den Augen der WählerInnen gänzlich verloren und die Notwendigkeit einer neuen, demokratischen Verfassung ist deutlich geworden. Diese Tatsache wird die Herrschenden und die türkischen Entscheidungsträger zu einem, wenn auch nur taktischen Politikwechsel zwin-

gen und damit den radikalen Demokraten, die in dieser schwierigen Phase durch ihre Solidarität und eindeutige Parteinahme zugunsten der kurdischen Bevölkerung ein hohes Maß an Ansehen verschaffen hat, damit dienen, dass eine gesellschaftliche Atmosphäre entstehen kann, in der die Debatten um Demokratisierung und friedliche Lösung der Kurdenfrage fruchtbaren Boden finden werden.

Die Ergebnisse des Referendums deuten aber neben der Niederlage von beiden Teilen des herrschenden Blocks, auch auf eine politische Niederlage einiger Teile der linken und sozialistischen Kräfte der Türkei. Mit ihren Versuchen, die kurdische Bevölkerung auf eine paternalistische Weise auf ihre »Ja« oder »Nein« Positionen zu ziehen und dabei jeweils den einen oder anderen Teil der Herrschenden unterstützten, haben in dieser wichtigen Demokratieprüfung versagt. Leider konnten diese linken und sozialistischen Kräfte ihre politische Mündigkeit bei der Wahl des Grundsätzlichen und Nebensächlichen nicht unter Beweis stellen. Mit ihren Positionierung zugunsten der einen oder anderen Teil des herrschenden Blocks haben sie sich aus einer Demokratiebewegung, die in den kurdischen Gebieten von Millionen getragen wird, ausgeschlossen. Die nächsten Tage sollte von diesen Kräften dazu genutzt werden, um über ihre unsägliche Rolle während des Referendums und ihre Aufgaben bei der Gründung einer breiten, radikalen Demokratiebewegung nachzudenken. Doch auch dafür haben sie nur eine Woche Zeit. Denn nach dem 20. September 2010, an dem der einseitige Waffenstillstand der PKK endet, wird die Frage nach Krieg oder Frieden zu beantworten sein.

Wenn von einem Sieger im Referendum die Rede sein sollte, dann ist das kurdische Volk die einzige Siegerin. Das kurdische Volk und ihre Organisationen haben mit ihrer politischen Weitsicht, ihrem Willen gemeinsam mit dem Volk zu handeln und ihrer auf Demokratie und Frieden gerichteter Taktik die Legitimität ihrer Forderungen bewiesen. Wenn jetzt in den Medien über die sogenannte

»Unterdrückung durch bewaffnete kurdische Organisationen« und »Verhinderung der Ausübung eines demokratischen Rechts« gesprochen wird, dann wird die Intensität der demagogischen Angriffe gegen die BDP in den nächsten Tagen schon heute deutlich. Die Versuche der liberalen Kreise, den Erfolg der BDP herunter zureden, ist Teil dieser medialen Demagogiebombardements. Damit haben die VertreterInnen der liberalen Kreise endgültig ihre Glaubwürdigkeit verloren und sich als Unfähig gezeigt, eine wesentliche Rolle bei der Demokratisierung des Landes zu übernehmen.

Obwohl nach diesem Referendum die Möglichkeit eines die Demokratisierungsversuche fördernde gesellschaftliche Atmosphäre entstehen könnte, existiert dennoch eine ernstzunehmende Bedrohung, die ein großes Hindernis für den Frieden im Land darstellt: die wieder deutlich gewordene Dreiteilung der Gesellschaft. Wie nach den Kommunalwahlen festzustellen war, ist die Gesellschaft der Türkei zwischen »Laizisten« und »Antilaizisten« sowie zwischen »KurdInnen« und »TürkInnen« gespalten. Diese gesellschaftliche Spaltung ist weiterhin eine ernste Gefahr für eine demokratische und friedliche Zukunft der Türkei.

Der erfolgreiche Boykott hat der demokratischen Autonomiebewegung in den kurdischen Gebieten einen neuen Impuls gegeben. Die Herrschenden werden gezwungen sein, den weiteren Schritten der kurdischen Bewegung angemessen zu reagieren. Der Boykott hat die BDP zu der einzigen parlamentarischen Kraft erhoben, der die Legitimität hat, im Namen der Mehrheit der kurdischen Bevölkerung zu sprechen. Jetzt sind die demokratischen Kräfte im Westen des Euphrats gehalten, ihre Positionierungen zu überdenken. Entweder werden sie in den Reihen der demokratischen Autonomiebewegung für das ganze Land und mit dem Ziel einer »Demokratischen Bewegung« ihren Platz einzunehmen oder in den politischen Gewässern der beiden Teile des herrschenden Blocks untergehen. Einen dritten Weg lässt das Ergebnis des Referendums nicht mehr zu.

Diese Volksabstimmung hat bewiesen, dass Bewegungen die von Volksmassen getragen und von diesen unmittelbar kontrolliert werden, trotz den Repressalien des Staatsapparates, der Nichtbeachtung durch internationale Gemeinschaft und trotz diskriminierenden, rassistischen und nationalistischen Maßnahmen erfolgreich sein können. Der Zug, dessen Ziel die demokratische Republik ist, hat sich in Bewegung gesetzt. Jene, die diesen Zug verpassen könnten, sollten gründlich darüber nachdenken, wie sie in den Annalen der Geschichte genannt werden wollen.

Jetzt ist die Zeit gekommen, in der der Westen des Euphrats ihre endgültige Wahl treffen sollte. Die Tatsache, dass die Sonne im Osten aufgeht, kann nicht mehr wegedacht werden.

DAS TÜRKISCHE TRAUMA

ÜBER DIE ÄNGSTE UND TABUS DER TÜRKISCHEN GESELLSCHAFT

AUS: KURDISTAN-REPORT, FEBRUAR 2011

Während in der arabischen Welt Volksaufstände und Widerstand gegen despotische Herrscher sich wie ein Flächenbrand ausbreiten, wird vor allem in den westeuropäischen Medien die Türkei als »Vorbild« angepriesen. Ein Blick in die jüngste Geschichte der Türkei und die aktuelle Politik reicht jedoch aus, dass weder die Türkei als Staat, noch die türkische Gesellschaft für die Völker im Nahen Osten als Vorbild dienen können.

In den arabischen Aufständen ist zu beobachten, dass insbesondere Mittelschichten, die in der Vergangenheit von den Despoten in die Regime kooptiert waren, nun die treibende Kraft der Veränderungen wurden. Doch wie sieht es in der Türkei, besonders westlich des Euphrats denn aus? Können die türkischen Mittelschichten ähnliche Veränderungsprozesse auslösen? Vielleicht dazu beitragen, dass die klaffende Wunde, die als »Kurdenfrage« bezeichnet wird und alle anderen Probleme des Landes überdeckt, friedlich geheilt werden kann?

Die gesellschaftliche Realität im Westen der Türkei scheint jedoch alle diesbezüglichen Hoffnungen zu betrüben. Obwohl seit einigen Jahren die Notwendigkeit eines Demokratisierungsprozesses in der Öffentlichkeit breit diskutiert und auch weitgehend geteilt wird, ist innerhalb der türkischen Gesellschaft vermehrt Kurdenfeindlichkeit und offen rassistische Tendenzen zu beobachten. Das hat vielfältige Gründe.

Ohne Zweifel ist die offizielle Staatspolitik ein wesentlicher Grund. Die seit der Gründung der Republik fortgeführte Assimilierungspolitik, das Verständnis, die »Kurdenfrage« als ein Problem der Sicherheit zu sehen und auf militärische Mittel zu setzen, das militärisches Vormundschaftsregime und die imperialen Gelüste der türkischen Entscheidungsträger, gepaart mit der nationalistisch-chauvinistischen Berichterstattung der gängigen Medien, hat dazu geführt, dass alle Forderungen nach Gleichberechtigung und demokratischen Rechten für das kurdische Volk von der Mehrheitsgesellschaft noch im Keime erstickt werden.

Die Abwehrhaltung der staatstragenden Kräfte gegen die Forderungen der kurdischen Befreiungsbewegung ist nachvollziehbar. Denn das Konzept der »demokratischen Autonomie« bedeutet im Grunde genommen nichts anderes als eine weitgehende Demokratisierung des Staates und der gesamten Gesellschaft. Es bedeutet eine grundlegende Umwälzung der Verhältnisse, in der die bisherigen Herrschaftsinstrumente ihre Bedeutung verlieren. Eben eine Gesellschaft, die – um es mit den Worten von Abdullah Öcalan zu sagen – »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt« ein demokratischer, gleichberechtigter und freiwilliger Zusammenschluss von freien Individuen wird. Dass eine solche Gesellschaftsvision auf keine Gegenliebe der türkischen Entscheidungsträger stößt und sie alles Erdenkliche dagegen unternehmen wollen, ist verständlich. Doch, das ist nicht das Thema dieses Artikels.

»DER TÜRKE HAT, KEINE ANDEREN FREUNDE ALS TÜRKEN!«

Es wäre keine Binsenweisheit zu behaupten, dass diese Politik der Herrschenden, die staatlicherseits geschürten Bedrohungsszenarien und der Nationalismus die Gesellschaft negativ beeinflusst und manipuliert. Aber auch die türkische Gesellschaft produziert Ängste und rassistische Abwehrhaltungen jeden Tag aufs Neue.

Gerade der letzte Standard Eurobarometer der EU belegt, dass die »Türken große Ängste haben, ihre nationale Identität zu verlieren«. Laut Eurobarometer nehmen diese Ängste und die Befürchtungen, dass »unser Land gespalten wird« den ersten Platz ein. Während als dringliche Probleme Arbeitslosigkeit und »Terrorismus« genannt wird, haben »Demokratie« und »kulturelle Vielfalt« nur sekundäre Bedeutung.

Das kommt nicht von ungefähr, denn auch kritische Geister und gar türkische Linke sind nicht davon gefeilt, den Einfluss des zutiefst rassistischen Erziehungssystems gänzlich zu überwinden. Selbst der Autor dieser Zeilen sang als Grundschüler Kinderlieder wie »eins, zwei, drei, hoch leben die Türken juchhei, vier, fünf, sechs, die

Russen sind wie die Pest... die Griechen Verräter, die Bulgaren Kindermörder, Araber dreckig und hinterhältig, Deutsche Schweine usw.«.

Schon in der Grundschule wurde und wird heute noch den Kindern eingetrichtert, dass die »arische Rasse der Türken, die stärkste Nation der Welt hervorgebracht« habe, »die Türken unter der Führung von Atatürk glorreich gegen den Rest der Welt gekämpft« haben, die »Imperialisten unser geliebtes Vaterland ausschlachten« wollen und deshalb »der Türke keine anderen Freunde als Türken« hätte.

So ist es in allen gesellschaftlichen Schichten üblich, sogar bei Familientreffen über die »Spaltungsversuche der EU«, »von der USA gekauften Politiker«, »islamistische Gefahr« und »überall lauern Feinde der Türkei« unkritisch und wie selbstverständlich gesprochen wird. Dass gegen die Türkei »seit der Gründung der Republik ein internationales Komplott geschmiedet« werde und die »Kurden nun Handlanger des Imperialismus geworden« seien, sind breitgeteilte Meinungen innerhalb der türkischen Gesellschaft

PHOBIEN DER »WEISSEN TÜRKEN«

Seit 2002 ist zu beobachten, dass die Gesellschaft in der Türkei eine dreigeteilte Gesellschaft geworden ist. Während die »Kurdenfrage« eine dicke Trennungslinie zwischen den kurdischen und türkischen Bevölkerungsgruppen ausmacht, machen die Diskussionen um den Laizismus türkischer Art die zweite Trennungslinie aus.

Besonders die Mittelschichten im westlichen Teil der Türkei sehen mit der AKP-Regierung ihre Lebensweise unter »islamistischer Bedrohung«. Das Regierungshandeln der AKP gibt natürlich viel Anlass dafür. Die AKP und sie tragenden Kräfte würden die »Demokratie ausnutzen, um den Staat mit einem trojanischen Pferd zu unterwandern«. Aus diesem Grund sehen sie jegliche Demokratisierungsschritte, die im Grunde nur kosmetische Operationen sind, als Versuche, »den Staat zu übernehmen«. Dass die Armeeführung mit der AKP-Regierung nun Kompromisse eingegangen ist und durch ein Verfassungsreferendum die Justiz »ziviler« gestaltet wird, vertieft diese Ängste. Es ist daher nicht überraschend, dass moderne Kreise sich für »mehr Einfluss der Armee in der Politik und Staatsführung« und für die »Wiedereinführung einer kemalistischen Einpartei-Diktatur« einsetzen.

Auf der anderen Seite sehen besonders diejenigen, die den Laizismus als eine »paternalistische Entmündigung« der Muslime verstanden haben, in der parlamentarischen Demokratie die Möglichkeit, am Staat und dem Reichtum zu partizipieren. Für diese muslimisch-konservativen

Kreise entstanden mit der AKP-Regierung viele neue Möglichkeiten der Kapitalakkumulation, die in der Vergangenheit den privilegierten Mittelschichten, der Bürokratie und den Militärs, kurz den »weißen Türken« zustanden.

So ist ein Paradoxon entstanden: während moderne Türken sich gegen die Ausweitung der bürgerlichen Demokratie wenden, setzen sich konservative Teile, die eine islamische Republik präferieren, auf die parlamentarisch-bürgerliche Demokratie.

Doch was diese beiden Gruppen eint, ist der »Geist von Sèvres«, also die Gefahr der »armenischen und kurdischen Staaten auf dem Territorium der Türkei«. Diese vermeintliche Gefahr wird stets von den Regierungen wachgehalten. So sprach der Außenminister Davudoglu vor kurzem davon, dass »wir zur Verfestigung der Abgrenzung solcher Gefahren wahrscheinlich unser monokulturelles, nationalstaatliches Verständnis vom Islam stärken müssen«. Derlei Sprüche stoßen in der konservativ islamisch und nationalistisch geprägten Anhängerschaft der AKP auf fruchtbarem Boden.

Gleichzeitig muss aber auch betont werden, dass besonders in den westlichen Metropolen, aber auch in Küstengebieten seit etwa 20 Jahren stetig eine wachsende gesellschaftliche Ausgrenzung gegenüber kurdischer BinnenmigrantInnen zu beobachten ist. Das hat nicht nur mit der Staatspolitik und der Medienhetze zu tun.

Die durch die Auswirkungen des schmutzigen Krieges in Kurdistan und dem neoliberalen Umbau im ganzen Land verursachte Binnenmigration in die westlichen Gebiete führen innerhalb der türkischen Unterschichten zu Abwehrhaltungen wegen Konkurrenzdenken und in den Mittelschichten zu einem nationalsozialistisch gefärbten Wohlstandschauvinismus.

Armut, Arbeitslosigkeit, Gentrifikation in städtischen Zentren, die soziale Frage an sich, Kriminalität in den Metropolen werden ethnisiert und in Folge dessen zu neuen Dynamiken der Ausgrenzung. Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, oder besser gesagt, die Proletarisierung wird mehr und mehr Kurdisch. Während in den Metropolen sogar in Romavierteln kurdische BinnenmigrantInnen als »Eindringlinge« beschimpft werden, gehen in ländlichen Gebieten Westanoliens Einheimische gegen kurdische SaisonsarbeiterInnen vor und verlangen ihre Zwangsrückkehr – ggf. mit polizeilichen Mitteln.

So ist eine Situation entstanden, dass innerhalb der Türkei von zwei Ländern – dem Westen und Osten des Euphrats – zu sprechen ist, die politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell

völlig unterschiedlich sind. Im Osten des Euphrats wird die kurdische Bevölkerung zunehmend politisiert. Es entstehen auf Geschlechtergleichheit basierende demokratische Rätestrukturen und neue Freiheitsräume trotz staatlicher Gewalt.

Aber im Westen vergiften Ängste, Tabus, Spaltungsphobien, Wohlstandschauvinismus, Nationalismus und rassistische Abwehrhaltungen zusehends das gesellschaftliche Klima. Anstatt die Demokratisierung und das Konzept der »demokratischen Autonomie« als eine Chance für das gesamte Land zu begreifen, werden autoritäre Herrschaftsstrukturen, Unterdrückung und ein monokulturelles Gesellschaftsbild akzeptiert.

Zwar werden auch im Westen der Türkei die Entwicklungen in der arabischen Welt weitgehend mit Sympathie verfolgt, aber es ihnen gleich zu machen, scheint keine Option zu sein. Die Situation der türkischen Gesellschaft, die durch Bedrohungsszenarien in eine Angststarre verfallen ist, weist somit auf eine bekannte Weisheit hin: »Ex orient lux« - die Sonne geht im Osten auf!

Es steht m. E. fest: die Freiheit des kurdischen Volkes ist der einzige Schlüssel für eine Zukunft der türkischen Gesellschaft, um frei von Ängsten und Tabus, in Frieden leben zu können.

»DIE STRATEGISCHE IMPERATIVE«

DIE BEZIEHUNGEN DER DEUTSCH – OSMANISCH/TÜRKISCHEN STAATEN VOM 19. JAHRHUNDERT BIS IN DIE ANFANGSZEIT DER NATO

REFERAT AUF DER KONFERENZ »TATORT KURDISTAN« AM 15. APRIL 2011 IN KÖLN

Ich danke für die Einladung zu dieser Konferenz und für die Möglichkeit, hier mit euch diskutieren zu können. Doch muss ich einräumen, dass besonders die deutsch-osmanischen Beziehungen nicht unbedingt mein Spezialgebiet sind. Sicher habe ich wie andere Türkeiinteressierte einige Kenntnisse darüber, aber Nick Brauns, der zu diesem Thema geforscht hat, wäre, so glaube ich der richtigere Referent zu diesem Part. Als ich diesen Referat vorbereitet habe ich viel von seinen Arbeiten, aber auch von Johannes Glasneck, der eine wissenschaftliche Abhandlung über die Propagandatätigkeit des Dritten Reiches in der Türkei geschrieben hat, profitieren können.

Aus beiden Arbeiten, aber auch aus verschiedenen Quellen ist herauszulesen, dass die Beziehungen deutscher Staaten zur Türkei seit nahezu 150 Jahren von einer Konstante – oder um es mit den Worten von Klaus Naumann, dem ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses zu sagen, von einer »strategischen Imperative« bestimmt werden. Auf ein Kurzformel gebracht: diese »strategische Imperative«, also die Staatsräson in Deutschland, war stets die Bindung und Unterstützung der Türkei und ist heute noch gültig. Erlaubt mir hier, bevor ich zu der historischen Betrachtung der deutsch-osmanisch/türkischen Beziehungen komme, einiges zu den heutigen Beziehungen zu sagen.

Während heute Klaus Naumann darauf hinweist, dass »die Chancen Europas und der NATO« in dem Dreieck Balkan-Kaukasus-Naher Osten, »Einfluss zu wahren, ohne die Türkei sehr gering« sei und »die Bindung der Türkei an die EU, an die NATO, an den Westen für uns in Europa eine strategische Imperative ist« da »ohne die Türkei, Europa seine ehrgeizigen strategischen Ziele, ein globaler Akteur (...) zu werden, nicht erreichen« [1] könne, schrieb der deutsche Kolonialstratege Paul Rohrbach schon 1902: »Einzig und alleine eine politisch und militärisch starke Türkei ermöglicht es uns, dafür zu sorgen, dass die großen Aussichten, welche sich in den Ländern am Eu-

phrat und Tigris für die Vergrößerung unseres Nationalvermögens und die Verbesserung unserer wirtschaftlichen Bilanz bieten, auch wirklich mit einiger Sicherheit in die Sphäre der realen Existenz übergehen können. Für eine schwache Türkei keinen Pfennig, für eine starke, soviel nur irgend gewünscht wird«[2] Wie sehr doch beide Feststellungen, trotz 109 Jahre Zeitunterschied, sich gleichen. Klaus Naumann liefert hierfür die Begründung: »das dafür entscheidende Argument ist die geostrategische Lage der Türkei«.[3]

Es ist von daher keine Binsenweisheit zu behaupten, dass von Beginn an die strategischen, ökonomischen und politischen Interessen die Hauptelemente sind, welche die Ausrichtung und Intension der deutsch-osmanisch/türkischen Beziehungen bestimmen. Und das kommt nicht von Ungefähr – lassen wir hier wieder Klaus Naumann sprechen:

»Aber warum ist nun die Türkei aus der Sicht eines Europäers so herausragend in ihrer geostrategischen Bedeutung?

- 1.)Die Türkei kontrolliert das Schwarze Meer und seine Aus- und Zugänge in das Mittelmeer.
- 2.)Sie ist aus europäischer Sicht die Barriere zu der instabilen Zone des Nahen Ostens.
- 3.)Sie ist die Landbrücke nach Zentralasien und
- 4.)sie bietet Europa die Möglichkeit, Kontrolle des östlichen Mittelmeeres und der Ausgänge des Suez Kanals zu wahren«.

Weiter meint Naumann, »Die Schlüsselzone der Sicherheitspolitik der näheren Zukunft ist der Raum des erweiterten Nahen Ostens. Die Türkei ist geographisch Sperrriegel und Brücke zu der Zone zu der beispielsweise 65 Prozent der europäischen Gas- und Öllieferungen laufen, übrigens nicht mehr für die USA ist der Nahe Osten die entscheidende Öl-Versorgungszone, sondern für Europa. (...) Die Türkei hat gute Beziehungen zu Israel und Syrien und ist deshalb auch aus europäischer Sicht ein Mittler, den Intakt zu halten im strategischen Interesse Europas ist«. Womit wir hier wieder bei Paul Rohrbach wären.

NATO-Partner, Ordnungs- und Stabilitätsfaktor und Nahost-Vermittlerin: man könnte meinen, die Türkei sitze zwischen allen Stühlen. Dass die Türkei als eine Brücke zwischen dem Westen und der islamischen Welt bezeichnet wird, rührt nicht nur von ihrer geographischen Lage her. Immerhin ist sie mit ihrer Dynamik, wirtschaftlichem Wachstum und den regionalen Ansprüchen, die sie mit ihrer militärischen Gewaltmaschinerie durchaus zu formulieren weiß, zu einem der wichtigsten Schwellenländer der Welt geworden. Ihre Koop- tierung in die globale Strategien über die G20- Mitgliedschaft, ihre verstärkte Einbeziehung in die Entscheidungsprozesse der internationalen Politik und die Unterstützung durch den Westen zeigen, wie sehr die Türkei als »Stabilisierungsfaktor in einer Region der Instabilitäten« (Gerhard Schröder, 1999) angesehen und anerkannt wird.

Als eine ausgreifende Regionalmacht im südöstlichen Vorfeld Europas verfügt sie über Einfluss in der Region, die für die imperialistischen Interessen immer wichtiger wird. Die Türkei ist dabei eines der wichtigsten Energieumschlagsplätze zu werden, von dem aus die Erdgas- und Erdöl- reichtümer des kaspischen Beckens und des Na- hen Ostens auf dem Weltmarkt gebracht werden. Außerdem verfügt sie über ein immens wichtiges strategisches Gut: Wasser. Naumann dazu: »Die Türkei ist hier in einer unglaublich günstigen Position durch die großen Wasserreservoirs, die sie im Südosten angelegt hat und Wasser könnte eine der Konfliktursachen des 21. Jahrhunderts schlechthin werden«. [4]

Ihre NATO-Mitgliedschaft spielt eine wesentliche Rolle für den Westen. Naumann schwärmt nicht umsonst von den Fähigkeiten der türkischen Ar- mee: »Nach Zahlen und Qualität leistet die Türkei eine für die westliche Allianz einen unverzicht- baren Beitrag und an die guten Leistungen und an die herausragende Disziplin türkischer Sol- daten aus Heer, Luftwaffe und Marine erinnere ich mich gerne«. Jetzt wird der Herr General a.D. Richtig euphorisch: »Ich werde nie vergessen, wenn immer man türkische Soldaten begrüßen musste, dass man sie begrüßte mit Merhaba asker und dann mit einem donnernden Sagol beinahe akustisch in die Ecke gestellt wurde«. Tja, die preußischen Tugenden - da blüht jedem Militaristen das Herz auf!

Naumann lobt weiter: »Die türkischen Streitkräfte verdienen auch deswegen im NATO-Kontext be- sondere Erwähnung, weil sie vermutlich die einzi- gen europäischen Streitkräfte sind, die nicht unter demographischen Entwicklungen leiden werden wie all die anderen, die in der Zukunft große Pro- bleme haben werden, junge und leistungsfähige Menschen für die Streitkräfte zu gewinnen«. [5]

Hier sollte in diesen Zusammenhang auch er- wähnt werden, dass die Belobigung der türkisch- en Streitkräfte durch Naumann auch als eine Kun- denbetreuung verstanden werden sollte. Wie in der Vergangenheit, ist es heute auch so, dass die militärische Beratung wie Zusammenarbeit und Waffenverkäufe deutscher Rüstungskonzerne gleichbedeutend sind. Für die TeilnehmerInnen dieser Konferenz dürfte es nicht unbekannt sein, dass laut SIPRI 15 Prozent der Waffenverkäufe deutscher Rüstungskonzernen an die Türkei geht.

Was den NATO-Beitrag der Türkei betrifft, hat Naumann recht: Mit ihrer, dank des jahrelangen schmutzigen Kriegs gegen die kurdische Bevöl- kerung modernisierten Armee, dem militärisch- bürokratischen Vormundschaftsregime und der Generalität, die als uniformierte Kapitalisten Ver- fügungsgewalt über den militärisch-industriellen Komplex haben, ist die Türkei eine Militärmacht, die nach den USA und Israel größere Erfahrun- gen im »Warmen Krieg« nachweisen kann. Sie ist willens und fähig, ihre Herrschaftsansprüche gegen die Gegner im Inneren und in den Nach- barländern durchzusetzen. Sie hat immer wieder unter Beweis gestellt, wie sie ihre militärische Ge- waltmaschinerie zur Konsolidierung der Staats- macht einsetzen konnte. Die Türkei, »deren wich- tigstes Exportartikel ihre Armee ist«, so Soros, ist mit ihrer schlagfähigen und modernen Armee für die USA, EU und NATO ein »verlässlicher und leistungsfähiger Verbündeter« (K. Naumann)

Die Entscheidungsträger der Republik Türkei sind der Bedeutung, welches vom Westen der Türkei beigemessen wird, durchaus bewusst. Daraus und aus der inzwischen gefestigten Partnerschaft zwischen der Armeeführung und der zum Neo- liberalismus konvertierten islamistischen AKP- Regierung wächst ihr neues Selbstbewusstsein, mit der sie in der Region subimperialistische Ansprüche stellen.

Der türkische Journalist Cengiz Candar besch- reibt die neue Rolle der Türkei wie folgend: »Die Türkei ist ein lebendiges und dynamisches Land, das in den nächsten zehn Jahren das Ziel er- reichen will, unter den ersten 10 großen Ökono- mien der Welt zu sein. Die türkische Wirtschaft ist inzwischen so stark, so dass sie innerhalb der eigenen Landesgrenzen nicht mehr zu halten ist. Diese wirtschaftliche Stärke, welche die Türkei zu einer Regionalmacht gemacht hat, wird nun dazu genutzt, eine politische Macht zu werden. Deshalb entfaltet die Türkei mit der Hilfe ihrer 'Soft-Power' – Politik im Nahen Osten politische Aktivitäten und übernimmt die Rolle als Problem- löserin – in manchen Fällen auch ohne ein grünes Licht aus den USA«. (Tageszeitung Radikal, vom 7. Juni 2010)

Es mag sein, dass dieses neue Selbstbewusstsein und das Stellen von höheren Ansprüchen vermehrt zu Widersprüchen zwischen den Entscheidungsträgern des Westens und der Türkei führen, doch dies ändert nichts an der Tatsache, was die Türkei war, ist und bleiben soll: Ein Bollwerk imperialistischer Interessen in dem Dreieck Balkan-Kaukasus-Naher Osten.

WIE ALLES BEGANN

Es war alles vorauszusehen: das Osmanische Reich, welches Jahrhundertlang verschiedene Regionen und Völker unterjocht hatte, schwächelte selbst gegen Ende des 19. Jahrhunderts und wurde in Europa verächtlich als »der Kranke Mann am Bosphorus« bezeichnet. Überall im Reich fanden Aufstände statt, die werdenden Nationalstaaten durchlöchernten die Territorien. Die osmanische Armee war zu schwach, gegen die Aufständischen vorzugehen. Die Korruption verfaulte die Staatsverwaltung. Auch finanziell ging es dem Ende zu – das Reich stand unter dem Diktat des internationalen Finanzkapitals. Das kränkeln des ehemals »glorreichen« Osmanischen Reichs weckte die imperialen Gelüste der anderen Großmächte.

Nick Brauns hat in seiner Arbeit »Die deutsch-türkischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg 1914« diese Entwicklung näher betrachtet und erklärt darin worin das Interesse der Großmächte lag: »Die asiatische Türkei war reich an Öl, Kupfer, Chrom, Blei und Mineralstoffen. (...) Der Besitz oder zumindest der Zugriff auf die Ölfelder und die Möglichkeit zur kolonialen Ausbeutung der reichhaltigen Rohstoffe lag im direkten Interesse aller imperialistischen Nationen. Als ein unterentwickeltes Land bot die Türkei weitreichende Anlagemöglichkeiten für europäisches Kapital und einen großen Exportgütermarkt. Daneben lag das Osmanische Reich in einer der wichtigsten Regionen der Welt, so dass geostrategische Fragen im Vordergrund der Politik der Großmächte standen.« [6]

Zudem hatte das Osmanische Reich mit den Meerengen Dardanellen und Bosphorus eine Schlüsselposition in der Hand. Für Russland, aber auch für England, das daran interessiert war, die Handelsrouten freizuhalten, hatten die Meerengen eine große militärische Bedeutung. In diesem Zusammenhang weist Brauns auf die damalige Gefahrensituation für die Großmächte hin: »Die Schwäche der Türkei macht die Situation so gefährlich. Die strategischen Handelswege und die Meerengen im Besitz einer starken unabhängigen Macht würde Sicherheit für alle anderen Mächte bedeuten. Nun herrschte aber ein Zustand, in dem jede an Orient interessierte Nation einen Machtgewinn einer anderen Nation auf ihre Kosten befürchten musste. (...) Die unmittelbare militärische Unterwerfung von Teilen der türkischen Erbmasse durch eine der Großmächte hätte einen Krieg gegen alle anderen Mächte bedeutet. Die in Afrika, Indien und Lateinamerika erprobte Form des direkten Kolonialismus mittels militärischer Herrschaft und unter der Fahne einer imperialistischen Nation kam im Falle des Orients nicht in Frage. Stattdessen griffen alle an der kolonialen Herrschaft über die asiatische Türkei interessierten Nationen zur Politik der »pénétration pacifique««. [7] Also zur Programmatik einer wirtschaftlichen und friedlichen Durchdringung als imperialistische Strategie.

Brauns meint dazu: »Die »friedliche Durchdringung« beinhaltet ein breites Reservoir indirekter Einflussnahme und Unterwanderung. Vom wirtschaftlichen Engagement über Militärhilfe, Kulturimperialismus und Religionspolitik bis hin zum diplomatischen Einfluss reichten die Mittel. (...) Mit der friedlichen Unterwanderung sollen politische, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Positionen errungen werden, die genug Einfluss sichern, um bei einer erneuten kriegerischen Aufteilung des Gebietes schon ein sicheres Standbein zu besitzen.« [8] Die letzten 150 Jahre zeigen, wie meisterlich Deutschland diese Strategie in den Beziehungen mit der Türkei für sich nutzen konnte.

Doch zu Zeiten Bismarcks galt in Deutschland kein großes Interesse am Orient. Obwohl schon vor Bismarck einige deutsche Unternehmen im Osmanischen Reich tätig waren, hatte die deutsche Wirtschaft bis 1850 im Osmanischen Reich keinen wesentlichen Einfluss. Zwar hatte nach 1850 »die deutsche Industrie- und Handelsbourgeoisie, damals im Rahmen des Deutschen Zollvereins, das Osmanische Reich als Absatzgebiet für Exportgüter ins Auge gefasst und Krupp war seit 1860 im Waffengeschäft« (Brauns) sowie ein deutscher Vertreter im Düyûn-i Umûmiyye-i Osmaniyye, also in der multinationalen Finanzverwaltung, welche die Rückzahlung der osmanischen Staatsschulden sicherstellen sollte, dabei, aber die eigentliche deutsche Türkeipolitik begann erst mit dem Erwerb von Eisenbahnkonzessionen im Jahre 1888. Ein, von der Deutschen Bank geführtes Konsortium hatte sich diese Konzessionen gesichert.

Dazu zitiert Brauns eine Denkschrift der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes vom 19. Juli 1894. Unter dem Titel »Sicherstellung der deutschen Interessen für den Fall der Lösung der Dardanellenfrage« schreibt das Auswärtige Amt folgendes: »Klein-Asien hat Wichtigkeit für uns als Absatzgebiet für die deutsche Industrie, als Unterkunftsstätte für werbende deutsche Kapitalien und als ein hochentwicklungsfähiges

Bezugsgebiet für solche notwendigen Importartikel, die wir (wie Getreide, Baumwolle) jetzt aus Ländern beziehen, von denen uns unabhängig zu machen, früher oder später unseren Interessen sprechen dürfte... Nach der Lage der Verhältnisse ist gegenwärtig das kapitalistische Interesse bei weitem überwiegend«.

Auch die politischen Interessen waren gewichtig. Denn das deutsche Kapital war dabei, systematisch in einen Wirtschaftsraum einzudringen, dass von England und besonders von Frankreich beherrscht wurde. Obwohl Deutschland am 20. Dezember 1881 bei der Gründung der Düyûn-i Umûmiyye gerade mal mit einem Anteil von 4,7 Prozent an sechster Stelle unter den Gläubigern des Osmanischen Reiches stand, sollten 17 Jahre später, als Kaiser Wilhelm II. 1898 zum zweiten Mal die Türkei besuchte, die deutsch-osmanischen Beziehungen eine ungeheure Dynamik gewinnen.

BAGDAD-BAHN ALS AUSSENPOLITISCHES PROGRAMM

Die Suche nach dem deutschen »Platz an der Sonne« wurde mit der Bagdad-Bahn, ein konfliktträchtiges Symbol deutscher Weltpolitik, quasi zum außenpolitischen Programm Deutschlands. Aber auch für das Osmanische Reich hatte die Bahn eine strategische Bedeutung. Das Osmanische Reich geschwächt und hatte den größten Teil seines auf dem Balkan gelegenen Territoriums verloren. Sultan Abdulhamid II. sah in der Eisenbahn ein leistungsfähiges, effizientes und für Truppentransporte ein schnelles Transportsystem, mit dem das Reich ökonomisch erschlossen und politisch stabilisiert werden konnte.

Da das Reich unter dem Diktat des internationalen Finanzkapitals stand, sah der Sultan bei einer deutschen Beteiligung an der Finanzierung eine gewisse Befreiung aus dieser Abhängigkeit. Zudem hatte das Osmanische Reich mit Preußen und dem Deutschen Reich positive Erfahrungen gemacht. Die Beschränkung des deutschen Imperialismus, ihren Einfluss vor allem in der Wirtschaft zu stärken und keine Gebietsgewinne anzustreben, war für die Entscheidung des Sultans sicherlich maßgebend.

Am Anfang war Deutschland, insbesondere die Deutsche Bank nicht von der Idee, in eine Eisenbahnlinie im Osmanischen Reich zu investieren, überzeugt. Doch der Rohstoffreichtum Mesopotamiens änderte dann die Ansichten – besonders, nach dem der Kaiser Wilhelm II. sich persönlich und nachdrücklich für dieses Projekt einsetzte. Neue Absatzmärkte für die deutsche Industrie, reiche Erdölvorkommen, der zu steigende Einfluss Deutschlands und die Verdrängung Englands und Frankreich aus dieser Region waren die

Gründe dafür. Langfristig war das deutsche Militär an einem Stützpunkt für die deutsche Handels- und Kriegsflotte am Persischen Golf interessiert.

Schon am 15. Februar 1893, als die Konzession für die Strecke Eskisehir – Konya der Anatolischen Eisenbahn vergeben wurde, sprach man von einer Verlängerung nach Bagdad. Am 29. Juli 1896 wurde die Zweigstrecke nach Konya in Betrieb genommen und 1899 die vorläufige Vereinbarung zwischen der Deutschen Bank und dem Osmanischen Reich über den Bau der Bagdadbahn von Konya nach Bagdad unterzeichnet. Am 5. März 1903 wurde die endgültige Konzession mit einer Laufzeit von 99 Jahren erteilt. In der im April 1903 gegründeten Société Impériale de Chemin de fer de Bagdad hatte die Deutsche Bank eine Beteiligung von 40 Prozent. Das Projekt wurde zum größten Teil durch die Ausgabe türkischer Staatsanleihen finanziert, die die Deutsche Bank vertrieb. »Dazu kamen die Rechte zur Ausbeutung aller Mineralvorkommen in einem 20 km breiten Streifen zu beiden Seiten der Trasse sowie zum Hafenaufbau in Bagdad und Basra und Flußschiffahrtsrechte zur Unterstützung des Bahnbaus«. (Brauns)

Um die Hintergründe des Zusammenhangs von Bahnbau und imperialistischer Politik deutlich zu machen, möchte ich einiges aus der Arbeit von Nick Brauns zitieren: »Aber nicht nur in der inneren Entwicklung der Industrieländer, sondern gerade auch in der wirtschaftlichen Expansion dieser Nationen spielten die Eisenbahnen eine entscheidende Rolle. (...) Die Eisenbahnen sollten das Werkzeug imperialistischer Durchdringung zum Aufbau informeller Kolonialreiche werden. (...) Die herrschenden Eliten der semikolonialen Länder gehörten oft zu den Unterstützern des Bahnbaus«. Denn, »Sie konnten (...) ihre heimische Machtstellung ausbauen und Nutznießern der neuen Technologien werden. Die Herausbildung einer Kompradorenschicht wurde durch den Bahnbau begünstigt, der dazu diente, ihr Image als moderne, westlich orientierte Herrscher zu beweisen. (...) Auch der militärische Nutzen kam der herrschenden Klasse zugute, die durch die Bahn schnell Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in entlegene Landesteile transportieren konnten. (...) Durch die Bahnen wurden die bisherigen Produktions- und Wirtschaftsformen umgewälzt. Statt Subsistenzwirtschaft und lokalem Handel wurden diese Menschen nun den Strukturen des Weltmarktes ausgeliefert. (...) Der Bahnbau diente so dem Finanzkapital der Industrienationen zum massiven Kapitalexport in die abhängigen Länder. (...) Die europäischen Bahnbauten in der Türkei sind ein Paradebeispiel für den Aufbau informeller Kolonialstrukturen in einem unterentwickelten Land«.

England, Frankreich und Russland sahen, dass durch die Bagdadbahn die schnellste und wirtschaftlichste Verbindung zwischen Europa und Indien entstehen könnte. Die Bagdadbahn war eine Konkurrenz zu britischen und russischen Infrastrukturprojekte wie dem Sueskanal und russische Eisenbahnprojekte im Iran. So wurde die Bagdadbahn zu einem Brennpunkt der Orientpolitik der europäischen Großmächte. Manche sind der Auffassung, dass die Bagdadbahn einer der wichtigsten Gründe war, warum England, Frankreich und Russland sich annäherten.

In der Tat; obwohl der Bahnbau vor dem Ersten Weltkrieg aus verschiedenen Gründen, u. a. finanzielle und politische Schwierigkeiten, verzögert wurde, spielte sie während des Krieges für Deutschland eine kriegswichtige Rolle. Denn damit wollte sich das Deutsche Reich von den Ölimporten aus den USA unabhängig machen. Mögliche Seeblockaden hätten den Ausfall der Öllieferungen zur Folge, was kriegsentscheidend sein könnte. Aber auch für das Osmanische Reich überwogen die militärstrategischen Gründe, weil mit der Bahn die südliche Front am Sueskanal mit Truppen versorgt werden und damit die Bekämpfung der arabischen Aufstände erleichtert werden könnte.

Gleichzeitig hat die Eisenbahn 1915 im Zuge des armenischen Völkermords als Transportmittel für die systematische Deportation der armenischen Bevölkerung in die syrische Wüste gedient.

1918 war die Strecke zwischen Istanbul und Nusaybin sowie zwischen Bagdad und Samarra auf einer Länge von ca. 2.000 km fertig gestellt. Während der französischen und britischen Besatzungszeit übernahmen die französischen und britischen Verwaltungen die Bahn. Erst 1920 hat die kemalistische Regierung Teile der Strecke von der britischen Militärverwaltung übernommen. Nach dem I. Weltkrieg führte die Strecke über drei neue Staaten, die Türkei, Syrien und über Irak, wodurch einige Lücken entstanden. 1936 begannen Syrien und Irak die letzten Lücken zu schließen, so dass am 15. Juli 1940 die Bagdadbahn durchgehend befahrbar war. Zusammenfassend ist Nick Brauns zuzustimmen: »Die Bagdadbahnstrategie und das mit ihr verbundene Programm wirtschaftlicher, militärischer, politischer und kultureller Maßnahmen stellte in besonders signifikanter Weise ein imperialistisches Programm dar, dessen Methodik in Form des Neokolonialismus bis heute von allen Großmächten angewendet wird«.

Doch schauen wir wieder kurz zurück. Ich denke, dass es hier keine großen Erklärungen bedarf, wie das Osmanische Reich neben Deutschland in den Ersten Weltkrieg eintrat. Warum Deutschland an der Türkei ein großes Interesse hatte, be-

schreibt Rosa Luxemburg wie folgt: »Es ist nach alledem klar, dass im Interesse des deutschen Imperialismus die Stärkung der türkischen Staatsmacht liegt, soweit, dass ihr vorzeitiger Zerfall verhütet wird. Eine beschleunigte Liquidation der Türkei würde zu ihrer Verteilung unter England, Russland, Italien, Griechenland und anderen führen, womit für die großen Operationen des deutschen Kapitals die einzigartige Basis verschwinden müsste«. [9] Zu ähnlichen Schlüssen waren der Kaiser und die Reichsregierung schon vorher gekommen. Die Drohung eines großen europäischen Krieges vor den Augen, erläuterte der Kaiser 1913 persönlich der Militärmission für die Türkei, deren Aufgaben: »Germanisierung der türkischen Armee durch Führung und unmittelbare Kontrolle der Organisationstätigkeit des türkischen Kriegsministeriums; Aufmerksame Beobachtung und strenge Kontrolle der Politik anderer Mächte in der Türkei; Unterstützung und Entwicklung der türkischen Militärmacht in Kleinasien so weit, dass sie als Gegengewicht gegen die aggressiven Absichten Russlands dienen kann und die Behauptung der dominierenden deutschen Autorität und des Einflusses auf Fragen der Außenpolitik«. (aus: Brauns)

Aber auch die jungtürkische Führung hatte großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich. Als größter Rüstungslieferant und Bündnispartner konnten die Jungtürken mit Deutschland an ihrer Seite, ihre Pläne umsetzen. Diese beschreibt Brauns so: »Um von der Niederlage im Balkankrieg und der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung des Osmanischen Reiches abzulenken, zielte das türkische Regime auf eine aggressivere, auf Eroberungen ausgerichtete Außenpolitik. Die Ideologie des Pan-Islamismus und des Pan-Turanismus verschmolzen zu einem spezifischen türkischen Expansionismus mit weitreichenden Eroberungszielen. (...) Die reaktionären Interessen Deutschlands und der Türkei ergänzten sich«.

DER ARMENISCHE VÖLKERMORD UND DEUTSCHLANDS MITSCHULD

Zu der unrühmlichen Geschichte der deutsch-osmanisch/türkischen Beziehungen gehört ohne Frage der Völkermord an den ArmenierInnen 1915. Der Historiker Wolfgang Gust ist der Auffassung, dass »das Osmanische Reich mit diesem barbarischen Schritt höchste Gefahr gelaufen« wäre »annektiert und aufgeteilt zu werden, hätte sie keinen potenten Bündnispartner« wie Deutschland. [10]

In der Tat, ohne das Mitwissen und Unterstützung Deutschlands wäre dieses Verbrechen gegen die Menschheit in diesem Umfang nicht zu verwirklichen gewesen. Die Reichsregierung wusste von Anfang an, was »weit hinten, in der Türkei«

passierte. Während des Ersten Weltkrieges gingen alle Berichte des Auswärtigen Amtes an das »Große Hauptquartier«, dem der Kaiser als oberster Kriegsherr, der Reichskanzler, die Oberste Heeresleitung, viele weitere Stäbe und ein hoher Vertreter des Auswärtigen Amtes angehörten. Seit Frühjahr 1915 trafen von den deutschen Konsulaten in den östlichen Provinzen des Osmanischen Reiches und von der deutschen Botschaft in Istanbul zahlreiche Berichte ein, in denen die systematische Ausrottung des armenischen Volkes beschrieben wurde. Der deutschen Reichsregierung war von Anfang an klar, dass der Völkermord eine »zentral geplante, bürokratisch organisierte und durchdachte Tat war, bei der staatliche Organe und Teile der regierenden Partei İttihat ve Terakki (Partei der Einheit und des Fortschritts) zusammengearbeitet haben« (Taner Akçam).

Doch das strategische Ziel, das Osmanische Reich zu einer Stütze für Deutschland zu machen und mit ihrer Hilfe England und Frankreich aus dem Nahen Osten hinauszudrängen, verdrängte diese Tatsachen. Als der deutsche Botschafter in seinem Bericht vom 7. Dezember 1915 besorgt schrieb, »Soll Einhalt geschehen, so sind schärfere Mittel erforderlich« antwortete Reichskanzler Bethmann-Hollweg ganz lapidar: »Unser einziges Ziel ist, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht«.

Diese Auffassung teilten viele Politiker. Der einzige Parlamentarier, der im Januar 1916 die Vernichtung der Armenier thematisierte, war Karl Liebknecht. In seiner Anfrage im Reichstag stellte er die Frage: »Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, dass während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reiche die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemacht worden ist?«. Das Auswärtige Amt antwortet wie folgt: »Dem Reichskanzler ist bekannt, dass die Pforte (die türkische Regierung) vor einiger Zeit, durch aufrührerische Umtriebe unserer Gegner veranlasst, die armenische Bevölkerung bestimmter Gebietsteile des türkischen Reiches ausgesiedelt und ihr neue Wohnstätten angewiesen hat. Wegen gewisser Rückwirkungen dieser Maßnahmen findet zwischen der deutschen und der türkischen Regierung ein Gedankenaustausch statt. Nähere Einzelheiten können nicht mitgeteilt werden.« (Wolfgang Gust, 2009)

Die strategischen Interessen Deutschlands und die Ziele der Jungtürken, das Osmanische Reich in einen ethnisch gesäuberten Nationalstaat umzuwandeln und dabei durch Enteignung christlicher Minderheiten eine eigene nationale Bourgeoisie zu schaffen, waren die Grundlage des

Völkermordes an der armenischen Bevölkerung. Die »strategische Imperative« deutscher Außenpolitik bestimmte das Handeln der Reichsregierung und ermöglichte den Jungtürken die Umsetzung des rassistischen Planes der Ausrottung des armenischen Volkes. (Ordnungshalber sollte hier nicht unerwähnt bleiben, dass der ganze Umfang der Mitschuld Deutschlands an dem Völkermord erst in den vergangenen Jahren ans Tageslicht gelangte, nachdem Wolfgang und Sigrid Gust in jahrelanger Arbeit die Dokumente des Auswärtigen Amtes gesichtet hatten. Dies und die kürzlich veröffentlichte Studie »Das Amt und die Vergangenheit« über die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an der Vernichtung der europäischen Juden sind die Beweise, dass die Legende vom »sauberen diplomatischen Dienst« ein Mär ist.)

Doch weder die »Waffenbrüderschaft mit dem Osmanischen Reich«, noch die hingenommene Vernichtung von 1,5 Millionen ArmenierInnen sowie anderer Minderheiten half nicht: Deutschland und das Osmanische Reich wurden 1918 besiegt. Interessanter Weise machten auch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges keine Anstalten die Verantwortlichen des Völkermordes zu bestrafen oder den Nachkommen der Ermordeten ihr Eigentum zurückzugeben. Selbst nach dem armenische Völkermord als Argument für den Genozidbegriff im internationalen Recht als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet wurde, geschah nichts.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs schien es so, als ob die deutsch-türkische »Waffenbrüderschaft« beendet wurde. Die offizielle Geschichtsschreibung der Türkei weist immer wieder daraufhin. Mehr noch: damals wie heute wird Deutschland für die Niederlage des Osmanischen Reiches alleine verantwortlich gemacht – natürlich auch der Sultan selbst und einige der Regierungsmitglieder. Doch es waren keine anderen, als diejenigen Offiziere, die während des Weltkrieges für den Sultan die Truppen befehligten, wiederum diejenigen, die wie Phönix aus der Asche dem türkischen Nationalstaat vorstanden.

Nach dem Krieg war die Ausgangslage für beide Länder sehr unterschiedlich. Während die junge Türkische Republik mit dem Vertrag von Lausanne, die Folgen des Vertrags von Sèvres (1920) revidieren konnte, hatte Deutschland die schweren Auswirkungen des 1920 in Kraft getretenen Vertrags von Versailles zu schultern. Immense Reputationszahlungen, große territoriale Verluste und die Besetzung des Ruhrgebietes 1923 waren die Folgen. Zudem mussten in Deutschland die Revolutionen »abgewehrt« werden.

Doch innerhalb einer kurzen Zeit wurden die deutsch-türkischen Beziehungen wieder auf

genommen und intensiviert. Am 3. März 1924 wurde ein deutsch-türkischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Dem folgte am 12. Januar 1927 das deutsch-türkische Handelsabkommen, so dass ab Mitte der 1920er Jahre bilaterale Strukturen wieder aufgebaut waren. Diese zielten zwar in erster Linie auf wirtschaftliche Kooperation, es wurde aber auch auf die »bewährte« militärische Zusammenarbeit weiter gesetzt. Wieder wurden deutsche Militärberater in der Türkei eingesetzt.

DIE LEGENDE VOM NATIONALEN BEFREIUNGSKRIEG

Hier sollten wir einen kleinen Exkurs wagen. Allzu oft wird, auch in linken Kreisen, davon gesprochen, dass der »nationale Befreiungskrieg der Türkei an sich antiimperialistisch« wäre. Wie der türkische Politologe Fikret Baskaya m. E. zu Recht beschreibt, dass es keinen nationalen Befreiungskrieg gab, bin auch ich davon überzeugt, dass die Gründung der Türkischen Republik in einem engen Zusammenhang mit dem Putsch der Jungtürken von 1908 zu sehen ist und das Werden des türkischen Nationalstaates von imperialistischen Ländern hingenommen und teilweise unterstützt wurde.

Der sog. nationale Befreiungskrieg war im Grunde genommen ein Krieg gegen die griechische Armee – weshalb Baskaya von einem »Bürgerkrieg« spricht. Der einzige Krieg, in die die Armee Mustafa Kemals gezogen ist, war der Krieg gegen die griechische Armee. Bei dem ersten und zweiten »Schlacht von İnönü« (10. Januar und 23. März 1921) und dem »Schlacht von Sakarya« am 23. August 1921 siegte die türkische Armee. Worauf sich dann Frankreich, England und Italien aus der Türkei zurückzogen und mit dem Vertrag von Ankara erklärten, dass sie keine Gebietsansprüche stellen. Ein Jahr später, am 30. August 1922 wurden dann weite Teile der griechischen Armee vernichtend geschlagen.

Nach 1919 hat die türkische Armee keine einzige Schlacht gegen die Besatzungsmächte England, Frankreich und Italien geführt. Zwar haben türkische Milizen in Maras, Antep und Urfa gegen die französischen Besatzer Aufstände geführt, aber ein regulärer Krieg zwischen der türkischen und französischen Armee gab es nicht. 1919 hatte Mustafa Kemal, Kâzım Karabekir beauftragt, einen Eroberungskrieg gegen die östlichen Gebiete zu führen. Die Städte Kars, Ardahan, Erzurum und Sivas waren unter der Kontrolle der armenischen Truppen. Die türkischen Truppen drängten die Armenier und führten die jungtürkische Vernichtungspolitik gegenüber der armenischen Bevölkerung fort. Bis 1920 wurden weitere zehntausende ArmenierInnen getötet und vertrieben. Erst als im März 1921 zwischen der Sowjetregierung und der Türkei der Moskauer

Vertrag unterzeichnet wurde, haben am 23. Oktober 1921 die Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan und Georgien unter Moskauer Druck die neue Ostgrenze der Türkei akzeptiert.

Mit der Oktoberrevolution 1917 war den imperialistischen Mächten ein Bündnispartner abhanden gekommen. Wichtige Handelsrouten, der Sueskanal und die Ölfelder des Nahen Ostens waren unter ihrer Kontrolle. Auf dem Balkan hatten sich Nationalstaaten unabhängig gemacht, die an der Seite Englands, Frankreichs und später der USA standen. Deutschland war besiegt und in Anatolien hatte Mustafa Kemal seine Armee aufgestellt. Anfänglich unterhielt die Türkei enge Kontakte zur jungen Sowjetunion, die ihrerseits in einem Kampf mit den imperialistischen Mächten verwickelt war.

Unter diesen Umständen lag eine bürgerliche Republik, die die Meeresengen kontrolliert und westlich orientiert war, im Interesse Englands und Frankreich. Der Sieg der türkischen Armee über die Griechen ebnete dann den Weg nach Lausanne. Während eine weitergehende Annexion der Türkei ein schwer zu unterhaltendes Besatzungsregime erforderlich machte, der wegen der zu erwarteten kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Armee Mustafa Kemals die Bindung von größeren militärischen Kapazitäten zur Folge hätte, war die Akzeptanz einer bürgerlichen Republik in der Türkei, die wirtschaftlich abhängig war und als neutrale Macht die Kontrolle über die Meeresengen in der Hand hielt, die einfachere Lösung. Zudem konnte mit der Gründung einer Türkischen Republik eine schützende Pufferzone gegen die Sowjetunion geschaffen und deren möglicher Einfluss in der Region noch im Keime erstickt werden.

Die Aussagen, dass »den ersten antiimperialistischen Krieg die Türken geführt« haben, »mit dem nationalen Kampf eine Nation aus dem Nichts entstanden« sei oder dass »der nationale Kampf Mustafa Kemals den unterdrückten Völker der Erde den Weg zu Befreiung gezeigt« habe, sind nichts anderes als Phrasen der offiziellen Geschichtsschreibung. Das Osmanische Reich war nie eine Kolonie, sondern ein souveräner Staat, der von den Verhandlungen in Mondros bis Lausanne immer am Tisch saß.

Auch vor dem Ersten Weltkrieg waren die Gegner des Sultans, nur »Oppositionelle im System«. Weder der I. Konstitutionalismus, der auf das Betreiben von Mithat Pasa erklärt wurde, noch der II. Konstitutionalismus von 1908 zielten auf eine Änderung des politischen Systems. 1908 hatten die Jungtürken, die militärisch-bürokratische Elite des Osmanischen Reichs geputscht. Sie schränkten zwar die Rechte des Sultans, haben aber bis 1913 ein diktatorisches Regime errichtet.

Als am 29. Oktober 1923 die Republik ausgerufen wurde, wurde nur der Name des Staates geändert. Die Republik war die Fortführung des jungtürkischen Putschs von 1908. Bis 1946 folgte dann die Einparteiendiktatur.

Nach 1923 haben sich auch die Produktions- und Eigentumsverhältnisse nicht wesentlich geändert. Im Gegenteil; die Klassenverhältnisse haben sich verfestigt. Die Macht im Staate war weiterhin in den Händen der militärisch-bürokratischen Eliten und der »nationalen Bourgeoisie«, die ihr Reichum durch Enteignung der Griechen und Armeniern aufgebaut hatte. Neu waren jedoch die Thesen zur »Türkischen Geschichte« und »Türkischer Sprache«. Die nationalistisch-rassistische Staatsideologie, die Fortführung der ethnischen Säuberungen, der »Turkiisierungsprozess« sowie das errichtete militärisch-bürokratische Vormundschaftsregime wurden zu Stützpfählern des türkischen Nationalstaates. Mit der Gründung der Republik Türkei begann eine neue, blutige Phase der anatolisch-mesopotamischen Tragödie, der bis heute andauert.

DAS DRITTE REICH UND DER ZWEITE WELTKRIEG

Nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus wurde in Deutschland wieder auf die »bewährte« Türkeipolitik gesetzt. Das faschistische Deutschland versuchte die wirtschaftlich schwache Türkische Republik in ihren Machtbereich einzubeziehen. Die Nationalsozialisten wollten, wie vor und während des Ersten Weltkrieges, England und Frankreich aus dem Nahen Osten herausdrängen. Im Rahmen der Kriegspläne sah man vor, die deutsche Rüstungsindustrie über den Balkan und die Türkei mit den Rohstoffen des Nahen Ostens zu versorgen. (Interessant ist hierbei, dass ein 1937 erstellter Plan zur Erdöl- und Rohstoffversorgung, mit den heute vorhandenen und geplanten Lieferrouen wie Nabucco Pipeline nahezu identisch ist.)

Das nationalsozialistische Regime schloss 1933 ein Abkommen mit der Türkei. So konnte das faschistische Deutschland sich in den 1930er Jahren zum größten Handelspartner der Türkei entwickeln. Die von den Nationalsozialisten immer wieder beschworene »Waffenbrüderschaft« wurde auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen transportiert. »Aus der Tatsache, dass die Türkei in den Jahren 1933 bis 1938 weitgehend von Deutschland als ihrem Hauptrohstoffabnehmer und -lieferant von Industrieausrüstungen abhängig geworden war, machten z.B. die ›Orient-Nachrichten‹ eine deutsch-türkische ›Wirtschaftskameradschaft«.

[11]

Doch die machtpolitischen Interessen der Nationalsozialisten und ihre massiv vorgetragene »Lebensraumideologie« machten das deutsch-

türkische Verhältnis auf der politischen Ebene höchst fragil und anfällig für Störungen. Obwohl die Propaganda der Nationalsozialisten die Parallelen zwischen dem Kemalismus, Nationalsozialismus und Faschismus betonten und so die Türkei als natürlichen Bündnispartner ansehen wollten, zeigte sich die türkische Regierung sehr zurückhaltend.

Schon vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs waren die Beziehungen unterkühlt. Die türkischen Interessen richteten sich auf die Wahrung strikter Neutralität und die Nichtverwicklung in Kriegshandlungen. Das Angebot, an der Seite der Achsenmächte in den Krieg zu ziehen, wurde abgelehnt. Nicht weil die türkischen Eliten an einen Sieg Deutschlands keinen Glauben schenkten, sondern weil die Konsolidierung der Staatsmacht im Inneren und die Bekämpfung besonders der kurdischen Aufstände Vorrang hatten. Im Frühjahr 1939 erfolgte die Annäherung der Türkei an England und Frankreich. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen wurde dann am 19. Oktober 1939 ein englisch-französisch-türkischer Beistandpakt geschlossen.

Aber schon die ersten militärischen Erfolge der Wehrmacht verstärkten den Einfluss des faschistischen Deutschlands in der Türkei. Im April 1940 wurde ein neuer deutsch-türkischer Handelsvertrag unterzeichnet, dem am 18. Juni 1941 der deutsch-türkische Freundschafts- und Nichtangriffspakt folgte. Beide Regierungen verband die tiefe Feindschaft gegen die Sowjetunion. So wurde Deutschland zwischen 1941 und 1944 wieder der größte Handelspartner der Türkei.

Die Zusammenarbeit fand in der Türkei einen fruchtbaren Boden. Weite Teile der türkischen Bourgeoisie und der kemalistischen Eliten sangen Loblieder auf die deutsch-türkische Freundschaft. Die faschistische Propaganda in der Türkei (hier möchte ich die Arbeit von Johannes Glasneck wärmstens empfehlen) hatte auch zur Folge, dass der offene Antisemitismus eine Regierungspolitik wurde. 1941 führte die Regierung unter Sükrü Saracoglu eine Vermögenssteuer ein, der vor allem von den jüdischen, griechischen und armenischen Staatsangehörigen zu entrichten war. Der Staatsapparat, staatliche Betriebe und Medien wurden von Juden »gesäubert«. Wer die festgesetzte Vermögenssteuer binnen 30 Tagen nicht entrichten konnte, wurde zur Zwangsarbeit nach Askale deportiert. Zwischen 1942 und 1944 drang der faschistische Einfluss in alle Bereiche des Staates ein.

Mit der Gegenoffensive der Alliierten jedoch änderte die Türkei 1944 ihre Politik. Im April 1944 sah sich die türkische Regierung gezwungen, die für die deutsche Rüstungs- und Kriegsindustrie

lebenswichtigen Chromlieferungen einzustellen und brach im August 1944 auch alle diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab. Symbolisch erfolgte dann am 23. Februar 1945 die Kriegserklärung der Türkei.

DIE ZEIT NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

Beide Länder fanden sich 1945 auf derselben Seite wieder – als Gegner der Sowjetunion, unterstützt von den USA und bald auch als Partner der NATO. Nachdem die Türkei am 18. Februar 1952 den Nordatlantischen Pakt ratifizierte, wurden die diplomatischen Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei aufgenommen. In der Ära des Bundeskanzlers Konrad Adenauer begann eine intensive politische, wirtschaftliche und militärische Partnerschaft, die bis heute andauert.

»Unsere gemeinsame Zugehörigkeit in der Gemeinschaft der freien Welt bildet auch den Hintergrund für eine fruchtbare Entwicklung unserer zweiseitigen Beziehungen« - diese Worte Adenauers aus dem Jahr 1954 brachten die neuen deutsch-türkischen Beziehungen auf den Punkt. Als Frontstaaten der NATO hatten beide Länder eine Beziehung entwickelt, die für die deutsche Außenpolitik einzigartig ist. Man pries beiderseitig die »freundschaftlichen Beziehungen«, mit der die deutsch-türkische Schicksals- und Interessengemeinschaft gekennzeichnet wurden. Die traditionelle »Freundschaft« hatte auch die Jahre des Zweiten Weltkrieges überdauert. Die faschistische Propaganda der Nationalsozialisten trug nun dazu bei, dass die Anhänger einer engeren Kooperation mit Deutschland innerhalb des Staatsapparates großen Einfluss ausüben konnten.

Ab Mitte 1954 wurde die BRD zum Unterstützer und wichtigster Anwalt türkischer Interessen. Die Wahrung der türkischen Interessen war im Interesse der BRD. Denn der Beitritt der Türkei hatte für die NATO große strategische Vorteile gebracht und eröffnete für die BRD neue Möglichkeiten für ihre weitreichenden Interessen. Die nachfolgenden Jahre haben gezeigt, wie sehr sich die deutsch-türkische Freundschaft für beide Länder lohnte: Deutschland konnte mit seinem strategischen Partner Türkei seinem Ziel, wieder eine Weltmacht zu werden – diesmal unter dem Dach eines geeinten Europas, näher kommen und die Türkei profitierte in allen Bereichen ihrer Nationalstaatswerdung von dieser Partnerschaft.

Wenn heute beide Staaten eine solche enge Beziehung unterhalten, dann ist das in erster Linie der »strategischen Imperative« deutscher Außenpolitik zu verdanken. Solange diese Konstante der deutsch-türkischen Beziehungen aufrecht erhalten wird, solange werden Hoffnungen, Deutschland könne zur friedlichen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage

einen Beitrag leisten, ein Trugschluss bleiben. Die Entscheidungsträger in Deutschland und der Türkei haben kein Interesse daran, die kurdische Bevölkerung und andere unterdrückte Gruppen in die Freiheit zu entlassen. Freiheit und Demokratisierung in der Türkei wird nur dann verwirklicht werden können, wenn es das eigene Werk der unterdrückten Völkern sein wird. Das ist, so glaube ich, die einzige Lehre, die aus der 150-jährigen Geschichte der deutsch-türkischen Beziehungen gezogen werden kann.

[1] Konrad-Adenauer-Stiftung, Dokumente der Tagung »Deutsch-Türkischer Sicherheitsdialog zur neuen NATO-Strategie«, Ankara März 2009, S. 26 ff

[2] Nick Brauns, Tödliche Waffenbrüderschaft – Die deutsche Türkeipolitik und die Kurden

[3] Konrad-Adenauer-Stiftung, Dokumente der Tagung »Deutsch-Türkischer Sicherheitsdialog zur neuen NATO-Strategie«, Ankara März 2009, S. 26 ff

[4] ebd.

[5] ebd.

[6] Nick Brauns, Die deutsch-türkischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg 1914, S. 4

[7] ebd. S. 5

[8] ebd. S. 6

[9] Rosa Luxemburg, Die Krise der Sozialdemokratie (Junius Broschüre), in: Dies.: Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden Bd.3, Frankfurt a. M. 1971, S.39ff.

[10] Wolfgang Gust, Referat anlässlich des Jahrestages des armenischen Völkermords im April 2009

[11] Johannes Glasneck, Deutsch-faschistische Propaganda in der Türkei, Halle 1966, S. 7

NICHTS WIRD SO SEIN WIE FRÜHER

ÜBER DIE ANSTEHENDEN PARLAMENTSWAHLEN UND DIE AKTUELLE ENTWICKLUNG IN DER TÜRKEI

ISTANBUL, 2. JUNI 2011

Der Countdown läuft. Am 12. Juni 2011 finden die Parlamentswahlen statt. Am Wahltag werden die WählerInnen nicht nur über eine neue Regierung entscheiden, sondern auch ob eine neue Verfassung in die Wege geleitet und wie diese Verfassung möglicher Weise aussehen wird und ob in der »Kurdenfrage« eine friedliche Lösung zu erwarten ist.

Die Analysten sagen einen erneuten Wahlsieg der AKP-Regierung voraus, die jedoch nicht so hoch sein wird, wie in den letzten Wahlen. Obwohl Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan seinen Wahlkampf betont nationalistisch gestaltet, um auch die Wählerschaft der neofaschistischen MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) an sich zu binden, scheint die MHP laut Umfragen ihren Wiedereinzug in das Parlament noch nicht verpasst zu haben. Auch die größte Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei) unter der Führung von Kemal Kilicdaroglu ist dabei, ihr Stimmenanteil zu erhöhen. Aufgrund der hohen Wahlhürde von 10 Prozent wird die prokurdische BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) es wieder mit unabhängigen KandidatInnen versuchen. Das gemeinsam mit 17 linken und sozialistischen Parteien gegründete Linksbündnis (Block der Arbeit, des Friedens und der Freiheit) wird wohl mit bis zu 30 Abgeordneten wieder eine Fraktion bilden können.

Bei einer oberflächlichen Betrachtung scheint der Wahlkampf in der Türkei »Normal« zu verlaufen. Aber in einem Land wie die Türkei ist nichts »Normal« und jederzeit ist mit außergewöhnlichen Entwicklungen zu rechnen. Man muss nicht wie der kurdische Menschenrechtler und Rechtsanwalt Mahmut Alinak den Teufel an die Wand malen - Alinak rechnet mit einem blutigen Bürgerkrieg nach den Wahlen. Doch so abwegig ist seine Angst nicht. Daher wird in dieser Analyse wird der Versuch unternommen, vor den anstehenden Wahlen die aktuelle Situation wieder zu geben und mögliche Szenarien aufzuzeigen, die mit Sicherheit auch in Europa ihre Auswirkungen haben werden.

DIE POLARISIERUNG DER GESELLSCHAFT

Die Wahlen finden in einer polarisierten gesellschaftlichen Situation statt, in der ein kleiner Funke das Potential birgt, binnen kurzer Zeit sich zu einem Flächenbrand zu entwickeln. Die jüngste Studie des renommierten Forschungsinstituts KONDA zeigt, wie weit sich die gesellschaftliche Polarisierung entwickelt hat. In einem Interview mit der Tageszeitung Özgür Gündem erklärt der KONDA-Geschäftsführer Bekir Agirdir, dass sich die Polarisierung in zwei Bereichen, in der »Kurdenfrage« und zwischen »Totalitarismus und Demokratisierung« verfestigt habe.

Laut der KONDA-Studie sind rund 55 Prozent der türkischen Gesellschaft der Auffassung, dass »die Regierung dabei ist, die Justiz zu unterwerfen«. 45 Prozent sei, unabhängig von jeglichen Repressionsmaßnahmen der Regierung der Meinung, dass sich »das Land demokratisiere«. Agirdir weist daraufhin, dass diese polarisierende Parteinahme sich zu einem Lebensstil entwickelt habe, was seiner Meinung nach ein großes Problem darstelle. Denn: »Wenn es eine politische Polarisierung wäre, gäbe es Lösungsmöglichkeiten. Die Parteiführer bräuchten nur ihre Wahlkampfsprache zu ändern. Aber diese Polarisierung zeigt sich in einer Achse der absoluten AKP-Gegnerschaft und AKP-Anhängerschaft. (...) Hieraus resultieren zwei große Gefahren: Erstens, wir sprechen mehr und mehr eine Gewaltsprache, die bald in der praktizierten Gewalt münden kann. Während heute Frauen, die Minirock tragen, angepöbelt werden, werden sie Morgen Opfer einer Gewalttat. Oder, während heute einige bei dem kurdischen Lebensmittelhändler nicht mehr einkaufen, werden sie später diesen Lynchen. Das Beispiel der Statue, welcher niedergerissen wurde, weil sie dem Ministerpräsidenten nicht gefiel, spricht Bände. Die zweite Gefahr ist, dass wir den Willen zum Zusammenleben verlieren. Daraus wächst das Risiko, dass diejenigen, die denken, dass zur Veränderung eine Wahl nicht ausreicht, sich Wege suchen können, mit außergewöhnlichen Mitteln die Macht zu erlangen«.

Agirdir sieht in den Ergebnissen der Studie die Bestätigung der gesellschaftlichen Spaltung in »Laizisten und Antilaizisten«, wobei die »Kurdenfrage« eine weitere Polarisierung ausmache. Gerade in der »Kurdenfrage« scheine ein großes Hindernis vor der Entwicklung eines notwendigen gesellschaftlichen Konsenses zu stehen. Die KONDA-Studie macht den, sich besonders in den westlichen Teilen der Türkei verankernden Ultranationalismus als das größte Hindernis dafür aus. Laut der Studie will fast die Hälfte der TürkInnen (über 47 Prozent) keinen kurdischen Nachbarn, keinen kurdischen Geschäftspartner oder keinen angeheirateten Kurden bzw. Kurdin in der Familie. Umgekehrt denken 22 Prozent der KurdInnen ähnlich. Agirdir: »Wenn wir bald die Sprache der Gewalt nicht ändern, wird sich der Anteil der kurdenfeindlichen TürkInnen 2013 auf mehr als 67 Prozent erhöhen«. Dabei gibt es innerhalb der ParteienanhängerInnen kaum Unterschiede: 47 Prozent der AKP-AnhängerInnen, 43 Prozent der CHP-AnhängerInnen und 69 Prozent der MHP-AnhängerInnen zeigen offene Kurdenfeindlichkeit und rassistische Einstellungen.

Welche Auswirkungen diese Feindlichkeit zur Folge hat, zeigen die Ereignisse der letzten Tage. Gerade, als dieser Artikel verfasst wurde, berichteten die Agenturen, dass in Hopa, einer Kleinstadt an der Grenze zu Georgien, nach einer Wahlkampfveranstaltung von Erdogan bei den Ausschreitungen eine Person ums Leben gekommen ist. Angriffe auf Veranstaltungen des Linksbündnisses sowie einzelne Lynchversuche gehören zu den täglichen Nachrichten der Fernsehsender. Dabei macht die Gewalt nicht vor KurdInnen halt: Selbst StudentInnen, die gegen die Hochschulpolitik demonstrieren wollen, werden als »Terroristen« beschimpft und von Passanten angegriffen. Wer eine BDP-Fahne trägt oder sich offen als UnterstützerIn des Linksbündnisses zeigt, läuft Gefahr als »PKKler« bzw. »kurdischer Terrorist« angegriffen zu werden.

WAHLKAMPF ALS MOTOR DER ESKALATION

Die Behandlung der »Kurdenfrage« als eine Frage der inneren Sicherheit, somit das Favorisieren der militärischen Lösung und die seit mehr als 30 Jahren regierungsamtlich und staatlich geschürte chauvinistische Stimmung gegen die kurdische Bevölkerung rächt sich. Während sogar Teile der konservativen Kräfte des Landes die »Kurdenfrage« als eine Schlüsselfrage, die vor allen Problemen des Landes steht, akzeptieren, versäumt man die radikale Veränderung der gesellschaftlichen Dynamik zu sehen.

Sicher, im Rahmen des sog. Heranführungsprozesses der Türkei in die EU wurden einige wenige Maßnahmen ergriffen. Immerhin sprechen

staatliche Stellen heute davon, dass es eine kurdische Frage gibt und diese einer Lösung bedarf. Doch das hat an der Behandlung des »Problems« als Frage der inneren Sicherheit nichts geändert. Selbst die Chance, mit der prokurdischen BDP-Parlamentsfraktion zu sprechen und diese als ein Gesprächspartner anzuerkennen und somit Möglichkeiten für eine friedlich-demokratische Lösung zu suchen, wurde nicht ergriffen. Im Gegenteil; die BDP-Fraktion wurde ausgegrenzt, als »politische Terroristen« diffamiert, von der parlamentarischen Einflussnahme und staatlichen Fördertöpfen, die allen anderen Fraktionen zustehen, ausgeschlossen. Weder die Regierung, noch die anderen Oppositionsparteien waren für eine Änderung der Wahlhürde von 10 Prozent oder der antidemokratischen Parteien- und Wahlgesetzen.

Mit dem Beginn des Wahlkampfes baute die AKP ihre Strategie auf einer offenen nationalistischen Grundlage und verschärfte ihre politischen Aussagen gegen die kurdische Bewegung. Die Tatsache, dass die nationalistische Strömung in der AKP über eine große Mehrheit verfügt, die ideologische Gegnerschaft der AKP gegen kollektive Rechte und das herrschende Paradigma, dass die einzige Gemeinsamkeit nur das »Muslim-Sein« ist, hat sicherlich einen großen Anteil daran. Aber auch die Strategie, mit radikalem Nationalismus die MHP unter die Wahlhürde zu drücken und dadurch die Chance einer verfassungsgebenden Zweidrittelmehrheit im Parlament zu erhalten ist ein Grund dafür. Doch die letzten Umfragen zeigen, dass diese Strategie wahrscheinlich nicht aufgehen wird. Denn alle Umfrageinstitute sehen die MHP, wenn auch mit knappen Ergebnissen, im nächsten Parlament. Wie dem auch sei, am Abend des 12. Juni werden wir alle klüger.

Während die MHP ihre nationalistische Anhängerschaft noch gut zu organisieren weiß, ist die CHP dabei – je nach Ort ihrer Wahlkampfbedingungen – mit moderaten Tönen in der »Kurdenfrage« sich auf die soziale Frage und die Probleme der alewischen Minderheit zu konzentrieren. Diese Taktik scheint sich für die CHP auszuzahlen, denn die Umfrageinstitute sehen die Steigerung der CHP-Stimmen vor.

Alle Kommentatoren der gängigen Medien sind sich darüber einig, dass sich die sog. »Öffnungspolitik« der AKP entzaubert habe und daher die AKP besonders in den kurdischen Gebieten Stimmen verlieren werde. Dass auch die AKP-Führung ähnliche Schlussfolgerungen zieht, zeigt sich in der Aufstellung der Kandidaten in den kurdischen Gebieten. Während bei den letzten Wahlen vor allem bekannte kurdische Persönlichkeiten aufgestellt wurden (Erdogan sprach nach den Wahlen davon, dass die AKP mit 75 kurdischen Abgeord-

neten die größte kurdische Partei sei), sind jetzt viele dieser Abgeordnete nicht mehr aufgestellt worden.

Dass die AKP in den kurdischen Gebieten Stimmenanteile verlieren wird, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Daran haben vor allem die prokurdische BDP und die immense Politisierung der kurdischen Bevölkerung einen entschiedenen Anteil. Die BDP hat es geschafft, nicht nur mit dem Aufbau eines Linksbündnisses große Teile der türkischen Linken an sich zu binden, sondern auch mit der Aufstellung von PKK-kritischen, konservativ-islamisch orientierten kurdischen Persönlichkeiten den AKP-Einfluss in der kurdischen Bevölkerung zurückzudrängen.

Doch mit der Gründung des Linksbündnisses (Wahlmanifest unter: <http://murat-cakir.blogspot.com/2011/05/wahlmanifest-des-linksbundnisses-in-der.html>) begannen auch die juristischen Angriffe. So hat Mitte April die Hohe Wahlkommission beschlossen, 7 KandidatInnen des Linksbündnisses nicht zuzulassen. Darunter waren auch amtierende Abgeordnete wie die BDP-Co-Vorsitzende Gultan Kisanak und Sabahat Tuncel, die mit dem landesweit höchsten Stimmenanteil aus dem Gefängnis heraus gewählt wurde. In der Folge der Veröffentlichung dieses Beschlusses kam es zu zahlreichen spontanen Demonstrationen in den kurdischen Gebieten. Die Polizei griff sehr hart gegen die Demonstrierenden durch – einige DemonstrantInnen kamen ums Leben. An den Demonstrationen beteiligten sich Hunderttausende, darunter viele Frauen, so dass binnen weniger Tage der Beschluss durch die Hohe Wahlkommission selbst gekippt und die KandidatInnen wieder zugelassen wurden. Es war ein Sieg der Spontanität der Volksmassen.

Auch nach dem Angriff der Armee gegen eine Guerillagruppe, in der 10 Guerillas getötet wurden, kam es zu zahlreichen Demonstrationen. Etwa 2.000 ZivilistInnen in der Nähe der türkisch-irakischen Grenze übertraten die Staatsgrenze und brachten die dort getöteten Guerillas in das türkische Gebiet – obwohl Grenzsoldaten sie mit Schüssen zu hindern versuchten. In den nächsten Tagen wurden die Guerillas in ihren Heimatorten mit der Teilnahme von 50 bis 60.000 Menschen beerdigt. Erstmals in der Geschichte der Türkei fand ein massenhafter Grenzübertritt statt.

Weitere Aktionen des zivilen Ungehorsams, so wie das »zivile Freitagsgebet«, wo zehntausende Gläubige nicht mehr in den Moscheen, also hinter den vom Staat gestellten Imamen, sondern gemeinsam auf öffentlichen Plätzen beteten, finden heute noch massenhaft statt. Ministerpräsident Erdogan beschimpfte die »zivilen Freitagsgebete« als »mißbrauch des Islams durch Terroristen«

und verlor dadurch viele Sympathien innerhalb der gläubigen Teile der kurdischen Bevölkerung.

Diese Ereignisse sind ein Beleg dafür, welche Grade die Radikalisierung der kurdischen Bevölkerung erreicht hat. In den Fällen des Beschlusses der Hohen Wahlkommission und der Erschießung der Guerillas haben zahlreiche türkische Kommentatoren, aber auch PolitikerInnen der AKP und CHP Kritik an staatlichen und militärischen Stellen ausgeübt. Doch beide Ereignisse hatten nicht zur Folge, dass der nationalistische Wahlkampf der AKP zurückgefahren wurde und die chauvinistische Stimmung in der türkischen Bevölkerung abnahm.

WAS KÖNNTE PASSIEREN?

Man braucht kein Analyst zu sein, um zu erkennen, welche Gefahren die derzeitige Entwicklung in der Türkei beinhaltet. Auch wenn von heute auf Morgen ein blutiger Bürgerkrieg, wie sie es von Mahmut Alinak beschrieben wird, nicht unbedingt zu erwarten ist, könnte ein »weiter so« der Regierung zu einer Gewalt-Tsunami führen, der dann alles, was vor ihr steht, mitreisen und das Land in den Abgrund treiben kann. Die Tatsache, dass die USA und die EU an einer »wirtschaftlich und militärisch stabilen Türkei« (Klaus Naumann) interessiert sind und das türkische Kapital auf eine weitergehende Demokratisierung, somit auf eine gewisse Normalisierung der Zustände drängt, könnte die Entscheidungsträger der Türkei motivieren, nach den Wahlen einige Reformschritte zu unternehmen.

Doch derzeit sieht es nicht danach aus: In den Medien wurde die Kundgebung des Regierungschefs in Diyarbakir am 1. Juni mit Spannung erwartet. Einige Kommentatoren äußerten ihre Hoffnung, dass nun Erdogan einige »positive Signale« geben würde. Aber Erdogan verschärfte seinen Ton weiter. Bei seiner Rede verglich er die CHP und die BDP, die seiner Meinung nach kooperieren würden, mit dem »zivilem Faschismus« und ertete viele Enttäuschungen. Nun liegen die Hoffnungen auf der Rede des Regierungschefs am Wahlabend.

Die eigentliche Chance liegt aber darin, dass das Linksbündnis gestärkt ins Parlament einziehen und somit das Zünglein an der Waage werden kann. Es steht außer Frage, dass die AKP auch diese Wahlen gewinnen wird. Aber die Umfrageinstitute sehen keine Zweidrittelmehrheit der AKP vor. Dies scheint nicht sehr wahrscheinlich zu sein. Die CHP wird aus den Wahlen gestärkt ins Parlament einziehen. Damit wird die AKP für eine, von ihr stets versprochene Verfassungsänderung auf die CHP und die von den unabhängigen KandidatInnen zu gründende BDP-Fraktion angewiesen sein. Ob jedoch diese Verfassungs-

sänderung grundsätzliche Schritte in Richtung einer echten Demokratisierung sein wird, ist eine schwache Wahrscheinlichkeit, würde aber viele Chancen für die friedliche Lösung der »Kurdenfrage« schaffen.

Abdullah Öcalan, der im Gefängnisinsel Imrali inhaftierte Kurdenführer, hat in den Gesprächen mit seinen Anwälten erklärt, dass eine Gruppe von staatlichen Vertretern mit ihm verhandelt und er sich, wenn bis zum 15. Juni 2011 keine Signale für eine friedliche Lösung der »Kurdenfrage« entsandt würden, zurückziehen werde. Am Abend des 12. Juni wird eine Ansprache von Erdogan erwartet, in der er wahrscheinlich einige Versprechungen machen wird. Falls er in dieser Ansprache, selbst wenn diese vorerst wagen sein sollten, Schritte für eine Verfassungsänderung ankündigen und symbolträchtige Aussagen in Richtung der kurdischen Bewegung machen sollte, könnte ein langer, aber friedlicher Weg für die Demokratisierung des Landes eröffnet werden.

Aber die Fortführung der bisherigen Politik könnte katastrophale Folgen haben. Unlängst haben sowohl die BDP, als auch die PKK erklärt, dass sie in diesem Fall die de facto Autonomie der kurdischen Gebiete erklären werden. Dies könnte von den militärischen Machthabern als eine offene Kriegserklärung aufgefasst werden, der die Fortführung des Krieges gegen die PKK bedeuten würde. Doch diesmal würde der Krieg nicht in den Bergen bleiben. Die Wahrscheinlichkeit, dass es einen bewaffneten Volksaufstand in den kurdischen Gebieten geben wird, ist sehr hoch.

Die Erklärungen der PKK-Führung und von Öcalan, dass das kurdische Volk sich auf einen möglichen »revolutionären Volksaufstand« vorbereiten solle, sind keine leere Drohungen. Ein Krieg wie in den Jahren 1992-1993 würde die bewaffneten Auseinandersetzungen in die kurdischen Städte tragen. Dies wiederum hätte fatale Folgen für den Westen der Türkei: Die möglicherweise steigende Zahl von getöteten Soldaten, eine »kurdische Intifada« und Bombenanschläge in den größeren Metropolen würde die kurdenfeindliche Stimmung im Westen in Gewaltakten gegen alles kurdisch Aussehende und auch gegen Linke münden lassen. Da hat Alinak leider recht: das wäre ein blutiger Bürgerkrieg und womöglich das Ende der Türkei, wie wir sie kennen.

Jugoslawische Zustände wird man sagen – mit einem Unterschied. Die Gewalt würde nicht an den Grenzen der Türkei halt machen, sondern die Straßen Europas zum Schlachtfeld der kurdischen und türkeistämmigen MigrantInnen verwandeln. Was dann dies für die europäischen Demokratien, insbesondere für die Diskussionen über die innere Sicherheit z. B. in Deutschland oder über den

Einsatz der Bundeswehr im Inneren bedeuten würde, kann man sich leicht ausmalen.

In Deutschland wird man ein solches Katastrophen-Szenario sich nicht vorstellen können. Sicherlich gibt es auch im türkischen Staat Gremien und Stellen, welche die derzeitige Entwicklung verfolgen und im Gefahrenfall mögliche Entlassungsschritte einleiten könnten. Immerhin ist die Eskalation der Gewalt, den man später sehr schwer in Griff nehmen kann, für keinen der Entscheidungsträger der Türkei von Interesse. Womöglich liegt darin die Hoffnung für eine, wie auch geartete Entspannung.

Wie die Parlamentswahlen am 12. Juni nun auch ausgehen werden, eines steht fest: die Entscheidungsträger der Türkei sind gehalten sich zu entscheiden: Entweder für die »Strada Infernale« oder für die nachhaltige Sicherung der territorialen Integrität des Landes, welches nur über die Anerkennung der kurdischen Realität zu erreichen ist. Ohne Zweifel: die Türkei steht vor einem historischen Umbruch, deren Auswirkungen wir in Europa in zwei Wochen anfangen werden zu spüren. Bereiten wir uns auf jeden Fall darauf vor; nichts wird so sein, wie früher...

AKP GEWINNT - LINKSBÜNDNIS TRIUMPHIERT!

PARLAMENTSWAHLEN IN DER TÜRKEI – WAHLABENDANALYSE

13. JUNI 2011, 1:30 UHR

Die Würfel sind gefallen – die Voraussagen der Umfrageinstitute sind zum größten Teil eingetroffen. Die AKP (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung) hat erneut die Wahlen gewonnen, aber ihr Wahlziel, eine verfassunggebende Zweidrittel-Mehrheit zu erhalten, nicht erreicht. Die CHP (Republikanische Volkspartei) konnte zwar ihr Stimmenanteil erhöhen, gilt aber als Wahlverliererin. Die ultranationalistische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) ist, trotz Verluste, im Parlament vertreten. Triumphieren konnte aber das von der prokurdischen BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) und verschiedenen linken und sozialistischen Parteien gebildete Linksbündnis, der »Block« (Block der Arbeit, des Friedens und der Freiheit). Die Wahlbeteiligung war mit rund 87 Prozent sehr hoch.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

Partei	Stimmen		In Prozent		Abgeordnetenzahl	
	2011	2007	2011	2007	2011	2007
AKP	21.441.562	16.318.368	49,91	46,47	326	341
CHP	11.131.067	7.316.242	25,91	20,84	135	112
MHP	5.579.345	5.005.587	12,99	14,26	53	71
Linksblock	2.859.233	1.822.258	6,66	5,19	36	*26
TKP	60.382	80.092	0,14	0,25	0	0
EMEP	31.581	26.556	0,07	0,08	0	0
ÖDP	Keine Teilnahme	52.195	-,	0,15	0	0

*) 2007 waren unter den unabhängigen Abgeordneten 5, die keine Abgeordnete der prokurdischen DTP (BDP) waren.

Die Wahlen fanden in einer polarisierten Gesellschaft und unter undemokratischen Verhältnissen statt. Vor und während den Wahlen wurden oppositionelle Kräfte, insbesondere die AnhängerInnen des Linksblocks, unter Druck gesetzt. Hunderte WahlhelferInnen des Linksblocks wurden verhaftet. Aus den kurdischen Gebieten werden massive Einschüchterungsversuche gemeldet. Rund 150 internationale WahlbeobachterInnen haben zahlreiche Missbrauchsfälle und Wahlfäl-

schungsversuche notiert. Am Wahlmorgen wurden in einigen Städten zahlreiche Stimmzettel, auf denen die AKP angekreuzt (abgestempelt) war, gefunden. Kurz nach den Wahlen jedoch fand man wieder in verschiedenen Städten halberbrannte Stimmzettel mit Stimmen für den Linksblock. In einigen Wahllokalen wurden mehr Stimmen als eingetragene WählerInnen festgestellt. In den kurdischen Gebieten kam es zu gehäuften Stromausfällen. Die allererste Feststellung des Wahlabends lautet daher: Diese Wahlen waren keine demokratischen Wahlen.

ERDOGAN HAT GEWONNEN, ABER...

Erdogans AKP hat zum dritten Mal die Parlamentswahlen gewonnen. Aber dieser Sieg ist de facto ein Pyrrhussieg. Obwohl die AKP von nahezu jeden zweiten Wahlberechtigten gewählt

wurde, hat sie weniger Sitze als in 2007. Die wichtigsten Ziele, mit 367 Abgeordneten von 550 eine verfassunggebende Zweidrittel-Mehrheit zu erlangen, die CHP zurückzudrängen und die MHP unter die Wahlhürde zu drücken, konnten nicht erreicht werden. Ein von Erdogan favorisiertes mögliches Präsidialsystem ist nicht mehr möglich.

Dennoch; die AKP hat sich endgültig als Partei der transformierten Staatsideologie bewiesen und

spiegelt die mehrheitlich konservativ-nationalistische Stimmung in der türkischen Gesellschaft wieder. Laut Nuray Mert, einer renommierten Journalistin, waren diese Wahlen »ein Referendum der AKP als neue Staatspartei« und zeigen, dass »die AKP erfolgreich die Traditionen des früheren autoritären Regimes erfolgreich mit ihrer neoliberal-konservativ/nationalistischen Politik zusammenbringen« konnte.

In der Tat, die AKP konnte das alte militärisch-bürokratische Vormundschaftsregime transformieren und ein neues Bündnis mit den militärischen Machthabern, auf der Grundlage von imperialen Visionen aufbauen. Die Strategie Erdogans, mit nationalistischer Rhetorik neue WählerInnen-schichten zu gewinnen, ist aufgegangen und Erdogan ist sich diesem Erfolg bewusst. Insofern ist die Fortführung einer nationalistischen Politik durchaus zu erwarten.

Vor den Wahlen erwartete man mit Spannung die »Balkonrede« des Ministerpräsidenten am Wahlabend. Zeitgleich mit seinem Auftritt am Balkon der AKP-Parteizentrale in Ankara, begannen die Angriffe der Polizei in den kurdischen Städten auf die feiernden AnhängerInnen des Linksbündnisses. In mehreren Städten kam es zu Auseinandersetzungen, zahlreiche Menschen wurden durch Polizeiübergriffe verletzt. In Sirnak wurde eine Handgranate in die Menge geworfen und in Diyarbakir wurde die BDP-Stadtzentrale mit Gasbomben der Polizei heftig attackiert.

Die »Balkonrede« Erdogans wurde anschließend von den meisten JournalistInnen im Fernsehen als »enttäuschend« bezeichnet. Obwohl Erdogan mehrfach betont hat, dass die neue Regierung »die Regierung des ganzen Volkes sein« werden und sie »gemeinsam mit der Opposition, den NGOs, den unterschiedlichen Kräften der Zivilgesellschaft und den Intellektuellen über eine neue Verfassung diskutieren« werden, gab er nicht explizit die Signale, die von der kurdischen Bewegung erwartet wurden. Prof. Dr. Erol Katircioglu bewertete seine Rede als »eine Rede eines Autokraten, dessen Paternalismus überbetont wird«. Bezeichnend war auch sein Gruß »an unsere nationalen Verwandten und Geschwister in der Region, in Bagdat, Baku, Damaskus, Kabul, Sarajewo, Teheran und den Turkstaaten Mittelasiens«. Die FernsehjournalistInnen bewerteten diese Aussage als »eindeutige imperiale Ausrichtung der zukünftigen AKP-Politik«.

Die Tatsache, dass die AKP nur 326 Abgeordnete im nächsten Parlament haben wird, wird wahrscheinlich dazu führen, dass Erdogan der unsäglichen türkischen Tradition des Abgeordneten-transfers setzen und 5 bis 6 Abgeordnete aus den anderen Parteien abzuwerben versuchen wird. So-

mit könnte die AKP die 330-Grenze für einen Verfassungsvorschlag an ein Referendum erreichen. Mittelfristig gehen die meisten JournalistInnen davon aus, dass Erdogan wahrscheinlich 2012 für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren wolle. Vorher wird erwartet, dass die Befugnisse des Staatspräsidenten erweitert werden sollen.

DIE OPPOSITIONSPARTEIEN CHP UND MHP

Beide Parteien können als eindeutige Wahlverliererinnen bezeichnet werden. Es zeigte sich, dass die »Enthüllungskassetten« über führende MHP-Kader, der Partei geschadet haben. Aber, die Stimmen, welche die MHP an die AKP verloren hat, konnte sie durch die WählerInnenwanderung der von der CHP enttäuschten nationalistischen CHP-WählerInnen kompensieren. Zugleich wurde bestätigt, dass die MHP über einen WählerInnen-Sockel verfügt, mit dessen Hilfe sie die Wahlhürde immer wieder überwinden kann. Doch die MHP wird im nächsten Parlament kaum eine wichtige Rolle spielen können.

Demgegenüber hat die CHP trotz ihrer sozialen Rhetorik ihr Ziel, die 30-Prozentmarke zu durchbrechen, nicht erreichen können. Obwohl sich die Zahl der künftigen CHP-Abgeordneten erhöht hat, herrschte in der CHP-Parteizentrale Katerstimmung. Die Aussage des CHP-Vorsitzenden Kemal Kilicdaroglu, dass »die CHP die einzige Partei ist, die gewonnen hat« wurde sogar von den CHP-nahen JournalistInnen belächelt. Kilicdaroglu versuchte die CHP-AnhängerInnen mit der Aussage, dass »die CHP in 4 Jahren die Regierung stellen werde« zu motivieren, konnte aber die schlechte Stimmung nicht auflösen. In den Fernsehkommentaren wurde darauf hingewiesen, dass in der CHP demnächst Machtkämpfe beginnen werden, da die Ergebnisse als unbefriedigend gesehen werden. Möglich ist aber auch, dass die CHP versuchen könnte, in dem wahrscheinlich gewordenen Verfassungsänderungsprozess sich als Partner der AKP anzudienen. Ob jedoch die AKP, die CHP als solchen ansehen bzw. auf sie angewiesen sein wird, ist noch offen.

DIE NEUE HOFFNUNG: DAS LINKSBÜNDNIS

Trotz allen Repressalien, der Inhaftierung von über 3.000 PolitikerInnen / BürgermeisterInnen und den Unmöglichkeiten des Wahlgesetzes konnte das Linksbündnis einen großen Sieg erringen. Die Ergebnisse des Blocks in den kurdischen Gebieten belegen, dass die AKP das Kredit der kurdischen WählerInnen verspielt hat. In fast allen kurdischen Wahlbezirken ist das Linksbündnis die eindeutige Siegerin. Vor den Wahlen wurde spekuliert, dass das Bündnis zwischen 25 und 30 Abgeordneten stellen würde. Mit inzwischen 36 Abgeordneten haben sie diese Voraussagen übertroffen. 2007 war die prokurdische DTP (nach

dessen Verbot BDP) mit 20 Abgeordneten im Parlament vertreten.

Während in Istanbul alle 3 KandidatInnen gewählt wurden, hat das Bündnis auch ihre absoluten Zahlen erhöhen können. So hat z.B. Levent Tüzel, Vorsitzender der sozialistischen EMEP (Partei der Arbeit) mit 136.000 Stimmen einen landesweiten Rekord gebrochen. In Diyarbakir konnte sie ihr Stimmenanteil von 47 auf 62 Prozent (6 Abgeordnete), in Batman von 39 auf 51 Prozent (2 Abgeordnete), in Mardin von 39 auf 62 Prozent (3 Abgeordnete) in Sirnak von 52 auf 73 Prozent (3 Abgeordnete) und in Hakkari sogar von 56 auf 82 Prozent (3 Abgeordnete) erhöhen. In den übrigen kurdischen Städten ist eine ähnliche Entwicklung zu sehen. Auch in einigen südlichen Küstenstädten konnten sie Siege erringen. So wurde in Mersin Ertugrul Kürkcü, der bekannte Sozialistenführer gewählt und in Adana, der ehemalige Politiker Murat Bozlak. Das Linksbündnis konnte auch mit Serafettin Elci, einem früheren Minister und Altan Tan zwei Persönlichkeiten aus den islamischen Kreisen und mit Erol Dora, einem Aramäer, den ersten Christen nach 1960 ins Parlament schicken.

Der Sieg des Linksbündnisses wird mit dem Einzug von 15 SozialistInnen in den 1960er Jahren verglichen. Man erwartet eine ähnliche Dynamik wie damals, als die TIP (Türkische Arbeiterpartei) ins Parlament einzog und die Arbeiter- und Studentenbewegung einen ungeheuren Aufschwung bekam. In den kurdischen Medien, aber auch in den wenigen linken Fernsehsendern wurde den ganzen Abend über die Möglichkeit, eine neue vereinigte Partei zu gründen, diskutiert. Doch gleichzeitig setzt man auf die Abgeordneten des Linksbündnisses derart Hoffnungen, die zu hohen Erwartungen führen. Einige Kommentatoren, u.a. der renommierte Meinungsforscher Tarhan Erdem erwartet von den linken und kurdischen Abgeordneten eine Politik der Annäherung an die AKP, Zwecks einer neuen Verfassung. Ein erwarteter Dialog wird jedoch von der AKP abhängen und dies scheint heute Abend und womöglich in den nächsten Monaten unwahrscheinlich zu sein.

Dennoch, das Linksbündnis könnte in der parlamentarischen Arbeit zum Zünglein an der Waage werden und somit auch der Motor eines echten Versuches der Demokratisierung. Zwar hat das Linksbündnis ein großen Anteil daran, dass die AKP ihre Ziele nicht erreichen konnte und dafür den offenen Zorn der AKP auf sich gezogen, aber wenn die AKP eine neue Verfassung installieren möchte, wird sie auf die Abgeordneten des Linksbündnisses angewiesen sein. Denn sie werden die einzige Kraft im Parlament sein, die ernsthaft an einer Demokratisierung interessiert sind und auch die Möglichkeit haben, auf die kurdische Be-

wegung Einfluss auszuüben.

Unter den gewählten KandidatInnen des Linksbündnisses sind 6 noch inhaftiert, sie wurden also aus dem Gefängnis heraus gewählt. Ferner sind 11 von ihnen Frauen. Das Linksbündnis ist zugleich eine Koalition der kurdischen Kräfte. Wäre das Bündnis eine Partei, wären die Stimmenanteile doppelt so hoch, da für die Wahl von unabhängigen KandidatInnen andere Vorschriften gelten, als für Parteien. Das Bündnis hätte als Partei wahrscheinlich doppelt so viele Abgeordnete wie jetzt. Die Tatsache, dass in den sämtlichen kurdischen Städten nahezu die gesamte Bevölkerung bis tief in die nächtlichen Stunden auf den Beinen war und wahrscheinlich auch Hunderttausende am nächsten Tag an den aufgerufenen Demonstrationen teilnehmen werden, zeigt, dass das Linksbündnis eine echte Chance für die Befriedung des kurdisch-türkischen Konfliktes darstellt. Das Linksbündnis hat mit ihrem Erfolg nun endlich die Wahlhürde von 10 Prozent ad absurdum geführt.

WIE WEITER?

Die Parlamentswahlen markieren einen historischen Umbruch in der jüngsten Geschichte der Türkei. Nun steht es fest, dass es ein Zurück in die Vergangenheit ausgeschlossen ist und die Türkei wahrhaftig vor einer schicksalhaften Wegbiegung steht. Entweder wird man den politischen Willen zeigen, den seit 30 Jahren dauernden Krieg zu beenden oder den unheimlichen Weg des »Weiter so« zu gehen. Die kurdische Bevölkerung hat die kurdische Bewegung zu einer echten Volksbewegung verwandelt und gezeigt, dass die Vernichtung der PKK, nur durch ein erneutes Genozid in Anatolien / Mesopotamien möglich ist.

Noch steht es nicht fest, wie sich die neue Staatspartei und die Entscheidungsträger entscheiden werden. Am 15. Juni läuft das Ultimatum des Kurdenführers Abdullah Öcalan aus. Jetzt erwartet man mit großer Spannung sein Gespräch mit seinen Anwälten. Der Erfolg des Linksbündnisses, an dessen Zustandekommen Öcalan einen großen Anteil hat, hat bei den Verhandlungen Öcalans mit dem Staat sein Rücken gestärkt. Doch, ob die türkischen Machthaber auf Öcalan zugehen werden, werden wir in den nächsten Tagen sehen. Die Tatsache, dass die türkische Armee an der irakisch-türkischen Grenze Armeeeinheiten auf Stellung gebracht und am Wahlabend die Polizeikräfte auf die feiernde Bevölkerung los gelassen hat, verheißt nichts Gutes. Insofern ist eine abschließende Analyse zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich. Die nächsten Tage, vielleicht auch einige Wochen scheinen spannend zu werden. Hoffen wir, dass der überwältigende Sieg des Linksbündnisses dafür Sorge trägt, dass bei den türkischen Entscheidungsträgern die Vernünftigen die Oberhand gewinnen.

PARLAMENTSWAHLEN IN DER TÜRKEI: GESELLSCHAFTLICHE ALLIANZEN »VON OBEN« UND »VON UNTEN«

NICHT NUR DIE AKP HAT IHRE MACHT AUSGEBAUT. EINEN TRIUMPHALEN ERFOLG KONNTE DAS WAHLBÜNDNIS DES LINKSKURDISCHEN BLOCKS ERZIELEN. EINE WAHLANALYSE VON ANNE STECKNER UND CORINNA TROGISCH.

VERÖFFENTLICHT IM JUNI 2011 AUF : [HTTP://WWW.ROSALUX.DE/PUBLICATION/37612](http://www.rosalux.de/publication/37612)

Nach Beendigung der Auszählung sieht das Ergebnis der Parlamentswahlen in der Türkei wie folgt aus: 49.9% der gültigen Stimmen gingen an die islamisch-konservative Regierungspartei AKP (»Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung«), 25.9% an die kemalistisch-sozialdemokratische CHP (»Republikanische Volkspartei«), 13% an die ultrarechte MHP (»Partei der Nationalistischen Bewegung«) und 6.6% an unabhängige KandidatInnen des linkskurdischen „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“. In der 24. Legislaturperiode werden demnach in der Nationalversammlung die AKP mit 326, die CHP mit 135, die MHP mit 53 und die unabhängigen KandidatInnen mit 36 Sitzen vertreten sein. Es waren die ersten nicht vorgezogenen Wahlen seit 34 Jahren. Die Wahlbeteiligung lag bei 85%.

In der neuen Nationalversammlung werden 78 Frauen vertreten sein, das macht einen Gesamtanteil von 15%. Aufgeschlüsselt nach einzelnen Fraktionen ergibt sich ein deutlicheres Bild, vor allem Blick auf die jeweils prozentualen Anteile: für den Wahlblock ziehen 11 weibliche Abgeordnete ins Parlament (das sind 31% aller ParlamentarierInnen des Blocks), für die CHP 19 (14%), für die AKP 45 (14%) und für die MHP 3 (6%).

WAHLTAG UNTER ERSCHWERTEN BEDINGUNGEN

Über den Tag hinweg und vor allem am Wahlabend wurden verschiedentlich Übergriffe und Repressalien gegen WählerInnen bekannt, was zahlreiche WahlbeobachterInnen aus angereisten internationalen Delegationen bestätigten. Vor allem in kleinen Wahlbezirken und Dörfern kam es zu gewaltvollen Einschüchterungsversuchen, Festnahmen und Rechtsverstößen. Dänische WahlbeobachterInnen gerieten in einen Konflikt mit Soldaten, die mit ihren Waffen direkt neben den Wahlurnen saßen. Einem Mann wurde die Stimmabgabe verweigert, weil er mit seiner Frau Kurdisch gesprochen hatte. In Izmir wurde ein PKW mit Stimmzetteln gefunden, die bereits mit einem Stempel für die AKP versehen waren^[1]. Ein Presstext von Abgeordneten der LINKEN liest sich eher wie Krieg: »Nachdem die kurdische Par-

tei BDP in Şırnak (...) ihre Kandidaten mit deutlicher Mehrheit ins Parlament gebracht hat, wurde friedlich gefeiert. Dann wurde eine Handgranate in die Menge geworfen. Unsere Wahlbeobachter-Delegation aus Nürnberg war nur wenige Meter von dem Anschlagort entfernt. 12 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Bei den anschließenden Tumulten setzte die Gendarmerie Tränengasgranaten ein und beschoss auch uns und unsere DolmetscherInnen (...). Die Sicherheitskräfte griffen zudem Menschen an, die sich vor dem Krankenhaus versammelt hatten, um etwas über die Verletzten zu erfahren. (...) Da dies nicht der einzige Anschlag war, sondern ganz ähnliche in mehreren anderen Städten im kurdischen Gebiet, kann von einer gezielten Provokation ausgegangen werden«.[2]

In einer ersten am Abend gehaltenen Rede betonte Ministerpräsident Tayyip Erdoğan die Aussöhnung verschiedener Bevölkerungsgruppen, hielt jedoch an seinem v.a. von kurdischer Seite und von sozialistischen Kräften kritisierten Duktus fest, die kurdische Minderheit nur als individuelle »BürgerInnen« bzw. unterschiedslose »Brüder und Schwestern« anzusprechen. Der Wahlabend sei nicht der Tag der Abrechnungen (hesaplaşma), sondern der Moment, in dem alles Ausstehende Soll und Haben, aller Groll aufgehoben werde (helâllaşma) – ein stark religiös konnotiertes Verständnis gegenseitiger Versöhnung, in entsprechend paternalistischem Gestus vorgebracht. Noch während Erdoğan vom Balkon der Parteizentrale der AKP in Ankara sprach, wurden in Diyarbakır 20.000 Feiernde von Polizeieinheiten mit Panzern drangsaliert. Berichtende JournalistInnen und Abgeordnete mussten sich vor den Angriffen in umliegende Gebäude zurückziehen. Die Auseinandersetzungen dauerten bis in den späten Abend an.

ZAHLENARITHMETIK UND PARTEIENKONTUREN

Die AKP konnte zum dritten Mal in Folge einen deutlichen Stimmenzuwachs verzeichnen. Von den großen Städten des Landes musste sie nur Izmir der CHP und Diyarbakır dem Block über-

lassen. In fast allen kurdischen Gebieten verlor sie Stimmen, wenngleich sie hinter den unabhängigen KandidatInnen meist zweitstärkste Kraft blieb, in manchen kurdischen Wahlkreisen sogar stärkste Partei. Die von ihr anvisierten 330 Sitze (3/5-Mehrheit), mit denen sie allein über Verfassungsänderungen hätte entscheiden können, hat sie jedoch knapp verpasst. Sie wird somit für die angekündigte Verabschiedung einer neuen Verfassung auf die Zustimmung anderer Parteien angewiesen sein. Vorstellbar ist der Versuch der AKP, Abgeordnete aus anderen Fraktionen zu einem Übertritt zu »bewegen«. Gelänge dies, könnte die Parlamentsfraktion die goldene Marke von 330 Sitzen noch erreichen und eine neue Verfassung im Alleingang konzipieren, über die dann per Referendum abgestimmt werden müsste. Die AKP liegt allerdings weit hinter Erdoğan's eigener Zielsetzung, mit einer bequemen 2/3-Mehrheit (367 Sitze) im Parlament die neue Verfassung nicht einmal mehr einem Referendum unterwerfen zu müssen.

Einen triumphalen Erfolg konnte das Wahlbündnis des linkskurdischen Blocks erzielen. Trotz der den Wahlen vorangegangenen Repressionen, der Kandidatensperre und der tätlichen Übergriffe auf UnterstützerInnen lag das Wahlergebnis weit über den Erwartungen. Der aus der BDP (»Partei für Frieden und Demokratie«) und 16 weiteren Gruppen und Parteien zusammengesetzte Block hatte mit seiner Unterstützung unabhängiger KandidatInnen die im türkischen Wahlgesetz seit 1982 geltende 10%-Hürde umgangen. Allerdings müssen die Unabhängigen in ihren Wahlkreisen einen individuell höheren Stimmenanteil als die ListenkandidatInnen auf sich vereinen, um direkt ins Parlament gewählt zu werden. Dieser Umstand befeuerte bereits am Wahlabend nach den Auszählungen die Debatte um die Gründung einer spektrenübergreifenden linken Partei.

Anders als in den meisten in- und ausländischen Medien dargestellt, lässt sich der Block nicht als reine Kurdenpartei bezeichnen. Wenngleich unter kurdischer Führung, umfasst er unterschiedliche nicht-nationalistische linke Gruppen und Akteure. In Mardin wurde mit Erol Dora zum ersten Mal ein aramäischer Christ ins Parlament gewählt. Auch der in Mersin vom Block unterstützte Sozialist Ertuğrul Kürkçü schaffte den Einzug ins Parlament. Bekannte kurdische PolitikerInnen wie die lange Jahre inhaftierte Leyla Zana oder der ehemalige Co-Vorsitzende der BDP, Selahattin Demirtas, sorgten in ihren Wahlkreisen für Stimmenanteile von 60% bis 80% für den Block. Mit Kandidaten wie Altan Tan oder Serafettin Elçi öffnete sich der Block auch für religiöse Kreise. In Istanbul wurden alle drei aufgestellten KandidatInnen des Blocks gewählt: der EMEP-(»Arbeitspartei«)-Vorsitzende

Levent Tüzel, die kurdisch-alevitischer Feministin Sebahat Tuncel und der türkische Filmemacher Sırrı Süreyya Önder – in allen drei Fällen mit auffallend hohen Stimmenanteilen.

Die CHP war mit ihrem neuen Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu, der vor einem Jahr das kemalistische Schwergewicht Deniz Baykal abgelöst hatte, als »neue CHP« mit einem weniger nationalistisch-säkularistisch-antiislamischen Profil zu den Wahlen angetreten. Die erhofften 30% konnte sie nicht erreichen, wenngleich sie rund 5 Prozentpunkte zulegte und so zumindest eine Ahnung von perspektivischer Konkurrenz zur AKP-Aleinherrschaft aufkommen ließ. Der neue Kopf einer alten Partei, der Staatspartei der türkischen Republik, stieß nicht nur in der Kurdenfrage moderatere Töne an, sondern brachte auch einige unerwartete Punkte auf die Agenda: neben dem Projekt einer Familienversicherung machte sich die CHP beispielweise stark für die Abschaffung der 10%-Hürde und der militärischen Sondergerichte und legte nahe, ein Referendum über den geplanten Bau von Atomkraftwerken in der erdbebengefährdeten Türkei durchführen zu lassen.

Die MHP erlitt leichte Stimmenverluste – wahrscheinlich infolge der auf dubiose Weise veröffentlichten Sex-Videos mit Spitzenpolitikern der Partei, von denen einige mitten im Wahlkampf zurücktraten. Das vergleichsweise unbeschadete Wahlergebnis der MHP deutet darauf hin, dass es derzeit in der Türkei ein recht stabiles Reservoir an MHP-WählerInnen gibt, die die Partei einigermaßen sicher über die 10%-Hürde hieven. Dass ausgerechnet diese Partei das Zünglein an der Waage war, um eine bequeme 3/5 oder gar 2/3-Mehrheit für die AKP zu verhindern, ist der bitter-ironische Beigeschmack einer Vertretung der Grauen Wölfe im Parlament.

Alle kleinen Parteien haben durchweg Stimmen verloren, mit -4,8% allen voran die konservative DP (»Demokratische Partei«). Neu unter den Splitterparteien ist die HAS Parti (»Partei der Stimme des Volkes«), eine sozialkritische Abspaltung von der radikalislamischen Saadet Partisi (»Glückseligkeitspartei«). In ihrem ersten Wahlkampftritt blieb sie knapp unter 1% der Stimmen.

Soweit zur Wahlarithmetik. Wie lassen sich nun aber vor diesen Wahlergebnissen die politischen Entwicklungen und Kräfteverhältnisse in der Türkei einschätzen?

1.) VERSUCHE »VON OBEN«: DIE AKP

Dass die AKP trotz spürbarer Verluste in den kurdischen Gebieten weiterhin unangefochten stärkste Partei ist und insgesamt stimmenmäßig sogar zulegen konnte, wirft die Frage auf, welche

gesellschaftlichen Dynamiken ausschlaggebend gewesen sein könnten dafür, dass unter den abgegebenen Stimmen sich jede/r Zweite für die AKP entschieden hat. Im Folgenden werden unterschiedliche Aspekte beleuchtet, die in der Zusammenschau ein Bild vom gesellschaftlichen „Appeal“ der AKP und den darin enthaltenen Widersprüchen zu zeichnen versuchen – in dem Wissen, dass diese Überlegungen sicher zu ergänzen sind, aber zusammen mit dem zweiten Teil des Textes zum Wahlblock erste Hinweise für das Verständnis der gegenwärtigen gesellschaftlichen Dynamiken in der Türkei liefern können.

GELUNGENE WAHLPROPAGANDA: DAS NARRATIV DER NATIONALEN »ENTWICKLUNG«

Die AKP will »alles für die Türkei« geben und hat sich dafür eine Zielmarke gesetzt: das Jahr 2023, der 100. Jahrestag der Republikgründung – ein hochgradig aufgeladenes Datum. Bis dahin soll die Türkei unter den weltweit zehn führenden Industrieländern und unter den fünf größten Agrarproduzenten rangieren, das jährliche pro-Kopf-Einkommen auf 25.000 Lira steigen[3], die Rüstungsindustrie stärker subventioniert und um die Produktion von Panzern und Kriegsflugzeugen Hausmarke Türkei angereichert sein, das Straßen- und Zugstreckennetz um 10.000 km ausgeweitet und ein dritter Flughafen in Istanbul gebaut sein. Geht es nach der AKP, wird nicht nur eine dritte Brücke über den Bosphorus führen, sondern neben der natürlichen Meerenge auch noch eine gigantische künstliche Wasserstraße zwischen Marmara- und Schwarzem Meer ausgehoben. Neben einem eigenen Satelliten im All und 3 Atomkraftwerken sollen in public private partnership 22 »Riesenkliniken« (nicht einfach Krankenhäuser) entstehen, 1 Mio. Erwerbslose in Arbeit gebracht und ja, außerdem noch eine ganz neue Verfassung verabschiedet worden sein.

Die Aufzählung dieser großspurigen Ziele, mit denen Städte wie Istanbul im Wahlkampf reihenweise zuplakatiert waren, ließe sich noch um viele weitere Elemente aus einer Liste von insgesamt 172 Punkten ergänzen, auf der konkrete sozial- oder bildungspolitische Inhalte auf die hinteren Ränge verwiesen bleiben. Und als ob es in diesem Land nicht seit 30 Jahren Krieg gäbe, wurde die Kurdenfrage mit zwei knappen Sätzen in den 160 Seiten starken Wahlmanifest abgetan.

Die Werbeagenturen der AKP wussten sich des Narrativs der nationalen Entwicklung wirksam zu bedienen: Kalkınma, wie es bereits der Name der Partei nahelegt, wird zur Chiffre für linearen Aufstieg, chauvinistischen Nationalstolz und unbegrenztes Wachstum, so als könne man die Türkei auf einen zweiten Planeten auslagern. Höher, schneller, größer, nach den Sternen grei-

fen – Evet! (»Ja!«) Was gestern noch Traum war, sei heute wahr geworden, brüstete die AKP sich vor allem mit wirtschaftspolitischen Erfolgen. Der im In- und Ausland gefestigte Ruf der AKP, die Partei des ökonomischen Aufschwungs zu sein, hat in den vergangenen Jahren geradezu eine AKP-Hysterie ausgelöst. Nicht zuletzt wirkt Erfolg an sich anziehend: es macht einfach mehr Spaß, die absehbaren Sieger zu wählen und sich auf der Gewinnerseite zu wähnen.

Gegenüber einem derart penetranten Positiv-Image wirkte der Wahlslogan der CHP – »Die Türkei wird tief durchatmen« – vergleichsweise defensiv, ja geradezu zahnlos. Gelegenheiten zum Durchatmen versprach das CHP-Programm allerdings: u.a. will die Partei den Mindestlohn heraufsetzen, das schon vor dem Wahlkampf vorgestellte Projekt einer Familienversicherung und der Rechtsanspruch auf eine Mindestsicherung gegen Armut vorantreiben und die grassierende Erwerbslosigkeit vor allem im Südosten des Landes mit öffentlichen Investitionen mindern. Themen wie Altersarmut, erzwungene Binnenmigration, zunehmende Prekarität im informellen Sektor und der Druck auf kleine Betriebe gegenüber globaler Konkurrenz bestimmten die Wahlkampf-Broschüren der CHP. Die soziale Frage war wieder auf der Agenda der Partei, die die vergangenen Jahre über vor allem damit beschäftigt war, angesichts der bahnbrechenden Wahlerfolge der AKP die kollektive Angst vor einem vermeintlich drohenden Scharia-Staat zu schüren und den »kurdischen Separatismus« in einem Atemzug mit der Rechtfertigung militärischer Maßnahmen gegen »den Terrorismus« zu verteufeln[4].

REICHTUM, ERWERBSLOSIGKEIT UND POLARISIERUNG

Dass in diesen Wahlen die soziale Frage nicht nur die Agenda der CHP prägte, sondern auch eines der zentralen Themen des linkskurdischen Blocks war, spiegelt die Widersprüche und Kehrseiten der vordergründig glänzenden AKP-Periode. Die Erfolgsstory vom rasanten ökonomischen Aufstieg, die sowohl die AKP, die ihr zugeneigte Presse als auch zahlreiche internationale Medien verlässlich ventilierten, ist die Geschichte einer semiperipheren Ökonomie, deren Wachstumsraten in den vergangenen Jahren neben steigenden öffentlichen Investitionen (vor allem im Bausektor) vorwiegend vom Zustrom internationaler Direktinvestitionen abhingen. Für die Verwertung des globalen Kapitals ist die Türkei ein willkommener Durchlauferhitzer und – dank hochgradig flexibilisierter Arbeitsverhältnisse und vergleichsweise niedriger Löhne – Garant satter Profite. Auch die vergleichsweise hohen Zinssätze locken überschüssiges Finanzkapital, das sich

mit der Niedrigzinspolitik der kapitalistischen Zentren nicht begnügen will, in die Türkei. Das Land genieße »hohes Vertrauen« bei ausländischen Investoren, so die Financial Times Deutschland[5].

Entsprechend rosig waren die Entwicklungen, seit die AKP das Ruder übernommen hatte: von einem kurzen Einbruch 2009 abgesehen, weisen die Wachstumsraten seit der schwersten Finanzkrise in der Geschichte der Türkei 2001 konstant nach oben. Die Türkei gilt als rasanter Aufsteiger unter den G20-Staaten. Die straff regulierten türkischen Banken überlebten die globale Finanzkrise 2008/2009 relativ unbeschadet. Die Inflationsraten bewegen sich seither durchgängig im einstelligen Bereich, die Türkische Lira musste nicht wieder abgewertet werden. Auch das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen ist in den Jahren seit dem Regierungsantritt der AKP gewachsen, je nach Statistik hat es sich sogar mehr als verdoppelt. Allerdings sagen Durchschnittswerte nichts darüber aus, in welchen Sektoren die Einkommen gewachsen sind und wie ungleich der Reichtum verteilt ist. Von Mexiko abgesehen ist in keinem Mitgliedsland der OECD die Schere zwischen Arm und Reich so groß wie in der Türkei[6]. Dass dieser Boom also einem hochgradig ungleichen und vor allem joblosen Wachstum geschuldet ist, bestätigen selbst offizielle Statistiken, die die Erwerbslosigkeit bei gegenwärtig knapp 12 Prozent ansiedeln. Und viele derjenigen, die noch in formalisierter Erwerbsarbeit sind, müssen angesichts der seit 2005 besonders forcierten Privatisierungen großer Staatsbetriebe zunehmend prekärere Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen, vom informellen Sektor ganz zu schweigen. Die breit unterstützten Streiks beim privatisierten Tabak-Monopolisten TEKEL im Jahr 2010 stehen exemplarisch für die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um verschlechterte Arbeitsverträge und den nach unten durchgereichten Druck auf die Lohnabhängigen im Zuge der staatlicherseits vorangetriebenen Privatisierungen.

Die schlichte Angst vor Jobverlust mag die Wahlentscheidung zugunsten der AKP beeinflusst haben: noch steht sie in der kollektiven Wahrnehmung für ökonomische Stabilität und ein zupackendes »Weiter so!«. Zeitungen berichten auch davon, dass besonders islamische Unternehmer ihren Angestellten nahelegen, die AKP zu wählen. Da in den arbeitsintensiven klein- und mittelständischen Unternehmen Anatoliens das Verhältnis zum »Patron« (häufiger als in Großbetrieben) von persönlichen Familienbeziehungen oder lokalen Netzwerken geprägt ist, dürfte der Einfluss hierarchischer Autoritäten in dieser Hinsicht nicht zu unterschätzen sein. Hinzu kommt der Einfluss zahlreicher der AKP nahestehender

religiöser Gemeinschaften, die mancherorts während des Wahlkampfes auffällig präsent waren[7]. Im gleichen Zusammenhang steht auch die Rolle islamischer Stiftungen, Bildungsinstitute und Wohltätigkeitsvereine, die dank der Mildtätigkeit privater Spender mittellosen Familien mit Sachleistungen oder einer Arztbehandlung, leistungsbereiten SchülerInnen mit einem Stipendium oder fromm lebenden Studierenden mit einem Platz im Wohnheim aushelfen. Auf diese Weise werden die strukturell bedingten Ungleichheiten individuell ein wenig gemildert und die Akzeptanz für die weiter vorangetriebene Marktformigkeit aller gesellschaftlichen Sphären durch die AKP gefördert.

Die oberen Mittelschichten und vor allem die Oberschicht konnten indes vom neoliberalen Umbau unter der AKP profitieren. Die steigenden Konsumbedürfnisse dieser Schicht werden vermehrt mit Importen aus dem Ausland befriedigt. Auch viele Rohstoffe, Zwischenprodukte und technologische Ausstattung für die Exportverarbeitung müssen importiert werden, während die Deviseneinnahmen aus türkischen Exporten hinter diesen Ausgaben zurückbleiben. In die entstehende Lücke springt das hot money der globalen Märkte. Allerdings warnt vor den Risiken des enormen Leistungsbilanzdefizits und der Abhängigkeit von kurzfristig angelegten Auslandsinvestitionen mittlerweile sogar das Kapital selbst[8]. Ein plötzlicher Abzug würde die überhitzte türkische Ökonomie in einen Abwärtsstrudel reißen, dessen mögliche Folgen nicht unbekannt sind.

Doch noch dreht sich das Wachstumskarussell, und die Erzählung von der rasanten Entwicklung in eine rosige Zukunft scheint ungebrochen, solange wir nur »alle zusammen Hand in Hand und Schulter an Schulter« anpacken (Wahlkampf-Song der AKP). Allerdings trübt eine von der regierungsnahen Tageszeitung Sabah veröffentlichte Umfrage den technokratischen Machbarkeitswahn der AKP-Regierung: der Umfrage zufolge rangierte auf die Frage, welches gegenwärtig das größte gesellschaftliche Problem in der Türkei sei, die Erwerbslosigkeit an oberster Stelle. Knapp ein Fünftel der Befragten sollen »Terrorismus« als ihre dringlichste Sorge angegeben haben. Auf die Frage, ob Polizei und Armee die Operationen gegen die PKK einstellen sollten, bis eine tragbare Lösung des Konflikts gefunden sei, antworteten knapp 58% mit Nein und gut 28% mit Ja[9]. Laut der jüngsten Studie des Umfrageinstituts KONDA will fast die Hälfte der TürkInnen keinen kurdischen Nachbarn, keinen kurdischen Geschäftspartner oder keinen angeheirateten Kurden bzw. Kurdin in der Familie. Umgekehrt denken 22 Prozent der KurdInnen ähnlich[10].

In diesen Antworten spiegeln sich die derzeitigen Hauptkonfliktlinien in der Türkei, die nur miteinander artikuliert betrachtet werden können: extrem ungleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum geht einher mit der Zuspitzung einer identitär aufgeladenen Polarisierung der Gesellschaft. Diese äußert sich vornehmlich in offener Feindseligkeit gegenüber der kurdischen Bevölkerung, und stellt auch türkische Stimmen, die sich hierzu über das Akzeptierte hinaus kritisch äußern, vorab unter Terrorismusverdacht.

NATIONALISTISCHE ONE-MAN-SHOW

Wahlkämpfe in der Türkei sind strukturell und kulturell stark auf Führungsfiguren ausgerichtet, auf Zurschaustellung von Männlichkeit mit demonstrativer Entschiedenheit. Tatsächlich verfügen die Parteivorsitzenden auch über eine große Entscheidungsmacht, besonders bei der Aufstellung der KandidatInnen und in der politischen Richtlinienkompetenz. Wenngleich formale Einschränkungen in den Parteistatuten zu finden sind, sind es de facto die engen Zirkel um den Parteiführer, die die Wahllisten aufstellen. Die von Erdoğan handverlesenen KandidatInnen versprechen Rückendeckung und Gefolgschaft der künftigen AKP-Parlamentsfraktion.

Als charismatische Führungsfigur taugt Erdoğan allemal: ein Parteivorsitzender, der während seiner politischen Karriere aufgrund der Zitierung eines berühmten Gedichts eine Gefängnisstrafe absitzen musste und ursprünglich mit lebenslangem Politikverbot belegt werden sollte, zudem in jungen Jahren als Fußballspieler aus einem alteingesessenen Istanbuler Proletarierviertel Karriere gemacht hat, ist für viele fromme TürkInnen aus der unteren Mittelschicht eine überzeugende Identifikationsfigur, der sie gern ihre Stimme geben. Erdoğan kann einnehmend sprechen, er ist eine viel schillerndere Person als sein vergleichsweise besonnener, etwas blass wirkender Gegenspieler Kemal Kılıçdaroğlu, ein alevitischer Kurde aus Dêrsim, der im Wahlkampf das Wort Kurde wo immer möglich vermied, während Erdoğan geräuschvoll verkündet hatte, es gäbe dank der AKP keine Kurdenfrage mehr in der Türkei, sondern nur noch die Probleme einzelner kurdischer Bürger.

Aussagen wie diese stehen für die bewusste Ignoranz und nationalistische Stimmungsmache nicht nur im Vorfeld der Wahlen, sondern schon seitdem die AKP sich von ihrer begonnenen Öffnungspolitik hinsichtlich der Kurdenfrage verabschiedet hat. Speziell Erdoğan's Fischen im Wählerreservoir der MHP passte zu den feindseligen Polarisierungen in der Gesellschaft. Dies dürfte der AKP Stimmen eingebracht haben und auch bei dem einen oder der anderen aus den eigenen

Reihen nicht schlecht angekommen sein. Nationalismus und demonstrative Stärke sind Elemente, die das Lagerdenken stärken, klassenübergreifend verbindend wirken und einen Teil der gesellschaftlichen Unterstützung für die AKP erklären. Auf der Website der AKP sah man Erdoğan schwungvoll und resolut voranschreitend, im Hintergrund eine ganze Artillerie von Panzern und Kriegsflugzeugen. Eine derart martialische Bildsprache dürfte den Schlagabtausch unter den Männern der drei größeren Parteien noch beflügelt haben.

Selbst der bis dahin eher besonnen auftretende Kılıçdaroğlu lief in den letzten Tagen vor den Wahlen zu aggressiver Hochform auf und korrigierte im Zuge der gewaltvoll aufgeladenen Atmosphäre auch gleich den Kurs der „neuen CHP“: In seiner Rede in der kurdischen Grenzstadt Hakkari zwei Wochen vor der Wahl hatte Kılıçdaroğlu den kurdischen Regionen größere Eigenständigkeit zugesichert. Das ist zwar im Rahmen des türkischen Anpassungsprozesses an die EU-Standards der Struktur- und Regionalpolitik nur konsequent und findet sich indirekt sogar als eines der 2023-Ziele auf der AKP-Homepage versteckt, befeuerte jedoch den Unmut innerhalb der CHP-Führung und an der Parteibasis. Kılıçdaroğlu bemühte sich daraufhin, während der Wahlkampagne das Thema nicht weiter voranzutreiben, sondern seine Reden vor allem auf Maßnahmen angesichts der grassierenden Armut im kurdischen Südosten auszurichten.

Den Trumpf in chauvinistischer Tonlage hatte Erdoğan wenige Tage vor den Wahlen aus dem Hut gezaubert, als er Medien gegenüber unterstrich, dass wenn die AKP 1999 schon an der Macht gewesen wäre, sie mit Öcalan kurzen Prozess gemacht hätte oder als Regierung zurückgetreten wäre. Derartige Showdowns in Konkurrenz zum Vorsitzenden der ultra-nationalistischen MHP, Devlet Bahçeli, der bereits im Wahlkampf 2007 publikumswirksam mit einem Strick in der Hand Erdoğan Versagen im Umgang mit dem PKK-Führer vorgeworfen hatte, sind integraler Bestandteil einer im Wahlkampf zur Schau gestellten Virilität. Erdoğan's Gebaren zeugt immer weniger von einer Partei, die in den ersten Jahren nach Regierungsantritt noch auf breite gesellschaftliche Einbindung setzte, als vielmehr von der One-Man-Show eines erfolgsverwöhnten Fürsten, der kratzbürstig wird, sobald die gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr einzuhegen sind und sich Widerstand regt bei den Untertanen.

KONZENTRATION AUF STAMMWÄHLERINNEN

Obgleich sie sonst nur selten religiös konnotiertes Vokabular benutzt, versuchte die AKP während des Wahlkampfes, die eigene Anhän-

gerschaft und die kritisch sich regenden Stimmen über die Beschwörung einer gemeinsamen muslimischen Identität mit einer ideologischen Klammer zu umfassen. Das gesellschaftliche Spektrum, in dem die AKP sich um Einbindung unterschiedlicher Kräfte bemüht, hat sich verengt. Verstärkt die religiöse Karte auszuspielen, zeugt weniger von einer Suche nach (wie auch immer hergestellten) Gemeinsamkeiten als von der Konzentration auf sichere Stimmen, gerade auch unter den religiös-konservativen Kräften in der kurdischen Bevölkerung. Bei seiner Wahlkampfrede in Diyarbakır hatte Erdoğan die religiöse Einheit mit den »geliebten Brüdern und Schwestern« über deren ethnische Identität gestellt, schließlich schauten doch alle BürgerInnen der Türkei beim Gebet in die gleiche Richtung, nach Mekka. Gegen die Gemeinschaft aller Muslime mache »diese Terrororganisation« (gemeint war diesmal nicht die PKK, sondern die BDP) Abdullah Öcalan zu ihrem Propheten und schüre somit die Feindseligkeit der Bevölkerung gegenüber den von der staatlichen Religionsbehörde eingesetzten, »geprüften« Imamen.

Zwar rief die BDP seit Wochen zu Aktionen zivilen Ungehorsams auf, zu denen auch die »zivilen Freitagsgebete« außerhalb der von Staats-Imamen kontrollierten Moscheen gehören. In der kurdischen Stadt Şanlıurfa erklang angeblich sogar der Gebetsruf auf Kurdisch, und der dortige Imam Abdullah Karsak soll in seiner Predigt die staatliche Kurdenpolitik kritisiert haben. Auf die mediale Empörung hin beeilte er sich zu dementieren, auf Kurdisch zum Gebet gerufen zu haben. Auch der Vorsitzende der staatlichen Religionsbehörde, Mehmet Görmez, meldete sich umgehend zu Wort und verurteilte den Gebetsruf auf Kurdisch als unislamisch und in jeder Hinsicht inakzeptabel. Die regierungsnahen Presse wettete, die »PKK-Imame« würden das einzige bleibende Band zwischen Kurden und Türken durchtrennen[11]. Tatsächlich scheint es der AKP jedoch gelungen zu sein, über den Bezug auf die gemeinsame Religion große Teile derjenigen Gruppen einzubinden, die sich als sunnitische Muslime angesprochen fühlen. Die nicht zu vernachlässigenden Anteile der AKP in den kurdischen Gebieten und vor allem im anatolischen Kernland, in dem die AKP teilweise bis zu 70% der Stimmen auf sich verbuchen konnte, legen diese Vermutung nahe.

Vor diesem Hintergrund sind mögliche Sollbruchstellen in der (noch) breiten Zustimmung zur AKP innerhalb unterschiedlicher Strömungen des politischen Islam aufschlussreich. Denn es regt sich Kritik: der islamische Autor İhsan Eliaçık spricht vom religiös »reingewaschenen Kapitalismus« der Mächtigen und Vermögenden

um die AKP, kritisiert den systemkonformen, antikommunistisch durchdrungenen Islamismus der religiösen Gemeinschaften in der Türkei und plädiert dafür, die Religion in den Dienst von Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit zu stellen. Dies bedeute nicht zuletzt, auch die herrschende Eigentumsordnung zu hinterfragen. Der sich als parteifern bezeichnende Kritiker mahnt, die Religiosität breiter Teile der Gesellschaft ernst zu nehmen. Eine religiös sensible »Aufklärungsbeziehung« müsse mit der Bevölkerung über einen »revolutionären Islam« zugunsten einer gerechten und demokratischen Gesellschaftsordnung diskutieren.[12] Auch die HAS Parti kanalisiert wachsende Kritik an der AKP – nicht weil letztere nicht religiös genug sei, sondern weil sie die Interesse einer herrschenden »Oligarchie« bediene und augenfällig Politik fürs Kapital mache. Stattdessen gelte es, die Ökonomie zu demokratisieren, staatliche Verteilungsspielräume zugunsten des Wohlstands der breiten Massen auszuweiten und die Partizipation der Bevölkerung an grundlegenden politischen Entscheidungen verstärkt über Volksentscheide zu ermöglichen[13]. Zwar konnte die HAS Parti nur knapp 1% der Stimmen erringen, doch bleibt abzuwarten, inwiefern diese gerade erst vor 7 Monaten gegründete Partei in Zukunft religiös-kritisch orientierte Kräfte an sich binden können wird.

EINE WELT OHNE DIE AKP?

Der Lack der AKP hat Striemen und rostige Kanten. Nach der vollmundigen Ankündigung einer »Öffnung in der Kurdenfrage« ist wenig passiert, viele Kurdinnen und Kurden, die 2007 auf die AKP gesetzt hatten, sind enttäuscht oder zermürbt von den anhaltenden militärischen und polizeilichen Operationen in der Region. Über 3.000 demokratisch gewählte kurdische PolitikerInnen sind auf Grundlage des »Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus« in Haft. Zahlreiche liberale Intellektuelle, die der AKP lange Jahre über auffallend unkritisch die Feder gehalten hatten, wendeten sich ab und schielten auf die »neue CHP«. Nichtsdestotrotz sind das mit der AKP verbundene Gewinner-Image und ihr Stabilitätsversprechen ein schweres Pfund mit ideologischem Beharrungsvermögen: bei aller Kritik können sich manche Liberale schlicht nicht vorstellen, wie die politischen Entwicklungen in der Türkei ohne die AKP vorangetrieben werden sollen – hierfür exemplarisch die Kolumne des türkisch-armenischen Journalisten Etyen Mahçupyan wenige Tage vor der Wahl im Regierungsblatt Zaman: »Die »neue CHP« ist nur eine positive Möglichkeit, bislang aber noch keine Realität. Demgegenüber hat die AKP den Test der Ernsthaftigkeit bestanden im Lichte ihrer Leistungen und Fehler. Und offen gestanden, sie ist der

einzig bedeutsame und starke Akteur, der die Kurdenfrage lösen kann. Die Freiheits- und Gleichheitsrechte der kurdischen Bevölkerung mögen eingelöst oder angemessen behandelt werden in einer Welt ohne die BDP, jedenfalls mindestens in den kommenden 10 Jahren. Aber eine Lösung ist einfach unvorstellbar in einer Welt ohne die AKP«.[14]

DAS KAPITAL IST UNEINDEUTIG

Der größte Industriellenverband in der Türkei, TÜSIAD, wollte sich Ende letzten Jahres zum Verfassungsreferendum nicht zugunsten der Regierung positionieren. Während des Wahlkampfes blieb unentschieden, ob das Großkapital nach längerem Wohlwollen gegenüber der AKP nun mit der Partei liebäugelte, die durch ihre moderateren Positionen in der kommenden Zeit eher in der Lage sein könnte, den politischen Rahmen für stabile Akkumulationsbedingungen zu schaffen, ohne freilich die Grundlagen der Staatsordnung und der Eigentumsverhältnisse anzutasten: die CHP unter der Regie von Kemal Kılıçdaroğlu[15]. Kurz nach der Wahl ließ der Vorstand von TÜSIAD dann verlauten, man erwarte in der kommenden Legislaturperiode eine neue Verfassung, auf deren Grundlage die EU-Orientierung der Türkei weiter vorangetrieben, die Arbeitslosigkeit reduziert und die ökonomische Stabilität garantiert seien. Auch der Vorsitzende des traditionell AKP-treuen Unternehmerverbands MÜSIAD, in dem sich hauptsächlich das islamische Kapital kleiner und mittlerer Betriebe organisiert, Ömer Cahid Vardan, betonte vor den Wahlen das starke Interesse seines Verbandes an einer »Atmosphäre der Stabilität«. Zugleich brachte Vardan die Befürchtung zum Ausdruck, politische Instabilität nach den Wahlen könne eben diese Atmosphäre gefährden[16]. Diese Aussagen lassen sich so und so lesen: entweder gilt die AKP in Unternehmerkreisen auch weiterhin als Garant der Stabilität. Oder das Kapital befürchtet, das repressive Auftreten der Regierung in den vergangenen Wochen berge die Gefahr zunehmender Instabilitäten. Nach den Wahlen positionierte sich dann aber zumindest MÜSIAD sehr eindeutig: der glatte Wahlsieg der AKP verlange die Unterstützung der »Praktiken und Politiken der Regierung«[17] – eine bezeichnende Aussage gegenüber der siegestrunkenen AKP mit parlamentarischer Mehrheit.

REPRESSIONEN GEGEN MISSLIEBIGE KRÄFTE

Ob in der Türkei allerdings weiterhin von Stabilität (im Sinne des Kapitals) die Rede sein wird, ist angesichts der sich zuspitzenden sozialen Konflikte und der ausgreifenden Repression der Polizei gegenüber oppositionellen oder auch nur regierungskritischen Kräften mehr als fraglich. Die vergangenen Monate zeichneten ein anderes

Bild von der bis vor kurzem noch international hofigierten Regierungspartei. Im Folgenden seien ein paar exemplarische Vorfälle genannt, die einen Eindruck von den gegenwärtigen Verhältnissen in der Türkei liefern:

Der Herausgeber der der AKP bislang insgesamt zugeneigten Tageszeitung Taraf, Ahmet Altan, kassierte vor kurzem infolge einer kritischen Kolumne über Erdoğan's autoritäres und größenwahnsinniges Gebaren prompt eine Strafanzeige des Ministerpräsidenten. Dieser hatte, auch das wurde von Altan und vielen anderen heftig kritisiert, wenige Wochen zuvor eine Skulptur an der türkisch-armenischen Grenze abreißen lassen, die als Symbol für die (äußerst belastete) Freundschaft beider Länder betrachtet wurde. Die Skulptur, an der der renommierte türkische Bildhauer Mehmet Aksoy seit Jahren arbeitet, stellte nach Erdoğan's persönlichem Geschmack eine »hässliche Monstrosität« dar.

Der regierungskritische Journalist Ahmet Şık wollte ein Buch veröffentlichen über die (allseits bekannte) Infiltrierung der Polizei durch die der AKP nahestehende religiöse Gemeinschaft des Predigers Fethullah Gülen. Prompt wurde Şık unter dem fadenscheinigen Vorwurf festgenommen, Mitglied von Ergenekon zu sein, einem Geheimbund aus hohen Militärs, Kadern der Bürokratie und laizistischen Intellektuellen, die mit geplanten Anschlägen eine Intervention des Militärs und den Umsturz der AKP anvisiert haben soll. Dabei hatte sich die Anklageschrift gegen vermutete Ergenekon-Mitglieder teilweise sogar auf vorangegangene Untersuchungen von Şık gestützt. Sein Manuskript wurde beschlagnahmt, die Computer des Verlags durchforstet, das Buch verboten. Şık steht nur exemplarisch für eine Reihe von kritischen JournalistInnen, SchriftstellerInnen und ÜbersetzerInnen, die in den vergangenen Monaten festgenommen wurden. Die Türkei nimmt auf dem internationalen Index der Pressefreiheit hinter Staaten wie Jordanien, Bangladesch und Marokko den 138. Platz (von 178 Rängen) ein. Die Botschaft der Regierung an missliebige Stimmen ist unzweideutig: potentiell kann jede/r Ergenekon sein.

Bei einer Protestveranstaltung gegen Ministerpräsident Erdoğan in Ankara stieg die Aktivistin Dilşat Aktaş auf einen Polizeipanzer und wurde daraufhin von Polizisten so zusammengeschlagen, dass sie nun laut Attest für sechs Monate arbeitsunfähig ist. Protestierende Studierende wurden von Regierungsstellen kriminalisiert, DemonstrantInnen in der Kleinstadt Hopa an der georgischen Grenze wurden bereits vor Erdoğan's Ankunft zur einer Wahlkampfveranstaltung derart mit Tränengas eingedeckt und zusammengedrückt, dass ein Lehrer an den Folgen eines Herz-

infarktes starb und zahlreiche TeilnehmerInnen ärztlich bestätigte Spuren grober Misshandlung aufwiesen. Die zu beobachtende Tendenz während der Wahlkampfwochen, jeglichem Protest die Legitimität abzusprechen und im Gegenzug die zunehmenden polizeiliche Übergriffe unverfolgt zu lassen, scheint sich vordergründig ausgezahlt zu haben: Erdoğan symbolisiert die harte Hand der AKP, die die Dinge unter Kontrolle hat und sich weder von Kurden noch von linken Chaoten auf der Nase herumtanzen lässt.

Ein interessantes Paradox ist, dass es der AKP trotz aller Repression gegen missliebige Kräfte auch an diesem Punkt noch zu gelingen scheint, sich zugleich als durchgreifende starke Regierung wie auch als authentische Stimme der Unterdrückten zu präsentieren: ihr Duktus bleibt der einer Partei der islamisch-anatolischen Peripherie, die bislang im kemalistischen Staatsapparat der säkularen Eliten nicht vertreten gewesen sei. Ob das tatsächlich zutrifft oder nicht, ist von nachrangiger Bedeutung. Entscheidend ist die Wahrnehmung der AKP in größeren Teilen der Bevölkerung. In ähnlicher Weise war es der AKP bereits in ihrer Kampagne zum Referendum über die Verfassungsänderungen 2010 gelungen, die Zustimmung zu den Änderungen in erster Linie zu einer Absage an das »alte Regime« militärischer Vormundschaft durch die Kemalisten zu stilisieren. Sicherlich konnte die AKP auch in diesen Wahlen noch ein bisschen auf der Erfolgswelle des Referendums reiten.

Den Nimbus der authentischen »Stimme des Volkes«, der Opposition aus Versehen an der Macht, verliert die AKP, sobald sie sich im Parlament auf die Bündnispolitik mit anderen Parteien einlassen muss, anstatt einfach durchzuregieren. Sicherlich ist auch die AKP von der starken Präsenz einer linkskurdischen Parlamentsfraktion überrascht worden, an der sie nun nicht mehr vorbeikommen wird. Sollte die AKP an ihrem Projekt einer neuen Verfassung festhalten, wird sie sich mehr als bislang auf eine parlamentarische Opposition einlassen müssen, ohne zugleich deren außerparlamentarische Kräfte aus dem Weg prügeln zu lassen.

2.) VERSUCHE »VON UNTEN«: DER WAHLBLOCK KONTUREN DES WAHLBLOCKS

Der im April offiziell gegründete »Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit« stellt ein breites Bündnis linker Gruppen und Parteien unter Führung der prokurdischen BDP dar. Beteiligt sind neben dieser die Partei der Arbeit (EMEP), die Partei der Bewegung der Arbeit (EHP), die Partei für Gleichheit und Demokratie (EDP), die Revolutionäre Arbeiterpartei (DİP), die trotzkistische DSİP, die Brüderlichkeitspartei der ArbeiterInnen (İşçilerin Kardeşliği Partisi), die Sozialistische Partei der Arbeitenden (İşçilerin Sosyalist Partisi), die Bewegung Demokratie und Freiheit (Demokrasi ve Özgürlük Hareketi), die Arbeiterfront (İşçi Cephesi), die Gruppe KÖZ, die Bewegung der Sozialistischen Einheit (Sosyalist Birlik Hareketi), die Bewegung für die Partei der Sozialistischen Zukunft (Sosyalist Gelecek Parti Hareketi), die Sozialistische Plattform für Solidarität (SODAP), die Plattform für Gesellschaftliche (Toplumsal Özgürlük Platformu) und die Gruppe Realität der Türkei (Türkiye Gerçeği).

Während wie erwähnt, die BDP als einzige im Parlament vertretene Partei hervorsticht, die zahlreiche Frauen in Führungspositionen und als Abgeordnete vorweisen kann, gilt das für die von ihr unterstützten Kandidaturen aus der sozialistischen Bewegung nicht: unter ihnen gibt es keine Frauen, es waren auch nie welche im Gespräch. Allerdings ist die Gesamtanzahl der sozialistischen Abgeordneten auch gering: gewählt wurden der EMEP-Vorsitzende Abdullah Levent Tüzel und Sırrı Süreyya Önder in Istanbul sowie Ertuğrul Kürkçü in Mersin.

Die Neo-TKP[18], der Verein Halkevleri und die nach der Abspaltung der EDP 2009 wieder etwas stärker nationalistisch ausgerichtete Rumpf-ÖDP blieben dem Unternehmen fern. Die v.a. in studentischen Kreisen starke Neo-TKP trat in der Gesamttürkei an und musste mit insgesamt 80.000 Stimmen einen leichten Verlust hinnehmen. Die ÖDP trat allein zu den Wahlen an, wurde dann aber durch die politische Entscheidung des Hohen Wahlrats YSK vom 18. April an der Teilnahme gehindert. Wie auch Parteivorsitzender Alper Taş einräumte, konnte sich die ÖDP gegen diese nicht verwehren, da sie nicht über die Massenbasis der BDP verfügt[19]. Die EMEP stellte neben ihrer Beteiligung am Wahlblock überall dort KandidatInnen auf, wo dieser keine hatte und kam türkeiweit auf etwa 26.000 Stimmen.

VORGESCHICHTE DES WAHLBLOCKS: KLASSE VS. IDENTITÄT UND – FRIEDEN?

Das Geschehen auf der Linken außerhalb des Wahlblocks blieb also marginal. Der Block selbst hingegen erhielt viel Aufmerksamkeit in linken Medien und auch die Bedeutung, die seiner VertreterInnen ihrem gemeinsamen Tun selbst vor den Wahlen zuschrieb, könnte größer nicht sein. Der inzwischen gewählte Istanbul Abgeordnete Önder beschwor diese Bedeutung während einer Wahlveranstaltung am 5. Juni: »Dieser Wahlblock drückt das aus, was auch Deniz Gezmiş' [1972 zum Tod verurteilter und erhängter Studentenfürher, d.A.] letzte Worte am Schafott waren: »Hoch lebe das kurdische und das Türkische Volk!« Nach den Wahlen kam prompt die Frage

auf, ob nun eine Situation wie 1965 entstanden sei, als die Türkische Arbeiterpartei mit 15 Abgeordneten ins Parlament einzog und, gestützt auf erstmalig durch die Verfassung von 1961 gewährte demokratische Rechte, eine Blütezeit linker Politik begann. Die im Wahlmanifest des Blocks geäußerte Absicht jedenfalls, Frauen- und Jugendorganisationen von Parteien in »autonome Räte« umzufunktionieren[20], taugt dazu, all jenen die Haare zu Berge stehen lassen, denen die Entwicklungen der 1970er Jahre Grund genug war, den Putsch von 1980 gutzuheißen: waren es doch eben diese, die damals zu entscheidenden Mobilisierungsfaktoren wurden.

Die Bedeutung des heutigen linkskurdischen Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit lässt sich derzeit anhand des Prozesses seines Zustandekommens, seiner Zusammensetzung, seiner Programmatik und nun auch im Lichte der Wahlergebnisse diskutieren – noch nicht anhand seiner politischen Praxis als inner- und außerparlamentarisch agierender Zusammenschluss.

Die Vorbehalte der außen vor gebliebenen ÖDP, die zunächst versucht hatte, ein Wahlbündnis entlang der Positionen zum Verfassungsreferendum 2010 zu gründen, verweisen auf eine zentrale politische Bruchlinie. Die ÖDP kritisierte, dass nachdem die Linke aus der Referendumsdiskussion stark gespalten hervorgegangen war, alle drei Positionen – »Nein«, »Ja, aber es reicht nicht« und »Boycott« – zu diesem im Wahlblock vertreten seien; dies sei »inkonsequent«.[21] Grundlage dafür ist die Annahme, das Verfassungsreferendum von 2010 sei vor allem als eine Abstimmung ‚für oder gegen die AKP‘ richtig interpretiert. Ohne diesem Argument hier mit der gebotenen Sorgfalt begegnen zu können: die Gegnerschaft zur AKP ist kein ausreichendes Kriterium, um eine gemeinsame »Front«, wie mit dem Block beabsichtigt, begründen zu können.

Sehr viel augenfälliger ist ein anderes, positives Kriterium, dass diejenigen linken Gruppen verbindet, die im Wahlblock verblieben und die Zusammenarbeit mit der kurdischen Bewegung intensivierten, und dem sich die heutige ÖDP völlig verschließt. Eine urlinke Grundlage für den verstärkten Bezug auf die kurdische Bewegung ist es, Klassenfrage und (ethnische) Identität als aufeinander verweisend anzusehen und darauf aufbauend Politik zu machen. Die arbeitende Klasse sei »kurdisiert«, so fasst es der Regisseur Sırrı Süreyya Önder kurz: »Ich gehe umher und schaue es mir an; wo es Drecksarbeit zu machen gibt, sind die Kurden da. Gibt es denn wirklich niemand aus Çorum unter denen, die Jeans mit dem Sandstrahlverfahren bleichen? Nein, niemand. Warum? Sind Kurden so scharf auf eine

Staublung? Nein, es geht darum, dass ein klein bisschen mehr Geld dabei herauspringt und für Kurden inzwischen der Tod nicht mehr die gleiche Bedeutung hat wie für die anderen. Es ist eine Schande. Die Klasse ist soweit kurdisiert; die bereit stehende billigste Arbeitskraft ist kurdisch, und dann gehst du hin und machst Klassenpolitik, indem du diese Identität ignorierst oder übersehst! Schaut euch nur die an DİSK angeschlossenen Gewerkschaften an, das reicht. Ich selbst habe dort gearbeitet und bin Mitglied bei Sine-Sen [FilmerInnenengewerkschaft, d.A.]. Die Führung einer ganzen Reihe von Gewerkschaften besteht vorwiegend aus kurdischen Leuten! Etwa weil sie so gut organisieren können? Nein, die Charakteristik der Basis führt zu diesem Ergebnis. So ist die Lage. Uns bleibt nur, sie zu erkennen«.[22]

Dieses Erkennen führt auf weitläufige Pfade und in einen politischen Prozess mit ungewissem Ausgang. Sebahat Tuncel, die im Laufe der letzten Legislaturperiode als eine der fleißigsten Abgeordneten überhaupt hervortrat, illustriert dies, indem sie sich mittels vieler Anfragen und Anträge für die Anerkennung der Vergiftungen durch das Sandstrahlverfahren als Berufskrankheit einsetzte und parallel immer wieder die verheerende Situation, wo der Verschleiß von Menschenleben, auf billige Arbeitskraft reduziert, sich in regelmäßig auftretenden tödlichen Arbeitsunfällen ausdrückte. Die Erzählungen des frischgebackenen Abgeordneten Levent Tüzel davon, wie er im Wahlkampf immer wieder von arbeitslosen oder prekär beschäftigten kurdischen Jugendlichen aufgefordert wurde, sich für die Anerkennung ihrer Muttersprache und ihrer kulturellen Rechte stark zu machen[23], kleidet das Szenario weiter aus – sich für Frieden einzusetzen, ist derzeit die erste und dringlichste Form der Klassensolidarität in der Türkei.

WANDEL DER KURDISCHEN BEWEGUNG

Es sind also die allereinfachsten Wahrheiten, die die Frage nach der Bedeutung des Wahlblocks beantworten helfen: das größte ArbeiterInnenelend erleben Kurdinnen und Kurden. Und seit nunmehr 30 Jahren wird ein Krieg zwischen einem hochgerüsteten Staatsapparat und der Bevölkerung einer unterentwickelten Region geführt, dem Zigtausende zum Opfer gefallen sind.

Die Repression gegen den linkskurdischen Block reichte von der Durchsuchung von Wahlbüros und deren Verwüstung bis hin zum Versuch der Wahlbehörde YSK, den Einzug von KandidatInnen zu verhindern. Mitte Mai verlautete Aysel Tuğluk, führendes DTK-Mitglied und gleichzeitig eine der AnwältInnen Öcalans, kurzfristig, die BDP erwäge einen Boykott der Wahlen angesichts der Repression gegen den Block.[24] Der als Kan-

didat erfolgreiche kurdische Politiker Hatip Dicle konnte aufgrund einer Verurteilung nicht ins Parlament einziehen.[25] Ohnehin konnten die Chancen durch den Ausschluss der BDP von den Hunderten Millionen Lira Wahlunterstützung, die den anderen Parteien gewährt wurde, ungleicher nicht sein. 7000 Lira waren allein pro unabhängiger Kandidatur zu entrichten.

Die Atmosphäre während des (Vor-)Wahlkampfes spitzte sich verschiedentlich zu, und immer wieder zeigte sich, dass es in diesem Jahr auch darum geht, ob und wie die kurdische Bewegung mit all ihren Organen, Entscheidungszentren und Facetten, sofern die offizielle Politik die Chance dazu eröffnet, zur Zivilität finden kann. Es geht sowohl darum, einer unlegbar den Boden der militärischen Gegenwehr bildenden Gewaltkultur abzuschwören als auch darum, sich gegenüber illegitimer staatlicher Gewalt das Recht auf Formen der Gegenwehr nicht absprechen zu lassen.

Im Vorfeld der Wahlen waren Uneinigkeiten in der kurdischen Bewegung hinsichtlich der Frage, wie es weitergehen kann, überdeutlich, und ebenso, dass die Bewegung mit neuen Aktionsformen die eigene Transformation probt: Noch im November hatte Abdullah Öcalan den beliebten Oberbürgermeister Diyarbakirs, Osman Baydemir, für dessen Aussage, die Zeit der Waffen sei nun vorbei, getadelt. Im März hatte die PKK zunächst ihren einseitigen Waffenstillstand beendet; von den Medien fast gänzlich verschwiegen, griff sie später in Kastamonu den Konvoi Erdogans an. Der in Deutschland lebende populäre kurdische Sänger Sivan Perwer, der Kontakte mit Ankara aufgenommen hatte und in die Türkei zurückzukehren versuchte, wurde als »Kollaborateur« bezeichnet. Perwer hatte die PKK als »demokratiefeindlich« bezeichnet und ihren Alleinvertretungsanspruch infrage gestellt. Er soll deshalb massiv bedroht worden sein und setzte seine Rückkehrpläne nicht um. Es ist gleichzeitig absehbar, dass sich auch die PKK-Führung auf eine zivile Lösung des Konflikts vorbereitet: Anfang Juni wurde bekannt, dass der derzeitige Führer der PKK, Murat Karayilan, mit Zustimmung Öcalans ein Buch unter dem Titel »Anatomie eines Krieges« verfasst hatte, das in Kürze auf dem türkischen Markt zu haben sein wird und umfassende Eingeständnisse und Selbstkritik der Organisation enthält, v.a. was die Ermordung von ZivilistInnen in den 1980er Jahren angeht.[26] Damit wird offenkundig, wie die PKK mittels brachialster Gewalt die Autorität der Stämme zu brechen versuchte, um eine Führungsrolle einnehmen zu können. Ein Übergang zum Zivilen bedeutet Machtverlust für die PKK und ihre Transformation.

Bereits im März wurde mit der Kampagne des zivilen Ungehorsams und der offenen Freitagsgebete

begonnen; Mitte Mai stellte sich Osman Baydemir dann an die Spitze eines spontanen Grenzübertretts von 300 Menschen zur Bergung gefallener PKK-Kämpfer – ein Ereignis, das in den Medien weitestgehend totgeschwiegen wurde und an dem sich der Politisierungsgrad der Bevölkerung ablesen lässt. Die in Diyarbakır aufgestellte und inzwischen gewählte Leyla Zana rief zu »Stimmen für die Guerilla« auf; der betagte türkische Literat Vedat Türkali übermittelte in einem Fernsehauftritt beim Sender ntv seine Grüße an Abdullah Öcalan. Dies nahm die bekannte Menschenrechtsanwältin Eren Keskin in einem Artikel in der Tageszeitung Özgür Gündem auf, stimmte Zana zu und beglückwünschte Türkali zu seiner Haltung, die »frei von Selbstzensur« sei.[27] Daraufhin kam es zu einer teils hitzigen Diskussion v.a. in pazifistischen, feministischen antimilitaristischen Kreisen über verschiedene mailinglists. Etliche Beteiligte brachten zur Sprache, die Äußerung Keskins und diese gutzuheißen, verurteilt eine Haltung, die Gewalt kategorisch ablehne. Der überwiegende Teil der Beteiligten verwies jedoch auf die erdrückende Verhältnisse des Kriegs und die eigenen politischen und menschlichen Verbindungen zu Guerilla und kurdischer Bewegung; Keskins »Meine Stimme für die Guerilla« wurde als Chiffre für den Wunsch, Bedingungen für die Möglichkeit der Rückkehr von den Bergen zu schaffen, mehrheitlich akzeptiert.

Möglich ist, dass die von der kurdischen Bewegung propagierte und bereits jetzt mit zahlreichen Organisationsansätzen vorbereitete »demokratische Autonomie« nach den Wahlen einseitig verkündet wird. Stichdatum ist wie von Abdullah Öcalan vorgegeben, der 15. Juni. Und so verlautete Filiz Koçali, gemeinsam mit Hamit Geylani neue Co-Vorsitzende der BDP, auf der letzten großen Wahlkampfveranstaltung in Istanbul am 5. Juni vor zehntausenden Teilnehmenden: »Wir sind vorbereitet – auf das Gute wie auf das Schlechte«.

Mit der Kampagne des zivilen Ungehorsams versuchten die kurdischen Akteure etwas qualitativ Neues. Bengi Yıldız, mittlerweile gewählter Abgeordneter aus Batman, beschrieb den Wandel der Aktionsformen so: »Nach dreißig Jahren bewaffnetem Kampf kann man nicht in einem Tag eine Bewegung entwickeln, die alle Elemente des zivilen Ungehorsams in sich vereint oder zu hundert Prozent ghandianische Züge trägt. Ziviler Ungehorsam ist eine Kultur, es ist eine Frage der Zeit. Und die Vertreter des Staates stört es, wenn sich so eine Kultur hier verankern kann. Sie tun, was sie können, um das zu erschweren, aber meiner Meinung nach muss man beim Thema ziviler Ungehorsam beharrlich sein. Was zu unserer Gegend passt, ist die Kultur des zivilen Ungehorsams

sams mit der der Serhildans [kurdisch für Volk-
aufstände, v.a. Anfang der 1990er Jahre, d. A.] zu
einer Synthese zu verbinden. (...) Das heißt, vor
den Panzern des Staates nicht wie ein Opferlamm
den Hals hinzuhalten. Ziviler Ungehorsam kann
nicht die Essenz der kurdischen Bewegung sein,
sondern ein Teil von ihr«. [28] Diese Entwicklun-
gen und Auseinandersetzungen werden weiterge-
hen – sofern ihnen eine erneute militärische Lö-
sungsstrategie nicht die Luft abdrückt.

VERHEISSUNGEN DES WAHLBLOCKS: VIELSTIMMIG, SELBSTKRITISCH?

Alevitische Verbände solidarisierten sich mit
dem Block (FN), repräsentieren allerdings nur
einen Teil der alevitischen Minderheit, der tra-
ditionell eine Nähe zur CHP bescheinigt wird
und die heute ihre Stimmen auf verschiedene
Parteien verteilen. Ein vereinzelt, jedoch schla-
gendes Beispiel für die allein durch den Block
im türkischen Parlament verwirklichte politisch-
kulturelle Pluralität ist sein Verdienst, das erste
Mal seit 1960 mit dem Abgeordneten Erol Dora
aus Mardin einen aramäischen Christen ins Parla-
ment entsandt zu haben.

Dass der bekannte kurdische Politiker Mustafa
Avcı dem Sozialisten Levent Tüzel zugunsten
auf seine Kandidatur im gleichen Istanbul
Wahlkreis verzichtete, ist ein weiteres Indiz dafür,
wie wichtig den AkteurInnen des Blocks war,
wechselseitig füreinander einzustehen, damit die
Allianz zustande kommen konnte – wobei v.a. die
kurdische Seite nichtkurdische Linke in die Lage
versetzt hat, politisch etwas zu gestalten.

Sırrı Süreyya Önder, mit Rekordergebnis gewählt
im 2. Istanbul Wahlkreis und bekannt als
charismatisch und allürenfrei, zudem Kolum-
nist erst bei der Zeitung Radikal und dann bei
Özgür Gündem, wurde von den Vorarbeiten zu
einem Film über das antialevitische Massaker in
Kahramanmaraş 1978 weggeholt und aufgestellt.
Als Kandidat trat er neben der nachdrücklich ver-
tretenen Einsicht in die Verquickung von Klasse
und (kurdischer) Identität als *raison d'être* des
Blocks v.a. durch zwei Dinge hervor: erstens
suchte er in Geschlechterfragen ausdrücklich Rat
bei Feministinnen und bezog sich so gut wie als
einziger in Ansprachen und Kommentaren auf
Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle. Zweitens
etablierte er etwas völlig im Kontrast zur masku-
linistisch geprägten Kultur der Linken stehendes:
Selbstkritik. Seine ehrlichen Entschuldigungen
bei den ArmenierInnen für ein oberflächliches
Vorgehen in der Geschichtsschreibung über die
Figur ‚Kürt Musa‘ brachte verstörende Fakten
auf die Tagesordnung. Seine Entschuldigung bei
Feministinnen für sexistischen Sprachgebrauch
und bei LBTT people für mangelnde Sensibilität

und »Nähe« zu ihrer Situation ist unvermeidlich
amüsant, so sehr bricht sie mit herrschenden
Codes. [29] Der Gebrauchswert des Abgeordneten
Önder, dem mensch eine Karriere als linkem Pop-
star voraussagen kann, insbesondere für feministi-
sche Anliegen ist hoch – dass sich sein Politikstil
verbreitet, eine etwas verfrühte Hoffnung.

Zwei Tage vor den Wahlen verlauteten auch an-
archistische und antiautoritäre Kreise aus Ankara
und Istanbul ihre Unterstützung für den Wahl-
block. Die spezifischen politischen Bedingungen
und Erfordernisse vor Augen, komme die Stim-
mabgabe bei diesen Wahlen einer Solidarisierung
gleich und drücke eine politische Haltung aus,
so die Beteiligten. Der Block reduziere zudem
politische Arbeit nicht auf die parlamentarische,
sondern sehe die »Selbstorganisation der Ge-
sellschaft« als wichtigste Form der Politik. Er sei
weder »zentralistisch« noch »nationalstaatlich«
orientiert. Aufgrund dessen werde man das Bünd-
nis unterstützen, hieß es in der Presseerklärung
der Gruppe. [30]

In seinem Programm, das ungekürzt auch ins
Deutsche übersetzt vorliegt [31], hat der Wahlblock
drei Hauptschwerpunkte gesetzt: »Demokratisie-
rung«, »Wirtschaft, Bildung und Gesundheit« und
»Frauen«. Die »demokratische Autonomie« wird
unter ersterem behandelt, notwendige Verände-
rungen in der Landwirtschaft und eine Boden-
reform werden im zweiten Teil ausführlich und
detailliert erläutert. Unter fünf weit weniger
ausführlich behandelte Themen findet sich auch
»Außenpolitik« – hier wird bemerkt, dass die Ver-
handlungen zum Beitritt zur EU weiterhin, aus-
gehend jedoch von Punkten wie dem Austritt aus
der NATO, der Schließung aller ausländischen
Militärstützpunkte und der Gründung einer Kon-
föderation mit den Völkern des Nahen Ostens, des
Kaukasus, Nordafrika und Südostasiens, mit dem
Ziel der Vollmitgliedschaft geführt werden sollen.

Die »demokratische Autonomie« soll nicht nur
die friedliche Lösung der kurdischen Frage her-
beiführen, sondern auch einen »starken An-
satzpunkt (...) zur Realisierung einer modernen
freiheitlichen Basisdemokratie, die die kulturelle
Vielfalt unserer Gesellschaft wahrnimmt« (ebd.,
6), liefern. Eingeleitet wird mit der Feststellung,
die demokratische Autonomie sei »im Grunde ein
Frauenprojekt (ebd., 4).

Das auch gemäß Aufteilung zentrale Frauen-
kapitel spricht abschnittsweise allzu idealistisch
von (staatlicher oder militaristischer) »Menta-
lität«, während es andererseits voraussetzt, die
»Quelle aller Ungleichheiten« sei »die Ungleich-
heit zwischen Mann und Frau«. Zudem gemahnt
es an vielen Stellen an den ökofeministischen
Diskurs mit seinen bedenklichen Idealisierun-

gen, etwa wenn bekannt wird, »mit dem Einfühlungsvermögen der Frau« gegen eine »Krieg und Hass schaffende Politik« kämpfen zu wollen, und, wie sich durch die Ideologie des Programms durchzieht, eine Nähe zwischen Frauen und Natur herbeigeschrieben wird. Die im Manifest geübte Staatskritik, die auch den Vorschlag »demokratisch Autonomie« prägt, ist merkbar an feministischem Denken geschult. Hier stehen also theoretische Stränge noch unverbunden nebeneinander, das Kapitel ist mehr Zivilisationskritik denn konsequente Kritik geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung. Die Bedeutung, die einer Veränderung von Geschlechterrollen zugemessen wird, ist jedoch unmissverständlich. Und die mystifizierenden Ansätze werden durch – durch die BDP-Praxis verbrieften – Forderungen nach einer Frauenquote von 40%, nach Frauenkommunalräten bis auf Dorfebene und der unbedingten Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen im Bereich Gewalt gegen Frauen geerdet. Der im Vorfeld der Wahlen von der Praxis beeindruckte Sozialist Önder kommentierte den Status Quo mit »die kurdischen Frauen haben insofern ihre bürgerliche Revolution vollendet«. [32]

Die Ebene des Wahlmanifests – das nur wenig gelesen werden wird, jedoch mit Sorgfalt geschrieben wurde – und die der realen politischen Schritte abgleichend, ist durch Anknüpfung an diese Praxis die vom Block vertretene Geschlechterpolitik unbeirrbar darauf gerichtet, Frauen konkret zu ermächtigen und – wenn auch erst in Ansätzen – Männergewalt als den sozialen und politischen Zusammenhalt zerstörend anzuprangern.

Vor diesem Hintergrund ist auch eine Bemerkung zu einer sich als Ein-Punkt-Angelegenheit gerierenden, von allen übrigen gesellschaftlichen Problemlagen abstrahierenden Frauenpolitik überfällig: Der langjährig aktive Verein zur Aufstellung weiblicher Kandidatinnen, KA-DER, stellte Monate vor der Wahl die Forderung nach einem paritätisch besetzten Parlament auf, also nach 275 Sitzen für Frauen. Während auch unabhängige Feministinnen dieses Mal von der Aufstellung von Kandidatinnen in ihren Stammesgebieten absahen, hat sich KA-DER nach der zitierten Forderung – die mit Plakaten beworben wurde, auf denen sterile Erfolgsfrauen dominierten und die aufgrund ihrer Realitätsferne noch nicht einmal als Provokation ernst zu nehmen war – auf die Unterstützung einer winzigen »Initiative Frauen-Partei« verlegt, die ihre Unterstützerinnen Unsummen für einige wenige Kandidaturen kostete, politisch nichts bewegen und ihre Anliegen ebenso gut in existierenden Parteien vertreten kann. [33] Diese Kombination zeugt von einer unerträglichen Ignoranz gegenüber dem allenthalben

zugänglichen Wissen, dass in der Türkei derzeit sowohl quantitativ als auch qualitativ betrachtet, substanzielle Veränderungen und Herausforderungen gegenüber der gemeinhin als »männlich dominiert« bezeichneten herkömmlichen politischen Kultur fast nur von der kurdischen Bewegung ausgehen. Die prokurdische Partei zeigt seit Jahren in Parlament und auf Stadtverwaltungsebene mit starken Frauenfiguren, Frauenquoten und der in politische Vorfeld- und Schwesterorganisationen ausgeweiteten Innovation des Co-Vorsitzes, was eine wirkliche Provokation für die besagte politische Kultur ist. Frau hätte besser daran getan, sich zu dieser Praxis, auch kritisch, ins Verhältnis zu setzen.

VertreterInnen des Blocks wurden oft gefragt, ob die Öffnung der BDP für religiöse und bürgerliche kurdische Kräfte und die Aufstellung entsprechender Kandidaten nicht die sozialistische oder linke Ausrichtung der kurdischen Bewegung in Frage stelle. Der in Batman aufgestellte und inzwischen gewählte Bengi Yıldız begegnete dem vor den Wahlen wie folgt: »Die kurdische Bewegung ist eine nationale Volksbewegung. (...) Wir sind in der Lage, 30 bis 35 Abgeordnete ins Parlament zu schicken – wenn dann von diesen zwei oder drei andere Richtungen [als die linke, d.A.] vertreten, ändert das nichts am Grundcharakter der Bewegung. (...) Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere Bewegung sowohl einen sozialistischen Charakter hat, als das sie auch die Bewegung eines unterdrückten, kolonisierten Volkes ist. In einem kolonisierten Volk gibt es konservative, sozialistische, nationalistische und liberale Kräfte. Wir haben nicht den Luxus, uns zu verhalten als hätten wir einen eigenen Staat gegründet und müssten über dessen Regierungsform bestimmen. Aber wie gesagt, niemand soll glauben, die Hauptcharakteristik der Bewegung werde sich ändern. Ganz im Gegenteil: die von uns aufgestellten Kandidaten werden die sozialistische Grundströmung, von der ich sprach, noch stärken. Wenn wir heute über zwei bis drei Millionen Stimmen verfügen und dieser noch eine weitere Million hinzufügen, dann haben wir auch diese Grundausrichtung gestützt. So bekommen auch jene außerhalb der eigenen Kreise eine Chance, zu deuten, was Sozialismus ist. Man macht keine sozialistische oder linke Politik, indem man sagt, »wir haben zwei Millionen Stimmen, das reicht uns«.

Und die Öffnung für religiöse Politiker ist, wie im Fall des Abgeordneten Altan Tan (Diyarbakır), nicht immer bloß gleichbedeutend mit einer Öffnung nach rechts. Gegen die nationalistische Politik der türkischen Religionsbehörde, die in religiöse Zeremonien die Loyalität zum Staat zu mischen versucht und die der Wahlblock laut Manifest gern abschaffen möchte, hat Tan hun-

dertprozentig religiöse Einwände. Gleichzeitig plädiert er dafür, die »segenreiche« Aufstellung des Christen Dora als gerade für die kurdische Bewegung positive Entwicklung zu würdigen und den mit diesem Schritt begonnenen Prozess weiterzuführen.[34]

FAZIT

Um angesichts von Entfremdung und Feindseligkeit an der Aussöhnung von kurdischer und türkischer Bevölkerung mitzuarbeiten, kann die nicht-kurdische Linke an unterschiedlichen Punkten inner- und außerparlamentarisch ansetzen.

Sie kann sich für eine möglichst umfassende politische Amnestie einsetzen. Je mehr Guerilleros/as aus den Bergen zurückkommen, desto höher liegen die Chancen für eine Aufarbeitung des Krieges durch alle Beteiligten.

Die Linke kann gegenüber einer quer durch alle Generationen politisierten Bevölkerung an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie Klassen- und kurdische Frage auf allen Ebenen zusammenbringt.

Sie kann für die Abschaffung der 10%-Hürde und für demokratische Standards streiten.

Sie kann innerhalb einer neuen Bündniskultur Machtverzicht üben. Wenn sich in Zukunft, ein wenig zugespitzt, metropolitane linksintellektuelle Schnauzbärte des Öfteren einmal etwas von leseunkundigen, des Türkischen kaum mächtigen Frauen sagen lassen müssen, kann das der eigenen politischen Kultur und Demokratisierung nur gut tun.

Bislang kam in der Türkei der Bezug auf Religion von rechts, um sich die Loyalität frommer Teile der türkischen und kurdischen Bevölkerung für ein konservatives Projekt zu sichern. Im Rahmen der Öffnung der BDP bspw. mit Blick auf die „zivilen Freitagsgebete“ wird die Bedeutung von Religion sichtbar. Die Linke kann sich auf die marginal vorhandenen Ansätze, Religiosität von links aufzugreifen, einlassen und sich dieser Herausforderung stellen.

Die nicht-kurdische Linke hat keine starke außerparlamentarische Basis, wird aber von Kurdinnen und Kurden ins Parlament gewählt. Aus dieser Erkenntnis kann eine neue Kultur der Zusammenarbeit erwachsen. Aus eigener Kraft kann die nicht-kurdische Linke momentan jedenfalls nichts bewegen, auch die Gewerkschaften in der Türkei haben aufgrund ihres niedrigen Organisationsgrades nur geringe politische Relevanz. Ohne den Versuch eines gemeinsamen Vorgehens mit der kurdischen Bewegung – eingedenk der Ungewissheit, wie diese sich weiterentwickeln wird – sieht die Lage für die verbleibende nicht-kurdische Linke düster aus.

Die fortschreitende Selbstorganisation der kurdischen Bevölkerung und die Option einer »demokratischen Autonomie« bergen vielfältige demokratische Impulse. Und ein BDP-geführter Block mit 36 Abgeordneten lässt sich nicht mehr glaubwürdig als Vertretung von »Terroristen« oder als »regionale Kraft« abqualifizieren. Diese Anzahl birgt, neben vielen anderen Faktoren, die die kommenden Ereignisse bestimmen werden, die Chance, dass nicht noch weitere Generationen im Krieg aufwachsen müssen. Unklar ist, wie die politischen Entwicklungen nach dem 15. Juni 2011 aussehen werden. Mit diesem Datum in Zusammenhang steht zum einen ein möglicher Rückzug Öcalans aus der Politik, sollte bis dahin kein substantielles Signal von Regierungsseite an die kurdische Bevölkerung gesendet worden sein, zum anderen die mögliche Ausrufung einer demokratischen Autonomie in den kurdischen Gebieten. Wie dies vom türkischen Staat aufgefasst wird, ist angesichts der während des Wahlkampfes beobachtbaren verhärteten nationalistischen Rhetorik ungewiss.

DIE AUTORINNEN:

ANNE STECKNER ist ab 1.7.2011 Promotionsstipendiatin der RLS. Thema der Dissertation: «Neoliberal-Islamische Synthese: Kapitalismus und Religion in der Türkei unter der AKP».

CORINNA TROGISCH ist ehemalige Stipendiatin der RLS und promovierte zum Thema «Sozialistische Feministinnen in der Frauenbewegung der Türkei - Wirkungsgeschichte und politische Gestaltungspotentiale».

[1] <http://www.emekdunyasi.net/ed/siyaset/12858-kurtce-konustu-diye-oy-kul-lan-dirilmadi>; <http://www.emekdunyasi.net/ed/siyaset/12866-uluslararasi-heyetler-cok-sayida-ihlal-tespit-etti> (diese und alle folgenden Internetquellen zuletzt abgerufen: 13. Juni 2011)

[2] <http://www.harald-weinberg.de/presse/index.php>

[3] Derzeit liegt der Mindestlohn mit netto 600 Lira unterhalb der Hungergrenze. <http://www.emekdunyasi.net/de/aktuell/10192-kommentar-zur-festlegung-des-mindestlohns-fur-2011>

[4] Eine perfide Umkehrung der sozialen Frage findet sich in den Worten des MHP-Führers Bahçeli, der nach 11 Jahren zum ersten Mal wieder in Diyarbakır auftrat und die dort Anwesenden fragte: „Füllt die Muttersprache etwa eure Mägen?“ Zum einen waren ein Großteil der ZuhörerInnen aus anderen Regionen angekarnte MHP-AnhängerInnen – der MHP-Stimmanteil in Diyarbakır liegt bei 0.67%. Das heißt, Bahçeli wandte sich an ein Publikum, das gar nicht vor ihm stand. Davon

unbenommen spiegelt sich in Bahçelis Frage der typische Blick auf die Kurdenfrage als ein Entwicklungsproblem. Auch offenbart sie, wie ein Politiker des ganz rechten Randes den Kurdinnen und Kurden abspricht, andere Bedürfnisse als die der Nahrungsaufnahme zu haben.

[5] FTD 27.05.2011

[6] OECD-Studie: Growing Income Inequality in OECD Countries: What Drives it and How Can Policy Tackle it? Paris, 2 May 2011

[7] <http://www.stargazete.com/yazar/nasuhi-gungor/milletin-terazisi-sasmiyor-haber-358543.htm>

[8] The Economist 05.05.2011

[9] <http://www.todayszaman.com/news-245993-poll-shows-ak-party-votes-close-to-50-pct-with-two-weeks-to-elections.html>

[10] <http://www.konda.com.tr/tr/raporlar.php?tb=3>

[11] <http://www.bugun.com.tr/kose-yazisi/158116-kurtce-ezanin-isiginda-makalesi.aspx>; <http://www.urfahabermerkezi.com/haber/kurtce-ezanimamda-yanlanladi-16766.html>. Auch aus dem Block kamen kritische Stimmen zu einem nicht auf Arabisch ausgerufenen Gebet: <http://www.bugun.com.tr/haber-detay/158095-bdp-de-kurtce-ezan-depremi-haberi.aspx>

[12] <http://www.firatnews.biz/index.php?rupel=nuce&nuceID=42673>

[13] <http://www.hasparti.org.tr/page.aspx?key=program>

[14] <http://www.todayszaman.com/columnist-246021-diyarbakir-rallies.html>

[15] Die indirekt AKP-kritischen Äußerungen der TÜSIAD-Vorsitzenden Ümit Boynar wenige Wochen vor den Wahlen könnten einen Hinweis in diese Richtung liefern: „Let the money flow and push the freedoms down, let the money flow and arrest the journalists, let the money flow and keep up with honor killings. Turkey, in fact, is in 86th place on the human development index.“ <http://www.hurriyetdailynews.com/n.php?n=head-of-leading-business-group-fires-back-at-deputy-pm-2011-05-29>

[16] <http://www.todayszaman.com/news-246911-advanced-democracy-new-constitution-hoped-for-after-polls.html>

[17] <http://www.todayszaman.com/news-247131-tusiad-pushes-for-consensus-based-new-constitution-after-elections.html>

[18] Die heute unter der Bezeichnung TKP agierende Partei wurde 1998 gegründet und entspricht, auch wenn sie propagandistisch eine Kontinuität zur TKP seit 1921 herzustellen versucht, dem Verständnis vieler Linker in der Türkei

zufolge nicht ihrem historischen Vorgänger. Im Deutschen verwenden wir daher die Bezeichnung Neo-TKP, um beide Parteien auseinanderzuhalten.

[19] Interview mit Alper Taş, Vorsitzender der heutigen ÖDP, in Express Dergisi 120/2011, 14-15.

[20] Vgl. S. 6

[21] Ebd.

[22] Interview mit Sırrı Süreyya Önder, Express Dergisi 120/2011, 32-35

[23] Interview mit Abdullah Levent Tüzel, Express Dergisi 120/2011, 38-39

[24] <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/antikurdenpolitik-soll-stimmen-bringen>

[25] <http://www.todayszaman.com/news-246715-terrorism-conviction-upheld-doors-of-parliament-closed-to-bdp-candidate.html>

[26] <http://www.taraf.com.tr/yildiray-ogur/makale-bir-savasin-anatomisi.htm>

[27] Eren Keskin: Benim oyum da gerillaya... Özgür Gündem, 7. Juni 2011

[28] Interview mit Bengi Yıldız, Express Dergisi 120/2011, 17-18

[29] <http://en.firatnews.org/index.php?rupel=article&nuceID=2347>

[30] <http://www.emekdunyasi.net/ed/siyaset/12817-anarsistler-ve-anti-otoriterlerden-bagimsiz-adaylara-destek>

[31] <http://kurdsohsh.blogspot.de/images/WahlbndnisfrArbeitDemokratieundFriedenWahlmanifest2011.pdf> -

[32] Interview mit Sırrı Süreyya Önder, Express dergisi 120/2011, 32-35

[33] <http://www.kadinpartisigirisimi.org>

[34] Interview mit Altan Tan, Express Dergisi 120/2011, 24-25

VON DER AKP-HEGEMONIE ZUR AKP-DIKTATUR?

DIE TÜRKEI NACH DEN PARLAMENTSWAHLEN – EINE ANALYSE

VERÖFFENTLICHT IM: SOZIALISMUS JUNI/JULI 2011

Bei den Parlamentswahlen in der Türkei hat die AKP (Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung) erneut die Wahlen gewonnen, aber ihr hochgestecktes Ziel einer verfassunggebenden Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Mit einem Stimmenanteil von 49,9% (2007: 46,5%) wird sie wieder die Regierung stellen. Die CHP (Republikanische Volkspartei) hat mit 25,9% (2007: 20,8%) zwar deutlich dazu gewonnen, wird aber gleichwohl als Wahlverliererin angesehen. Die ultranationalistische MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) erhielt knapp 13% und hat damit gegenüber der letzten Wahl (14,3%) Stimmen verloren.

Die zweite Wahlgewinnerin war das von der prokurdischen BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) sowie von verschiedenen linken und sozialistischen Parteien gebildete Linksbündnis (Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit). Es trat mit unabhängigen KandidatInnen an und kann mit 36 Abgeordneten eine Parlamentsfraktion bilden, sofern der Abgeordnetenstatus der sechs in der Untersuchungshaft gehaltenen BDPler anerkannt wird. Die Wahlbeteiligung lag mit rund 87% höher als bei den letzten Wahlen.

Auf Grund der sich aus dem Wahlergebnis ergebenden Sitzverteilung (AKP: 326, CHP: 135, MHP: 53 und Linksbündnis: 36 Sitze) kann AKP die alleine regieren.^[1] Derzeit wird in einigen Medien darüber spekuliert, dass die AKP einige Abgeordnete anderer Parteien für sich zu gewinnen suchen werde, um die für Verfassungsänderungen im Sinne der AKP notwendige Zahl von 330 Abgeordneten zu erreichen.

Im nächsten türkischen Parlament werden wieder weniger Frauen vertreten sein. Mit 78 weiblichen Abgeordneten liegt der Frauenanteil bei nur 14%. Beim Linksbündnis sind es dagegen 30%. Bei der BDP ist eine 40-prozentige Frauenquote auf allen Ebenen in der Satzung verankert.

Den Wahlerfolg der AKP in 2007 konnte man noch mit ihrer Orientierung auf formale Demokratisierung erklären. 2011 greift diese Erklärung jedoch nicht mehr. Die Parlamentswahlen vom 12.

Juni 2011 fanden unter erschwerten Bedingungen einer polarisierten Gesellschaft und einer Situation statt, die von einem ungeheuren Druck auf oppositionelle Kräfte, unabhängige Medien, auf Meinungs- und Pressefreiheit, Einflussnahme auf die Justiz sowie die Entsolidarisierung breiter gesellschaftlicher Teile durch Sozialabbau gekennzeichnet war. In keiner bisherigen Parlamentswahl wurde in der Regierungspropaganda derart auf Nationalismus, Chauvinismus und einer rückständigen Sexualmoral gesetzt wie in 2011. Eine demokratische Wahl sieht wahrlich anders aus.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass im nächsten Parlament knapp 96% der WählerInnen vertreten sein werden. Während 2007 rund 30% der Stimmen für Parteien abgegeben wurden, die an der Zehn-Prozenthürde gescheitert sind, lag dieser Anteil 2011 bei nur 4,6%. Ein wesentlicher Grund dafür scheint die erfolgreiche AKP-Strategie zu sein, für alle möglichen konservativen und nationalistischen WählerInnen eine Auffangposition anzubieten. Dadurch wurden die konservative DP (Demokratische Partei), die radikalislamische Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit) und ihre sozialkritische Abspaltung HAS Parti (Partei der Stimme des Volkes) mit jeweils weniger als 1% zu Splitterparteien.

DIE GRÜNDE FÜR DEN AKP-SIEG

Obwohl laut dem anerkannten Umfrageexperten Adil Gür sich das WählerInnenprofil seit 25 Jahren kaum verändert hat, konnte die AKP bei diesen Wahlen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten WählerInnen für sich gewinnen. Interessant ist dabei, dass die AKP häufiger von Frauen gewählt wurde (55%) als von Männern (45%). Dafür gibt es mehrere Gründe.

Gür ist der Auffassung, dass bei dem Wahlverhalten in 2011 vor allem die sozialen »Dienstleistungen« der AKP-Regierung eine wichtige Rolle gespielt haben. Er spricht von einer »Dienstleistungs-, Stabilitäts- und Erdogan-Wirkung« und stellt zudem fest, dass je niedriger Bildung und Einkommen sei, »desto höher die AKP-Zustimmung«.

Prof. Dr. Ayşe Buğra von der Universität Boğaziçi stützt diese These[2]. Die neoliberale Politik und der immense Sozialabbau hätten »der AKP Stimmengewinne gebracht«. Das ist kein Widerspruch in sich, denn gerade die von der AKP systematisch ausgehöhlten sozialen Sicherungssysteme waren durch die Ausgrenzung breiter Teile der Gesellschaft gekennzeichnet. Während die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten von den sozialen Rechten – mehr schlecht als recht – profitieren haben, kennt der informelle Sektor, in dem die meisten Erwerbstätigen beschäftigt sind, keinerlei soziale Sicherheiten. Wenn man bedenkt, dass von den, laut der staatlichen Statistikbehörde TUIK, rund 22 Mio. Beschäftigten gerade einmal knapp eine Mio. gewerkschaftlich organisiert und nur etwa die Hälfte sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist, war eine wirksame Gegenwehr gegen den Sozialabbau nicht zu organisieren. So konnte die AKP die, die um den Erhalt ihrer sozialen Rechte kämpften und die, die diese Rechte nie besessen haben, erfolgreich auseinander dividieren. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gegen die des informellen Sektors und Arme gegen Mittelschichten – das war die politische Strategie der letzten vier Jahre.

Dabei gab es für die armen Schichten spürbare Erleichterungen. Die Fortentwicklung der 1992 eingeführten »Grünen Karte« für Bedürftige im Gesundheitssystem ist zwar keineswegs eine sozialstaatliche Errungenschaft, aber für jene, die an der Armutsgrenze leben und keine Versicherung haben, eine lebensnotwendige Hilfe. Mit der Einbeziehung der »Grünen Karte« in die Privatisierung des Gesundheitswesens konnte die AKP große Zustimmung sowohl für die Privatisierungen als auch für den Abbau der Rechte der Beschäftigten des Gesundheitswesens gewinnen. Die Möglichkeit, mit der »Grünen Karte« in jedes Krankenhaus eigener Wahl gehen zu können – auch in die privaten Krankenhäuser – wird von den ärmeren Schichten als eine »Revolution« angesehen.

Doch statt eines sozialstaatlichen Systems wurde so ein religiös motiviertes und paternalistisches Almosensystem etabliert. Diese gefühlte Revolution und die Tatsache, dass laut TUIK rund 18% der Gesellschaft an der Armutsgrenze lebt, erklären die erhöhte Zustimmung der ärmeren Schichten für die AKP. Prof. Dr. Buğra ist der Auffassung, dass »dieses Almosensystem zugleich ein Motor der Ausgrenzung der Frau aus der Erwerbsarbeit ist und mit den gesellschaftlichen Mainstream der Türkei korrespondiert«. Während die Erwerbsbeteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt im OECD-Durchschnitt 2009 etwa 62% betrug, lag diese Quote in der Türkei bei nur 28%. Dennoch konnte die AKP gerade bei Frauen aus

den Unterschichten punkten, weil die »soziale« Hilfe an Familien in erster Linie an Frauen ausgezahlt wurde. Zudem wurden an sie auch günstige Mikrokredite vergeben.

Großspurige Projekte, die Modernisierung und der Ausbau der Überlandstraßen sowie Autobahnen, Schnellzüge, relativ günstige Inlandflüge, künstlich stabil gehaltene Wechselkurse, niedrige Zinsen für Verbraucherkredite und Wohnungsfinanzierungen, enorme Steigerung des staatlichen Wohnungsbaus gepaart mit einem medial perfekt inszenierten chauvinistischen Nationalstolz und religiöser Frömmigkeit haben die ärmeren Schichten der türkischen Gesellschaft beeindruckt und die überdurchschnittlich hohen indirekten Steuern vergessen lassen. Zudem konnte die AKP sich bei der individuellen Milderung der strukturell bedingten Ungleichheiten auf die Hilfe islamistischer Organisationen und die Mildtätigkeit der religiösen Mittel- und Oberschichten verlassen. So konnte die AKP mit kleinsten Verbesserungen und scheinbaren Veränderungen eine große Wirkung in der türkischen Gesellschaft erreichen.

DIE »PASSIVE REVOLUTION« DER AKP

Seit 2002 hat die AKP systematisch daran gearbeitet, ihre gesellschaftliche Hegemonie aufzubauen[3]. Sie schaffte es, dass breite Teile der Gesellschaft die ökonomische Stabilität, den rasanten wirtschaftlichen Aufschwung und die scheinbare Zurückdrängung der Generalität durch den charismatischen Führer Recep Tayyip Erdoğan (»Einer von uns«) als eine reale Veränderung des Status quo, gar quasi als eine »passive Revolution« empfanden.

Gramsci's Begriff von der »passiven Revolution« ist mit Blick auf die Türkei von dem Soziologen Cihan Tugal[4] in Umlauf gebracht worden. Tugal weist daraufhin, dass die Ideologen der AKP »nicht nur den Kapitalismus, sondern auch das neoliberale Projekt den religiösen Massen als »alternativlos« eingetrichtert« und »die Unterstützung der militärischen Interventionen der USA in der islamischen Welt als »Notwendigkeit« einer muslimischen Außenpolitik dargestellt« haben. Es komme daher nicht von ungefähr, dass die regierungsnahen Medien jeden Widerstand gegen die Flexibilisierung und andere neoliberale Maßnahmen stets als »Widerstände der kemalistischen Eliten« denunziert haben. Tugal ist der Auffassung, dass die »neue islamische Elite, die durch ihre Wahlerfolge die Macht erlangt hat, für die Vergrößerung ihres Anteils an dem Kuchen die Gefühlskonzentrationen der dreißigjährigen islamischen Mobilisierung« sowie die von den religiösen Massen als »Ehre« verstandene Verteidigung der »religiösen Machthaber« gezielt für die

Zustimmung der religiösen Massen zum Kapitalismus benutzt haben.

Es sieht wie ein Widerspruch aus, ist aber keiner: Die Hauptarchitekten des neoliberalen Umbaus sind die Islamisten. Die neoliberalen Konvertiten haben es leicht – sie gehen genau wie das Volk zum Beten in die Moscheen, sind zumeist mit kopftuchtragenden Frauen verheiratet, sprechen dieselbe religiöse Sprache und stammen meist aus denselben ärmeren Städten bzw. Stadtteilen. »Das ist das Geheimnis, warum dem Neoliberalismus in der Türkei nur minimal widersprochen wird, während auf der ganzen Welt die Massen auf die Straße gehen«. Darin liegt wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass sogar im informellen Sektor prekäre Arbeitsverhältnisse von den Beschäftigten einfach hingenommen werden. Tugal: »Der Kapitalismus wurde mit religiösen Referenzen legitimiert«.

Mit ihrer neoliberalen Politik und den gezielten staatlichen Eingriffen in die Bedingungen der Kapitalakkumulation konnte die AKP auch die Mittel- und Oberschichten mehrheitlich für sich gewinnen. So wurde beispielsweise alleine das »Gesetz für öffentliche Ausschreibungen« insgesamt 17 Mal verändert. Dadurch erhielt die Regierung eine unmittelbare Entscheidungsgewalt über die Vergabe bei öffentlichen Ausschreibungen und konnte so regierungsnahe Unternehmen begünstigen. Zwar hat die AKP Bestechungen und Korruption einzelner Beamten bzw. Beamtengruppen unterbunden, ließ aber zu, dass sich in der türkischen Wirtschaft der Kostenkalkulationsposten »Politikanteil« – Spenden und Begünstigungen für die AKP – fest eingebürgert hat.

Die dem Ministerpräsidenten direkt unterstellte staatliche Wohnungsbaugesellschaft TOKI mutierte zu einem Investitionsimperium, das landesweit an den Rändern der Großstädte neue Stadtteile aus dem Boden stampft und die Bauaufträge an regierungsnahe Unternehmen vergibt. Durch eine Gesetzänderung hat die AKP zudem die Möglichkeit geschaffen, auf staatseigenen Grundstücken bzw. Waldarealen illegal errichtete Gebäude nachträglich zu legalisieren. Die Legalisierung durch Grundbucheintragung ermöglicht – je nach Lage – steigert die Immobilienpreise um das bis zu Zehnfache (oder sogar mehr). Wenn man bedenkt, dass Grundstücksspekulationen einen großen Anteil an den Kapitalanlagemöglichkeiten in der Türkei haben, kann die große Wirkung dieser Maßnahme erahnt werden.

Die Renditeerwartungen, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Niedriglöhne, Privatisierungen, Förderung der privaten Kapitalakkumulation durch öffentliche Investitionen in Megaprojekte

und die gewerkschaftsfeindliche Einstellung der Regierung sind die wesentlichen Gründe, warum Mittel- und Oberschichten die AKP unterstützen. Obwohl das traditionelle türkische Großkapital die Regierung durchaus öffentlich kritisiert und durch das Heranwachsen einer Konkurrenz in Form des »islamisch-grünen« Kapitals irritiert ist, ist ihm sehr wohl bewusst, dass die AKP derzeit die einzige politische Formation ist, die für den weiteren Kapitalzufluss aus den internationalen Finanzmärkten (hier insbesondere aus der arabischen Welt) sorgen kann.

Die AKP profitierte 2002 bei ihrer ersten Regierungsübernahme von der Stabilisierung der ökonomischen Situation des Landes, der Eindämmung der Inflation und der Staatsverschuldung. Nach der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise in 2001 war mit Unterstützung des IWF ein umfangreiches Reformprogramm umgesetzt worden. Die türkische Zentralbank wurde unabhängig und der Bankensektor straff reguliert. Durch diese Maßnahmen waren die türkischen Banken dann auch in der Lage, die globale Finanzkrise 2008/2009 relativ unbeschadet zu überstehen. (Vgl. auch: DIW Wochenbericht Nr. 24, 2011) Die neue AKP-Regierung konnte in Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise die Früchte dieser Politik, die sich vor allem in einem beeindruckenden Wachstum der türkischen Wirtschaft zeigten, ernten.

Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 drohte dem Land und damit auch der AKP dann ein herber Rückschlag. Auch bedingt durch den massiven Abzug kurzfristig angelegten ausländischen Kapitals brach die Wirtschaftsleistung zwischen dem ersten Quartal 2008 und dem ersten Quartal 2009 um fast 13% ein. Auf die schwere Rezession folgte jedoch bereits ab Mitte 2009 eine rasche Erholung. Schon im zweiten Quartal 2010 hatte die Türkei das Vorkrisenniveau ihres Bruttoinlandsprodukts übertroffen. 2010 war das Land die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft Europas.

Eine der Gründe für diese schnelle und beeindruckende Erholung der türkischen Wirtschaft war der erhebliche Zufluss von ausländischem Kapital. Das Land genießt derzeit auf den internationalen Finanzmärkten aufgrund hoher Renditeerwartungen viel Vertrauen. Dabei fließt vor allem »hot money« in die Türkei. Doch darin liegt auch ein großes Risiko für das Land: Ein plötzlicher Abzug dieses auf kurzfristige Anlage zielenden ausländischen Kapitals würde die Türkei in eine schwere Krise stürzen. Selbst regierungsnahe Ökonomen warnen inzwischen vor dieser Abhängigkeit und verfolgen mit Argusaugen die Entwicklung des enormen Leistungsbilanzdefizites.

Noch aber kann die AKP auf den rasanten Aufschwung und die Tatsache, die achtgrößte Volks-

wirtschaft Europas geworden zu sein, bauen. Eine Wachstumsrate von 9% scheint weiterhin die Türkei weiterhin für internationale Investoren attraktiv zu machen. Doch, wie lange das noch gut gehen wird, ist offen.

DIE NEUE STAATSPARTEI: AKP

Nicht offen ist jedoch, dass die AKP zielgerichtet dabei ist, ein autoritäres Regime, dessen imperiale Gelüste allzu offensichtlich sind, aufzubauen. Dabei kann sie sich auf die stärker werdenden nationalistisch-chauvinistischen Einstellungen der türkischen Gesellschaft stützen. Die Umfrageinstitute weisen auf ein nationalistisches WählerInnenreservoir von über 70% hin. Dieses Reservoir hat die AKP noch nicht voll ausschöpfen können. Dennoch ist die Strategie Erdogans, mit extrem nationalistisch eingefärbter Wahlkampfrhetorik neue WählerInnengruppen an die AKP zu binden, aufgegangen. Seine Rede am Wahlabend weist unmissverständlich daraufhin, dass er sich dieser Tatsache bewusst ist und weiterhin an dieser Politik festhalten wird.

Die AKP, die im Grunde eine Koalition unterschiedlicher islamisch-islamistischer und konservativen Kräfte ist, konnte unter der Führung von Erdogan die Transformation des alten militärisch-bürokratischen Vormundschaftsregimes vorantreiben. Was in der türkischen Gesellschaft – und auch im Ausland – als ein »Zurückdrängen der Generalität« angesehen wird, ist im Endeffekt ein neues Bündnis der alten und neuen Machthaber. Was die politischen, wirtschaftlichen und steuerlichen Privilegien der Generäle betrifft, hat sich nichts verändert. Sie haben weiterhin die Befehlsgewalt über die Armee, überdurchschnittlich hohe Pensionsansprüche, verfügen über den rentabelsten Wirtschaftskonzern OYAK, haben die absolute Macht über den militärisch-industriellen Komplex und bestimmen im wesentlichen die Verteidigungspolitik des Landes[5]. Dass der oberste General nicht mehr so oft in Erscheinung tritt und Kommentare zu aktuellen politischen Geschehnissen abgibt, scheint ein Ergebnis der Absprache zwischen der AKP und den Generälen zu sein.

In verschiedenen Politikbereichen wird deutlich, dass die Interessen der militärischen Machthaber und die Ausrichtung der AKP-Politik sich decken, also kompatibel sind. Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang, dass die Umsetzung der neoliberalen Politik mit dem Militärputsch vom 12. September 1980 begann. Bei der AKP sind ähnliche autoritäre Tendenzen und ein paternalistisches Staatsverhältnis wie bei den Militärs fest verankert. AKP wie Militärs lehnen die Gewährung von kollektiven Rechten vehement ab. Demokratische Rechte werden als gnädige

Zugeständnisse des Staates verstanden, die auch beliebig eingeschränkt werden können. Beide verteidigen die rassistische Staatsideologie (O-Ton Erdogan: »Eine Nation, eine Fahne, ein Staat«) und benutzen die sunnitische Rechtsschule des Islams als ein Instrument der Herrschaft.

Auch in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gibt es viele Gemeinsamkeiten. Die Anbindung der Türkei an die NATO und deren Befürwortung in der Bevölkerung sind inzwischen fester denn je. An nahezu allen NATO-Interventionen ist die türkische Armee mit unterschiedlicher Intensivität beteiligt. Neoosmanische Großmachtphantasien der AKP und interventionistische Strategiespiele der Generalität stimmen überein – beide wollen die Türkei als »die« Wirtschafts- und Militärmacht der Region etablieren und zu einem imperialen Machtzentrum machen. Dieses Ziel wird stets gemeinsam unterstrichen und das neue Selbstvertrauen auf der internationalen Politikbühne gemeinsam zur Schau getragen.

Ohne Zweifel: Die AKP ist die neue Staatspartei der Türkei, die – um es mit den Worten der bekannten Journalistin Nuray Mert zu sagen – »es erfolgreich geschafft hat, die Traditionen des früheren autoritären Regimes mit ihrer neoliberal-konservativ/nationalistischen Politik zusammen zu bringen«. Sie hat mit ihrer neoosmanischen Vision, dessen Markenkern der Neoliberalismus ist, das Vormundschaftsregime konsolidieren können. Mit dem guten Wahlergebnis im Rücken wird sie das Regime auch bestimmen.

NIEDERLAGE IM SIEG – SIEG IN DER NIEDERLAGE

Dennoch ist Erdogans Sieg bezogen auf seine Hauptziele zugleich eine Niederlage. Obwohl die AKP von fast jeder/m zweiten Wähler/in gewählt wurde, hat sie weniger Sitze als 2007. Das Ziel, mit 367 Abgeordneten von 550 eine verfassunggebende Zweidrittelmehrheit zu erlangen, hat sie deutlich verfehlt. Somit ist das von Erdogan favorisierte Präsidialsystem in dieser Legislaturperiode nicht umsetzbar. Zweitens konnte die AKP weder die MHP unter die 10-Prozenthürde drücken, noch die CHP zurückdrängen.

Auf der anderen Seite konnte das Linksbündnis einen »Sieg in der Niederlage« feiern. Es ist eine Niederlage, weil das Linksbündnis die AKP aus den kurdischen Gebieten nicht hat verdrängen und im Westen das linke politische Ghetto nicht hat, wie erhofft, verlassen können. Die Stimmen, die Sirri Süreyya Önder in Istanbul aus unterschiedlichen Kreisen erhalten hat, können an dieser Tatsache nichts ändern. Der Meinungsforscher Adil Gür meint, dass die linken und sozialistischen Parteien kaum Stimmenzuwachs organisieren konnten. Trotzdem ist es ein fulminanter Sieg in

der Niederlage – aus verschiedenen Gründen[6]:

Erstens gab es keine Verluste bei der Stimmabgabe, obwohl viele WählerInnen kaum Türkisch können und sowohl Parteien als auch unabhängige KandidatInnen auf einem Stimmzettel standen. Die WählerInnen des Blocks waren, besonders in den kurdischen Gebieten, sehr gut organisiert, so dass bei mehreren unabhängigen BündniskandidatInnen in einem Regierungsbezirk alle fast die gleiche Anzahl der Stimmen erhalten haben und alle aufgestellten KandidatInnen, z. B. in Diyarbakir oder Hakkari, gewählt wurden.

Zweitens konnte das Linksbündnis unerwartet mehr Sitze erhalten als die frühere BDP-Fraktion und hat dadurch eine bessere Grundlage für die Bildung einer gemeinsamen Parlamentsfraktion. Wenn später, wie im Falle des Verbotes der DTP (Vorgängerpartei der BDP), einigen Abgeordneten ihre Mandate entzogen werden sollte, sind genügend (mind. 20) Abgeordnete im Parlament, so dass der für die parlamentarische Arbeit sehr wichtige Fraktionsstatus nicht gefährdet ist.

Drittens konnte mit der Bildung des Linksbündnisses eine lange währende, unsägliche Tradition der türkischen Linken, nämlich nie ein breites und vom Wahlvolk beachtetes Bündnis gründen zu können, überwunden werden. Obwohl der Stimmenzuwachs mit 1% beziffert wird, hat die Kandidatur von bekannten türkischen Sozialisten und die Bereitschaft linker Parteien für die Gründung einer Dachpartei eine enorme politische Bedeutung, auch weit über den Wahltag hinaus.

Viertens hat die BDP erstmals Stimmen von konservativen kurdischen WählerInnen erhalten. Der Einfluss von feudalen Großgrundbesitzern und religiösen Sekten ist dadurch erheblich geschwächt worden. Die säkulare kurdische Befreiungsbewegung hat auch innerhalb der religiösen kurdischen Bevölkerungsschichten eine Legitimität erhalten.

Fünftens hat die prokurdische BDP durch das Linksbündnis in den bürgerlichen Medien Anerkennung als legitime Vertretung der kurdischen Bevölkerung gefunden. Sechstens: Mit der Wahl der unabhängigen KandidatInnen wurde die antidemokratische 10-Prozenthürde ad absurdum geführt, weil sie explizit zur Verhinderung des Einzuges von kurdischen und sozialistischen Abgeordneten geschaffen wurde. Und siebtens hat sich das Linksbündnis so etabliert, dass es aus einem Verfassungsänderungsprozess nicht mehr wegzudenken ist. Wenn alles normal lief, wäre es im Parlament das Zünglein an der Waage.

Dass aber in der Türkei nichts normal ist und jederzeit mit Schritten zu rechnen ist, die neue Krisen schaffen können, wurde kurz nach der Wahl

wieder deutlich. Die Hohe Wahlkommission YSK entzog dem inhaftierten Hatip Dicle das Abgeordnetenmandat, obwohl er von ihr selbst zur Wahl zugelassen und mit über 80 Tausend Stimmen gewählt wurde. Am 26. Juni 2011 entschied ein Gericht, dass die fünf kurdischen Abgeordneten, die z.Zt. in Untersuchungshaft sind, nicht freigelassen werden dürfen. Auch zwei Abgeordnete der CHP und ein MHP-Abgeordneter werden nicht aus der Haft entlassen.

Daraufhin hat das Linksbündnis beschlossen, das Parlament zu boykottieren bis die inhaftierten Abgeordneten sind und Hatip Dicle seinen Abgeordnetenstatus erhält. Doch die AKP ist nicht bereit, entgegen zu kommen. Am 23. Juni 2011 erklärte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Bekir Bozdogan, dass »an diesen Entscheidungen nicht gerüttelt« wird. Erdogan wiederum beschuldigte die BDP und warf ihr vor, »mit Erpressung Gesetze ändern zu wollen«.

In der Hauptstadt wird derzeit darüber spekuliert, dass Teile der Regierung der Auffassung seien, »die kurdische Bewegung mit einer kontrollierten Eskalation endgültig zerschlagen« zu können. Dass dabei mehrere Tausend ihr Leben lassen könnten, sei »ein hinnehmbares Risiko«. Unabhängig davon, ob an diesen Gerüchten etwas dran ist oder nicht, die derzeitige Ablehnung eines Lösungsangebots durch die AKP, birgt erhebliche Gefahren. Tatsache ist: Die kurdische Bewegung ist in der kurdischen Bevölkerung verankert wie nie zuvor. Eine vollständige Zerschlagung der PKK ist nur mit einem erneuten anatolisch-mesopotamischen Genozid möglich. Aber es steht auch außer Frage, dass die im höchsten Maße politisierte kurdische Bevölkerung nicht einfach gewillt sein wird, das Schicksal ihrer armenischen Geschwister zu teilen. Was bei einem neuen Entfachen des Krieges passieren könnte, mag man sich nicht auszumalen.

Noch haben die türkischen Entscheidungsträger Zeit für Schritte, die einen Krieg abwenden. Aber diese Zeit ist in Tagen gezählt. Der inhaftierte Kurdenführer Abdullah Öcalan stellte der Regierung ein letztmaliges Ultimatum bis zum 15. Juli 2011. Danach werden wir Zeugen sein, ob dem »arabischen Frühling« ein »kurdischer Sommer« folgen wird.

Wie auch immer: Der Sommer wird sehr heiß werden!

[1] Während dieser Artikel verfasst wurde, hat die Hohe Wahlkommission YSK den Abgeordnetenstatus des inhaftierten unabhängigen Kandidaten Hatip Dicle entzogen. Dadurch verliert das Linksbündnis einen Sitz. Da das Mandat einer AKP-Kandidatin zugesprochen wurde, hat sich die Zahl der AKP-Sitze auf 327 erhöht.

[2] Siehe: <http://bianet.org/bianet/diger/130856-akpnin-secim-basarisinin-garipligi-ve-anlasilabilirliigi>

[3] Siehe dazu auch: Parlamentswahlen 2011 in der Türkei: über Versuche gesellschaftlicher Allianzen ›von oben‹ und ›von unten‹. Von Anne Steckner und Corinna Trogisch. Zu finden unter: www.rosalux.de/publication/37612

[4] Siehe: <http://yorumkitap.com/Pasif%20Devrim.html>

[5] Siehe auch: <http://murat-cakir.blogspot.com/2010/07/die-eu-die-turkei-und-die-macht-der.html>

[6] Siehe auch: <http://murat-cakir.blogspot.com/2011/06/parlamentswahlen-in-der-turkei.html>

DIE KONSOLIDIERUNG DES REGIMES

ÜBER DEN MACHTKAMPF DER TÜRKISCHEN ELITEN

VERÖFFENTLICHT AM 12. AUGUST 2011, AUF [HTTP://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM](http://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM)

Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein: der Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte und die kommandierenden Generäle des Heeres, der Marine und der Luftwaffe waren zurückgetreten. In den westlichen Medien reagierte man darauf unterschiedlich. Während ein Teil der Kommentatoren »neue Hoffnungen für die türkische Demokratie« aufkeimen sahen, sprachen meist konservative Stimmen von der Gefahr »einer weiteren Islamisierung des Landes«.

Ohne Zweifel; es fand ein historischer Umbruch statt. Auch wenn die Generäle nur noch einige Wochen vor ihrer Pensionierung standen, wurde ihr Rücktritt als Ausdruck ihrer Niederlage gesehen. Doch, ist es tatsächlich so, dass mit ihnen »die kemalistischen Garanten für die Westbindung der Türkei« abhanden gekommen sind? Oder ist wirklich ein Weg für die Demokratisierung eröffnet worden, wie uns die regierungsnahen Liberale und Medien es weißmachen wollen? Was ist nun: wird die Türkei demokratischer oder islamistischer?

Die Antwort ist relativ einfach: Weder noch! Die Türkei wird nicht islamistischer, weil in erster Linie die AKP zum Islam ein instrumentelles Verhältnis hat. Islamische Rhetorik und die mediengerecht zur Schau gestellt islamische (!) Lebensweise der AKP-Eliten dienen zur Machterhaltung. Es sind Instrumente ihrer erfolgreichen Strategie, den Kapitalismus mit islamischen Referenzen zu legitimieren. Von 2002 bis heute haben es die AKP-Ideologen geschafft, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik und die Militarisierung der Außenpolitik von der traditionell nationalistisch-konservativen sunnitischen Mehrheit ohne Widerspruch als Staatsräson eines muslimischen Landes akzeptiert wurden. Mehr noch: die türkische Mehrheitsgesellschaft akzeptiert inzwischen die Unterstützung der Kriege des Westens in den islamischen Ländern als Notwendigkeit der türkischen Außenpolitik.

Der Erfolg der AKP-Strategie liegt u. a. darin, dass zum einen die islamische Rhetorik zur alltäglichen Politiksprache gemacht wurde und zum an-

deren die private Kapitalakkumulation staatlich gefördert wird. Während beispielsweise mit der aggressiven Israelkritik die antiisraelischen und antisemitischen Grundhaltungen in der türkischen Gesellschaft bedient und diese zur Machterhaltung instrumentalisiert werden, bildet die Israelkritik andererseits die wichtigste Grundlage für die Anwerbung vom ausländischen Kapital aus den arabischen Ländern. Die hauptsächlich auf Konsumtion und Immobilienrenditen basierende türkische Wirtschaft benötigt ständig frisches Kapital. Und die AKP ist derzeit die einzige politische Kraft, die für einen steten Zufluss von Petro-Dollars sorgen kann.

Auf der anderen Seite wird der gemäßigte Staatsislam immer mehr zum Herrschaftsinstrument der AKP. Die neoliberalen Konvertiten kontrollieren über die Anstalt für Religionsangelegenheiten und den dort angestellten hunderttausenden Imamen die Verbreitung und Propagierung ihres Religionsverständnisses. Dieses Verständnis von der Staatsreligion sieht die private Kapitalakkumulation als anstrebenswerte religiöse Tat, suggeriert die Akzeptanz von Armut als Prüfung für das Jenseits, predigt die Unterwürfigkeit vor dem Arbeitgeber als ethische Pflicht eines jeden Muslims und propagiert ein paternalistisches Staatsverständnis. Die islamische Rhetorik hat zudem einen weiteren Vorteil: durch die Integration von radikalen Islamisten und deren Beteiligung an staatlich geförderter Kapitalakkumulation werden radikale islamistische Forderungen »verwässert« und verlieren an Ausstrahlungskraft. Daher kann zu Recht behauptet werden, dass eine Gefahr einer Islamisierung nicht vorhanden ist. Es ist richtig, die AKP ist fundamentalistisch – aber fundamentalistisch Neoliberal.

NEO-OSMANISCHER IMPERIALISMUS STATT DEMOKRATIE

Der »türkische Islam« ist längst zu einem Synonym für ein autoritäres Gesellschaftssystem und eine autoritäre Staatsführung geworden. Die AKP-Regierung hat die Gewährung von demokratischen Rechten zu regierungsamtlichen

Zugeständnissen degradiert, die jederzeit nach Bedarf zurückgenommen werden können. Neben den Medien wurde auch die Justiz mit zahlreichen Gesetzesveränderungen gleichgeschaltet. Die AKP ist dabei, ihre Hegemonie zur Errichtung eines autoritären Regimes zu nutzen.

Der Rücktritt der Generalität markiert genau diesen Umbruch. Es ist zwar richtig, dass damit die antidemokratische Autonomie der Armeeführung beschnitten wurde, aber die Demokratisierung ist auf der Strecke geblieben. In diesem Machtkampf konnte die AKP auf die Unterstützung der USA setzen und gewann. Die USA haben sich offen auf die Seite der AKP gestellt und die Armeeführung auf ihre neue Rolle gedrängt.

Dennoch; es ist keine Systemveränderung. Das Regime hat die AKP assimiliert und dadurch sich konsolidiert. Die AKP wurde zur neuen Staatspartei und damit auch zur Trägerin der rassistischen Staatsideologie. Die kemalistischen Eliten, die an der starren Nationalstaatlichkeit festhielten und somit versäumten, den Erfordernissen des Umbaus des Nahen Ostens zu entsprechen, mussten den Platz räumen.

Durch die gesellschaftliche Unterstützung hat der neue »starke Führer der Nation«, Premier Recep Tayyip Erdogan mit seiner Regierung die Möglichkeit, die notwendige Transformation der türkischen Streitkräfte zu vervollständigen. In diesem Zusammenhang muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es zwischen der Armee und der AKP in der Außen- und Verteidigungspolitik einen engen Schulterschluss gibt – ebenso in ihrem Vorgehen gegen die kurdische Bewegung. Imperiale Gelüste und Regionalmachtphantasien einen die Neosmanen und die kemalistische Generalität.

Im Übrigen; auch wenn jetzt, nach den Rücktritten, die Armeeführung der zivilen (!) Regierung stärker unterstellt wurde, so bleiben ihre wirtschaftlichen und rechtlichen Privilegien unangetastet. Die Armeeführung verfügt weiterhin über den rentabelsten Privatkonzern, der OYAK und über den militärisch-industriellen Komplex.

Die neue Rolle der Armee sieht die Streitkräfte im Außeneinsatz vor. Anders als in Deutschland, wo über den Einsatz der Bundeswehr im Innern debattiert wird, setzt die AKP auf einen rigiden Polizeistaat. Mit der Modernisierung und Paramilitarisierung der Polizeikräfte entsteht eine starke bewaffnete Kraft als Schutzmacht des Regimes, dessen prioritäre Aufgabe die Aufstandsbekämpfung sein soll. Da die Regierung gleichzeitig die Gendarmerie von der Verantwortung der Armeeführung nehmen und dem Innenminister unterstellen will, wird somit eine Schutzmacht entstehen, die ggf. auch gegen putschfreudige Militärs eingesetzt werden kann.

Diese Entwicklungen sind jedoch keineswegs ein Abkehr von der Westbindung. Im Gegenteil: die Bindung an den Westen, besonders an die USA und die NATO ist fester denn je. Im Unterschied zu den vergangenen Jahren sind die türkischen Entscheidungsträger selbstbewusster geworden. Die Kooptierung in die globalen Strategien durch die G 20 – Mitgliedschaft, die wichtiger gewordene geostrategische Lage und der rasante Wirtschaftswachstum geben allen Anlass dafür.

Doch dieses Selbstbewusstsein hat einen Haken: die nach Freiheiten und Demokratie strebende kurdische Bewegung ist den Herrschenden ein dickes Dorn im Auge. Mit allen Mitteln versuchen sie daher die kurdische Bewegung zu zerschlagen. Mit dem neu ernannten Oberbefehlshaber der Armee, Necdet Özel, einem als Kriegsverbrecher enttarnten General, hat die AKP-Regierung jemanden an der Hand, der verlässlich für ihre Außenpolitik und eine härtere Gangart gegenüber der kurdischen Bewegung einsteht.

Allem Anschein nach ist die AKP-Regierung dabei, einen großen Militärschlag gegen die kurdische Bewegung vorzubereiten. Dieser wird wahrscheinlich von immensen Repressalien und einem Verhaftungsflut, der auch türkische Linke und GewerkschafterInnen nicht verschonen wird, begleitet werden. In letzter Zeit wird verstärkt darauf hingewiesen, dass die tamilische Widerstandsbewegung in Sri Lanka auch zerschlagen wurde, indem man entsprechend hohe Opferzahlen in Kauf nahm – und dass es durchaus möglich sei, mit militärischer Härte erfolgreich gegen eine »terroristische Organisation« vorzugehen. Man rechnet offenbar damit, mit einem großangelegten Krieg, die »Kurdenfrage« endgültig lösen (!) zu können.

Ob jedoch diese Rechnung aufgehen wird, scheint nicht sicher zu sein. Die Ausrufung der demokratischen Selbstverwaltung in den kurdischen Gebieten, die ungebrochene militärische Stärke der PKK-Guerilla und die hohe Politisierung des kurdischen Volkes sind Hindernisse, die kaum mit militärischen Mitteln überwunden werden können. Aber sicher steht eins: die Fortführung dieser Politik wird nicht zu einer Demokratisierung der Türkei führen, sondern das ganze Land, womöglich die ganze Region zu einem Flächenbrand verwandeln, der sicher auch ein großes europäisches Problem sein wird. Noch haben die türkischen Entscheidungsträger Möglichkeiten, ein weiteres, größeres Blutvergießen zu vermeiden. Aber dafür scheinen die Hoffnungen nicht sehr groß zu sein.

DIE LUFT IST SCHWER WIE BLEI!

ÜBER DIE AKTUELLE KRIEGSPOLITIK DER TÜRKISCHEN REGIERUNG

VERÖFFENTLICHT AM 19. AUGUST 2011 AUF [HTTP://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM](http://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM)

Es kam wie von vielen informierten Kreisen vorausgesagt wurde: noch bevor der Ramadan zu Ende war, begannen die Angriffe der türkischen Armee auf mutmaßliche Stellungen der PKK. Berichten zufolge ist vor allem die Zivilbevölkerung das Leidtragende. Das Bombardement der türkischen Kampfjets und Bodeneinheiten trifft Dörfer und zivile Siedlungen.

Dabei hegte man nach den Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 noch Hoffnungen auf eine friedliche Lösung des Konflikts. Das Linksbündnis, getragen von der prokurdischen und mehreren linkssozialistischen Parteien, hatte mit 36 Parlamentssitzen einen großen Erfolg erkämpft. Auf der anderen Seite waren Vertreter des Staates dabei, mit dem, in Isolationshaft gehaltenen Kurdenführer Abdullah Öcalan Verhandlungen zu führen. Am 15. Juli 2011 hatte Öcalan deshalb erklärt, dass »die Verhandlungen fortgeführt werden und eine Friedenskommission gegründet werde«.

Doch die Aberkennung des Mandats von Hatip Dicle wenige Tage nach der Wahl, die Nichtfreilassung von gewählten Abgeordneten und der, im Rahmen des KCK-Komplots inhaftierten BDP-PolitikerInnen sowie weitere Repressalien und Fortführung der militärischen Operationen verhießen nichts Gutes. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan, der durch den Rücktritt der obersten Generäle und die Unterstützung der USA gestärkt aus dem Machtkampf heraustrat, verschärfte von Tag zu Tag seine Kriegsrhetorik. Obwohl Öcalan vehement sich für eine friedliche Lösung einsetzte und erklärte, den Konflikt binnen einer Woche deeskalieren zu können, blieben seine Appelle unerhört. Just an den Feierlichkeiten zum 10. Gründungsjahr seiner AKP erklärte Erdogan den »totalen Krieg«.

Warum? Was sind die eigentlichen Gründe für diesen Kurs der neuen Staatspartei AKP? Was bedeutet ein solcher Krieg für die Region und wie könnte es weitergehen? Das sind die Fragen, nach deren Antwort in diesem Artikel gesucht werden.

DIKTATORISCHES REGIME IM AUFBAU

Kommentatoren der regierungsnahen Zeitungen, auch zahlreiche liberale Stimmen, vertreten die Auffassung, dass PKK-Angriffe der Grund für

diese Kriegserklärung seien. Ein kurzer Rückblick jedoch zeigt, dass die aktuelle Eskalation der militärischen Gewalt von langer Hand geplant war und letztendlich ein Ergebnis der unsäglichen AKP-Politik ist.

Während Erdogan sich damit rühmte, das Kriegsrecht und die Staatssicherheitsgerichte aufgelöst zu haben, scheuen die inzwischen installierten sog. »Gerichte mit Sonderermächtigung« und Willkürjustiz der Sicherheitskräfte keinen Vergleich mit diktatorischen Verhältnissen. Die Gleichschaltung der Justiz und der Medien, die Inhaftierung von über 70 kritischen JournalistInnen, die Verurteilung von minderjährigen Kindern zu hohen Haftstrafen – weil sie Steine geworfen hätten -, von Polizisten und Soldaten erschossenen Kinder sowie tausende Verhaftete sprechen eine andere Sprache. Den Berichten der Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden alleine 2010 rund 16 Tausend Personen aus politischen Gründen verhaftet. Und in der ersten Jahreshälfte 2011 wurden in den kurdischen Gebieten 4.015 Personen verhaftet.

Damit nicht genug: obwohl die PKK einseitig Waffenstillstand erklärt hatte, wurden zahlreiche GuerillakämpferInnen gezielt getötet und militärische Operationen in Kurdistan nahmen nicht ab. Gleichzeitig wurden Bestattungen von »gefallenen« Soldaten dazu genutzt, um den Hass der türkischen Bevölkerung gegen KurdInnen aufzustacheln und in gewählten Städten Lynchhysterie zu verbreiten.

Ohne Zweifel: die AKP ist dabei, ihre Hegemonie systematisch für die Errichtung eines autoritären Regimes zu nutzen. Die Rücktritte der obersten Generäle wurden zum Anlass genommen, einen nachweislichen Kriegsverbrecher, General Necdet Özel, zum Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte zu ernennen. Der von der kurdischen Bevölkerung als »Chemical Necdet« genannter Özel ist als kompromisslos bezüglich der kurdischen Frage bekannt.

Gleichzeitig wird die Neustrukturierung der Armee und der Sicherheitskräfte vorangetrieben.

Während die Streitkräfte, professionalisiert und modernisiert zu einer Interventionskraft umgebaut werden, erfolgt die Paramilitarisierung der Polizei. In diesem Zusammenhang erklärte die AKP-Regierung ihren Willen, die Gendarmerie dem Innenministerium zu unterstellen. Zudem werden sog. »Supergouverneure« ernannt, die mit Sondervollmachten ausgestattet werden und die Polizeikräfte sowie die Gendarmerie befehligen sollen. Zusammen mit den sonderermächtigten Gerichten, dem sog. »Gesetz zur Bekämpfung des Terrors«, weiteren Gesetzesverschärfungen und den paramilitärisch hochgerüsteten Sicherheitskräften werden diese »Supergouverneure« das Instrument und die wichtigste Stütze der AKP-Diktatur.

NEO-OSMANISCHE IMPERIALISMUSGELÜSTE

Diese Entwicklung muss in einem engen Zusammenhang mit den Neuordnungsversuchen des Nahen Ostens betrachtet werden. Alle Schritte, die von der AKP-Regierung unternommen werden, geschehen im Einklang mit den USA und der NATO. Entgegen der Unkenrufe einiger Konservativen aus Europa, »die Türkei stehe vor einer Islamisierungsgefahr«, ist die Bindung an den Westen, sprich der USA, Kerneuropa und an die NATO fester denn je.

Im Unterschied zu den früheren Jahren sind die türkischen Machthaber selbstbewusster und fordern, im Bewusstsein über die wachsende geostrategische Bedeutung der Türkei, ihren Anteil an dem zu verteilendem »Kuchen«. Dafür sind sie bereit, als Gendarm der westlichen Mächte in der Region zu agieren und Interventionskriege mit aller Macht zu unterstützen. Mit der Durchsetzung der neuen Rolle der Streitkräfte sind sie auch dafür bestens gerüstet. Im Gegenzug forderten und erhielten sie Unterstützung bei ihrem militärischen Vorgehen gegen die kurdische Bewegung.

Die Kriegserklärung Erdogans ist daher keine innenpolitische Posse und bei weitem kein unkontrollierter Gefühlsausbruch. Im Gegenteil; es ist ein berechneter Schritt, mit dessen Verwirklichung der regionale Machtanspruch untermauert werden soll. Mit den nächtlichen Angriffen, der Nutzung von Drohnen und bunkerbrechenden Bomben soll die militärische Stärke der Armee demonstriert werden. Es ist auch ein unmissverständliches Signal an die syrische Führung.

Die Entwicklung in Syrien ist für Ankara und Washington besonders ärgerlich, da diese Entwicklung für beide Staaten ein unkalkulierbares Risiko beinhaltet. Eine Änderung des Status quo in dem multiethnischen Syrien würde womöglich den gesamten Nahen Osten destabilisieren. Zudem hat die Türkei mit Syrien eine 850 km lange

gemeinsame Grenze und ein dickes gemeinsames »Kurdenproblem«. Eine mögliche Emanzipation der syrischen KurdInnen wäre für die Türkei unakzeptabel. So erhöht die AKP-Regierung den Druck auf Syrien, um Assad zu Zugeständnissen zu drängen, die jedoch gleichzeitig die territoriale Einheit Syriens sicherstellen sollen.

Auf der anderen Seite hat die AKP-Regierung eine strategische Kooperation mit dem Molla-Regime in Iran aufgebaut. Daher wurde das massive Vorgehen der iranischen Armee gegen die kurdische Bewegung durch Ankara unterstützt. Umgekehrt erlaubte Iran der türkischen Luftwaffe die Nutzung ihres Luftraums bei den letzten Bombardierungen.

WIE WEITER?

Die Tatsache, dass die politisierte kurdische Bevölkerung nicht mehr so leben will, wie bisher, macht immer noch das größte Hindernis für die Regionalmachtphantasien der zum Neoliberalismus konvertierten AKP aus. Sowohl die Regierung und die sie unterstützenden Kräfte, als auch die Militärs scheinen davon überzeugt zu sein, dass die kurdische Bewegung mit massiver militärischer Gewalt zerschlagen werden kann.

Genau dies ist aus der Sitzung des neustrukturierten Nationalen Sicherheitsrates zu hören. In seiner Erklärung vom 18. August 2011 weist der Sicherheitsrat daraufhin, dass »unter den günstigen Bedingungen der internationalen Politik mit aller Härte und einer neuen Strategie der Kampf gegen den Terror mit Erfolg gekrönt« werde.

Wie diese »neue Strategie« aussieht, kann man aus den Interviews der Regierungspolitiker und den Medienkommentaren lesen. Es ist zu erwarten, dass den massiven militärischen Schlägen landesweite Repressionen und Verhaftungswellen folgen werden. Erdogan äußerte sich dazu unmissverständlich: »Alle, die der Terrororganisation nahe stehen, werden die geballte Macht des Staates zu spüren bekommen«. Damit sind auch türkische Linke und Menschenrechtsorganisationen gemeint.

Zeitgleich begann auch die kriegsverherrlichende und Hass erzeugende Propaganda der regierungsnahen Medien. Die Tageszeitung Yeni Safak druckte auf ihrer ersten Seite mit großen Buchstaben »ihr seid die Mörder« und veröffentlichte die Fotos von BDP-PolitikerInnen. Nach Erdogans Drohung wurden mehrere BDP-Büros angegriffen und in verschiedenen Städten sind allabendlich nationalistische Mobs auf den Straßen.

Die Gefahr eines Bürgerkrieges bzw. bürgerkriegsähnlichen Situation ist nicht von der Hand zu weisen. Die Bombardierung kurdischer Dörfer geht unvermindert weiter. Anwälten von Öcalan

wird seit mehreren Wochen der Besuch auf der Imrali-Insel verwehrt. Einigen Anwälten wurde sogar ihr Mandat entzogen.

Auf der anderen Seite gehen immer mehr Menschen in Kurdistan protestierend auf die Straßen. Die Regierung antwortet darauf mit massiver Polizeigewalt. Appelle türkischer Intellektuellen, die die Beendigung der militärischen Operationen und zivile Konfliktlösungen einfordern, verhallen in der Leere. Gesprächsangebote der Bündnisabgeordneten zur friedlichen Lösung bleiben unerhört.

All das deutet daraufhin, dass der Konflikt weiter verschärft wird und die Situation eskalieren könnte. Wenn dieser kriegerische Weg weiter vorangeschritten wird, kann ein blutiger Prozess beginnen, an dessen Ende die Türkei, wie wir sie heute kennen, nicht mehr existieren könnte. Denn ein wieder entfachter Krieg wird nicht mehr in den Bergen einzugrenzen sein. Dann würden auch die Städte brennen – und damit auch die Straßen Europas.

Die AKP spielt mit dem Feuer. Hoffen wir, dass sie nur ihre Finger verbrennt und nicht die gesamte Region.

DER SCHEIDUNGSKRIEG

ÜBER DIE HINTERGRÜNDE DER AKTUELLEN ISRAELISCH-TÜRKISCHEN KRISE

VERÖFFENTLICHT AM 18. SEPTEMBER 2011 AUF [HTTP://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM](http://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM)

Die Reaktion der türkischen Regierung auf den Palmer-Bericht der UN vom 3. September 2011 ist ungewöhnlich, aber wie erwartet heftig ausgefallen. Einen Tag vor der Veröffentlichung des Berichts erklärten zeitgleich der Staatspräsident Abdullah Gül (O-Ton: »Dieser Bericht ist für uns nicht existent«), der Premier Recep Tayyip Erdogan und der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu ihre Ablehnung. Der israelische Botschafter wurde des Landes verwiesen und der türkische Botschafter in Israel zurückberufen.

Den Zeitungsberichten zufolge war der Bericht der Untersuchungskommission unter der Leitung des ehem. Ministerpräsidenten Neuseelands Geoffrey Palmer über die Ereignisse während der Erstürmung der Gazaflootten-Schiffs Mavi Marmara eigentlich schon vor Wochen fertig. Doch mit der Veröffentlichung wartete man ab, weil damit die Hoffnung verbunden wurde, Israel und die Türkei könnten sich am Ende noch einigen.

Es stellte sich heraus, dass diese Hoffnung ein Trugschluss war. Die Türkei bestand darauf, dass Israel sich entschuldigen, Entschädigungsgeld an die Opfer zahlen und die Blockade des Gaza-Streifens aufheben müsse. Außenminister Davutoglu erklärte sodann am 2. September 2011 die Maßnahmen, welche bis zur Erfüllung dieser Forderungen aufrecht erhalten würden. Diese sind:

- »Die diplomatischen Beziehungen werden eingefroren. Der Botschafter und Botschaftsangehörige, bis auf einen stellv. Geschäftsträger, werden binnen zwei Tagen zurückgeholt;
- Sämtliche militärische Abkommen zwischen der Türkei und Israel werden eingefroren;
- Als das Land, das im östlichen Mittelmeer die längste Küste besitzt, wird die Türkei alle Maßnahmen für eine freie Schifffahrt ergreifen;
- Die Türkei erkennt die israelische Blockade des Gaza-Streifens nicht an. Bezüglich des seit dem 31. Mai 2010 von Israel durchgeführten Embargos wird der Internationale Geri-

chtshof angerufen. In diesem Zusammenhang werden Initiativen ergriffen, um die UN-Generalversammlung zu weiteren Schritten zu bewegen;

- Alle türkischen und ausländischen Opfer des israelischen Angriffs werden bei ihrer Rechtssuche vor Gericht unterstützt«. [1]

Die internationale Presse horchte auf, das Handeln der türkischen Regierung wurde nun aufmerksam verfolgt. Die Sprecherin des US-Außenministeriums Victoria Nuland äußerte das »große Besorgnis der USA« [2] über die Verschärfung in den israelisch-türkischen Beziehungen. Am 6. September 2011 wies Financial Times auf die möglichen Folgen der israelisch-türkischen Krise hin und kommentierte, dass »die Neuausrichtung der türkischen Politik alsbald Ägypten und Jordanien beeinflussen« könne und »Israel ihren wichtigsten Partner in der Region verloren« habe. [3] Die Zeitung unterstrich zudem: »Was den Einfluss in der Region angeht, ist Iran der größte Konkurrent beider Länder. Wenn im Endergebnis der einzige Sieger in diesem Konflikt Iran heißen sollte, werden weder die Türkei, noch Israel einen Nutzen haben«. Der ehem. Israelische Botschafter in Ankara Alon Liel kommentierte, dass »wenn Erdogan den Gaza-Streifen besucht, dann wird in der Diplomatie der Region ein dramatischer Richtungswechsel erfolgen«. [4] Der türkische Premier machte noch am 9. September 2011 deutlich, dass »die Türkei mit Entschiedenheit an ihren Forderungen festhalten« werde.

Israelische und türkische Kommentatoren sprechen von einer »Eiszeit« zwischen den beiden Staaten und positionieren sich sehr unrühmlich in diesem Scheidungskrieg. Dabei waren Israel und die Türkei sich so nah wie »Zwillingsgeschwister« (Haluk Gerger). Was als rhetorischer Schlagabtausch auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos 2009 zwischen Erdogan und Simon Peres begann, hat sich zu einer handfesten Krise entwickelt, der den gesamten Nahen Osten beeinflussen könnte. Warum? Was wird jetzt folgen? Was sind die eigentlichen Gründe und welche

Dynamik könnte diese Krise noch bekommen? Welche Rolle spielen die USA und die US-Interessen in der Region? Sind die Neosmanen dabei, die Führung der islamischen Welt zu übernehmen? Auf diese und weitere Fragen sollen mit diesem Artikel Antworten gesucht werden.

Aber vorher ist es sinnvoll, einen Rückblick auf die Entwicklung der israelisch-türkischen Beziehungen zu werfen.

GESCHWISTER IM GEISTE – VON ANFANG AN

Die Türkei war eines der ersten Länder – das erste muslimische Land überhaupt –, die Israel anerkannt haben. Die Anerkennung Israels durch die Türkei erfolgte am 28. März 1949. Im Jahr 1950 begannen mit der gegenseitigen Ernennung von Botschaftern die diplomatischen Beziehungen. Der damalige türkische Außenminister Necmettin Sadak musste diesen Schritt gegen kritische Stimmen im Lande verteidigen: »Die türkisch-israelischen Beziehungen entsprechen den nationalen Interessen der Türkei und bilden gegen Gefahren, welche die territoriale Einheit unseres Landes bedrohen, eine gute Grundlage«. [5]

Für die Entscheidungsträger in beiden Staaten waren zudem ähnliche spezifische Lagen allzu deutlich, so dass ein gegenseitiges Verständnis möglich war: Schon 1948 war es nicht möglich, die Türkei als nur einen Nah-Ost-Staat zu bezeichnen. Die Türkei hatte und hat eine Scharnierfunktion zwischen der westlichen und islamischen Welt. Um es mit Charles de Gaulle zu sagen: »sie ist die Herrin der beiden Meeresengen und der Pforte in den Nahen Osten«. Einer Pforte, die die Wege nach Europa, dem Balkan, zum Schwarzes Meer, Kaukasus sowie Nahen Osten und zurück eröffnet und irgendwie ein Teil von allen ist. Sie ist »anders«.

Das »anders sein« gilt auch für Israel, aber in einem anderen Format. Israel ist zwar ein Staat im Nahen Osten, wird aber von den übrigen Ländern des Nahen Ostens nicht als solcher anerkannt. Obwohl Israel gleichzeitig politisch wie kulturell immer mehr nahöstlicher wird, wurde und wird es als ein »europäischer« Staat angesehen und positioniert sich im politischen Koordinatensystem des Westens.

Diese spezifische Lagen und die vielfältigen Identitäten gehörten und gehören zu den eigentlichen Gründen der Annäherung beider Staaten. Dennoch waren, und werden heute mehr denn je, die israelisch-türkischen Beziehungen von der Palästina-Politik Israels bestimmt.

So war es kein Zufall, dass die Türkei während des ägyptisch-israelischen Kriegs von 1956 ihren Botschafter Sevkett İstinyeli zurückzog und erklärte, dass bis zur Lösung der Palästina-Frage kei-

ne Botschafter mehr entsandt würden.

Ein wesentlicher Grund dafür war die innenpolitische Stimmung in der Türkei. Die israelisch-türkischen Beziehungen waren von den militärisch-bürokratischen Eliten aufgebaut worden und eine zivilgesellschaftliche Annäherung nie angedacht gewesen. Obwohl die jüdische Gemeinde in der Türkei immer ein höheres Ansehen genoss als die übrigen nichtmuslimischen Minderheiten, waren antisemitische Grundhaltungen in der muslimischen Mehrheitsbevölkerung weit verbreitet (und sind es bis heute noch). Die stärker werdenden konservativ-muslimischen Kräfte drängten die am 14. Mai 1950 gewählte Menderes-Regierung zur verstärkten Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern. Der ägyptisch-israelische Krieg war dann der Anlass, diesen Druck zu erhöhen.

Israel, das sich immer von Feinden umzingelt sah, war bemüht, ihre Beziehungen zu nichtarabischen Ländern aufzubauen. Aus diesem Grund sollten die Beziehungen mit Iran und Äthiopien sowie der Türkei verbessert werden. Zudem wurden mit den maronitischen Christen im Libanon sowie den KurdInnen und AramäerInnen im Irak neue Verbündete gefunden.

Die Menderes-Regierung hatte wie Israel, enge Beziehungen zu den USA aufgebaut und die US-Administration drängte beide Staaten zur Kooperation. So unterschrieben am 29. August 1958 in Ankara der israelische Ministerpräsident David Ben Gurion und der türkische Premier Adnan Menderes [6] ein Kooperationsabkommen. Demzufolge sollte Israel die türkische Landwirtschaft unterstützen und die Türkei Israels Luftwaffe erlauben, in der Türkei Übungsflüge zu absolvieren.

DAS AUF UND AB DER BEZIEHUNGEN

In den folgenden acht Jahren wurden die Beziehungen intensiviert und mehrere wirtschaftliche, aber vor allem militärische Kooperationen begonnen. Doch die Zypern-Frage wurde in den 1960er Jahren für die Türkei und somit für die Beziehungen zu Israel, zu einem immer größeren Problem.

Laut dem Garantieabkommen von 1960 war die Türkei für die Sicherheit der türkischen Zyprioten zuständig. Die blutigen Ereignisse von 1963 auf der Insel waren von den türkischen Entscheidungsträgern als ein Affront aufgefasst worden. Das türkische Militär bereitete sich auf eine Invasion der Insel vor, die am 7. Juni 1964 beginnen sollte. Ein bitterböser Brief des US-Präsidenten Johnson an den türkischen Premier İsmet İnönü am 5. Juni 1964 jedoch beendete die Vorbereitungen. Der »Johnson-Brief« führte die auf der Truman Doktrin vom 12. März 1947 beruhenden Beziehungen kurzfristig in eine tiefe Krise, die mit dem

Besuch İnönü am 21. Juni 1964 in Washington beendet werden konnte.

Aufgrund der Entwicklungen in Zypern suchten die türkischen Entscheidungsträger Unterstützung in der arabischen Welt. Daher wurden 1966 die Beziehungen zu Israel auf ein Minimum zurückgefahren. Nun begann die Türkei sowohl in der Region als auch auf der internationalen Bühne sich zugunsten der Palästinenser einzusetzen.

Nach dem Sechstage-Krieg in 1967 forderte der türkische Außenminister İhsan Sabri Çağlayangil Israel demonstrativ auf, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Während des Sechstage-Krieges lehnte die türkische Regierung die Benutzung des US-Stützpunktes İncirlik, von dem aus US-Jets Israel zu Hilfe eilen sollten, ab. Auch sechs Jahre später, 1973 wurde das Ersuchen der USA, von İncirlik aus Jets fliegen zu lassen, abgelehnt. Gleichzeitig aber erlaubte die Türkei der Sowjetunion die Nutzung ihres Luftraums für Militärtransporte in die arabischen Länder. Und 1975 wurde die Resolution 3379, die von der UN-Generalversammlung angenommen und mit der besagt wurde, dass »der Zionismus eine Form des Rassismus und der Rassendiskriminierung« sei, von der Türkei unterstützt.

DIE ERNEUTE ANNÄHERUNG

Die Tatsache, dass die Türkei – auch wegen der eigenen osmanischen Geschichte – von den arabischen Ländern mit ihrem Führungsanspruch nicht anerkannt wurde und die erhoffte Unterstützung in der Zypern-Frage nicht über Absichtserklärungen hinausging, führte zu einer Entzauberung dieser Strategie. Die untereinander zerstrittenen und von Despoten regierten arabischen Länder konnten die türkischen Erwartungen nicht erfüllen.

Mit Unterstützung der USA ergriffen am 12. September 1980 die türkischen Generäle gewaltsam die Macht. 1979 waren nach der iranischen Revolution die Mollas an die Macht gekommen und verfolgten eine, den türkischen Interessen widersprechende Außenpolitik. Der Türkei und auch Israel war ein potenter Partner abhanden gekommen.

Die Militärjunta verfestigte eine neoliberale Wirtschaftspolitik, eine repressive Innen- und eine den NATO-Interessen entsprechende Außenpolitik. Aktuell war zu dieser Zeit auch die »Armenische Frage«. Die Junta heuerte rechtsradikale Killer an, um in Europa tätige Funktionäre der armenischen Untergrundorganisation ASALA zu exekutieren. Die türkische Generalität setzte das »Gladio-Konzept« der NATO umfassend um. Als Israel 1982 in den Libanon einmarschierte und Informationen aus den ASALA-Camps in Liba-

non der türkischen Junta weitergab, begann das gegenseitige Vertrauen wieder zu wachsen. 1982 wurde dann der als Israelfreundlich bekannte Diplomat Ekrem Güvenderen als Geschäftsträger nach Israel entsandt. [7]

Die 1980er und 1990er Jahre können durchaus als das »goldene Zeitalter« der israelisch-türkischen Beziehungen, deren Motor die westlichen Strategien waren, bezeichnet werden. Besonders die jüdischen Organisationen in den USA förderten die Kooperation zwischen Israel und der Türkei. 1989 wurde deren Einfluss in der US-amerikanischen Politik deutlich: die American Israel Public Affairs Committee AIPAC und Jewish Institute for National Security Affairs waren wesentlich daran beteiligt, als 1989 im US-Senat eine Resolution zur Anerkennung des Völkermords an ArmenierInnen abgelehnt wurde. [8] Schon 1999, als es immer mehr deutlich wurde, dass die Türkei eines der wichtigsten Energieumschlagsplätze der Welt sein würde, erklärte Israel bei der Unterschriftszeremonie über das Abkommen des Pipelines Baku-Tiflis-Ceyhan, welches unter der Schirmherrschaft des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton von Aserbaidschan, Georgien und der Türkei unterschrieben wurde, seine Unterstützung für dieses Projekt.

Die türkischen Entscheidungsträger sahen das Nutzen der engen Zusammenarbeit mit Israel. Nach zahlreichen gegenseitigen Besuchen von verschiedenen Ministern, wurden ab 1991 die Beziehungen wieder auf der Botschafferebene fortgeführt. Zeitgleich wurde aber auch für die Vertretung in Palästina ein türkischer Botschafter bestellt.

Denn gerade für die arabischen Länder war die militärische Zusammenarbeit ein Anlass zur Sorge. 1994 hatten die Luftwaffen beider Länder ein Abkommen über die Zusammenarbeit der Pilotenausbildung unterschrieben und zwei Jahre später, 1996, ein umfangreiches Abkommen über militärische Zusammenarbeit. Eigens dafür war der Oberbefehlshaber der türkischen Armee, İsmail Hakkı Karadayı nach Israel gereist. Auch der damalige Staatspräsident Süleyman Demirel reiste nach Israel und unterzeichnete mehrere Wirtschaftsabkommen.

Israel übernahm die Modernisierung der türkischen F-4 Jets. Die Übungsflüge israelischer Piloten im türkischen Luftraum, speziell über Konya, wurden intensiviert. Eine gemeinsame strategische Arbeitsgruppe wurde eingerichtet und die geheimdienstliche Kooperation verstärkt. Gemeinsame Militärübungen wurden abgehalten.

Die militärische Zusammenarbeit war für beide Seiten sehr fruchtbar. Israel erhielt weitere Aufträge, so u. a. für die Modernisierung der F-5

Jets sowie für die Lieferung von Phyton-4-Raketen, Popey-Luft-Boden-Raketen, Marschflugkörper, Arrow-Antiraketen-Raketen und Nachtsichtgeräte für türkische Kampfhubschrauber. Die türkische Generalität konnte dadurch den Rückgang der US-Rüstungslieferungen kompensieren und die Armee schlagkräftig modernisieren. Unterstützt und gefördert wurde die israelisch-türkische Partnerschaft von der US-Administration. Diese Partnerschaft wurde 1998 durch ein gemeinsames Militärmanöver dann als strategische Partnerschaft zwischen Israel, Türkei und den USA deklariert.

Im Mai 1997 nahmen Israel und die Türkei die syrische Führung ins Visier. Die Verteidigungsminister der Türkei Turan Tayan und Israels Itzhak Mordechai warfen gemeinsam Syrien die »Unterstützung des Terrorismus« vor. Der erhöhte Druck führte auch dazu, dass die Führung in Damaskus schließlich den Kurdenführer Abdullah Öcalan zwang, das Land zu verlassen. Öcalan wurde nach einer Odyssee über verschiedene Länder 1999 in Kenia nach einer gemeinsamen Operation der US-amerikanischen und israelischen Geheimdienste entführt und der Türkei ausgeliefert.

DIE DIMENSION DER WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

In Bezug auf das gesamte Handelsvolumen der Türkei, liegt der israelische Anteil bei rund 1 Prozent. 1996 betrug das Handelsvolumen 446 Millionen Dollar und erhöhte sich 2009 auf rund 3,3 Milliarden Dollar. [9] Den TUIK (Statistikbehörde der Türkei) – Angaben zufolge machten alleine Rüstungsgüter über 2 Milliarden Dollar aus. Zusätzliche Importe, die rein militärische Einkäufe wie Verteidigungssysteme und Zulieferprodukte sind und von der Stiftung zur Stärkung der türkischen Streitkräfte [10] bezahlt werden, werden in den offiziellen Handelsstatistiken nicht aufgeführt.

Der Journalist der regierungsnahen Tageszeitung Yeni Safak Fevzi Öztürk wies in einem Artikel über israelisch-türkische Wirtschaftsbeziehungen [11] darauf hin, dass »bei diesem Konflikt in erster Linie die israelische Rüstungsindustrie der Leidtragende sein« würde. Auf den ersten Blick ist das nicht von der Hand zu weisen. Immerhin ist die Rüstungsindustrie die wichtigste Stütze der israelischen Wirtschaft. Einen Großteil der israelischen Exportgüter machen sog. Verteidigungssysteme und militärische High-Tech-Ausrüstungen aus. Und die Türkei ist der drittgrößte Exportmarkt Israels. Sicherlich werden daher die auf Eis gelegten militärischen Projekte die israelische Rüstungsindustrie hart treffen, aber nicht so hart, wie Öztürk meint. Denn Israel hat andere Möglichkeiten weiterhin ihre Rüstungs-

waren an die Türkei zu verkaufen. In der Türkei sind lt. einer Studie derzeit rund 250 Firmen tätig, deren Ursprung – auf Umwegen – in Israel liegt. Nicht dazu gezählt werden internationale Rüstungskonzerne, an denen israelische Firmen beteiligt sind und die der Türkei weiterhin Waffen verkaufen.

Was die israelischen Auslandsinvestitionen betrifft, kommt die Türkei nach den USA und Großbritannien an dritter Stelle. Die Investitionen des israelischen Kapitals konzentrieren sich in den Bereichen Energie, Finanzdienstleistungen und Landwirtschaft.

Den Angaben des türkischen Außenministeriums nach, wird der rechtliche Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen durch das Türkisch-Israelische Freihandelsabkommen, Abkommen über Handels-, Wirtschafts-, Industrie-, Technik- und Wissenschaftszusammenarbeit, Gegenseitige Investitionsförderungs- und Schutzabkommen und das Abkommen über die Vermeidung der Doppelbesteuerung gestellt. So weisen auch die Berichte des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten bei dem Ministerpräsidenten, dass zahlreiche israelische Waren Steuerbefreiungen und Befreiung von Einfuhrbeschränkungen genießen. Die vom Außenminister Davutoglu angekündigten Maßnahmen zur Durchsetzung der türkischen Forderungen an Israel sehen bislang ein Aussetzen dieser Wirtschaftsabkommen bzw. die Aufhebung der Befreiungen nicht vor.

Das »Admiralsschiff« der israelischen Investitionen in der Türkei ist ohne Zweifel der Energiesektor. Diese Investitionen wurden nach 2002 von der AKP-Regierung besonders gefördert. So erklärten beispielsweise israelische Firmenvertreter auf einer Konferenz des Vereins der ausländischen Investoren (YASED), die unter dem Titel »Der Favorit ausländischer Investitionen: Das Land der Chancen, die Türkei« stattfand, dass »Premier Erdogan 2002 sie persönlich für Investitionen in der Türkei überzeugt« habe und sie ihre Investitionsentscheidungen erst danach getroffen hätten. Die AKP-Regierung kam ausländischen Investoren sehr entgegen. Bei der Privatisierung der staatseigenen Aktiengesellschaft der Türkischen Ölraffinerien TÜPRAS erhielt die Carlyle MG Limited, die der israelischen Ofer Brothers Group (ein Mischkonzern, dessen Aktivitäten sich u.a. auf Containerschifffahrt, Luftfahrt, Automobile, Logistik, Chemie, Energie, Medien, Immobilien und andere Investments erstrecken) gehört, für 446 Millionen Dollar ein Aktienpaket von 14,76 Prozent. Erbst erklärte daraufhin Rahmi Koc, Eigentümer des größten Familienkonzerns der Türkei (Koc Holding hatte gemeinsam mit Shell Company of Turkey am 12. September 2005 für

4,1 Milliarden Dollar 51 Prozent der TÜPRAS-Aktien gekauft), dass die Regierung »gesetzeswidrig handele«. Die türkische Presse, insbesondere die Dogan Media Holding (Herausgeberin der Tageszeitung Hürriyet), die wiederum über ihre eigenen Energiefirmen großes Interesse an TÜPRAS hatte, berichtete, dass die 446 Millionen Dollar nur ein Drittel des eigentlichen Wertes des Aktienpakets ausmachen.

Im Energiesektor der Türkei können israelische Investitionen ihren Einfluss über Partnerschaften mit türkischen Konzernen geltend machen. Darunter sind besonders die Konzerngruppen Calik und Zorlu zu nennen, die Partner der israelischen Energiekonzerne Dorad, Ashdod, Ramat Negev und Solad Energy (die alle der Edeltech Gruppe gehören) sind. So bekam beispielsweise die Calik Gruppe im Rahmen des Projekts Medstream den Auftrag für die Bauarbeiten, um den Hafen von Haifa mit der Baku-Tiflis-Ceyhan Pipeline zu verbinden. Kosten soll das ganze 4,5 Milliarden Dollar. Über diese Pipeline soll nicht nur Rohöl und Erdgas sondern auch Strom und Wasser nach Israel transportiert werden. Über die Verlegung einer fiberoptischen Kommunikationsleitung wird noch verhandelt. Die Gruppe Zorlu wiederum erhielt 2004 den Auftrag, in den von Israel besetzten Gebieten 3 Erdgasumwandlungsstationen zu bauen.

Im Finanzsektor fand die wichtigste Investition im Jahre 2005 statt: Die israelische Hapoalim Bank kaufte die türkische C Bank zu 100 Prozent auf. Heute heißt die Bank »Bank Pozitif« und vergibt Kredite in den Bereichen Energie, Tourismus, Bau, Infrastrukturmaßnahmen, Wasser- und Landwirtschaft sowie für Nahrungsmittelfirmen.

Ibrahim Cecen, Eigentümer der Firma IC ICTAS und einer von den großen Financiers der AKP (Erdogan verbringt jedes Jahr sein Urlaub im Cecens Hotel in Antalya), der mit dem israelischen Agrokonzern Tahal Group eine Partnerfirma gegründet hat, eröffnete den israelischen Agrochemiefirmen und der israelischen Agrogentechnik den türkischen Markt. Cecen war auch bei der Lobbyarbeit für eine Änderung des Gesetzes über Saatgut (Gesetz-Nr. 5553) maßgeblich beteiligt. Durch die Gesetzesänderung wurde u. a. auch der großflächige Anbau und Vertrieb von genetisch veränderten Pflanzen möglich.

Zwei israelische Firmen, Hazera Genetics LTD und Zeraim Gedera LTD beherrschen den Saatmarkt der Türkei, wobei sie den Vertrieb ausschließlich über den türkischen Toros Tarim (unter dem Dach der Tekfen Holding) organisieren. Inzwischen verkaufen auch kleinere Firmen wie Anadolu Tarim, Setar A.S. oder AYS Tarim, bis auf

wenige Ausnahmen, nur noch Saatgut aus Israel.

Die Land- und Wasserwirtschaft sind Bereiche, in der die israelischen Investitionen langfristigen Charakter haben. Dies geschieht auch in Übereinstimmung mit der AKP-Regierung. So berichtete die Tageszeitung Star am 8. Juni 2008, dass »das türkische Ministerium für Landwirtschaft und Dorfangelegenheiten der Geological Survey of Israel die Genehmigung erteilt hat, in der Nähe von Izmir eine Milchfarm mit 500 Kühen zu gründen und die Gründung von weiteren Milchfarmen in verschiedenen Regionen überprüft werde«. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die GSI auf ihrer Website (<http://www.gsi.gov.il/eng/>) mitteilt, dass sie als beratendes Organ für alle staatlichen Branchen und wichtigsten öffentlichen wie privaten Unternehmen tätig ist sowie eine nationale und regionale geowissenschaftliche Datenbank verwaltet. Forschungsschwerpunkte der GSI sind »qualitative und quantitative Hydrogeologie, Geochemie, Umweltgeologie, geologische Kartierung« u.v.a.m.

Gemäß einem Vertrag mit dem israelischen Zentrum für internationale Kooperation MASHAV, welches 2003 unterschrieben wurde, erhält die Türkei im Rahmen ihres Großen Anatolienprojekts GAP, die zahlreiche Staudämme auf Tigris und Euphrat vorsieht, insbesondere in den Regionen des »Programms für Regionalentwicklung« Bildungs- und Beratungsdienstleistungen aus Israel. Dieser Vertrag sieht auch vor, dass bei Umsetzungsschwierigkeiten des Projekts, zur Aufhebung dieser, nur israelische Technologien eingesetzt werden dürfen. Dabei sind von MASHAV vorgeschlagenen Firmen zu beauftragen. Linke Parteien und Wasserbewegungen in der Türkei üben scharfe Kritik an der militärischen Schwerpunktsetzung des GAP und der Wasserprivatisierungspolitik der AKP, die inzwischen sogar kleinere Bäche an internationale Nahrungsmittelkonzerne verkauft hat.

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass Israel und die Türkei strategische und langfristige Wirtschaftsbeziehungen eingegangen sind, die kaum von der aktuellen Krise beeinflusst werden können. Hierbei sollte auch unterstrichen werden, dass die Wirtschaftsbeziehungen bei der aktuellen Krise so gut wie keine Rolle spielen.

VOM STRATEGISCHEN PARTNER ZUM KONKURRENTEN

Die nach der Finanzkrise in 2001 ergriffene Maßnahmen sowie deren Früchte, der begonnene Heranführungsprozess in die EU und der wirtschaftliche Aufschwung stärkte die Position der AKP. Mit dem Rückenwind des hohen Wirtschaftswachstums, der G 20-Mitgliedschaft und der wichtiger gewordenen strategischen Rolle

des Landes, insbesondere für die Energielieferungen in die EU, konnte die AKP sich schrittweise als neue Staatspartei etablieren.

Nun war die Türkei dabei, eine regionale Macht zu werden. Ihre größte Konkurrentin war (und ist) Iran, wobei es immer mehr deutlich wurde, dass die Grenzen dieser Konkurrenz von den Beziehungen zu Israel bestimmt werden. Die imperiale Ausrichtung der türkischen – oder besser gesagt – der AKP-Außenpolitik machte zum einen die Neuformierung und Zurückdrängung der Armeeführung, zum anderen eine Abkehr von den bisherigen Sicherheits- und Verteidigungspolitiken notwendig. Die Doktrin des militärisch-bürokratischen Vormundschaftsregimes, wonach die Türkei »allseits von feindlichen Staaten umzingelt« sei, wurde ad acta gelegt und an dessen Stelle die »Null-Probleme-Politik mit den Nachbarländern« gesetzt. Nach dem zweiten Wahlsieg der AKP erhielt diese Politik weitere Konturen und der Machtkampf im Staate wurde verschärft.

Erstmals in der Geschichte der Republik Türkei wurden zu den »Urfeinden« Armenien und Griechenland gute Beziehungen aufgebaut. In allen Konflikten der Region – sei es im Kaukasus oder im Nahen Osten – bemühte sich die Türkei als Vermittlerin. Auch Israel erhoffte sich Hilfe durch die Türkei. So sollte die türkische Regierung 2007/2008 zwischen Israel und Syrien vermitteln und Möglichkeiten für direkte Friedensverhandlungen ausloten. Erdogan erklärte diese Aufgabe zur Chefsache. 2008 hatte Erdogan dem israelischen Ministerpräsidenten Olmert, der auf einem Staatsbesuch in Ankara war, vollmundig angeboten, die letzten Hindernisse für Verhandlungen mit Syrien durch einen persönlichen Anruf bei Bascher al-Assad zu beseitigen. Olmert lehnte aber ab und am nächsten Tag griff die israelische Armee Gaza an.

Die Haltung der israelischen Regierung hat Erdogan, der ausgesprochen als Selbstherrlich beschrieben wird, sicherlich persönlich sehr gekränkt, aber Ankara verstand den Gaza-Krieg als eine Antwort Israels auf die türkischen Vormachtansprüche. Insofern war die Erzürnung Erdogans in Davos 2009 nicht nur ein »beleidigt sein« des Premiers, sondern ein Ergebnis der Infragestellung türkischer Ansprüche durch Israel.

Erdogans Reaktion wurde in den westlichen Medien als »unnötiger Wutausbruch« und »öffentliche Brüskierung des israelischen Präsidenten« [12] kritisiert. Viele Kommentatoren konnten Erdogans Reaktion nicht nachvollziehen. Immerhin hatte Erdogan selbst am 10. Oktober 2002 in Washington vor jüdischen Organisationen versprochen, dass »er persönlich dafür sorgen« werde, »die israelisch-türkischen Beziehungen

zu vertiefen«. In den folgenden Jahren machte er diese Versprechung auch wahr und erhielt für seine »Verdienste« am 29. Januar 2004 den Preis »Profiles of Courage« der American Jewish Committee.

Aber auch den westlichen Medien dürfte es nicht entgangen sein, wie die Palästina-Politik der israelischen Regierungen für immer mehr Unmut in Ankara sorgte. Zeichen dafür gab es genug. Nach jeder israelischen Operation wurde der Ton aus Ankara schärfer. Gleichzeitig aber blühte die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit. Während das türkische Außenministerium Israel im März 2004 wegen der Ermordung von Scheich Ahmed Yassin in Gaza und im Mai 2004 wegen der Erschießung von 15 Zivilisten im Flüchtlingscamp Rafah scharf attackierte, bereitete die türkische Armee mehrere Rüstungsaufträge an Israel. Gleichzeitig liefen die Verhandlungen über ein Trinkwassergeschäft weiter, mit der 15 bis 20 Prozent der jährlichen Wasserknappheit Israels behoben werden sollte. Es hatte den Anschein, dass die scharfen Attacken des türkischen Außenministeriums und die verschärfte Antiisrael-Rhetorik keinen entscheidenden Einfluss auf die Beziehungen hatten. Und als am 13. November 2007 der israelische Staatspräsident Simon Peres im türkischen Parlament sprach, was ein Novum war, redeten manche türkische Kommentatoren eine neue »goldene Ära« in den israelisch-türkischen Beziehungen herbei.

WIDERSPRÜCHE VERNEBELN DIE SICHT

Dieses auf und ab in den Beziehungen, die vielfältigen Widersprüche und die verschärfte Antiisraelrhetorik trotz enger Wirtschaftsverflechtungen machen es Außenstehende schwer, das Bild in seiner Gesamtheit zu sehen. So war es sogar für manche Kolumnisten in der Türkei nicht ganz klar, welche Strategie Erdogan verfolgte. Kernalistisch orientierte Medien beispielsweise bewerteten das Eklat Erdogans am 30. Januar 2009 in Davos als eine reine innenpolitische Propagandaaktion, die für die Imagepflege der Regierung innerhalb der konservativ-muslimischen Wählerschaft sorgen sollte und fragten, warum die AKP-Regierung immer noch an einer Zusammenarbeit mit Israel festhalte.

In der Tat; noch in den nächtlichen Stunden angekommen, wurde Erdogan vor dem Flughafen von tausenden Anhängern als »Davos-Eroberer« [13] begeistert empfangen. Den Zeitungsberichten zufolge wurde Erdogan auch in den arabischen Medien wie ein Held gefeiert.

Was die militärische Zusammenarbeit betraf, hatten Erdogan-Kritiker auch recht. Kurz nach der »Davos-Krise« kaufte die türkische Armee 10 Heron-Drohnen, die sie bei ihren militärischen Ope-

rationen an der türkisch-irakischen Grenze und in den Kandil-Bergen gegen die kurdische Befreiungsorganisation PKK einsetzte. Die Auswertung der Heron-Fotos erfolgte in Israel und die geheimdienstliche Unterstützung gegen die PKK wurde Israel mit 167 Millionen Dollar vergütet. Ein Auftrag für Radarausstattung türkischer Kampffjets sowie das Projekt Datalink 16, mit dessen Hilfe die Radarbilder der F4- und F16-Jets ausgewertet werden, wurden an israelische Firmen vergeben. Am 4. Juni 2009 wurde dann in einer nächtlichen Sitzung des Parlaments ein Gesetz zur Vergabe der Minenräumarbeiten an der türkisch-syrischen Grenze durchgeboxt. Einige Tage später wurde bekannt, dass die Räumungsarbeiten in einem Areal von 510 km Länge von einer israelischen Firma durchgeführt werden sollten und diese Firma zudem das Recht erworben hatte, 44 Jahre lang dieses Areal für biologischen Anbau zu nutzen. Erst Ende Juli 2009 kassierte das türkische Verfassungsgericht [14] einige Teile dieses Auftrages wegen Verfassungswidrigkeit ein.

Selbst angesichts der öffentlichen Erniedrigung des türkischen Botschafters in Israel, Ahmet Oguz Celikkol durch den stellvertretenden israelischen Außenminister Danny Avalon am 11. Januar 2010 [15] und später der Erstürmung des GazafloTTilenschiffs »Mavi Marmara«, bei der 9 Menschen ums Leben kamen, wurde der logische Schritt der verschärften Antiisrael-Rhetorik, nämlich der Abbruch der Beziehungen, nicht vollzogen. Die AKP-Regierung kündigte vorerst die »Überprüfung« der bestehenden Abkommen an und sagte die anstehenden gemeinsamen Militärmanöver ab. Noch war die Zeit nicht reif – eine Erklärung des Generalstabes der türkischen Streitkräfte erklärt warum [16]: »Die modernisierten F4- und F5-Jets sowie unsere M60 Panzer benötigen weiterhin Gerätelieferungen aus Israel. Daher ist die militärische Zusammenarbeit unbedingt aufrecht zu erhalten«.

Noch war die alte Garde des Regimes, die kemaListische Generalität, aus strategischen Gründen gegen den Abbruch der Beziehungen. Doch mit dem Rücktritt der obersten Generäle im August 2011 waren auch die letzten Hindernisse weggefallen. Den imperialen Gelüsten der Neoosmanen von US-Gnaden konnte jetzt freien Lauf gegeben werden. Mit der Veröffentlichung des Palmer-Berichts am 1. September 2011 in der New York Times wurde dann der Start für die Eskalation gegeben.

EIN VERSUCH, ETWAS LICHT INS NEBEL ZU BRINGEN

Eine Betrachtung der unterschiedlichen Ebenen der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und die Betrachtung der wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen könnten hilfreich

sein, das verworrene Bild zu entwirren. Denn die alleinige Fokussierung auf den aktuellen Konflikt zwischen den beiden Regierungen sollte den Blick auf die historische Schicksalsgemeinschaft beider Staaten nicht trüben. Zwei wesentliche Gründe für diese Schicksalsgemeinschaft sind hervorzuheben:

Die Grundinteressen Israels und der Türkei sind Deckungsgleich. Trotz der Konkurrenzsituation um die Vormachtstellung in der Region haben Israel und die Türkei, was ihre territoriale Einheit und nationalstaatliche Existenz betrifft, gleiche Interessen. Während die Kurdenfrage die Achillesferse der Türkei ausmacht, ist Israel dabei sich wegen der Palästina-Frage (trotz westlicher Unterstützung) völlig zu isolieren. Die Türkei ist mit der bisherigen Kurdenpolitik gescheitert und läuft der Gefahr, ihren Kampf gegen die KurdInnen wirtschaftlich, militärisch und politisch zu verlieren. Die kurdische Bevölkerung in der Türkei ist nicht mehr bereit, sich mit dem Status quo abzufinden. Israel dagegen gerät in der Palästina-Frage international immer mehr in eine Sackgasse. Die Aufrechterhaltung dieser Situationen ist für beide Staaten nicht mehr länger möglich. Durch das Beharren an ihrer bisherigen Politik gegen KurdInnen bzw. PalästinenserInnen gefährden beide Staaten ihre derzeitigen Grenzen.

Beide Staaten sind vom Westen abhängig. Ohne die ausländische Kapitalzufuhr wären die Ökonomien beider Staaten am Ende. Die enge Verbundenheit mit der NATO, den USA und Kerneuropa sind für Israel und die Türkei Staatsraison; die Unterstützung und die Einbindung in die globalen Strategien des Westens eine Konstante ihrer Außenpolitik. Ein Ausscheren aus dem politischen Koordinatensystem des Westens kommt für beide Staaten nicht in Frage.

Deshalb wird die AKP-Regierung nicht müde zu betonen, dass sie »gegen diese israelische Regierung, aber nicht gegen den israelischen Staat agieren«. [17] Insofern kann konstatiert werden, dass der Scheidungskrieg zwischen den Regierungen stattfindet, nicht jedoch zwischen den Staaten an sich. Israel und die Türkei sitzen im selben Boot auf gefährlichen Gewässern – keiner von ihnen kann es sich leisten, einseitig das Boot zu verlassen.

Das ist die eine Seite der Medaille.

Israel und die Türkei sind der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der USA angewiesen. Die US-Unterstützung jedoch hat inzwischen seine Grenzen erreicht. Zum einen sind die USA selbst in einer wirtschaftlich verzwickten Lage und werden von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise bedrängt. Zum anderen sind auch die USA in Afghanistan wie im

Nahen Osten militärisch, politisch und strategisch in einer Sackgasse. Sie verlieren weltweit an Ansehen, weshalb die Obama-Administration sich tlich um »Lastenverteilung« und um »Stabilisierung« der Konfliktregionen bemüht ist.

Demgegenüber wachsen die israelischen und türkischen Erwartungen. Und hier beginnt die Konkurrenzzebene. Beide Länder buhlen um die Gunst der USA.

Israelische Regierung setzt auf ihre Lobbyorganisationen, weltweiten Kapitalverbindungen sowie auf die kulturelle, historische und ideologische Bindung mit dem Westen. Trotz der Tatsache, dass Israel von den USA und Europa als fester Bestandteil des Westens gesehen wird, wird die gegenwärtige israelische Regierung zu einer immer schwerer werdenden Last für sie. Die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika und im arabischen Raum belegen, dass die Netanyahu-Liebermann-Regierung langsam aber sicher zu einem Risikofaktor für die Stabilität und für die westlichen Interessen in der Region wird.

Informierten Kreisen ist seit langem bekannt, dass die Obama-Administration mit den Hardlinern in Jerusalem unzufrieden ist. Erst kürzlich konnte man auf der Internetseite der Tagesschau lesen, dass »am 6. September« bekannt wurde, wie »der ehem. US-Verteidigungsminister Robert Gates bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates Netanyahu als »undankbar« bezeichnet hatte«. Offenbar ist die US-Regierung der Auffassung, dass die Politik der Netanyahu-Liebermann-Koalition die Zukunft Israels, somit auch strategische Interessen der USA in der Region gefährdet. Die Tatsache, dass Gates-Aussagen von der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates an die Öffentlichkeit gelangten und Seitens der US-Regierung nicht dementiert wurden (»Indiskredition als regierungsamtliche Bestätigung«, Bewertung der Tagesschau), kann als ein klares Signal an Israel bewertet werden.

Auch verschiedene westliche Medien sehen inzwischen die israelische Regierung immer mehr als ein Problemfall. Exemplarisch hierfür sind die verschiedenen Artikel in The Guardian. [18] Die britischen Kommentatoren weisen daraufhin, dass die israelische Regierung mit ihrer Türkei-Politik »einen großen Fehler« mache, »dessen Preis von Tag zu Tag höher« werde. Netanyahu müsse »einsehen, dass eine mögliche ägyptisch-türkische Antiisraelkoalition, einen jahrelang andauernden strategischen Nachteil schaffen würde«, der sicherlich mit dem taktischen Sieg im Palmer-Bericht, dessen Halbwertszeit kaum mehr als ein paar Tage ausmachen, nicht ausgeglichen werden kann. So wird auch eine Korrektur der US-Politik gegenüber Israel gefordert,

der »die bisherige bedingungslose Unterstützung neubewertet« und »die Aufweichung der US-Position zu einer möglichen Palästinaanerkennung in der UN-Vollversammlung« beinhalten sollte. Schließlich dürfe die USA »die strategische Bedeutung der Türkei und ihre herausragende Leistung in der Region« nicht unterschätzen.

Es ist möglich, dass die Obama-Administration eine ähnliche Schlussfolgerung zieht, dennoch sind ihnen die Hände gebunden. In Sachen Israel führen innenpolitische Entwicklungen zu einer Handlungsunfähigkeit. Auch deshalb werden Appelle der US-Regierung von Netanyahu nicht ernst genommen. Genau hier kommt die AKP-Regierung ins Spiel: Sie setzt auf die schwache Position der israelischen Regierung und will beweisen, dass die Türkei der bessere Stabilisierungsfaktor somit der potentere strategische Partner in der Region ist. Dabei ist sie sich der Unterstützung der US-Regierung sicher, zumal Erdogan bewiesen hat, dass er der einzige Regierungschef ist, der öffentlichkeitswirksam Israel die Stirn bieten kann und trotz der Sympathien in der arabischen Ländern für die Verteidigung der US-Interessen bereit steht.

Inzwischen ist längst entschieden, der Türkei den Vorzug zu geben. So soll beispielsweise der NATO-Raketenschirm in der Türkei stationiert werden. [20] Immerhin ist die militärische Gewaltmaschinerie der Türkei, der nun endlich unter das explizite Kommando der AKP-Regierung gestellt werden konnte, die zweitstärkste Armee der NATO. Die Türkei ist willig und fähig, an allen Auslandseinsätzen teilzunehmen und verfügt über hervorragende Kontakte in der islamischen Welt, die durch die Konfrontation mit Israel immer mehr intensiviert werden. So gesehen ist die Türkei der perfekte Partner für die Durchsetzung der US-Interessen.

Hier decken sich die strategischen Interessen der USA und der Türkei. Für die Begehrlichkeiten der Türkei und für die an regionaler Stabilität interessierte US-Regierung ist die Netanyahu-Liebermann-Koalition ein Störfaktor geworden. Die USA sind nicht in der Lage, den Druck auf Netanyahu zu erhöhen. So nimmt Erdogan diese Aufgabe wahr.

Das ist einer der wesentlichen Gründe für den aktuellen israelisch-türkischen Konflikt.

Auch in Israel gibt es kritische Stimmen gegen den Regierungskurs. Den Tagesschauberichten zufolge sollen seit Wochen israelische Politiker und Analysten der israelischen Regierung geraten haben, ihren Kurs zu überdenken. Insbesondere die Geheimdienste würden wiederholt dazu aufrufen, Maßnahmen zu ergreifen, um Spannungen abzubauen. Ob jedoch die israelische

Regierung diese, ohne Zweifel klugen Mahnungen erhört, scheint zweifelhaft zu sein. Selbst wenn Ministerpräsident Netanyahu der Türkei oder den PalästinenserInnen gegenüber Annäherungsversuche unternehmen würde, müsste er mit dem Bruch seiner Koalition rechnen. Denn die rechtsradikalen Teile der Regierung machten unmissverständlich klar, dass sie an dem Konfrontationskurs festhalten werden. So bleibt die israelische Regierung weiterhin unberechenbar.

Berechenbar dagegen sind die türkischen Interessen am östlichen Mittelmeer. Es kommt nicht von ungefähr, dass Außenminister Davutoglu betonte, dass die Türkei die längste Küste am Mittel besitzt: Es geht um die vermuteten Erdgasvorkommen im Mittelmeer. Berichten zufolge wird geschätzt, dass in dem sog. »Levante-Becken« im östlichen Mittelmeer ein riesiges Erdgasvorkommen mit rund 3,5 Billionen Kubikmeter Erdgas liegt. Vor der Küste Gazas sollen Vorkommen mit einem geschätzten Wert von 4 Milliarden Dollar liegen.

Der Kampf um diese Energiereserven, die unklar definierten Wirtschaftszonen und das Recht eines jeden Landes, die Bodenschätze seiner Wirtschaftszone auszubeuten, machen die weiteren wesentlichen Gründe für den aktuellen israelisch-türkischen Konflikt aus.

In dieses Problem sind mehrere Länder involviert: Neben Israel und der Türkei stellen Syrien, Libanon, Zypern und auch Palästina – wenn es denn als Staat anerkannt würde – Ansprüche im östlichen Mittelmeer. Die türkische Regierung vertritt den Standpunkt, dass die Türkei aufgrund des UN Seerechtsabkommens von 1982 das Recht habe, »ab der 12-Meilenzone vor ihren Küsten eine 200 Meilen breite Wirtschaftszone auszurufen«, so das Außenministerium. Am 13. September 2011 unterstrich der EU-Minister Bagis im Fernsehen wiederholt den möglichen Einsatz der türkischen Marine, »um Probebohrungen vor Zypern zu unterbinden und unseren Anspruch zu manifestieren«. Auch Außenminister Davutoglu hatte angekündigt, »Vorkehrungen für die Bewegungsfreiheit im östlichen Mittelmeer zu treffen«.

Hinter dieser aggressiven Ausrichtung der türkischen Außenpolitik, der von Israel und Republik Zypern (so auch von Griechenland) als eine Drohung verstanden wurde, steckt nicht nur die neue türkische Militärdoktrin, sondern auch die seit über einem Jahr andauernde israelisch-zypriotische Kooperation. Israel und die Republik Zypern hatten sich im Dezember 2010 über den Verlauf der gemeinsamen Seegrenze geeinigt und ein Abkommen über die Nutzung der Bodenschätze im östlichen Mittelmeer unterschrieben [21]. Während des Besuches der zypriotischen Außenministerin Erato Kozakou-Marcomillis am

24. Und 25. August 2011 in Israel [22] hatten beide Länder erklärt, dass sie »alsbald gemeinsam beginnen werden, im Rahmen des internationalen Rechts im Mittelmeer nach Erdgas zu bohren« (Türkische Zeitungen). Das türkische Außenministerium sieht darin die Gefahr, dass die Türkei »die Nutzungsrechte von ihrer eigenen, rund 145.000 Quadratkilometer großen Küstenregion an Griechenland (71.000 km²) und Republik Zypern (33.000 km²) verlieren könnte«. [Das ist übrigens eine andere Dimension des Zypernstreits zwischen der Türkei und der EU. Falls der Streit weiter eskalieren sollte, könnte auch die EU in den Konflikt einbezogen werden, da die Republik Zypern EU-Mitglied ist.]

In Zusammenhang mit dem Streit um die »Bewegungsfreiheit im östlichen Mittelmeer« hat die Türkei nun den »Aktionsplan Barbaros« [23] ins Leben gerufen. Nach diesem Aktionsplan soll das »Mittelmeer Sicherheitsschild« erweitert werden. Demnach gehören die Adria, das Rote Meer und das Indische Ozean nun zum Interessensgebiet der türkischen Marine. [24] Das sog. »Mittelmeer Sicherheitsschild« war 2006 durch den Beschluss des Nationalen Sicherheitsrates der Türkei ins Leben gerufen worden und sollte in erster Linie für die Sicherheit der Energieregion Ceyhan sorgen. Mit dem »Aktionsplan Barbaros« soll jetzt die Anzahl der eingesetzten Kriegsschiffe, U-Boote und Kampffjets erhöht werden. Danach sollen diese Einheiten verstärkt im östlichen Mittelmeer, speziell östlich und südlich von Zypern Patrouillenfahrten unternehmen.

Schon 2010 hatten Teile der, in der »Türkischen Meeresauftragsgruppe« zusammengeschlossenen Kriegsschiffe im Mittelmeer, in der Adria, im Roten Meer und im Indischen Ozean Fahrten unternommen und Häfen in Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Pakistan, Indien, Jemen, Saudi Arabien und Jordanien besucht. Diese Fähigkeiten seiner Streitkräfte zur Schau stellend, stellt sich die Türkei als der stärkste Bewerber für die Verteidigung von US-Interessen dar.

FAZIT

Der aktuelle israelisch-türkische Konflikt muss in Zusammenhang mit den Änderungen im Mittelmeerraum und im Nahen Osten, den strategischen US-Interessen, dem regionalen Kampf um die Ausbeutung der Erdgasvorkommen und den Vormachtansprüchen der Türkei betrachtet werden. Nicht vergessen werden sollte, dass trotz dieses Konflikts beide Staaten immer noch auf einander angewiesen sind und auf der gleichen Seite stehen. Die Antiisrael-Rhetorik Erdogans kann nicht darüber hinweg täuschen.

Aus den Regierungskreisen und den der AKP-Regierung nahestehenden Forschungsinstituten

hört man immer wieder die Betonung, dass man zwischen der israelischen Regierung und Israel als Staat unterscheiden müsse. So stellte z.B. das türkische Institut für Strategische Internationale Studien USAK im Juli 2011 fest [25]: »Alle sind sich darüber einig, dass die Türkei und Israel aufeinander angewiesen sind. Wichtiger jedoch ist zu wissen, dass der Nahe Osten auf ein Duo Türkei-Israel angewiesen ist, die gute Beziehungen untereinander haben«. Der USAK-Nahost-experte Osman Bahadır Dincer unterstreicht in seiner Analyse (»Israel: Der sich nicht ändernde Staat des sich ändernden Nahen Ostens«) die eigentliche Erwartung der Türkei wie folgend: »Für die Lösung der strukturellen Probleme in den türkisch-israelischen Beziehungen muss Israel die stattgefundenen Veränderungen in der Türkei und in der arabischen Welt richtig deuten und einen Paradigmenwechsel einleiten. Bei der Betrachtung der türkisch-israelischen Beziehungen ist der wichtigste Punkt den man beachten muss, dass die Beziehungen nicht mehr über die alten Parameter fortgeführt werden können. (...) Israel muss, um gesunde Beziehungen in seiner Außenpolitik ausbauen zu können, die Ärmel hochkrempeln und die inneren Krankheiten bekämpfen. Israel ist gehalten, in einer Welt, in der die gegenseitigen Abhängigkeiten vertieft werden, sich von der Sklaverei der lösungsuntauglichen Politiken zu befreien. (...) Die Überprüfung der aktuellen Außen- und Verteidigungspolitik wird Israel den Weg ebnen, mit den Staaten der Region in der nächsten Zeit bessere Beziehungen aufzubauen«.

Die Feststellungen in dieser Analyse entsprechen der Politik der türkischen wie der US-Regierungen. Daraus kann auch herausgelesen werden, dass die Netanyahu-Liebermann-Koalition nicht erwünscht ist. Für die USA und die Türkei ist dies Regierung Problem, welches aber nur in Israel und von den israelischen WählerInnen gelöst werden kann. Es mag sein, dass die sozialen Proteste der letzten Wochen in Israel vielleicht den Beginn eines Prozesses hin zum Regierungswechsel markieren. Ob aber damit auch ein Politikwechsel verbunden sein wird, was jede Vernunft es den Israelis wünschen würde, ist offen.

Offen ist auch, ob es der Türkei gelingen wird, die Meinungsführerschaft in der islamischen Welt zu übernehmen. Die hohen Sympathiewerte Erdogans in den ägyptischen und palästinensischen Gesellschaften sind Konjunktur bedingt und sollten daher nicht als Maßstab genommen werden. Die osmanische Herrschaft ist noch nicht vergessen, selbst wenn »der westliche Kolonialismus und seine neokolonialistische Fortsetzung das osmanische Joch im arabischen Geschichtsbewusstsein in einem milderem Licht erscheinen lässt«. [26] Es mag auch in den westeuropäischen

Ohren sympathisch klingen, wenn Erdogan den türkischen Weg und den Laizismus türkischer Prägung den arabischen Gesellschaften zur Nachahmung empfiehlt. Applaus ist ihm sicher, mehr nicht.

Denn auch in den arabischen Ländern wird Erdogans Handeln misstrauisch verfolgt. Zu offensichtlich sind die neosmanischen Hegemonieversuche und vergessen ist auch nicht, dass der scharfen Rhetorik nach »Mavi Marmara« keine dieser Rhetorik entsprechenden Schritte erfolgten. So wirft auch die Behandlung Syriens durch die Türkei kein gutes Licht auf Erdogan.

Dass die Türkei sich als neuer Gendarm der NATO im Nahen Osten anbietet, wird auch in der arabischen Presse artikuliert. So schrieb der in der arabischen Welt einflussreiche libanesische Journalist Mostafa Zein am 15. August 2011 in der Zeitung Dar al-Hayat: »Die Haltung Erdogans in Davos oder gegen den Gaza-Krieg sind nur Bemühungen, sich so darzustellen, als ob er zur Distanz gegen die USA und den Europäern übergegangen ist, um eine Rolle in der Region spielen zu können. Das bedeutet aber nicht, dass er sich von den Interessen der USA und Europa entfernen wird«. Ferner schreibt Zein: »Anders gesagt, die Türkei ist die bewaffnete Kraft der Europäer und der USA im Nahen Osten. Sie ist, obwohl sie wegen ihrer früheren und modernen islamischen Geschichte nicht in die EU aufgenommen wird, eine Polizeikraft, der die Aufgabe erteilt wurde, die Interessen des Westens zu verteidigen«. Dieses Misstrauen zu entkräften, bedarf mehr als nur einer Rhetorik.

Es mag sein, dass die Entscheidungsträger der Türkei daran glauben, die »neue« Türkei könne die Führung der arabischen Welt übernehmen. Die aktuelle Reise des türkischen Premiers in die arabischen Länder kann als Bewerbung dafür bewertet werden. Sicherlich nützt ihm dabei sein Konflikt mit der israelischen Regierung. Aber selbst die optimistischsten Stimmen können nicht mit Sicherheit voraussagen, ob Erdogan die neuen Regierungen in Ägypten, Libyen und Tunesien von seinen Führungsansprüchen wird überzeugen können.

Selbst wenn die arabischen Regierungen einer stärkeren Zusammenarbeit neigen sollten, so kann die Achillesferse der Türkei mit einem Schlag die internationalen und strategischen Pläne zur Nichte machen. Mit den Wahlsiegen, Wirtschaftswachstum und Unterordnung der türkischen Generalität gestiegene Selbstbewusstsein der AKP-Regierung sowie die Erwartung, das eigene Kurdenproblem wie in Sri Lanka mit massiver militärischer Gewalt lösen zu können, sowie die Hoffnungen auf einen größeren Anteil an der Neuordnung des Nahen Ostens führen zur

Selbstüberschätzung und machen Blind vor den Realitäten in den kurdischen Gebieten. Jeder Fehler, den sich die AKP-Regierung im Umgang mit der eigenen kurdischen Bevölkerung erlauben wird, kann fatale Folgen haben. Denn weder ist Kurdistan mit Sri Lanka, noch die kurdische mit der tamilischen Bewegung vergleichbar. Eine wiederholte militärische Eskalation hat das Potential, die gesamte Region in einen Flächenbrand zu verwandeln.

Nicht zu vergessen ist dabei die Rolle Irans.

Was auch die Bemühungen Erdogans in der arabischen Welt bringen mögen, eines steht m. E. fest: die imperiale Ausrichtung der türkischen Politik dient keineswegs dem Frieden in der Region. Vielleicht wird auch der israelisch-türkische Konflikt mit einem Regierungswechsel in Israel enden. Aber solange Israel und die Türkei an ihrer bisherigen Politik festhalten, solange werden sie ihren eigenen Gesellschaften und dem gesamten Nahen Osten einen Bärendienst erweisen.

Dabei hätten Israel und die Türkei, mit ihren multiethischen und multireligiösen Gesellschaften durchaus Chancen für einen Friedensprozess, der darauf gerichtet ist, in der gesamten Region eine friedliche, demokratische und soziale Nachbarschaft mit gegenseitiger Achtung, fairen Wirtschaftsbeziehungen und gegenseitiger Unterstützung aufzubauen. Sie könnten dazu einen entscheidenden Beitrag leisten – wenn sie denn wirklich demokratische, friedliche und säkulare Staaten wären. Dann stünden ihnen alle Möglichkeiten offen, Wirksamkeit zu entfalten, damit der Nahe Osten ein Hort des Friedens, der Demokratie und sozialer Gerechtigkeit wird. Und genau das wäre im Interesse der Menschen in der Region, egal ob christlichen, jüdischen oder muslimischen Glaubens...

Das ist natürlich nur ein Traum.

Dennoch! Selbst wenn es nur ein Traum, eine unrealistische Hoffnung ist, lässt es einem das Herz höher schlagen. Und seien wir ehrlich, was wäre der Mensch ohne seine Träume und Hoffnungen?

[1] Siehe: <http://www.mfa.gov.tr/sayin-bakanimiz-in-palmer-komisyonu-raporu-hakkinda-gerceklestirdigi-basin-toplantisi.tr.mfa>

[2] Siehe: <http://www.aydinguzelhisar.com/haberler/497/abd-raporu-titiz-ve-profesyonel-bulmus.html>

[3] Siehe auch: <http://bianet.org/bianet/siyaset/132563-turkiye-diplomatik-dengeleri-bozabilir>

[4] Siehe auch: <http://www.euronews.net/2011/09/07/turkey-and-israel-can-tumble-into-conflict-over-syprus/>

[5] Siehe u. a.: www.aksitarih.com/israil'in-kurulusu-ve-turk-basinina-yansimalari.html

[6] Adnan Menderes und einige seiner Minister wurden nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 auf der Gefängnisinsel Heybeliada inhaftiert und nach einem Schauprozess erhängt.

[7] Ekrem Gündiren ist heute Vorsitzender des Türkisch-Israelischen Arbeitsrates, der unter dem Dach des Rates für außenwirtschaftliche Beziehungen tätig ist. Noch am 6. April 2011 erklärte Gündiren, dass die türkisch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen »trotz der Krise um die Gazaflotte das höchste Niveau seit der Gründung des Staates Israel erreicht« habe. Siehe auch: http://www.hasturktv.com/Turk_Basini_ve_Yorumlar/1861.htm

[8] Siehe auch: <http://washington-report.org/component/content/article/122-1989-december/1467-israel-lobby-joins-turks-to-oppose-armenian-remembrance-resolution.html>

[9] Alle Angaben aus den jährlichen Statistikerichten der Türkischen Statistikbehörde TÜİK. Siehe auch: (Pdf) www.tuik.gov.tr/IcerikGetir.do?istab_id=89 Seite 62 ff. oder http://www.tuik.gov.tr/VeriBilgi.do?tb_id=12&ust_id=4

[10] Diese Stiftung wurde am 17. Juni 1987 mit dem Gesetz Nr. 3388 gegründet und ist Eigentümerin von mehreren türkischen Rüstungskonzernen sowie der Internationalen Verteidigungsindustriemesse Türkei IDEF. Siehe: http://www.tskgv.org.tr/tskgv/?page_id=5

[11] Siehe: <http://hakilhallerimerkezi.org/makale-detay.php?mid=125&cid=3>

[12] Siehe auch: taz, vom 31. September 2009, »Erdogan fällt aus der Rolle«, <http://www.taz.de/!29730/>

[13] In Türkisch: Davos Fatih. »Fatih« bedeutet »Eroberer« und wird mit Sultan Mehmet, dem Padschah, der Konstantinopel eroberte und heute noch von der Mehrheitsgesellschaft hochgeachtet wird, in Verbindung gebracht. Mit der Bezeichnung »Fatih« werden auch religiöse Assoziationen gezogen.

[14] Zu dieser Zeit war das Verfassungsgericht mehrheitlich von AKP-kritischen Richtern besetzt.

[15] In Zusammenhang mit einem antisemitischen Kinostreifen (»Tal der Wölfe«) war der türkische Botschafter in das Außenministerium zitiert worden. Vor laufenden Kameras ließ man ihn auf einem niedrigen Sofa Platz nehmen. Allen diplomatischen Gepflogenheiten zum Trotz war auf dem Tisch nur die israelische Fahne, während Avalon den Botschafter lautstark beschimpfte.

[16] Siehe: Berichterstattung der Tageszeitung Taraf vom 17. Juni 2010.

[17] Am 13. September 2011 haben Erdogan und sein für EU-Beziehungen zuständiger Minister Egemen Bagis dies nochmal unterstrichen. Bagis im Fernsehsender CNN-Türk: »Wir stellen unsere Forderungen an die Adresse der israelischen Regierung, nicht den Israelis oder dem israelischen Staat«. Ähnliches sagte auch Erdogan ein paar Stunden später auf einer Pressekonferenz in Kairo.

[18] Siehe u. a.: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2011/sep/12/turkey-israel-reverberates-washington>

[20] Am 14. September 2011 berichteten türkische Tageszeitungen, dass die Radare des Raketen-schirms auf einem Radarstützpunkt der türkischen Armee in Kürecik (Regierungsbezirk Malatya) stationiert werden. Das Abkommen darüber wurde in Ankara von dem Staatssekretär im Außenministerium Feridun Sinirlioglu und dem US-Botschafter Francis Ricciardone unterschrieben. Kontrolliert wird der Raketen-schirm von Deutschland aus. Die Türkei soll Mitsprache-recht haben. Als Voraussetzung hatte die Türkei verlangt, dass die Auswertungen der Radar-bilder nicht an Israel mitgeteilt werden.

[21] Siehe u. a.: <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2611675/tuerkei-betrachtet-abkommen-israel-zypern-null-nichtig.story>

[22] Siehe: <http://www.israelnetz.com/themen/aussenpolitik/artikel-aussenpolitik/datum/2011/08/25/zyprische-aussenministerin-besucht-israel/> und <http://www.welt.de/politik/ausland/article13595858/Beim-Streit-mit-Israel-geht-es-um-Erdgas-vor-Gaza.html>

[23] Der Name »Barbaros« ist an den osmanischen Korsar und Admiral Barbaros Hayrettin Pascha angelehnt, der zwischen 1516 und 1546 im Mittelmeer auf Beutezug war und das Mittelmeer zweitweise zu einem »osmanischen Binnensee« verwandelte. Siehe auch: http://de.wikipedia.org/wiki/Khair_ad-Din_Barbarossa

[24] Dieser Plan hat eigentlich eine lange Geschichte. Schon 1998, am 17. März 1998 berichtete die inzwischen eingestellte Tageszeitung Yeni Yüzyil unter dem Titel »Unsere globalisierte Armee« über ein strategisches Dokument der türkischen Marine. Unter der Überschrift »Zu den offenen Meeren« hatte die Marineführung im November 1997 festgestellt: »Das Ägäische Meer, Schwarzmeer und das Mittelmeer haben für die Türkei lebenswichtige Bedeutung. Das Kaspische Meer, der Persische Golf, das Rote Meer sowie das atlantische Umfeld des Gibraltars sind Interessensgebiete der türkischen Streitkräfte. (...) Diese Feststellung macht eine Marine notwendig, die weit entfernt vom Heimathafen, logistische Un-

terstützung stellen kann und schlagkräftig ist«. Mehr über diese Pläne in: M. Cakir, »Die Pseudodemokraten«, GDF-Publikationen, Düsseldorf 2000, S. 25 ff.

[25] Siehe: <http://www.usak.org.tr/EN/>

[26] Werner Pirker, »Neo-Osmanen«, in: Junge Welt vom 15. September 2011.

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR LIBYENPOLITIK DER TÜRKEI

VERÖFFENTLICHT AM 16. OKTOBER 2011 AUF [HTTP://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM](http://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM)

Wie sind die Positionen der türkischen Regierung zu den Libyenkrieg des Westens aus heutiger Sicht zu bewerten?

Die Position der türkischen Regierung zum Libyenkrieg muss in einem Gesamtzusammenhang mit der Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik und den Vormachtansprüchen Ankaras betrachtet werden.

Selbst wenn ein Widerspruch zwischen der scharfen außenpolitischen Rhetorik Erdogans und der realen außenpolitischen Praxis immer wieder als »zu offensichtlich« erscheint, ist bei näherer Betrachtung festzustellen, dass dieser Widerspruch nur scheinbar existiert. Dabei sollte man sich nicht von den Aussagen Erdogans auf seinen Besuchen in Ägypten, Tunesien und Libyen, von seinen kritischen Aussagen zur westlichen Politik vor der UN-Vollversammlung oder der Androhung »ggf. in Sachen Israel und Zypern die Armee einzusetzen« nicht täuschen lassen.

Die Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik beruht in erster Linie auf folgenden Feststellungen: Erstens ist die türkische Regierung der Auffassung (dies kann man insbesondere aus verschiedenen Interviews des Außenministers Davutoglu herauslesen), dass mit der sog. »Soft-Power-Politik« und der nach 2006/2007 vorgegebenen Losung »Null-Probleme-mit-den-Nachbarn« die Grenzen der außenpolitischen Einflusses erreicht worden seien. Andererseits, dürfe die Türkei, die inzwischen eine globale Rolle anstrebe, nur um Spannungsrisiken zu minimieren von ihren regionalen Ansprüchen keine Abstriche machen. Drittens dürfe aufgrund des, nach dem »Arabischen Frühling« entstandenen politischen Vakuums in der Region nicht zugelassen werden, dass Iran diese Lücke alleine fülle. Aus diesen Gründen müssten die »kalkulierbaren Risiken einer Politik der kontrollierten Spannung« hingenommen werden.

In regierungsnahen Zeitungen ist zu lesen, dass die türkische Regierung eingesteht, dass sie in der Vergangenheit, »um der regionalen Stabilität wegen« mit den autoritären Regierungen in Libyen

und Syrien zusammengearbeitet habe / zusammenarbeiten müsste. Dies sei »sicherlich notwendig« gewesen, doch jetzt sei »notwendig, das libysche Volk in seinem Bestreben nach Demokratie und Freiheiten mit ganzer Kraft zu unterstützen«.

Gerade Libyen und Gaddafi waren bis zuletzt wichtige Faktoren für die Afrika-Politik der AKP-Regierung. Zum einen konnte die AKP sowohl aus Libyen als auch aus den übrigen arabischen Länder die dringend benötigten Kapitalflüsse in die Türkei garantieren, zum anderen hatte Libyen mit ihrem großen Einfluss dafür gesorgt, dass die Afrikanische Union 2008 die Türkei zu ihrem »strategischen Partner« erklärte. In selben Jahr fand das 1. Gipfel der afrikanisch-türkischen Zusammenarbeit, mit der die Beziehungen institutionalisiert wurden. Erdogan erklärte erst kürzlich im September 2011, dass »die institutionalisierten Beziehungen zu den Ländern der Afrikanischen Union ein Hauptelement der türkischen Außenpolitik« sei.

Kurz zu den Wirtschaftsaktivitäten der Türkei in Afrika: Im Dezember 2011 wird in Istanbul eine Zusammenkunft des türkischen Außenministers mit den Außenministern der Afrikanischen Union stattfinden. Eine sog. »Evaluierungskonferenz«, auf der laut Erdogan die weitere strategische Ausrichtung der Beziehungen besprochen wird und die Vorbereitungen für den 2. Gipfel, welches 2013 in einem afrikanischen Land stattfinden soll, beginnen sollen.

Die Türkei will die Zahl ihrer Vertretungen in Afrika 2012 auf 34 erhöhen. Laut den Angaben der türkischen Regierung hat sich das Handelsvolumen mit afrikanischen Ländern von 4 Milliarden (2000) auf über 16 Milliarden Dollar (2010) erhöht. Während Libyen mit 2,4 Milliarden Dollar den ersten Rang hält, betrug das Handelsvolumen mit den Ländern südlich der Sahara im ersten Halbjahr 2011 3 Milliarden Dollar. Die türkischen Investitionen in Afrika konzentrieren sich in den Bereichen der Infrastrukturbau, Energie und »Verteidigungsindustrie«.

Neben Libyen setzt die Türkei auf wachsende

Zusammenarbeit mit Südafrika. Dazu Erdogan: »Für unsere Afrika-Politik hat Südafrika, die zu den übrigen Ländern des Kontinents enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen unterhält, eine sehr wichtige und prioritäre Bedeutung. (...) Wir sind ein Land, welches sich im Zentrum einer Region befindet, die sich vom Balkan über das Schwarze Meer und Kaukasus bis in den Nahen Osten und Maghreb streckt. (...) Daher ist die Entwicklung unserer Zusammenarbeit, nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene, sondern auch auf der Ebene der UN, Afrikanischen Union und G 20-Gipfel für die Türkei höchst erfreulich.«

Nach dem Krieg bleibt Libyen weiterhin ein wichtiger Faktor für die türkische Außenpolitik. Während die AKP-Regierung sich sehr schnell auf der Seite der NATO positionierte und deutlich machte, dass sie die neuen Machthaber anerkenne, brach sie vorerst ihre Kontakte zu Gaddafi nicht völlig ab. Bei seinem Libyenbesuch war Erdogan sichtlich bemüht, die libysche Bevölkerung anzusprechen. Denn das anfängliche Zögern im Bezug auf die Einrichtung der Flugverbotszone hatte der türkischen Regierung viel Kritik seitens der »Aufständischen« gebracht. Er konnte auch erfolgreich den Blitzbesuch von Sarkozy und Cameron Mitte September (einen Tag vor seinem Besuch) zu seinen Gunsten interpretieren, in dem er demonstrativ auf die westliche Kolonialgeschichte hinwies. Nach Libyen hatte Erdogan auch 125 Unternehmensvertreter mitgebracht, die mit den neuen libyschen Machhabern Kontakte aufnahmen. Dabei ging es auch um die Sicherung der türkischen Investitionen in der Gaddafi-Ära.

Welche öffentlichen politischen Diskussionen im Lande hat es gegeben? Wie bewerten die türkischen Politiker und die Medien bzw. die Öffentlichkeit die Ergebnisse des Krieges und die Entwicklung und Stabilität im Nahen und Mittleren Osten nach dem Krieg?

Ordnungshalber sollte darauf hingewiesen werden, dass in den türkischen Medien bzw. in der Öffentlichkeit die scharfe außenpolitische Rhetorik mehr Aufmerksamkeit findet als die pragmatische außenpolitische Praxis. In der Tagespresse und den Fernsehsendern wird ausschließlich auf der Grundlage dieser Rhetorik eine regierungsamtliche bzw. regierungsnahe Sicht dargestellt, so dass behauptet werden kann, dass die öffentliche Meinung in der Mehrheitsgesellschaft sich davon nicht weit entfernt. Insofern ist es notwendig, über Verlautbarungen der Regierung und Bewertungen einer Fachöffentlichkeit sich ein Bild darüber zu machen.

So wird in den Analysen einiger regierungsnahen Forschungsinstitute bzw. aus dem universitären Bereich die Positionierung der türkischen Regierung während des Libyenkrieges als Ausdruck der

neuen Ausrichtung der türkischen Außenpolitik bewertet. Dabei wird häufig darauf hingewiesen, dass die Türkei sich den Veränderungen im arabischen Raum am schnellsten anpassen konnte.

Auch aus den Verlautbarungen des Außenministeriums kann herausgelesen werden, dass die Türkei, entgegen Israel, Saudi Arabien und dem Iran sich der »strukturellen Veränderungen sehr schnell adaptieren und so sich enorme Vorteile verschaffen konnte«. Der Hochschullehrer der Istanbuler Stadtuniversität, Burhaneddin Duran und Nasuhî Güngör von der Tageszeitung *Star* stimmen dem zu und erklären übereinstimmend, dass »Erdogan der einzige Regierungschef ist, der mit seiner nach Gerechtigkeit orientierten politischen Sprache den Lebensnerv der Menschen in der Region getroffen« habe.

In der Tat; Erdogan attackiert Israel als »verzogenes Kind des Westens« und macht sich die »palästinensische Sache« eigen, kritisiert den westlichen Kolonialismus der vergangenen Jahrhunderte und gewinnt Sympathien der libyschen Bevölkerung und mahnt die »fehlende humanitäre Sensibilität des Westens in Somalia« an, um dann mit dem Vorwurf (so bei seinem Besuch in Mazedonien), dass »der Imperialismus immer noch die Völker unterjochen« wolle, seine Sympathiewerte in der islamischen Welt zu erhöhen. Dazu passt auch der Vorwurf an deutsche Stiftungen, dass sie »die PKK unterstützen« würden. In den gängigen türkischen Medien wird Erdogan als ein erfolgreicher Regierungschef dargestellt, der »den Islam mit Demokratie und Laizismus vereinen und den Westen, ohne eine Feindlichkeit gegen den Westen aufzubauen sowie in westlichen Bündnissen verbleibend, kritisieren kann«.

Die AKP-Regierung wird in der Öffentlichkeit, auch im Hinblick auf ihre Libyen-Politik als eine Administration dargestellt, welche sowohl die bi- und multilateralen Kooperationen als auch Spannungen gleichzeitig und gut leiten bzw. managen kann. Dabei verweist man auf die guten Beziehungen zu den USA und der Entscheidung, der Installation des NATO-Raketenschirms in der Türkei zuzustimmen. In Zusammenhang mit den US-Interessen in der Region wird festgestellt, dass »nach dem arabischen Frühling die Regionalpolitiken der Türkei und der USA völlig übereinstimmen«. Die türkischen Kommentatoren betonen zudem, dass »die symbolische Kraft der Leader-Rolle Erdogans in der arabischen Welt, die hohe wirtschaftliche Performance des Landes und die Demokratisierungsschritte im Innern, die neue, aktivere Außenpolitik nun unumkehrbar gemacht hätten«.

In den regierungsnahen islamischen Kreisen wiederum bemüht man sich, die Laizismus-Äuße-

rungen Erdogans in Ägypten und in Libyen zu relativieren. Die antilaizistische Haltung Erdogans war einer seiner Trümpfe, um die islamischen bzw. islamistischen Kreise an sich zu binden. Mit seinen Äußerungen in Ägypten und Libyen, dass »der Laizismus an sich keine schlimme Sache« sei, hatte Erdogan sowohl von der Muslimischen Bruderschaft als auch von seinen Anhängern Kritik einstecken müssen.

Daher werden islamische bzw. islamistische Medien nicht müde zu betonen, dass »die Laizismus-Empfehlungen des Premiers in Zusammenhang mit der internationalen Konjunktur gelesen werden« müssten. So wurde darauf hingewiesen, dass Erdogan mit diesen Äußerungen den israelischen und westlichen Vorwürfen, die AKP sei eine islamistische und laizismusfeindliche Partei, »den Wind aus den Segeln genommen« habe. Außerdem habe Erdogan damit bewiesen, dass »die Türkei nun Israel ihre Selbstbezeichnung, »die einzige Demokratie der Region« zu sein, streitig mache«.

Aufgrund der Notwendigkeit, »die Interessen der Türkei zu schützen und ihrem Anspruch, eine Ordnungsmacht des Neuen Nahen Ostens zu werden« sei die Kooperation mit demokratischen Regimen ein Vorteil, auf den die Türkei nicht verzichten könne. Weil Erdogan sich bewusst sei, dass er in der westlichen Öffentlichkeit als ein Islamist angesehen werde, habe »der Premier mit seiner Laizismus-Äußerung ein erfolgreiches Manöver gestartet, um diese Vorbehalte gegenstandslos zu machen« (Levent Bastürk, Dünya Bülteni). Dennoch müsse Erdogan sensibel genug sein, um zu erkennen, dass »die Bejahung des Laizismus aus strategischen und politischen Pragmatismusedenken heraus die Gefahr beinhaltet, die muslimischen Massen zu entfremden«. Daher müsse Erdogan seine angesehene Rolle in der arabischen Welt für die Stärkung der islamischen Kräfte sowie für deren Teilhabe an den neuen Machtstrukturen in Ägypten, Tunesien und Libyen einsetzen.

Kurzum, die Ergebnisse des Libyenkriegs und die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten werden von den türkischen Politikern und in der Mehrheitsgesellschaft durchaus als »wichtige Chancen der Türkei, um ihre Führungsrolle in der Region zu zementieren« bewertet. Die Übereinstimmung mit der US-Politik würde die erfolgreiche Fortführung der aktiven türkischen Außenpolitik begünstigen. Gerade diese Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik habe bewiesen, dass »die Türkei die Politik der kontrollierten Spannung zu ihrem Vorteil umsetzen könne«.

Wie sind die Positionen zu den Entwicklungen in Syrien und Jemen? Inwiefern wurden diese Positionen durch den Libyenkrieg des Westens beeinflusst?

Zu Syrien: Die türkische Syrienpolitik hat drei wichtige Momente: 1.) Die Kurdenproblematik, 2.) die Politik der USA und 3.) die iranisch-türkische Konkurrenz.

Noch 1999 war die Türkei am Rande einer kriegserischen Auseinandersetzung mit Syrien. Gemeinsam mit Israel erhöhte die Türkei den Druck auf Syrien, um einen entscheidenden Etappensieg gegen die kurdische PKK zu erzielen. Auch aufgrund der für Syrien lebenswichtigen Wasserprojekte der Türkei war Syrien nicht in der Lage, diesem Druck standzuhalten und zwang den Kurdenführer Abdullah Öcalan zur Ausreise aus Syrien. Der Rest ist bekannt.

2006, nach dem Libanonkrieg änderte die Türkei ihre Syrienpolitik analog zu den USA. Dabei war offensichtlich, dass der Einfluss Irans gebrochen werden sollte. Innerhalb weniger Monate wurden die Grenzen geöffnet, Visapflicht aufgehoben und die wirtschaftliche Annäherung begann. Die AKP-Regierung sprach sogar davon, dass nun ein Integrationsprozess beginne, in dessen Zentrum die wirtschaftlichen Beziehungen stehen. Diese Entwicklung und Erdogans Verbrüderung mit dem syrischen Machthaber Assad führte dazu, dass die Türkei sich nun in der exklusiven Rolle sah, der sowohl zwischen Israel und Syrien als auch zwischen dem Westen und dem Iran vermitteln kann. Diese Hoffnungen, die schon damals als unrealistisch bezeichnet wurden, zeigten sich als unerfüllbar.

Heute stehen die Zeichen wieder auf Sturm. Wirtschaftsbeziehungen sind auf dem Nullpunkt gelandet und die diplomatischen Beziehungen beschränken sich in gegenseitigen Vorwürfen. Die türkische Regierung unterstützt offen die Regimegegner und ermöglicht ihnen, ihre Konferenzen geschützt auf türkischem Boden abzuhalten.

Die Türkei hat mit Syrien ihre längste Grenze zu einem Nachbarstaat. Historisch sind beide Länder miteinander derart verbunden, so dass jede Veränderung in einem Land, unmittelbar das andere Land beeinflusst. Nicht umsonst spricht Erdogan davon, dass »syrische Angelegenheiten, wie innere Angelegenheiten der Türkei angesehen werden müssen«.

Die türkischen Entscheidungsträger sind sich bewusst, dass Syrien alleine mit ihren inneren Dynamiken keine Veränderung im Land herbeiführen kann. Dafür ist das Land viel zu sehr unter dem Einfluss von regionalen wie internationalen Entwicklungen. Zudem ist Syrien für Iran, der nicht nur im Nahen Osten, sondern in der gesamten islamischen Welt ein bestimmender Faktor sein will, unverzichtbar. Die Betrachtung des Dreiecks Iran-Libanon-Syrien, macht die besondere Bedeutung Syriens für den Iran deutlich.

Aus diesem Grund ist Iran bemüht, ihre Beziehungen zur Türkei zu entspannen. Daher hat Iran auch auf die Entscheidung über die Stationierung des NATO-Raketenschirms, welches allzu deutlich Iran als Gegner anpeilt, niedrigschwellig reagiert. Das wiederum brachte die AKP-Regierung in eine Zwickmühle: es war ihr nicht möglich, eine iranfeindliche Stimmung in der türkischen Öffentlichkeit herzustellen. Diesen will die AKP nun mit dem Vorwurf, »Iran hat den zweiten Mann der PKK, Murat Karayilan verhaftet und wieder freigelassen« forcieren. In den türkischen Tageszeitungen liest man wieder Kommentare über die angebliche Zusammenarbeit Irans mit der PKK. Sicherlich werden auch die jüngsten US-Anschuldigungen, dass »Iran einen terroristische Tat in den USA gegen den saudischen Botschafter geplant« habe, dafür genutzt werden.

Die Tatsache, dass Iran der Türkei keine Begründung für einen verschärften Gangart liefert und eine mögliche Regimeänderung in Syrien die gesamte Region destabilisieren könnte, macht die Sache für die türkische Regierung noch schwieriger. Außerdem ist die multiethnische und multi-religiöse syrische Gesellschaft ein weiterer Faktor, den die Türkei beachten muss. Denn auch in der Türkei leben Millionen Alewiten, die bei einem Einschreiten der Türkei in Syrien in der Türkei ein weiteres, schwerwiegendes Problem auslösen könnten.

Aus diesen Gründen ist die türkische Regierung gegen ein Vorgehen des Westens wie in Libyen. Die syrischen Regimegegner sind nicht in der Lage, den Status quo ohne eine Gefährdung der territorialen Einheit des Landes zu verändern. Erdogan fordert deshalb Assad auf, demokratische Verhältnisse selber herzustellen und die Macht mit Teilen der Opposition zu teilen. Den türkischen Zeitungsberichten zufolge scheint Erdogan auch die Obama-Administration davon überzeugt zu haben, dass ein militärischer Eingriff wie in Libyen zurzeit keine Option darstellt. So entwickelt sich die Syrienpolitik der Türkei zu einem schwer kontrollierbaren Problem der türkischen Außenpolitik. Ihre weitere Entwicklung hängt unmittelbar mit dem Irankonflikt zusammen.

Zu Jemen: Obwohl die Türkei auch mit Jemen historisch verbunden ist, ist das türkische Engagement nicht als prioritär zu bezeichnen. Jemen selbst hat große Unterschiede zu den Ländern der »Arabellion«. Zum einen hat Jemen wegen ihrer Nachbarschaft enge Beziehungen zu Saudi Arabien. Zum anderen will die Türkei sich nicht unmittelbar in den jemenitischen Konflikt reinziehen lassen und verfolgt mit der US-Regierung abgesprochene Vorgehensweise.

Veysel Ayhan, Berater des Zentrums für strate-

gische Nahoststudien (ORSAM) schreibt dazu: »Die Türkei sieht das Risiko eines Bürgerkrieges in Jemen und setzt sich zur dessen Abwendung für eine Verfassungsänderung ein. Sie ist explizit gegen ein Vorgehen wie in Libyen und unterstützt die Initiative des Golf-Kooperationsrates«. Auch der ehemalige türkische Botschafter in Saudi Arabien, Umut Atik unterstreicht Ayhans Aussage und meint: »Die Türkei ist bestrebt, die Integration der Golfstaaten in die freie Weltwirtschaft, unter peniblen Beachtung der demokratischen Forderungen der Bevölkerung zu fördern. Auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Beziehungen ist die Türkei gegen ein militärisches Engagement des Westens«.

Bis heute hat die türkische Regierung die Konfliktparteien in Jemen aufgefordert, die Machtfrage auf demokratischen Weg zu lösen. Das türkische Außenministerium hat die Jemeniten wiederholt aufgefordert, sich auf eine Verfassungsänderung zu einigen und die Unterstützung des Golf-Kooperationsrates zu holen. Für diese Positionierung ist die Übereinstimmung mit den USA nicht der alleinige Grund: ein großer Anteil des ausländischen Kapitals in der Türkei stammt aus den Ländern des Golf-Kooperationsrats.

Was ist bereits über die Ölverträge der westlichen Firmen mit der neuen libyschen Administration aus türkischer Sicht bekannt? Was wird dazu diskutiert?

Sicherlich sind die Ölverträge mit westlichen Firmen der türkischen Regierung ein Dorn im Auge, aber sie ist sich auch bewusst, dass sie dagegen wenig ausrichten kann. In dieser Frage versucht Erdogan eher die libysche Bevölkerung anzusprechen und so für die Sicherung der türkischen Investitionen in Libyen deren Unterstützung zu holen. Auf seinem Besuch im September 2011 hielt Erdogan nach einem gemeinsamen Freitagsgebet eine Rede und erklärte, dass »das libysche Öl den LibyerInnen gehört und sie den ausländischen Szenarien über das libysche Öl eine Absage erteilen müssen«.

Gleichzeitig zeigt sich die türkische Regierung gegenüber dem libyschen Übergangsrat als sehr großzügig. Die Tatsache, dass die türkische Regierung dem Nationalen Übergangsrat 300 Millionen Dollar Soforthilfe in Bar übergab und die Behandlung von zahlreichen libyschen Verletzten übernahm, sicherte Erdogan die Sympathie der libyschen Administration. Die Türkei will zudem Aufbauhilfe leisten und Schulen, Polizeiwachen, Justizgebäude sowie Krankenhäusern bauen bzw. zerstörte Gebäude renovieren.

Die starke Position des türkischen Exports nach Libyen scheint ungebrochen zu sein. Auch nach dem Libyenkrieg steht die Türkei nach Italien und China, vor Deutschland und Frankreich an drit-

ter Stelle der libyschen Importe. Der Übergangsrat hat unlängst erklärt, dass »die Verträge mit türkischen Firmen, insbesondere mit denen, die sich im Baugewerbe und Ölbohrungen engagieren, weiterhin aufrecht erhalten werden«.

In den türkischen Medien fokussiert sich die Diskussion auf die französisch-türkische Konkurrenz im Libyengeschäft, wobei die meisten Kommentatoren die Auffassung vertreten, dass Frankreich aufgrund der frankophonen Minister im Übergangsrat einen entscheidenden Vorteil gegenüber der Türkei habe. Die türkischen Unternehmensverbände wiederum unterstützen Erdogans Libyenpolitik.

PSYCHOLOGISCHE KRIEGSFÜHRUNG

ODER; DIE LUST DER TÜRKISCHEN INTELLEKTUELLEN AN DER ZÜCHTIGUNG DER KURDISCHEN BEWEGUNG

AUS: KURDISTAN-REPORT, HEFT 10/2011

In der Türkei ist in den letzten Monaten vermehrt zu beobachten, wie regierungsnahe Medien und vermeintlich linksliberale Kreise den KurdInnen im Allgemeinen und der kurdischen Bewegung im Besonderen vorschreiben wollen, wie sie zu sein und was sie zu fordern haben. Als das militärisch-bürokratische Vormundschaftsregime die KurdInnen züchtigen und assimilieren wollte und vor einem schmutzigen Krieg nicht zurückschreckte, war es auch für liberale Intellektuelle einfach, sich dagegen zu positionieren.

Doch heute sind linksliberale Intellektuelle dabei, die kurdische Bevölkerung zu einer Hinnahme der AKP-Politik und einem Aufgeben von »unnotigen und unrealistischen« Forderungen zu drängen. Ihr Versuch, die kurdische Bewegung zu domestizieren wird vor allem damit begründet, dass »die AKP das militärisch-bürokratische Vormundschaftsregime abgeschafft« habe, »die Türkei, als aufstrebende Wirtschaftsmacht allen seinen EinwohnerInnen Freiheiten und Wohlstand verspreche« und »die Demokratisierung, langsam aber sicher voranschreite«. Gerade deshalb sei es Seitens der kurdischen Bewegung »unverantwortlich, die Öffnungspolitik der AKP abzulehnen«. Die kurdische Bevölkerung »müsse, wenn sie denn ihre demokratischen Rechte ausleben wolle, der PKK und ihrer Gewalt eine Absage erteilen«.

Was Jahrelang von Kriegsrechtkommandeuren mit militärischen Mitteln versucht wurde durchzusetzen, wird heute im Namen der Demokratie und mit einem ethischen Absolutismus der »Ablehnung der Gewalt« von selbsternannten Demokraten artikuliert. Manche dieser Demokraten (!) gehen inzwischen so weit, so dass sie die kurdische Bewegung als das »größte Hindernis« vor einer Lösung des Kurdenproblems darstellen und die Kritik an der kurdischen Bewegung als »gewaltverherrlichende, autoritäre und gar faschistoide Organisation« zum Lackmustest eines unabhängigen und demokratisch gesinnten Intellektuellendaseins hochstilisieren. Es ist zu offensichtlich wie der »weiße Türke« an der

Züchtigung der KurdInnen und der kurdischen Bewegung Gefallen gefunden hat.

ETHISCHER ABSOLUTISMUS ALS MITTEL DER ZÜCHTIGUNG

Ohne Zweifel liegt einem durchschnittlichen türkischen Demokraten nichts weiter als die Nähe einer bewaffneten Widerstandsorganisation zu suchen. Wer Tag ein, Tag aus von einer regierungsamtlich und staatlich verordneten Berichterstattung berieselt wird und auch noch aus einer »linken Ecke« zu hören bekommt, dass »die Kurden selbst für die wachsende Kurdenfeindlichkeit verantwortlich« seien, kann nichts anderes als die kurdische Bewegung als »terroristisch« einzustufen. Das ist nachvollziehbar.

Nicht nachvollziehbar – aus meiner Sicht auch nicht entschuldbar – ist jedoch, dass Teile der türkischen Linken und linksliberale Intellektuelle, von denen man annehmen sollte, dass sie zu einer objektiven Analyse der gesellschaftlichen wie politischen Verhältnissen fähig sind, ins gleiche Horn blasen.

Gerade ihnen dürfte es nicht entgangen sein, dass die kurdische Bewegung, die in der türkischen Öffentlichkeit als eine »terroristische Organisation« bezeichnet wird, von Millionen KurdInnen als eine »Befreiungsorganisation« angesehen und dementsprechend unterstützt wird. Nun mag man zur kurdischen Bewegung, insbesondere der PKK stehen wie man will – wer einen Aufstand / bewaffneten Kampf / Gewalt oder wie man es auch bezeichnet, diesen Konflikt auf der Grundlage der Demokratie und des gesellschaftlichen Friedens lösen möchte, ist gehalten, die Realität anzuerkennen. Eine von Millionen Menschen getragene Bewegung als »terroristische Organisation« zu bezeichnen ist für jeden Lösungsansatz – außer der Kriegerischen – untauglich.

Andererseits wird von denselben Kreisen die kurdische Bewegung aufgefordert, einseitig und bedingungslos die Waffen niederzulegen, damit der »politische Weg eröffnet werden« könne. Daher wird auch gerne dazu Bezug genommen, dass

»die Gewalt nicht Mittel der Politik sein dürfe« und jeder Demokrat die Verpflichtung habe, »jeglicher Gewalt, von wem auch immer, sich entgegenzustellen«.

Was sich als antiautoritärer Liberalismus anhört, entlarvt sich jedoch bei näherem Hinsehen als Regierungspropaganda. Grundsätzlich ist die Ablehnung der Gewalt richtig, da gibt es nichts zu diskutieren. Doch ohne die Differenzierung und die Benennung der Ursachen der Gewalt, wird es zu einer Leerformel – im Falle der türkischen Linksliberalen zu einer Demagogie: Zum einen wird die Radikalität des Widerstandes mit der Gewalt der paramilitarisierten Polizeikräfte und des Militärs gleichgestellt. Mehr noch, jeglicher Widerstand gegen undemokratische Maßnahmen der Regierung wird als »Gewalt auslösende Aktivitäten« dargestellt und der vom internationalen Recht unter bestimmten Voraussetzungen als legitimer Widerstand anerkannte bewaffnete Kampf, zur Hauptursache des Problems erklärt. So werden protestierende Studierende, die mit Eiern werfen, sehr schnell zu »Gewalttätern«. Auch bei der Bewertung der sog. Gewaltmittel lassen sich Linksliberale allzu gern von Polizeiberichten leiten, die Musikvideos, legale Zeitschriften und Bücher, traditionelle kurdische Bekleidung oder die pure Mitgliedschaft in der prokurdischen BDP als »terroristische Aktivitäten« bzw. »Unterstützung einer terroristischen Organisation« bezeichnen.

Die Blindheit der Arroganz lässt sie über die Tatsache schweigen, dass seit der ersten AKP-Regierung bis heute 129 kurdische Kinder von den Sicherheitskräften getötet, tausende Minderjährige wegen »Steine werfen« zu hohen Haftstrafen verurteilt und mehrere Tausend BDP-PolitikerInnen mit fadenscheinigen Begründungen verhaftet und quasi als Faustpfand in Haft gehalten werden.

Zum anderen wird mit dem ethischen Absolutismus der Linksliberalen die Tatsache verdeckt, dass die Hierarchien in einer Gesellschaft, die herrschenden Macht und Eigentumsverhältnisse sich auf einem instrumentalisierten Gewaltmonopol aufbauen. Die Gleichsetzung der staatlichen Gewalt bzw. der von Sicherheitskräften ausgeübten Gewalt mit der Radikalität des Widerstandes führt zu Vernebelung der Herrschaftsverhältnisse. Daher wäre es nicht falsch zu behaupten, dass die formelle »Moral« des linksliberalen ethischen Absolutismus in sich im Grunde eine »Unmoral« beinhaltet.

Mit dem Ansatz eines, von sozialen und politischen Zusammenhängen abgekoppelten moralisierenden Gewaltdefinition wird der Versuch unternommen, die Legitimität des Widerstandes gegen undemokratische Verhältnisse auszuhöhlen und

die kurdische Bewegung in einen systemkonformen Korsett reinzudrängen.

DEN TEUFELSKREIS DURCHBRECHEN

Trotz der, alle Vernunft übertönenden Unkenrufe türkischer Intellektuellen gibt es einige wenige Stimmen in der türkischen Medienlandschaft, die nicht müde werden zu betonen, dass es an der Zeit ist, den Teufelskreis zu durchbrechen und sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen. JournalistInnen wie Nuray Mert, Cengiz Çandar oder Hasan Cemal mahnen nahezu jeden Tag, dass die türkische Öffentlichkeit sich der Realität stellen müsse.

Zu dieser Realität gehört auch, dass die linksliberale Aufforderung, »die BDP muss sich von der PKK distanzieren« einer friedlichen Lösung nicht dienlich ist. Wenn die BDP die Vertretung von Forderungen, welche von einem großen Teil der kurdischen Bevölkerung getragen wird, aufgeben würde, würde sie ihren ureigenen Sinn und jedwede Legitimität ihres politischen Daseins verlieren.

Dabei sind die BDP und das von ihr mitinitiierte Linksbündnis Organisationen, in der, im Vergleich zu den übrigen politischen Parteien, die Basisdemokratie breit praktiziert wird und Versuche einer Geschlechtergerechtigkeit auf der Tagesordnung stehen. Der Einfluss der WählerInnen und sozialen Bewegungen in die politischen Entscheidungsmechanismen der BDP und des Linksbündnisses ist als sehr hoch zu bezeichnen – was man weder von der regierenden AKP noch von den oppositionellen CHP und MHP behaupten kann.

Wer in einer solchen Situation trotz besseren Wissens behauptet, »die BDP wird von der PKK geleitet« legitimiert damit die Repressalien, Verhaftungen und militärische Gewalt. Teile der türkischen Linken und die linksliberale Intelligenzija müssen sich vorwerfen lassen, dass sie durch die Diffamierung der demokratischen Strukturen und der Meinungsvielfalt innerhalb der kurdischen Bewegung bei gleichzeitigem Ausblenden der zahlreichen Demokratiedefizite in der gesamten Türkei sowie dem Schweigen über die politischen Fehler der AKP-Regierung sich zum Handlanger der herrschenden Politik degradieren.

Ihr Konformismus und ihr Hang, alles Schlechte der kurdischen Bewegung anzudichten, begründet sich auf dem »Weiß-Sein« der türkischen Intellektuellen. Der paternalistische Umgang mit der kurdischen Bevölkerung deutet daraufhin, dass der Boden für den latenten Rassismus und latenten Sexismus noch immer sehr fruchtbar ist. Dabei müsste man gerade jetzt von Intellektuellen viel mehr erwarten. Denn in solchen Zeiten,

in denen die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges rasant gestiegen ist, ist es die historische Verantwortung der Intellektuellen gegen den Strom zu schwimmen und die Mehrheitsgesellschaft anzumahnen. Anstatt immer mehr neue Vorwände bzw. Entschuldigungen für die verfehlte Politik der Regierung zu erfinden und eine ganze Bevölkerung mit der Überheblichkeit ihres Elfenbeinturms züchtigen zu wollen, wäre das mindeste, was man von linksliberalen Intellektuellen erwarten müsste, dazu einen Beitrag zu leisten damit die Mehrheitsgesellschaft und die verantwortliche Politik nun endlich die Realität akzeptieren und die Möglichkeiten eines demokratischen und friedlichen Prozesses offen, frei, konkret und ergebnisorientiert diskutiert werden können.

Die kürzlich bekannt gewordenen Verhandlungsprotokolle zwischen staatlichen Vertretern und der kurdischen Bewegung haben zu Tage gefördert: es gibt immer noch Möglichkeiten, den bewaffneten Konflikt zu befrieden. Die kurdische Seite hat ihren Willen dafür zu mehrfach kundgetan. Nun ist der Staat im Zuge. Hier würde es den türkischen Intellektuellen gut zu Gesicht stehen, die Rolle der willigen Helfer in einem psychologischen Krieg abzulehnen und den Staat an seine Verantwortung und Aufgaben zu erinnern. So und nicht anders werden sie dann auch in der Lage sein, vor der unbarmherzigen Geschichtsschreibung der Völker ihre Prüfung abzulegen.

AUF DEM WEG ZUR »KONGRESS-PARTEI«

HISTORISCHER SCHRITT FÜR EINE VEREINIGTE LINKE IN DER TÜRKEI

VERÖFFENTLICHT AM 18. OKTOBER 2011 AUF [HTTP://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM](http://MURAT-CAKIR.BLOGSPOT.COM)

Am 15. Und 16. Oktober 2011 fand in Ankara eine außergewöhnliche Versammlung statt, die sogar in den regierungsnahen Medien, die ansonsten linke Themen eher außer Acht lassen, breit Erwähnung fand. Das Linksbündnis, welches bei den letzten Parlamentswahlen vor ein paar Monaten mit 36 Abgeordneten einen großen Erfolg erzielt hat, hatte eingeladen. Über 800 Delegierte aus 20 Regionen folgten dieser Einladung. Im Saal wurden sie mit der Losung »Wir vereinigen uns« in 13 Sprachen, die in der Türkei gesprochen werden, begrüßt.

Neben den Delegierten waren zahlreiche VertreterInnen von linken Parteien und Gewerkschaften u. a. Selma Gürkan, Vorsitzende der Partei der Arbeit (EMEP), Ridvan Turan, Vorsitzender der Partei der sozialistischen Demokratie (SDP), Lami Özgen, Vorsitzender der Gewerkschaftskonföderation KESK sowie Öztürk Türkdogan, Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD anwesend.

Einzigartig für die Verhältnisse in der Türkei war, dass eine hundertprozentige Geschlechterparität erreicht wurde: die Hälfte der Delegierten waren Frauen. Der sozialistische Parlamentsabgeordneter Ertugrul Kürkcü unterstrich das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit mit folgenden Worten: »Kein gesellschaftlicher Kampf kann zum Erfolg führen, wenn sie nicht von Frauen mitgetragen wird. Die Befreiung der Frau erklären wir zur violetten Fahne unserer Sache. Wir eignen uns den Kampf der Frauen gegen dieses patriarchalische System. Die Frauen werden die führende Klasse unserer Bewegung sein«.

Delegierte arabischer, aramäischer, armenischer, georgischer, griechischer, kurdischer, lasischer, türkischer und tscherkessischer Herkunft begrüßten die Anwesenden jeweils in ihren eigenen Muttersprachen. Unter den Delegierten waren auch VertreterInnen der Roma, Aleviten, Nusayris und Yeziden. Im Saal fanden die Plakate mit den Losungen wie »Wir vereinigen uns für die friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage«, »Wir vereinigen uns gegen Homophobie und Transphobie«, »Wir vereinigen uns gegen die An-

griffe und Besetzungen des Imperialismus«, »wir vereinigen uns für Freiheit und Gleichberechtigung der Völker und Religionsgemeinschaften«, »wir vereinigen uns gegen Männerdominanz, Geschlechterdiskriminierung und Ungleichheiten« sowie »Wir vereinigen uns, um die Demokratie zu gewinnen« große Beachtung.

FREIWILLIGE PARTNERSCHAFT

Der Kongress wurde mit den Reden der InitiatorInnen eröffnet. Auffallend war, dass alle Redebeiträge, insbesondere von linkssozialistischen InitiatorInnen und Delegierten auf die Notwendigkeit einer vereinigten linken politischen Formation, die sowohl die kurdische Bewegung und politische Linke, aber auch die unterschiedlichen ethnischen wie religiösen Minderheiten und Einzelpersonen unter einem Dach bringen sollte, hinwies. Die Kritik an der klassischen Unterscheidung zwischen dem »Haupt- und Nebenwidersprüchen«, welches in Zusammenhang mit der Frauen- und Kurdenfrage gerne von türkischen Linken formuliert wird, war deutlich.

So wiesen türkische Sozialisten wie Kürkcü, Levent Tüzel oder Sirri Süreyya Önder daraufhin, dass es ein Fehler sei, »die Rechte der ArbeiterInnen und die Forderungen der unterdrückten Völker gegeneinander zu stellen« und dass es die Aufgabe der SozialistInnen sei, »die soziale Frage in Verbindung mit Fragen der Geschlechter- und Ethniengerechtigkeit zu stellen«.

Interessant war auch die Begrüßung von linken Parteien und Gruppen wie ÖDP, TKP oder Volkshäuser, die sich nicht dieser Bewegung beteiligen. Entgegen früheren sektiererischen Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen linken Strömungen der Türkei, war im Saal eine solidarische Atmosphäre bestimmend. Die InitiatorInnen betonten: »Auch wenn ihr nicht dabei seid, so sehen wir in euch unsere natürlichen Bündnispartner. In unserem Kampf werden sich unsere Wege öfters kreuzen«. Ob jedoch die ÖDP, TKP oder der Verband der Volkshäuser sich an dem Linksbündnis beteiligen werden, steht noch offen.

Basisdemokratie und Rätestrukturen als Organisationsform

Die Erfahrungen der kurdischen Bewegung bestimmten auch die Satzungsfragen. Es wurde eine Satzung einstimmig beschlossen, welche die Bewegung als »Demokratischer Kongress der Völker« bezeichnet. Die von der kurdischen Bewegung geforderte Prinzip der »demokratischen Selbstverwaltung« sowie die Geschlechterparität, die Vertretung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transsexuellen, Basisdemokratie und Rätestrukturen als Organisationsform des Kongress wurden in die Satzung aufgenommen.

Die 825 Delegierten wählten einen 101-köpfigen landesweiten Rat und einen geschäftsführenden Rat mit 25 Mitgliedern. Neben der Geschlechterparität wurde eine Jugendquote von 10 Prozent eingeführt. Sämtliche Beschlüsse müssen mit einer Zweidrittelmehrheit gefasst werden. Zusätzlich zu den politischen Parteien und Einzelpersonen, die den Kongress initiiert haben, sollen Parlamentsabgeordnete des Linksbündnisses, unabhängige Parlamentsabgeordnete (denen aufgrund Gerichtsbeschlüsse die Mitgliedschaft in politischen Parteien verboten wurde) und BürgermeisterInnen der BDP natürliche Delegierte sein.

Ein Ethikrat wurde eingerichtet, um innerorganisatorische Konflikte zu befrieden. Die Delegierten sind jährlich, und zwar im September, neu zu wählen. Eine vorübergehende Bestimmung der Satzung sieht es vor, dass die Höchstzahl der Delegierten aus den Regionen 692 betragen soll. Während 40 Prozent der Delegiertenmandate für organisationsunabhängige Einzelpersonen vorgesehen ist, machen Delegierte aus den verschiedenen Parteien 60 Prozent aus.

Der Kongress beauftragte den landesweiten Rat mit den Vorbereitungen zur Gründung einer politischen Partei zu beginnen. Beschlüsse des »Demokratischen Kongress der Völker« sollen für diese zugründende Partei bindend sein. Ein Beschluss zur Vergangenheitsbewältigung sieht die Einrichtung einer »ständigen Konferenz der Völkerrealität« vor, mit der die anatolisch-mesopotamischen Völkermorde des vergangenen Jahrhunderts thematisiert werden sollen.

AUS DER ABSCHLUSSERKLÄRUNG: (ÜBERSETZUNG AUS DEM TÜRKISCHEN: ISKU)

Demokratischer Kongress der Völker: Die Opposition der Türkei vereint sich unter einem Dach

Die Völker und oppositionellen Kräfte der Türkei haben gemeinsame mit der kurdischen Bewegung auf einem zweitägigen Kongress historische Entscheidungen getroffen. Auf dem Kongress an diesem Wochenende in Ankara, mit insgesamt 825 Delegierten, wurden wichtige Grundsatzdiskussionen geführt. Im An-

schluss wurde ein allgemeiner Rat des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK) mit 121 Personen gewählt. In der Abschlusserklärung wurden folgende Beschlüsse festgehalten:

- *Um die Unterdrückung und die Ungerechtigkeiten gegenüber unserer Völker anzugehen, um eine Türkei zu erschaffen, in dem der Frieden herrscht und wir menschlich miteinander leben können, sind dem Aufruf der Kongressinitiative Organisationen, Initiativen, Vereine, Parteien, Bewegungen und Einzelpersonen, die gegen jegliche Form von Unterdrückung stehen, gefolgt und sind zusammengekommen. Wir denken, dass die Zeit reif dafür ist, um gemeinsam Widerstand zu leisten. In dem Bewusstsein, dass unsere Unterschiede unser Reichtum und unsere Kraft ist, verkünden wir die Gründung des Demokratischen Kongresses der Völker*
- *Wir rufen alle, die auf der Seite des Volkes, der Unterdrückten, der Arbeitenden, der Natur, der Freiheit, der Gleichberechtigung, des Friedens und der Demokratie sind dazu auf, sich im gemeinsamen Kampf mit uns gegen den neoliberalen und antidemokratischen Kurs der zwei politischen Hauptströmungen in der Türkei und für eine alternative Gesellschaftsordnung zu organisieren.*
- *Wir stehen gegen die Zerstörung des gesellschaftlichen Lebens, gegen die Vereinsamung der Menschen, gegen die Entfremdung des Menschen gegenüber seiner Arbeit, der Gesellschaft, seiner eigenen Identität und der Natur. Die Kämpfe gegen die globale Herrschaft des Kapitalismus und seiner Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen überall auf der Welt, auf der Wall Street, in Santiago, in Chile, in Kairo, in Tunesien, in Caracas, in Gaza müssen zueinander blicken und sich gegenseitig stärken. Auch hierzulande tätigen wir einen wichtigen Schritt, um den Geist des gemeinsamen Kampfes und der gegenseitigen Solidarität im Kampf gegen das System zu nähren.*
- *Wir halten unseren Kongress in einem Zeitraum ab, in der die AKP-Regierung und der Staat durch Festnahmen den politischen Bereich permanent angreifen. Wir fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Gefängnissen. Der Demokratische Kongress der Völker ist die oppositionelle Bewegung der Türkei. Sie ist das Widerstandszentrum gegen die AKP, welche die Interessen der türkischen Rechten und der herrschenden Klassen vertritt und den Vorposten des globalen Kapitalismus in dieser Region spielt.*
- *Alle Widerstandsherde der demokratischen und oppositionellen Kräfte sind die Widerstandsherde des Demokratischen Kongresses der Völker. Der*

Kongress erschafft somit für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten; alle Arbeitenden, MigrantInnen, Frauen, DörflerInnen, Jugendlichen, RentnerInnen, körperlich und geistig Beeinträchtigten, LGBT (lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen) Menschen, alle Völker und religiöse Gruppen die verleugnet und unterdrückt werden, sowie alle NaturaktivistInnen und Frauenrechtlerinnen das gemeinsame Fundament für den Widerstand.

- *Der Demokratische Kongress der Völker fordert die Aufhebung des auf einer Ethnie beruhenden Bürgerbegriffs in der Verfassung, welcher die Ursache für den Krieg ist. Stattdessen muss eine neue Verfassung erschaffen werden, die alle Identitäten gleichbehandelt und die Existenz der unterschiedlichen Identitäten schützt. Hierfür muss eine Bildungs- und Kulturpolitik gemeinsam mit der Bevölkerung umgesetzt werden, die allen voran das Recht auf muttersprachlichen Unterricht garantiert. Wir werden Widerstand gegen die Mechanismen, die zur Ausbeutung der Frau, ihrer Arbeit, ihres Körpers und ihrer Identität führen, sowie gegen die Privilegien der Herrschenden und des männlichen Geschlechtes führen.*
- *Der Demokratische Kongress der Völker betrachtet das Verständnis der Demokratischen Autonomie für die Beendigung des Krieges, welcher aus der ungelösten kurdischen Frage herrührt, als wichtige Initiative. Wir werden uns darum bemühen, dass eine politische Ordnung erschaffen wird, in der die Macht der Zentralregierung über die kommunale Selbstverwaltungsebene aufgehoben wird. Alleine so kann ein freies und freiwilliges Zusammenleben der Völker erschaffen werden, in der das Volk im lokalen durch breite Partizipation Entscheidungen selbst fällen und umsetzen kann und alle unterschiedlichen Gruppen sich frei artikulieren können.*

NACHWORT

EINE SELBSTKRITISCHE NACHBETRACHTUNG

Mit der Veröffentlichung dieser ausgewählten Artikel, die zwischen 2004 und 2011 verfasst wurden, ist die Hoffnung verbunden, einem türkeiinteressierten Publikum erklärende Perspektiven auf die jüngste Geschichte der Türkei, insbesondere auf die Entwicklung unter der AKP-Regierung, vorlegen zu können. Die chronologische Aneinanderreihung der Artikel verfolgt den Zweck, anhand von Schwerpunktthemen der jeweiligen Zeit diese Entwicklung im historischen Zusammenhang darzustellen.

Der Nachteil eines solchen Vorgehens liegt darin, dass seiner Zeit gemachte Einschätzungen, die von mir als Autor heute als Fehleinschätzungen gesehen werden, unbearbeitet veröffentlicht werden. Selbstkritisch und aus heutigem Erkenntnisstand betrachtet wäre es ein Fehler, wenn diese Fehleinschätzungen und eventuelle Missverständnisse unkommentiert blieben. Daher war eine solche Nachbetrachtung wie die vorliegende unumgänglich, welche nicht nur als eine Selbstkritik, sondern auch – so am Beispiel der Analyse des Verfassungsreferendums 2010 – als eine weiterführende Kritik an einer von vielen geteilten Position verstanden werden sollte.

Als erstes möchte ich ein mögliches Missverständnis, das bei der Lektüre dieser Artikelsammlung aufkommen könnte, ausräumen: In mehreren Artikeln wird auf das militärisch-bürokratische Vormundschaftsregime hingewiesen. Ohne Zweifel begründen heute noch die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Privilegien der türkischen Generalität ihre Machtstellung. Die derzeit noch gültige Verfassung, welches von der Militärjunta im Jahre 1982 durchgeboxt wurde, bildet die rechtliche Grundlage dieser Machtstellung.

Bei der Darstellung des militärisch-bürokratischen Vormundschaftsregimes in den jeweiligen Artikeln könnte der Eindruck entstehen, dass die türkischen Generäle eine vom türkischen und internationalen Kapital unabhängige »herrschende Klasse« wären.

Dem ist aber nicht so. Trotz der Oligokratie der Generalität war und ist die türkische Armee die

Armee eines kapitalistischen Staates. Seit dem Putsch der Jungtürken in 1908 sind die Militärs eng verflochten mit der türkischen Bourgeoisie. Wie ein kapitalistischer Staat funktioniert und was für ein Verhältnis er zu seiner Armee hat, braucht hier wahrscheinlich keiner weiteren Erläuterung.

Die besondere Stellung der Generalität im Staat hat zum einen mit der traditionellen Vormundschaft, mit der ethnische Säuberung und die Türkisierung der Bourgeoisie betrieben wurden und zum anderen mit der Tatsache zu tun, dass sich die Generäle als uniformierte Kapitalisten selbst private Kapitalakkumulationsmöglichkeiten (so z.B. mit dem rentabelsten türkischen Großkonzern OYAK, dessen Privilegien von der AKP bisher unangetastet geblieben sind) geschaffen haben und dafür das Vormundschaftsregime nutzen konnten.

Diese besondere Stellung (ähnlich wie in Ägypten und Pakistan) wird von Linksliberalen, aber auch von Teilen der türkischen Linken als Beweis für einen »tiefen Staat« dargestellt, womit dann die These untermauert wird, dass »das eigentliche Hindernis für eine Demokratisierung des Landes dieser tiefe Staat sei« und »durch die Zurückdrängung der Generalität die wahre Demokratie errichtet werden könne«. Damit wird eine Argumentationskette konstruiert, mit der »die Unterstützung der Demokratisierungsbemühungen der einzig wahren zivilen Regierung unter Erdogan« gefordert wird. Der AKP kam es sehr gelegen, eine politische Strategie zur Verfestigung ihrer Hegemonie auf dieser Argumentation aufbauen zu können.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass diese Strategie erfolgreich war. Die Wahlergebnisse und erstzunehmende Umfragen belegen, dass die AKP Stimmen aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten erhält, die sich auch in verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der AKP wiederfinden (Anne Steckner). Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen waren Leidtragende des militärisch-bürokratischen Vormundschaftsregimes und anfällig für die Legende

vom »tiefen Staat«. So konnte sich die AKP, mit Erdogan als »einem vom einfachen Volk« gegen die elitären Kemalisten als eine politische Formation darstellen, die willig und fähig ist, das »alte Regime zu überwinden«. Insofern kann konstatiert werden, dass es der AKP mit dieser Strategie gelungen ist, ihre Machtinteressen als gesamtgesellschaftliche Interessen zu etablieren.

Der von Linksliberalen und Teilen der türkischen Linken benutzter Begriff »tiefer Staat« ist irreführend und reproduziert zugleich die o. g. Argumentationskette. Er verdeckt die inneren Widersprüche der türkischen Bourgeoisie und den Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Armee, die aufgrund der Neuordnung des Nahen Ostens notwendig geworden ist. Auf eine einfache Formel gebracht; das militärisch-bürokratische Vormundschaftsregime, deren Hegemonieinstrumente immer schwächer wurden, war nicht mehr fähig, den Anforderungen der globalen Strategien des Westens, des Umbaus des Akkumulationsregimes und der verstärkten Fortführung der Integration der Türkei in den globalen Kapitalismus zu genügen. Diese Aufgabe fällt nun der AKP zu, weshalb sie von verschiedenen Kapitalfraktionen unterstützt wird.

Anders als dem militärisch-bürokratischen Vormundschaftsregime gelang der AKP zweierlei: Zum einen konnte sie ihre Allianzen von »oben« festigen und ordnen, zum anderen aber konnte sie unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte, Dynamiken von »unten« in ihre Koalition integrieren und teilweise assimilieren. Sie schaffte es, dass breite Teile der Bevölkerung aus purer pragmatischen Interessenverteidigung und dem herrschaftskonformen Zwang heraus, die AKP-Herrschaft weitgehend widerspruchslos hingenommen haben.

Dennoch bin ich der Auffassung, dass weiterhin von einer Regimekrise gesprochen werden muss. Denn die AKP-Herrschaft ist, trotz ihrer Hegemonie, der Unterstützung des Westens und breiter Zustimmung in der Mehrheitsbevölkerung, fragil. Auch wenn ihre Macht stabil erscheint, ist eine Stabilität nicht gegeben. Der Grund dafür liegt in einer Konfliktlinie, die jedoch nicht wie von liberaler Seite behauptet, zwischen der »erneuerungswilligen AKP« und den nach alten Machtstrukturen hungrigen »kemalistischen Eliten« verläuft, sondern zwischen dem herrschenden Block und der kurdischen Bewegung - womit wir bei einem Kritikpunkt wären, zu dem die vorliegenden Artikel manche LeserIn veranlasst haben.

»MUTTER ALLER PROBLEME«

»Zu einseitig«, so wurde mir als Autor entgegengebracht, würden viele Artikel sich auf die »Kurdenfrage« fokussieren. Nun, oberflächlich betrachtet kann dieser Eindruck freilich entste-

hen. Doch die »Kurdenfrage« bildet im Hinblick auf eine Vielzahl von innergesellschaftlichen Dynamiken und für den weiteren Entwicklungsweg der Türkei die »Mutter aller Probleme« (Haluk Gerger). Sie hat das Potential, alle Strategien und Pläne der Herrschenden zu Nichte zu machen.

Das hat verschiedene Gründe.

Gesellschaftliche Kräfte, die weder in »alten« noch in »neuen« Koalitionen einen Platz haben und vor allem die von Volksmassen getragene und beeinflusste kurdische Befreiungsbewegung –welche selbst als eine Koalition unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte zu sehen ist, wobei die ärmeren Schichten und die kurdische Frauenbewegung eine prägende Rolle spielen- bilden eine hochpolitisierte und kämpferische Oppositionskraft, die dem herrschenden Block große Kopfschmerzen bereitet. Allein das Konzept der »demokratischen Selbstverwaltung« der kurdischen Befreiungsbewegung und die Forderungen nach einer »demokratischen Republik« werden von der AKP als eine kategorische Ablehnung ihres eigenen Konzeptes und als Hort des Widerstandes verstanden, welcher das größte Hindernis für die Umsetzung ihrer Politik ausmacht. Wie Cengiz Candar es zutreffend bezeichnete, »die kurdische Frage ist die Achillesferse der Türkei«.

Die säkulare Verfasstheit des größten Teils der kurdischen Bewegung, ihre breite Verankerung in der kurdischen Gesellschaft, die strategisch-militärischen Vorteile der PKK-Guerilla in den Qandil-Bergen, die hohe Zustimmung in anderen Teilen Kurdistans für die PKK sowie das abperlen von Spaltungsversuchen machen sie zu einem unkontrollierbaren Störfaktor für die regionalen und globalen Ambitionen der AKP.

Störungen kontrollierbar zu machen und ggf. diese zu marginalisieren ist jedoch für eine solche ambitionierte Außenpolitik lebensnotwendig. Gerade weil die Entwicklungen in der arabischen Welt und Teilhabepäne an der Neuordnung des Nahen Ostens die Zurschaustellung der militärischen Fähigkeiten erforderlich machen, ist ein ungelöster militärischer Konflikt im Innern der Türkei mehr als hinderlich.

Es kommen weitere Instabilitätsfaktoren hinzu: Die dynamischen internationalen Entwicklungen, ein mögliches Außerkontrollegeraten des »arabischen Frühlings« und allen voran eine wieder möglich gewordene weltweite Wirtschaftskrise, die den jetzigen Zufluss des ausländischen Kapitals in sein Gegenteil wenden könnte, können die fragile Machtstellung der AKP noch mehr gefährden.

Unter solchen Risiken scheinen die türkischen Entscheidungsträger eine Strategie zu verfolgen,

mit der sie die kurdische Bewegung endgültig zu marginalisieren hoffen. Denn für die Konsolidierung der neuen Machtverhältnisse ist die Beseitigung bzw. Marginalisierung der kurdischen Bewegung notwendig.

Im Kampf gegen die PKK hat die AKP-Regierung, neben dem formellen Oberbefehlshaberschaft, die unmittelbare Führung übernommen. Alle Operationen, auch jene, in denen völkerrechtswidrige chemische Kampfmittel zum Einsatz kommen, werden mit Wissen und nach dem Willen Erdogans durchgeführt. Erdogan ist der unmittelbare Oberbefehlshaber eines schmutzigen Krieges geworden, den die regierungsnahen Liberalen stets als »Werkzeug des tiefen Staates« kritisiert hatten. Doch die AKP-Regierung ist sich durchaus bewusst, dass die PKK-Guerilla allein mit militärischen Mitteln nicht vernichtet werden kann. Daher setzt sie darauf, die zivilen und politischen Teile der kurdischen Bewegung durch Massenverhaftungen, »Terrorismus«-Vorwürfe und einen medialen Frontalangriff zu paralysieren.

Ein Nebeneffekt dieses Vorgehens ist, dass mit einem nationalistischen und martialischen Politikstil WählerInnen der neofaschistischen MHP abgeworben werden können und die Möglichkeit für die Stärkung des längst vorhandenen religiös-nationalistischen gesellschaftlichen Blocks gegeben wird, aus dem die AKP einen großen Teil ihrer Wählerschaft rekrutiert. Die Wirkungskreise der oppositionellen CHP und linker Kräfte hingegen sind ohnedies sehr eingengt.

Die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas, autoritäre und repressive Innenpolitik, in der mit Hilfe des weitgehend unter Regierungskontrolle gebrachten Teilen des Justizapparates, undemokratischer Gesetzgebung und paramilitarisierten Sicherheitsorganen jegliche Opposition schon im Keime zu ersticken versucht wird und eine, von kriegsverherrlichenden Sprache, (Wieder-) Eroberungssehnsüchten und imperialen Visionen geformte Außenpolitik ist das Ergebnis dieser Politik.

Aber umgekehrt beinhaltet diese Situation auch Chancen für einen anderen Entwicklungsweg. Das Entstehen einer neuen politischen Formation, die von linkssozialistischen Kräften, Demokratie einfordernden modernen Mittelschichtangehörigen, Intellektuellen und der kurdischen BDP getragen wird, zeigt dies an. Diese Formation könnte sich zu einer wichtigen Oppositionskraft entwickeln. Wenn es ihr gelänge, die soziale Frage mit der »kurdischen Frage« sowie mit einem ökologischen und feministischen Ansatz derart zu verbinden, so dass breite Teile der Unterschichten, der unteren Mittelschichten der urbanen Milieus und der Frauen- und ArbeiterIn-

nenbewegung hinzugewonnen werden und eine gestaltende Rolle spielen können, böte sich eine echte wahlpolitische Alternative dar. Mit ihrer schon jetzt existierenden basisdemokratischen Strukturen hätte eine solche Kraft auch das Potential, zu einem Partei- und/oder Bewegungsmodell für den gesamten Nahen Osten zu werden.

Eben aus all diesen Gründen kann und darf, wenn die Entwicklung in der Türkei analysiert wird, auf die Einbeziehung der »kurdischen Frage« nicht nur nicht verzichtet werden, diese muss auf ihre auf nahezu alle zivilgesellschaftlichen Fragen ausstrahlenden Bedeutung hin befragt werden. Es mag sein, dass in diesem Zusammenhang meine Kritik nur an einer Konfliktpartei, hier dem türkischen Staat, als einseitig und undifferenziert erscheint. Hintergrund meiner Fokussierungen ist jedoch nicht, dass die kurdische Befreiungsbewegung im Allgemeinen und die PKK im Besonderen von jeglicher Kritik befreit wären. Im Gegenteil; besonders die PKK ist gehalten, wie selbst von Abdullah Öcalan gefordert, ihre eigene Vergangenheit selbstkritisch aufzuarbeiten – unabhängig davon, ob eine offizielle »Geschichts- und Wahrheitsfindungskommission« gegründet wird oder nicht. Damit würde sie der gesamten kurdischen Bewegung und der notwendigen Vergangenheitsbewältigung in der Türkei einen großen Dienst erweisen.

Doch es ist auch eine ethische Frage, wie Kritik ausgeübt wird. Zu allererst ist festzustellen, dass der bewaffnete Widerstand der kurdischen Befreiungsbewegung ein Ergebnis ist. Die Ursache des Konflikts liegt an der fortwährenden Politik des türkischen Staates. Daher sind auch manche PKK-kritische Stimmen in der Türkei inzwischen der Auffassung, dass die PKK ein Teil der Lösung sein muss. Zweitens sind die Kräfteverhältnisse zwischen den Konfliktparteien asymmetrisch angeordnet. Wenn sogar der Versuch, die Ideen und Strategien der PKK zu untersuchen sowohl in der Türkei (im Rahmen des Gesetzes zur Bekämpfung des Terrors) als auch in Deutschland (so z.B. die Strafbarkeit der Veröffentlichung eines Fotos von einer PKK-Fahne neben einem Artikel) zu einem Straftatbestand gemacht werden kann, wird eine vermeintlich unparteiische Haltung und die Kritik an der PKK zu einem Instrument der vorhandenen Repression. Eine kritische Auseinandersetzung mit der PKK erfordert die Gleichheit und Freiheit der Artikulation der Meinungen. Solange in Deutschland das PKK-Verbot gültig ist und damit die institutionelle Stigmatisierung und Kriminalisierung einer großen Zahl kurdischer MigrantInnen und ihrer Selbstorganisationen fortgeführt wird, solange sind Linke gehalten, eine kritische Solidarität zu praktizieren und nicht jede staatliche Beurteilung der PKK für bare Münze zu nehmen.

Für mich persönlich bedeutet die kritische Solidarität nicht, dass ich auf eine Kritik an der PKK völlig verzichte. Als Kolumnist von zwei kurdisch-türkischen Tageszeitungen und vielfach als Referent auf Veranstaltungen von kurdischen Organisationen übe ich meine Kritik. Kritik, scharf in der Sache, aber solidarisch und konstruktiv, dort wo KurdInnen sind und auf gleicher Augenhöhe – das ist mein Verständnis von einer kritischen Solidarität.

HINTERHER IST MENSCH IMMER KLÜGER – DAS VERFASSUNGSREFERENDUM

Eine Fehleinschätzung, welches ich hier revidieren möchte liegt in der Analyse des Verfassungsreferendums (September 2010). Meine Bewertung, dass das Ergebnis des Referendums eine »Niederlage für beide Seiten des herrschenden Blocks« sei, ist nicht ganz zutreffend. Ich muss auch einräumen, dass die Feststellung »das knappe Ergebnis führt dazu, dass die Handlungsoptionen (...) der AKP eingeengt wurden« eine Fehleinschätzung war (Übrigens genau wie meine Annahme im Juli 2008, dass die AKP von einer möglichen Spaltung bedroht sei). Im September 2010 habe ich die eigentlichen Auswirkungen der Verfassungsänderung bezüglich der Einflussmöglichkeiten der AKP bei der Besetzung des Personals der zwei höchsten juristischen Institutionen, nämlich des Hohen Rats der Richter und Staatsanwälte (HSYK) und des Verfassungsgerichts völlig unterschätzt.

Sicherlich hat das Referendum dazu geführt, dass die gültige Junta-Verfassung innerhalb eines breiten Teils der Bevölkerung ihre Legitimität verloren hat. Und zutreffend ist es auch, dass damit die Notwendigkeit einer neuen, demokratischen Verfassung in der Öffentlichkeit deutlich wurde. Aber meine damit verbundene Hoffnung, dass eine gesellschaftliche Atmosphäre entstehen könnte, »in der die Debatten um Demokratisierung und friedliche Lösung der ›Kurdenfrage‹ fruchtbaren Boden finden werden« war ein Trugschluss.

Andererseits vertrete ich heute noch die Auffassung, dass die Boykott-Bewegung erfolgreich war. Allerdings ist das nur die halbe Wahrheit. Taktisch war der Boykott-Aufruf der kurdischen Bewegung und sie unterstützenden Kräfte, insbesondere was die Mobilisierungsfähigkeit betraf, ein großer Erfolg – aber das war ein regionaler und damit nur ein partieller Erfolg und ein Fehler.

Besonders für die kurdische Befreiungsbewegung hatte der hohe Zuspruch für den Boykott in den kurdischen Gebieten eine hohe symbolische Bedeutung – doch für einen damit erhofften Politikwechsel hatte das aber keine Auswirkung. Eine Boykott-Bewegung hätte wahrscheinlich nur dann ein Potential entfaltet, mit dem die Verhältnisse

zum Tanzen gebracht werden könnten, wenn es gelungen wäre, die Mehrheit der sozialistischen Bewegung und breite Teile von demokratischen Kräften landesweit für ein Boykott zu gewinnen. Erst dann hätte die Boykott-Bewegung die Kraft gehabt, die Legitimität des Referendums in Frage zu stellen.

Natürlich stellt sich hier die Frage, was dann passiert wäre. Hätte die AKP dazu gedrängt werden können, die in Fragestellung der Legitimität des Referendums zu akzeptieren? Warum auch, sie hätte keine Veranlassung dazu, solange die Verfassungsänderung nicht abgelehnt wäre. Zweite Frage: hätte eine landesweite Boykott-Bewegung die Möglichkeit geschaffen, über eine Koalition der prokurdischen BDP und linken Parteien hinaus, eine breite gesellschaftliche Oppositionskraft aufzubauen? Auch das muss verneint werden, da weder die kurdische Bewegung noch die linken Kräfte der Türkei die politische Reife dafür hatten.

Die kurdische Bewegung und die den Boykott unterstützenden Linken – so auch ich – hätten früh genug auf die Tatsache reagieren müssen, dass außerhalb der kurdischen Bevölkerung eine Befürwortung des Boykotts kaum akzeptiert wurde. Wir hätten schon zu Beginn der Kampagne erkennen müssen, dass selbst eine Boykottbeteiligung von 100 Prozent der kurdischen WählerInnen (immerhin hat sich ein Großteil der kurdischen WählerInnen, in manchen Wahlbezirken bis zu 90 Prozent, am Boykott beteiligt) nicht ausreichen würde, die AKP zu echten Demokratisierungsschritten zu bewegen.

Aus kurdischer Perspektive gesehen, war es politisch richtig hervorzuheben, dass das Referendum die »kurdische Frage« ausschloss. Doch aus gesamtürkischer Perspektive gesehen, muss es heute als ein Fehler bezeichnet werden, die Referendumsfrage alleine auf das Fehlen von Lösungsansätzen zur »kurdischen Frage« zu reduzieren, wobei die »kurdische Frage« wiederum von Teilen der kurdischen Bewegung auf die »Anerkennung der kurdischen Identität« reduziert und der eigentliche soziale Inhalt negiert wurde. In der Folge konnte die AKP ihre Strategie, die bittere Pille mit einem süßen Mantel schlucken zu lassen, also mit der Verfassungsänderung ihren Einfluss auf den Justizapparat zu erhöhen und die Gewaltenteilung faktisch aufheben zu können, ohne wirksame Gegenwehr umsetzen. Besonders diejenigen SozialistInnen, die den Boykott unterstützt haben, waren kurzsichtig und haben einen wichtigen strategischen Fehler begangen, in dem sie die berechtigten Befürchtungen von demokratischen JuristInnen und ihre nachvollziehbare Kritik an Teilen der Verfassungsände-

rung nicht ernst nehmen. Wenn sie diese Kritik ernstgenommen hätten, dann hätten sie auch die kurdische Bewegung davon überzeugen können, dass mit dem Boykott wichtige Stimmanteile zur Abwehr der AKP-Strategie verschenkt würden. Sie hätten es besser wissen müssen.

Diesen Schuh muss auch ich mir anziehen lassen.

Die Konzentration auf die Boykott-Kampagne hat dazu geführt, dass ein nicht zu unterschätzendes Feld der öffentlichen Meinungsbildung der AKP überlassen wurde. Die AKP konnte die wenigen vermeintlichen Verbesserungen der Verfassungsänderung (z.B. individuelles Klagerecht beim Verfassungsgericht; Verlust der Immunität der Junta-Generäle; Recht auf Tarifverhandlungen für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie die positive Diskriminierung von Frauen, Behinderten und Kindern) besonders hervorheben und mit einer wirksamen Propaganda ihre wahre Absicht verdecken. So konnten die AKP und ihr nahestehende Kräfte mit der Hervorhebung der Verbesserungen die Hoffnung breiter gesellschaftlicher Schichten, dass mit den Verfassungsreformen einen Weg der Transformation in Richtung einer Demokratisierung eröffnet werden kann, für ihre Zwecke instrumentalisieren.

Linksliberale und Teile der Linken (so z.B. die trotzkistische DSIP), die die Reformen zwar für nicht ausreichend hielten, aber dennoch zur Stimmgabe mit »Ja« aufriefen, gaben der AKP eine öffentlichkeitswirksam unterstützte Möglichkeit, alle Gegner des Verfassungsreferendums, so auch die Boykott-Bewegung, mit Nationalisten und Juntaunterstützern gleichzusetzen und als »demokratieunwillige Ewiggestrige« zu diffamieren. Linksliberale, die beispielsweise in den Tageszeitungen Taraf und Radikal in ihren Kolumnen diese Diffamierung fortsetzen, spielten m. E. eine unrühmliche Rolle.

Wie viele andere Linke bin auch ich in eine klug vorbereitete Falle der AKP getappt. Die Falle schnappte eigentlich lange vor dem Referendum zu. Die realen Erfahrungen mit dem repressiven Staatsapparat, das autoritäre Erbe des Kemalismus, das vom Militärputsch 1980 ausgelöste Trauma, der schmutzige Krieg, die Realität der politischen Häftlinge, der Folter und der extralegalen Hinrichtungen von mehr als 17.000 Menschen hatten auch mich blind gemacht, als im Rahmen des sog. »Ergenekon-Prozesses« die Willkürjustiz der AKP seinen Anfang nahm. Die Verhaftung von zahlreichen Militärs und Geheimdienstlern, die in illegalen Strukturen agierten, wurde von uns mit Genugtuung verfolgt. Immerhin waren vor allem die türkische Linke und die KurdInnen Opfer dieser Apparate geworden und hatten jahrelang auf die Existenz illegaler Gladio-

Strukturen bzw. der Konterguerilla hingewiesen. Nun sahen wir uns erstmals regierungsamtlich bestätigt.

Das Problem dabei war jedoch, dass wir die Form der Verhaftungen, der Klageerhebung und medial inszenierten Vorverurteilungen der Verhafteten durch die Regierungsmitglieder, was insgesamt den Grundprinzipien eines demokratischen Rechtsstaats widersprach, ausgeblendet hatten. Ohne Zweifel; Angehörige solcher illegalen Konterguerilla-Strukturen, ihre Helfershelfer und Hintermänner, die Menschen verschleppt, gefoltert und ermordet haben, gehören eingesperrt und bestraft. Doch wir haben allzu schnell vergessen, dass dafür auch für sie der Rechtsweg ausgeschöpft werden musste. Wir haben die Tatsache vergessen, dass der demokratische Rechtsstaat nur dann existieren kann, wenn auch für diejenigen alle Prinzipien des Rechtsstaates gelten, die den Rechtsstaat zerstören, Freiheiten und Demokratie aufheben wollen und dafür vor der Anwendung von Gewalt, Mord und Terror nicht zurückschrecken. Wir haben vergessen, dass Willkürjustiz immer ein Unrecht ist und bleibt, selbst wenn unmenschliche Folterknechte und Mörder davon betroffen sind.

So begann mit den ersten rechtswidrigen Verhaftungen und den Vorverurteilungen ein Prozess, dessen Auswirkungen jetzt alle oppositionellen Kräfte, besonders die kurdische Bewegung betreffen.

Heute sind abertausende, legal tätige BDP-PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, AktivistInnen, JournalistInnen und SozialistInnen im Untersuchungshaft, wo sie teilweise jahrelang auf die Eröffnung der Gerichtsverhandlung warten müssen. Mit fadenscheinigen Begründungen, mit konstruierten, vor einem ordentlichen Gericht kaum aufrecht erhaltbaren Vorwürfen, für die Verteidigung unüberprüfbarer Aussagen von »geheimen Zeugen«, zur »Geheimsache« erklärten Anklagen und Behinderung der Verteidigung werden Menschen in Haft gehalten und auf der Grundlage von undemokratischen Gesetzen – selbst minderjährige Kinder – zu langen Haftstrafen verurteilt. Gerichte mit Sondervollmachten, Ausweitung der (Terror-)Straftatbestände und eine Executive, die gleichzeitig wie die Judikative handelt, haben die Türkei zu einem Unrechtsstaat par Excellence verwandelt, in der Oppositionelle oder auch nur Kriegsdienstverweigerer jederzeit zu Staatsfeinden erklärt werden können.

Auf dem heutigen Erkenntnisstand muss ich rückblickend feststellen, dass ein »Nein« bei dem Verfassungsreferendum die politisch und strategisch richtige Antwort gewesen wäre – selbst auf die Gefahr hin, mit Nationalisten und der kema-

listischen Elite auf der gleichen Seite stehen zu müssen. Der politische Grund eines »Neins« der kurdischen Bewegung und der sie unterstützenden Kräfte wäre selbstverständlich eine andere, als die der Nationalisten. Der Unterschied zwischen dem »Nein« der kurdischen Bewegung sowie der SozialistInnen und dem »Nein« der CHP oder MHP wäre sicherlich vermittelbar gewesen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die kurdische Bewegung und mit ihr die Linke im Westen der Türkei in der Pflicht sind, ihre Haltung während des Referendums einer Selbstkritik zu unterziehen. Denn auch sie sollten in Erinnerung bringen, dass die Kritik an den Verhältnissen nur dann glaubhaft sein kann, wenn an der Praxis der schonungslosen Selbstkritik festgehalten wird.

Mit dem erst kürzlich ins Leben gerufenen »Demokratischen Kongress der Völker« ist eine Kraft im Entstehen begriffen, die in sich vielfältige demokratische Potentiale birgt. Die Chance, mit diesen Potentialen eine echte Alternative für breite Teile der Bevölkerung aufzubauen, kann nur dann wirkungsvoll ergriffen werden, wenn die Träger dieser möglichen Alternative, vor allem die kurdische Bewegung der aufbauenden Kraft der Selbstkritik freien Lauf geben und sich, emanzipatorisch wie radikaldemokratisch, jeden Tag selbst hinterfragen und Neubegründen können.

Jetzt damit zu beginnen, ist dringlicher denn je.

Murat Çakır
Kassel, im Dezember 2011

GLOSSAR

PERSONENBEZOGENE INFORMATIONEN STAMMEN ZUM GRÖSSTEN TEIL AUS DER FREIEN ENZYKLOPÄDIE WIKIPEDIA. [HTTP://DE.WIKIPEDIA.ORG/WIKI/WIKIPEDIA:HAUPTSEITE](http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Hauptseite)

AĞIRDİR, Bekir: *1956 in Denizli. Gründer des Programms »Demokratische Republik«, Geschäftsführer des Umfrageinstituts KONDA.

AKÇAM, Taner: *1953 in Ardahan. Türkischer Historiker, Soziologe und Autor. Er ist einer der ersten türkischen AkademikerInnen, die den Völkermord an Armeniern öffentlich ansprachen. Akçam hat die bisher detaillierte Arbeit über die Istanbul Prozesse von 1919/1920 herausgegeben und wurde mehrfach in der Türkei angeklagt. Derzeit ist er Professor für Geschichte an der University of Minnesota (USA).

AKSOY, Mehmet: *1939 in Hatay. Türkischer Bildhauer, der lange in Deutschland gelebt und gewirkt hat. Aksoy schuf für den bundesrepublikanischen öffentlichen Raum unter anderem 1989 das Bonner und Potsdamer Denkmal für den unbekanntenen Deserteur und den Bereich »Menschen in der Stadt« der Menschenlandschaft Berlin. Zuletzt entstand in der ostanatolischen Stadt Kars die 35 Meter hohe und 1500 Tonnen schwere Skulptur İnsanlık Abidesi (Denkmal der Menschlichkeit), die zur Versöhnung zwischen Armeniern und Türken aufruft. Weil der Standort des Monuments aus historischen Gründen umstritten ist, wurden die Bauarbeiten unterbrochen und im Jahr 2011 von Ministerpräsident Erdoğan der Abriss des weitgehend fertiggestellten Denkmals gefordert. Der Abriss des Kunstwerks begann auf Erdoğan's Anordnung Ende April 2011. Der Künstler verglich die Aktion mit der Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamiyan durch die Taliban. Aksoy, der sich schon vorher gegen den Abriss wehrte, sowie Einwohner von Kars und andere Künstler kündigten Proteste an. Die Zerstörung der Skulptur stieß innerhalb und außerhalb der Türkei auf heftige Kritik.

ALINAK, Mahmut: *1952 in Kars. Rechtsanwalt. Wurde 1987 als Kandidat der SHP (Sozialdemokratische Volkspartei, Nachfolgepartei der CHP nach der Militärjunta) in das Parlament gewählt. Vier Jahre später wurde er wiedergewählt – diesmal als Kandidat der gemeinsamen Liste der SHP und HEP (prokurdische Arbeitspartei des Volkes, Vorgängerin der DTP und BDP). Bei den Wahlen in 2007 verpasste er den Wiedereinzug. Alınak wurde Ende November 2011 mit dem Vorwurf »KCK-Angehöriger« zu sein, verhaftet.

ALTAN, Ahmet: *1950 in Ankara. Schriftsteller und Journalist. Derzeit Mitherausgeber und Kolumnist der Tageszeitung Taraf. Altan arbeitete lange Jahre für die Tageszeitungen Hürriyet, Güneş, Milliyet und Yeni

Yüzyıl. Er ist einer der Söhne von Çetin Altan, einem der 15 Abgeordneten der Türkischen Arbeiterpartei, die bei den Wahlen 1965 überraschende ins Parlament zog. Sein Bruder Mehmet Altan ist Professor für Volkswirtschaft und Kolumnist mehrerer liberaler Zeitungen.

ATATÜRK, Mustafa Kemal: *1881 in Thessaloniki, gestorben am 10. November 1938 in Istanbul. Begründer der Republik Türkei und erster Staatspräsident. Er hat auch die CHP gegründet. Als Machtpolitiker hat er mit der Abschaffung vom Sultanat und Kalifat sowie mit weitreichenden gesellschaftlichen und gesetzlichen Reformen den Aufbau der Republik begleitet. 1934 wurde ihm vom türkischen Parlament der Nachname »Atatürk« (Vater der Türken) verliehen.

BAHÇELİ, Devlet: *1948 in Osmaniye. Wirtschaftswissenschaftler. Seit seiner Studienzeit ist er mit der neofaschistischen Bewegung der Türkei verbunden. 1987 wurde er Vorstandsmitglied der MÇP (Nationalistische Tätigkeitspartei, Nachfolgerin der von der Junta verbotenen MHP), später der wiederzugelassenen MHP. 1997 wurde er nach dem Tod des MHP-Gründers Alparslan Türkeş, als Vorsitzender der MHP gewählt. Von 1999 bis 2002 war er stellvertretender Ministerpräsident in der DSP (Demokratische Linkspartei) – ANAP (Mutterlandspartei) und MHP-Koalition.

BAYKAL, Deniz: *1938 in Antalya. Jurist. Bis Mai 2010 war er CHP-Vorsitzender. In das Parlament wurde er erstmals 1973 gewählt und war zwischen 1974 und 1978 Finanzminister und danach Minister für Energie und natürliche Ressourcen in der Ecevit-Regierung. Nach dem politischen Betätigungsverbot zog er 1987 mit der SHP ins Parlament ein. 1992 wurde er wieder CHP-Mitglied. 1995 wurde er stellvertretender Ministerpräsident unter Tansu Çiller. 1999 flog die CHP aus dem Parlament und konnte 2002 wieder einziehen. Von 2003 bis Juli 2008 war Baykal einer der Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale. Als im Mai 2010 im Internet ein Video von ihm und einer CHP Abgeordneten veröffentlicht wurde, trat er als Vorsitzender der CHP zurück.

BİR, Çevik: * 1939 in Izmir. Pensionierter General, war stellv. Generalstabschef der türkischen Armee. Während dieser Zeit hat er im Namen des Nationalen Sicherheitsrates Richtern und Staatsanwälten Anweisungen verschickt. War aktiv in der illegalen »Arbeitsgruppe West«, die als Kontrollorgan des sog.

»postmodernen Putsch vom 28. Februar 2007« fungiert haben soll. Zeitungsberichten zufolge, hat die »AG West« Daten rund 6 Millionen Menschen gesammelt.

BOZDAĞ, Bekir: * 1965 in Yozgat. Rechtsanwalt und Theologe. Seit Juli 2011 stellv. Ministerpräsident der Türkei. In der letzten Legislaturperiode war Bozdağ stellv. Vorsitzender der AKP-Fraktion im türkischen Parlament und ist seit 2002 Abgeordneter.

BOZLAK, Murat: * 1952 in Ankara. Rechtsanwalt. Wurde am 12. Juni 2011 als unabhängiger Kandidat des Linksblocks aus Adana ins Parlament gewählt. Er war jeweils Gründungsmitglied der sozialdemokratischen SODEP, der SHP, HEP, DEP (Partei der Demokratie) und HADEP (Demokratiepartei des Volkes). Bis zum Verbot der HADEP im März 2003 war er Parteivorsitzender. Bozlak ist heute Mitglied der BDP-Fraktion im türkischen Parlament.

BUĞRA, Ayşe: Professorin für politische Ökonomie an der Atatürk Institut für Geschichte der modernen Türkei und ist Mitbegründerin des Forums für Sozialpolitik an der Universität Bogazici, Istanbul. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Geschichte, Methodik der Wirtschaftswissenschaften, Entwicklungsökonomie und vergleichende Sozialpolitik. Hat zahlreiche Veröffentlichungen in türkischer, englischer und französischer Sprache.

BÜYÜKANIT, Yaşar: * 1940 in Istanbul. Pensionierter General. War zwischen 2006 und 2008 Generalstabschef. Galt als Hardliner. Bis zu seiner Ernennung zum Generalstabschef war er Oberkommandierender der Landstreitkräfte.

CEM, İsmail: * 1940 in Istanbul, verstorben am 24. Januar 2007. War Journalist und von 1997 bis 2002 Außenminister im Kabinett von Bülent Ecevit. Wurde 1987, 1991 und 1995 nacheinander ins Parlament gewählt. Nach einem Streit mit Ecevit trat er aus der DSP (Demokratische Linkspartei) aus und gründete die YTP (Partei der neuen Türkei), dessen Vorsitzender er wurde. Nach den Parlamentswahlen in 2002 wurde die Partei aufgelöst und Cem trat in die CHP ein.

CEMAL, Hasan: * 1944 in Istanbul. Journalist und Kolumnist der Tageszeitung Milliyet. Er ist der Enkel vom Cemal Pascha, der eine wichtige Persönlichkeit der İttihat ve Terakki Cemiyeti (Partei für Einheit und Fortschritt), die 1908 gegen den Sultan geputscht hatte. Hat zahlreiche Bücher, u. a. mehrere zur »kurdischen Frage« herausgegeben.

ÇANDAR, Cengiz: * 1948 in Ankara. Journalist und Kolumnist der Tageszeitung Radikal. Autor der TESEV-Studie »Wie kann die PKK die Waffen niederlegen?«. Candar ist ein prominenter Vertreter der türkischen 68er-Bewegung. Er war Vorsitzender des Studierendenvereins der Fakultät für Politikwissenschaft. War in Beirut und Damaskus im Palästinawiderstand aktiv. Zwischen 1991 und 1993 war er der persönliche Berater des verstorbenen Staatspräsidenten Turgut Özal. Mitbegründer der liberalen »Bewegung Neue Demokratie«. Zwischen 1997 und 2000 war er Dozent der Istanbuler Bilgi Universität mit dem Schwerpunkt Naher Osten. 1999 bis 2000 hielt er sich in den USA auf und arbeitete in Forschungsinstituten. Er vertritt die Auffassung,

dass die »kurdische Frage« aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus politisch und durch Verhandlungen mit der PKK gelöst werden muss.

ÇEVİKKOL, Ahmet Oğuz: * 1944 in Denizli. Professor für Psychiatrie. 1968 absolvierte er die Medizinische Fakultät der Ege Universität, wo er bis zu seiner Emeritierung arbeitete.

ÇİÇEK, Cemil: * 1946 in Yozgat. Jurist. Seit Juni 2011 Parlamentspräsident. Er war Mitbegründer der ANAP (Mutterlandspartei) von Turgut Özal. 1983 wurde er als Abgeordneter gewählt und 1987 Familienminister im Kabinett von Turgut Özal. 1997 verließ er die ANAP und wechselte zu der islamistischen Fazilet Partisi (Partei der Tugend). Nachdem diese 2001 verboten wurde, wurde er Mitbegründer der AKP. Von 2002 bis 2007 war er Justizminister und ab 2007 stellv. Ministerpräsident. Çiçek gehört zum rechten Parteiflügel der AKP und ist als Hardliner bekannt.

ÇİLLER, Tansu: * 1946 in Istanbul. Sie war von 1993 bis 1996 die erste und bisher einzige Frau im Amt des Ministerpräsidenten der Türkei. 1991 wurde sie Wirtschaftsministerin im Kabinett von Süleyman Demirel. Nachdem Demirel 1993 als Staatspräsident gewählt wurde, übernahm sie den Vorsitz der DYP (Partei des Rechten Weges). Bis zu ihrer Wahl als Abgeordnete war sie Professorin für Ökonomie. In ihrer Zeit fanden die blutigsten Operationen der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung statt. Die meisten extralegalen Hinrichtungen fanden auch zu dieser Zeit statt. Çiller erklärte, dass »alle, die für den Staat gestorben sind und getötet haben, Helden sind«. Von 1996 bis 1997 war sie Außenministerin im Kabinett des Islamisten Necmettin Erbakan. Sie und ihr Ehemann wurden mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Nach den Parlamentswahlen von 2002, wo die DYP mit 9,6 Prozent unter der Wahlhürde geblieben war, trat sie als Parteivorsitzende zurück.

DAVUTOĞLU, Ahmet: * 1959 in Konya. Politologe. Bis zu seiner Ernennung als Botschafter in 2003 war er Professor für Politikwissenschaft. Zudem war er Vorstand des Institutes für Internationale Beziehungen an der Universität Beykent. Bis zu seiner Ernennung als Außenminister am 1. Mai 2009 im Kabinett von Erdogan, war er der Chefberater des türkischen Premiers. Davutoğlu gilt als stärkster Vertreter der neo-osmanischen Politik. Sein Werk »Strategische Tiefe« wird als Standartwerk der türkischen Außenpolitik gepriesen.

DEMİREL, Süleyman: * 1924 in Isparta. War Staats- und Ministerpräsident der Türkei. 1961 wurde er erstmals in das Parlament gewählt und wurde Abgeordneter der AP (Gerechtigkeitspartei). 1964 wurde er dessen Vorsitzender und blieb es bis zum Militärputsch am 12. September 1980. Demirel war von Anfang an ein Verfechter der Bindung der Türkei an die USA und die NATO. 1965 wurde er der jüngste Premier der Türkei. Durch den Militärputsch im März 1971 wurde er entmachtet. Konnte aber 1975 mit der »Nationalistischen Front«, die er mit dem Islamisten Necmettin Erbakan und dem Neofaschisten Alparslan Türkeş gegründet hatte, wieder als Premier gewählt werden. Er betrieb eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Doch die erste Regierung der »Nationalistischen Front« brach im

Juni 1977 auseinander. Zwischen Juli und Dezember 1977 fand er andere Koalitionspartner, aber auch diese Koalition währte nicht lange. Im November 1979 wurde Demirel wieder als Premier ernannt und hatte dieses Amt bis zum Militärputsch von 1980 inne. In seinen Regierungsjahren wurden mehr als 5.000 Menschen Opfer von politischen Morden. Doch Demirel weigerte sich, diese anzuerkennen (O-Ton: »Niemand kann mich davon überzeugen, dass Nationalisten Menschen ermorden«). Nachdem die Militärjunta Demirel die politische Betätigung verbot, musste er bis 1987 warten. 1987 wurde er DYP-Vorsitzender und 1991 zum siebten Mal Premier. Von 1993 bis 2000 war Demirel Staatspräsident der Türkei.

DİCLE, Hatip: * 1954 in Diyarbakir. Ingenieur. Schon in den 70er Jahren engagierte er sich in politischen Vereinen. Später wurde er Mitglied der HEP (Arbeitspartei des Volkes). 1991 ging HEP mit der SHP ein Wahlbündnis ein. So konnten unter anderem Hatip Dicle, Leyla Zana, Orhan Doğan, Ahmet Türk, Sırrı Sakık, Mahmut Alınak und Selim Sadak ins türkische Parlament einziehen. Als bei der Vereidigung der Abgeordneten am 6. November 1991 Dicle an das Rednerpult trat, sagte er, dass er den Eid nur wegen des Zwangs durch die Verfassung leiste. Es kam zu lauten Protesten in der Versammlung. Als dann noch Leyla Zana später ihrem Eid einen kurdischen Satz hinzufügte, kam es zu Tumulten. Später mussten beide ihren ersten Eid widerrufen und den Amtseid normal schwören. 1993 wurde die HEP verboten. Wegen des drohenden Verbotes wurde schon vorher mit der DEP (Demokrasi Parti, Partei der Demokratie) eine Nachfolgepartei gegründet. Am 12. Dezember 1993 wurde Dicle zum Parteivorsitzenden gewählt. Am 2. März 1994 hob das Parlament die politische Immunität Dicles und seiner Freunde auf und noch am gleichen Tag wurde Dicle am Ausgang des Parlaments verhaftet. Am 8. Dezember 1994 verhängte das Gericht gegen vier ehemalige Abgeordnete (Hatip Dicle, Leyla Zana, Orhan Doğan und Selim Sadak) wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation und Landesverrat eine schwere Haftstrafe von 15 Jahren. Die DEP wurde am 16. April 1994 verboten. Am 9. Juni 2004 kamen die vier Gefangenen nach einer Neuverhandlung und Druck seitens der Europäischen Union frei. Doch Dicle hatte noch ein politisches Betätigungsverbot. Er half bei der Gründung der Demokratik Toplum Partisi und unterstützte bei Wahlveranstaltungen zu der Parlamentswahl 2007 die unabhängigen Kandidaten. Im Zuge der Operationen gegen die verbotene Koma Civakên Kurdistan wurde Dicle im April 2010 festgenommen und ist seitdem in Haft. Für die Parlamentswahlen im Juni 2011 kandidierte Dicle als unabhängiger Kandidat für die Provinz Diyarbakır und wurde von der BDP unterstützt. Er gewann die Wahlen mit etwa 88.000 Stimmen. Der Hohe Wahlrat entzog ihm wenige Tage nach der Wahl sein Mandat wegen der Haftstrafe von April 2010. Die Kandidatin Oya Eronat der Regierungspartei AKP aus der Provinz Diyarbakır rückte für Dicle nach. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Sitze der AKP im türkischen Parlament um einen Sitz.

DİNK, Hrant: * 1954 in Malatya, ermordet am 19. Januar 2007 in Istanbul auf offener Straße. War Journalist und

Herausgeber der armenisch-türkischen Zeitung AGOS. Er wuchs in armenischen Waisenhäusern auf. Später leitete er eines dieser Waisenhäuser, bis der türkische Staat diese konfiszierte. Daraufhin gründete er mit seinen Brüdern eine Buchhandlung und begann sich journalistisch zu betätigen. Buchrezensionen schrieb er meist unter dem Pseudonym Çutak (Violine). 1996 gründete er mit einigen Freunden AGOS. Wegen AGOS wurde er unzählige Male vor Gericht gestellt – mehrfach wegen »Beleidigung des Türkentums«. 2005 wurde zu 6 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Drei weitere Verfahren waren bei seinem Tod noch anhängig. Er zog 2006 vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, doch vor der Entscheidung wurde er ermordet. Er wurde mehrfach für seine Verdienste um die Presse- und Meinungsfreiheit ausgezeichnet. An seinem Begräbnis nahmen über Hunderttausend Menschen teil.

DORA, Erol: * 1964 in Silopi. Rechtsanwalt und der erste christliche (syrisch-orthodoxer Christ) Abgeordneter im türkischen Parlament seit den 1960er Jahren. Er wurde als unabhängiger Kandidat des Linksblocks ins Parlament gewählt und ist heute Mitglied der BDP-Fraktion im türkischen Parlament.

ELÇİ, Şerafettin: * 1938 in Cizre. Rechtsanwalt. Seit 1959 wurden er und seine Familien mehrfach angeklagt. Nach dem Militärputsch von 1971 wurde er zu acht Monaten und nach 1980 zu 15 Jahren Haft verurteilt. 1997 gründete er die »DKP« (Demokratische Massenpartei), die jedoch 1999 verboten wurde. Im Dezember 2006 gründete er die KADEP (Partei der partizipativen Demokratie), dessen Vorsitzender er heute ist. Elci tritt für eine föderale Lösung der »kurdischen Frage« ein. 2011 wurde er als unabhängiger Kandidat des Linksblocks ins Parlament gewählt.

ELİAÇIK, İhsan: * 1961 in Kayseri. Autor und Theologe. Kolumnist verschiedener Zeitschriften und des Internetplattformen www.adilmedya.com. Er hat bisher 25 Bücher zum Thema »Erneuerung des Islams« veröffentlicht. Er streitet für eine Interpretation des Islams aus der Zeit des Propheten und ist mit religiösen Artikeln bekannt geworden, die aus der Perspektive der unteren Klassen für soziale Gerechtigkeit plädieren.

ENVER: (Pascha) * 1881 in Istanbul, verstorben am 4. August 1922 in Tadschikistan. Er war Kriegsminister des Osmanischen Reiches und einer der führenden Jungtürken. Er regierte in einem informellen Triumvirat mit Innenminister Talat und Marineminister Cemal mit nahezu diktatorischen Vollmachten. Enver war maßgeblich Verantwortlich für den Völkermord an Armeniern 1915. In Deutschland genoss er als Initiator und Garant des Militärbündnisses mit dem Osmanischen Reich ein hohes Ansehen.

ERDEM, Tarhan: * 1933 in Bartın. Autor und Meinungsforscher. 1977 war er Minister für Industrie und Technologie im Kabinett von Bülent Ecevit. 1987 gründete er das Meinungsforschungsinstitut KONDA. Seit 2007 ist Erdem Kolumnist der Tageszeitung Radikal.

ERDOĞAN, Recep Tayyip: * 1954 in Istanbul. Ministerpräsident der Türkei. 1994 bis 1998 Oberbürgermeister von Istanbul. Seine politische

Karriere begann Erdoğan 1970 als er Vorsitzender der Jugendorganisation der MNP (Partei der nationalen Ordnung) von Erbakan in einem Istanbuler Stadtteil. Nach dem Verbot der MNP wurde Mitglied der MSP (Nationale Heilspartei). Seinen Aufstieg begann er jedoch in der RP (Wohlfahrtspartei), der Nachfolgepartei der MSP. Er war stellv. Parteivorsitzender. Als die RP auch verboten wurde, wurde er Mitglied der FP (Tugendpartei). 1998 ist er aus der FP ausgetreten, weil er sich mit Erbakan politisch nicht mehr verstand. 2001 gründete er mit anderen ehemaligen Mitgliedern der RP die AKP.

EVREN, Kenan: * 1917 in Manisa. Pensionierter General und Juntachef. Er wurde im März 1978 Generalstabschef der türkischen Armee und später führender Kopf des Militärputschs vom 12. September 1980. Bis zum 9. November 1989 war er Staatspräsident der Türkei. Als Juntachef war er verantwortlich für Folter und zahlreiche Todesstrafen, die vollzogen wurden. Erdal Eren, ein 17-jähriger Linker, wurde auf seinen Befehl zu einem 18-jährigen erklärt und anschließend erhängt.

GEYLANI, Hamit: * 1947 in Hakkâri. Rechtsanwalt. War bis 2011 Abgeordneter im türkischen Parlament. In allen, nacheinander verbotenen prokurdischen Parteien war er Mitglied. Als der Co-Vorsitzender der BDP, Selahattin Demirtaş für die Wahlen als unabhängiger Kandidat antrat, übernahm er gemeinsam mit Filiz Koçali den Co-Vorsitz der BDP.

GÜL, Abdullah: * 1950 in Kayseri. Staatspräsident der Türkei. Von 1983 bis 1991 war Gül führender Manager der Islamic Development Bank in Saudi Arabien. Im selben Jahr wurde er als RP-Abgeordneter ins Parlament gewählt. 1995 wurde er wiedergewählt. 1999 wurde er, diesmal als FP-Abgeordneter gewählt. Nachdem Verbot der FP wurde er 2001 Mitgründer der AKP und wurde 2002 zum vierten Mal ins Parlament gewählt. Nach dem Wahlsieg übernahm er das Amt des Ministerpräsidenten, bis Recep Tayyip Erdoğan nach einer Gesetzesänderung ins Parlament gewählt werden konnte und Premier wurde. Danach wurde er Außenminister. Im August 2007 wurde er als Staatspräsident gewählt.

GÜLEN, Fetullah: * 1941 in Erzurum. Islamischer Prediger und Oberhaupt der »Fetullah Gülen Bewegung«, in der Türkei auch als »Cemaat« (Gemeinde) bekannt. Er behauptet, der Nachfolger von Said-i Nursi (1960 gestorbener Führer der »Nurculuk-Bewegung«) zu sein. Seine Anhänger sehen in ihm den wichtigsten islamischen Gelehrten, aber seine Kritiker werfen ihm vor, die laizistische Türkei zu unterminieren und durch einen islamischen Staat ersetzen zu wollen. Außer offenen Nationalismus wird seiner Bewegung die Unterstützung einer neoliberalen Wirtschaftsweise vorgeworfen. Seine Kritiker sind der Auffassung, dass die Gülen-Bewegung inzwischen Justiz- und Polizeiapparat der Türkei weitgehend unterwandert habe. Er gilt als einer der schärfsten Kritiker der kurdischen Bewegung. Erst im November 2011 wurde im Internet ein Video von ihm verbreitet, in der er »die Ausrottung von aufständischen Kurden« fordern soll. Gülen ist Ehrenvorsitzender des in Berlin ansässigen »Forums für interkulturellen Dialog«. Die Bewegung besitzt neben Zeitungen, Zeitschriften und

Wirtschaftsunternehmen zahlreiche Schulen und Universitäten, die in mehreren Ländern zu finden sind.

GÜR, Adil: Meinungsforscher und Inhaber des Meinungsforschungsinstituts »A&G Araştırma«, die seit 1997 tätig ist.

İNÖNÜ, İsmet: * 1973 in Izmir, verstorben am 25. Dezember 1973 in Ankara. Er war der erste Ministerpräsident und der zweite Staatspräsident der Türkei nach Atatürk. Er war Mitglied der Gegenregierung von Mustafa Kemal, welche 1920 gegründet wurde. War hochrangiger Offizier der Armee Mustafa Kemals. Das Amt des Ministerpräsidenten hatte İnönü 1923 bis 1924, 1925 bis 1937 und letztmals von 1961 bis 1965 inne. Er vertrat die Türkei bei den Verhandlungen zum Vertrag von Lausanne. Die CHP ernannte ihn zum »Nationalen Chef« und »Ewigen Vorsitzenden«. Im Oktober 1972 trat er als Parteivorsitzender zurück, nach dem sein Generalsekretär Bülent Ecevit einen Antrag auf dem CHP-Parteitag durchbrachte.

KARAKAŞ, Eser: * 1953 in Istanbul. Professor für Wirtschaftswissenschaften.

KARAYILAN, Murat: * 1956 in Urfa. Vorsitzender des Executivrats der Koma Civaken Kurdistan. Er schloss sich 1979 der PKK an. 1992 übernahm er das Oberkommando über die Region »Botan«. Auf dem 5. Kongress der PKK im Jahre 1994 wurde er Mitglied des Präsidialrates der PKK.

KATIRCIOĞLU, Erol: Professor für Wirtschaftswissenschaften und Kolumnist der Tageszeitung Taraf. Ab 1991 war er Berater des SODEP-Vorsitzenden und Außenministers (bis 1995) Erdal İnönü für Wirtschaftspolitik.

KESKİN, Eren: * 1959 in Bursa. Anwältin und Menschenrechtlerin. Seit 1986 ist sie Mitglied des Menschenrechtsvereins der Türkei (IHD). 1997 gründete sie in Istanbul das Rechtshilfeprojekt für Frauen, die »von staatlichen Sicherheitskräften vergewaltigt oder sexuell misshandelt wurden«. Aufgrund ihres Engagements erhielt sie Berufsverbot. Mehrfache Morddrohungen und Verurteilungen, u. a. wegen »Verunglimpfung des Türkentums« und »Beleidigung der Armee«. Januar 2010 trat sie aus Solidarität der BDP bei und ist derzeit die Mitherausgeberin der Tageszeitung Özgür Gündem.

KESKİN, Hakkı: * 1943 in Trabzon. Emeritierter Professor. 1977 bis 1979 war er Planungsberater im Stab des Premiers Ecevit. 1993 bis 1997 gehörte er der Hamburgischen Bürgerschaft an. War bis 2005 SPD-Mitglied und wurde im gleichen Jahr von der Linkspartei.PDS als Bundestagskandidat in Berlin aufgestellt und gewählt. Keskin hat den Völkermord an Armeniern mehrfach in Frage gestellt und relativiert.

KILIÇDAROĞLU, Kemal: * 1948 in Ballica. Kılıçdaroğlu absolvierte im Jahr 1971 sein Studium an der Akademie für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften in Ankara. Später war er für das Finanzministerium in der Generaldirektion für Einnahmen tätig. 1991 wurde er Generaldirektor der Sozialversicherung Bağ-Kur, ein Jahr später wechselte er erneut als Generaldirektor zur Sozialversicherungsanstalt (SSK), wo er bis zum Januar 1999 tätig war. Erstmals wurde er 2002 in das Parlament gewählt. Wiederwahl in 2007. 2009 trat er

als Oberbürgermeisterkandidat für die CHP in Istanbul an und unterlag dem amtierenden AKP-Politiker Kadir Topbaş. Im Mai 2010 wurde er nach dem Rücktritt von Deniz Baykal zum CHP-Vorsitzenden gewählt.

KIŞANAK, Gultan: * 1961 in Elazığ. Journalistin. Co-Vorsitzende der BDP und Abgeordnete im türkischen Parlament. 2007 wurde sie als unabhängige Kandidatin ins Parlament gewählt und wurde danach Mitglied der DTP. Nach dem Verbot der DTP trat sie in die BDP ein. Juni 2011 wurde sie als unabhängige Kandidatin des Linksblocks ins Parlament gewählt.

KOÇ, Rahmi: * 1930 in Ankara. Unternehmer. War bis April 2003 Vorstandsvorsitzender der Koc Holding. Trat zugunsten seines Sohnes Mustafa Koc zurück. Ist u. a. Ehrenvorsitzender des Hohen Rates der TÜSIAD, Mitglied der internationalen Beratungskommission der Allianz AG und des Treuhandausschusses der Eisenhower Stiftung.

KOÇALI, Filiz: * 1958 in Istanbul. Journalistin und Menschenrechtlerin. Seit 1987 aktiv in der türkischen Frauenbewegung. 1995 wurde sie Mitgründerin der feministischen Zeitschrift Pazartesi. Bis 2000 war sie deren Chefredakteurin. Sie war Gründungsmitglied der ÖDP (Freiheits- und Solidaritätspartei) und nach 2002 der SDP (Partei der sozialistischen Demokratie). Mai 2004 wurde sie SDP-Parteivorsitzende. Seit 2010 Mitglied der BDP. Während den Parlamentswahlen war sie Co-Vorsitzende der BDP gemeinsam mit Hamit Geylani.

KÜRKÇÜ, Ertuğrul: * 1948 in Bursa. Journalist. BDP-Abgeordneter im türkischen Parlament. Kürkcü war ein Aktivist der 68er-Bewegung in der Türkei. 1970 gründete er gemeinsam mit Mahir Çayan und anderen die THPK-C (Volksbefreiungspartei-Front der Türkei). Im Oktober 1970 wurde er zum Vorsitzender der Dev-Genç (Föderation der revolutionären Jugend) gewählt. Im März 1972 wurden Kürkcü und seine Freunde von einer Spezialeinheit aus dem Amt für besondere Kriegsführung im Generalstab im Dorf Kızıdere im Kreis Niksar in der Provinz Tokat gestellt. Alle außer Kürkcü wurden beim Einsatz getötet. Kürkcü wurde vor einem Sondergericht zum Tode verurteilt, seine Todesstrafe wurde jedoch 1974 in eine 30-jährige Haftstrafe umgewandelt. Nach einer Gesetzesänderung wurde er 1986 entlassen. Kürkcü wurde schriftstellerisch und politisch wieder aktiv und war Herausgeber der Enzyklopädie Sosyalizm ve Toplumsal Mücadeleler Ansiklopedisi (Enzyklopädie des Sozialismus und der gesellschaftlichen Kämpfe). Er war 1996 Mitgründer der ÖDP. Zwischen 2002 und 2007 veröffentlichte er das politisch-kulturelle Magazin Siyasi Gazete. Neben seinen Aktivitäten in den sozialistischen Parteien wurde er auch Mitglied der DTK (Kongress der demokratischen Gesellschaft), die sich unter anderem mit der Kurdenfrage in der Türkei auseinandersetzt. Des Weiteren ist er Koordinator und Schreiber auf dem unabhängigen politischen Portal www.bianet.org.

MAHÇUPYAN, Etyen: * 1950 in Istanbul. Journalist. Seit 2007 Herausgeber der armenisch-türkischen Wochenzeitung AGOS. War bis 2007 Kolumnist der Tageszeitung Zaman, die der Gülen-Bewegung nahe steht. Heute schreibt er in der Tageszeitung Taraf.

MENDERES, Adnan: * 1899 in Aydin, verstorben auf der Gefängnisinsel Imrali. Er war der erste aus freien Wahlen hervorgegangene Ministerpräsident in der Türkei und regierte von 1950 bis 1960. Schon im dritten Monat nach der Regierungsbildung entschied Menderes, entgegen den Verfassungsvorschriften türkische Soldaten in den koreanischen Krieg zu schicken. Mit Menderes wurde die Türkei noch stärker an die USA und den Westen angebunden. In der Zeit der Menderes-Regierung fanden auch die Pogrome gegen die nichtmuslimischen Bevölkerungsteile statt, in Folge dessen hundertausende Griechen ihre Heimat verlassen mussten. Ein Stützpfeiler der Menderes-Regierung war die antikommunistische Politik. Am 27. Mai 1960 putschte die Armee und Menderes wurde mit mehreren seiner Minister verhaftet. Am 17. September 1961 wurde Menderes nach einem Schauprozess erhängt.

MERT, Nuray: * 1960 in Trabzon. Politikwissenschaftlerin und Journalistin. Z. Zt. Ist sie Lehrbeauftragte der Universität Istanbul, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und Kolumnistin der Tageszeitung Milliyet. Aufgrund ihrer regierungskritischen Kolumnen wurde Mert vom Ministerpräsidenten Erdogan persönlich zur Unperson erklärt.

ÖCALAN, Abdullah: * 1949 in Urfa. Vorsitzender der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans). Die PKK wurde am 27. November 1978 gegründet. Die PKK nahm am 15. August 1984 den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf. Öcalan hielt sich lange in Syrien auf, wo er den Kampf der PKK führte. Am 9. September 1998 musste Öcalan Syrien verlassen, nachdem die Türkei Syrien mit Krieg gedroht hatte. Es folgte eine Odyssee durch verschiedene Länder. Durch eine gemeinsame Aktion der CIA, MOSSAD und dem türkischen Geheimdienst wurde Öcalan am 15. Februar 1999 aus Kenia entführt und in die Türkei gebracht. Die PKK sprach von einem internationalen Komplott. Auf der Gefängnisinsel Imrali fand die Gerichtsverhandlung gegen ihn statt. Das Gericht verurteilte Öcalan zum Tode. Später wurde die Strafe in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt. Am 12. Mai 2005 urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in letzter Instanz das Verfahren gegen Öcalan als »unfair«. Lange Zeit wurde Öcalan in der Isolationshaft gehalten und seit dem 15. November 2009 wird er mit 5 weiteren Häftlingen auf der Imrali Insel gehalten. Zuletzt wurden seine Verteidigungsschriften unter dem Titel »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt« ins Deutsche übersetzt. Öcalan setzt sich für einen Demokratischen Konföderalismus der Völker im Nahen Osten ein und lehnt die Gründung eines kurdischen Nationalstaates ab. Ende November 2011 wurden alle seine Anwälte verhaftet. Seit August 2011 durften seine Anwälte ihn nicht mehr besuchen.

ÖNDER, Sırrı Süreyya: * 1962 in Adiyaman. Regisseur, Schauspieler und Journalist. Wurde im Juni 2011 als unabhängiger Kandidat ins Parlament gewählt. Er ist Mitglied der BDP-Fraktion. Nach dem Militärputsch wurde Önder verhaftet und war sieben Jahre lang in der Haft. Er war auch Kolumnist der Tageszeitungen Radikal und Birgün.

ÖNGÜDER, *Sevfi*: Schriftsteller und Menschenrechtler. Autor zahlreicher Bücher. Gründungsmitglied der Parteien ÖDP und SDP.

ÖZAL, *Turgut*: * 1927 in Malatya, verstorben am 17. April 1993 in Ankara. War Staats- und Ministerpräsident der Türkei. Nach dem Putsch vom 12. September 1980 wurde Özal als stellv. Ministerpräsident in der ernannten Regierung von Bülent Ulusu Wirtschaftsminister. Am 20. Mai 1983 gründete er die Anavatan Partisi (Mutterlandspartei) und wurde Parteivorsitzender. Er war maßgeblich an der Umsetzung der neoliberalen Wirtschaftspolitik beteiligt. 1989 bis 1989 war er Ministerpräsident und wurde am 31. Oktober 1989 als Staatspräsident gewählt. Heute noch wird über seine Todesursache gestritten. Viele sind der Auffassung, dass Özal vergiftet wurde, weil er sich für eine politische Lösung der »kurdischen Frage« eingesetzt habe.

ÖZEL, *Necdet*: * 1950 in Ankara. Generalstabschef der türkischen Armee. Nach dem im Juli 2011 sein Vorgänger und die Oberbefehlshaber der Streitkräfte aufgrund des Machtkampfes gemeinsam zurückgetreten waren, wurde er von Erdogan zum kommissarischen Generalstabschef ernannt. Staatspräsident Gül bestätigte dann am 4. August 2011 seine Ernennung. Mehrere Bundestagsabgeordnete und PolitikerInnen der Partei DIE LINKE erstatteten gegen Özel in Deutschland eine Strafanzeige, in der sie Özel vorwerfen, chemische Kampfmittel gegen die PKK benutzt zu haben.

PERİNÇEK, *Doğu*: * 1942 in Gaziantep. Parteivorsitzender der nationalistischen İşçi Partisi (Arbeiterpartei). Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Ankara. Er war Mitbegründer und Vorsitzender der »TIİKP« (Revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei), von der sich unter seiner Führung 1978 die TİKP (Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei) abspaltete. Perinçek wurde nach der Machtergreifung der Militärs vom 12. März 1971 zu 20 Jahren Haft verurteilt, jedoch nach zweieinhalb Jahren amnestiert. Auch nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde er zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Im Jahre 1985 wurde er aus der Haft entlassen. 1991 durfte er wieder politisch aktiv werden. Er tritt vehement gegen einen EU-Beitritt der Türkei ein. Außenpolitisch kooperiert er mit der eurasischen Bewegung von Alexandr Dugin in Russland. Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die vermeintliche nationalistische Terror-Organisation Ergenekon wurde Perinçek am 21. März 2008 verhaftet und befindet sich seitdem in Haft.

PERWER, *Şivan*: * 1955 Urfa. Kurdischer Sänger, der heute in Deutschland lebt. In seinen Liedern besingt er als moderner dengbêj (Barde) die Landschaft Kurdistans, historische Themen und Traditionen ebenso wie das Schicksal der Kurden in der Türkei, dem Irak, Syrien, Iran und Russland

SADAK, *Necmettin*: * 1890 in Isparta, verstorben am 21. September 1953 in New York. War Diplomat, Journalist und Außenminister der Türkei. Dieses Amt hatte er von 1947 bis 1950 inne.

SARISÖZEN, *Veysi*: Journalist. Langjähriges Mitglied der ZK der KP der Türkei. 1970 wurde er Vorsitzender des Studentenverbandes der Türkei.

Gründungsmitglied und stellv. Vorsitzender der SDP (Partei der sozialistischen Demokratie). Trat nach einem parteiinternen Streit aus der SDP aus. Kolumnist der Tageszeitung Özgür Gündem.

SEZER, *Ahmet Necdet*: * 1941 in Afyon. War Staatspräsident der Türkei. Ehemaliger Vorsitzender des türkischen Verfassungsgerichts von 1988 bis zu seiner Wahl als Staatspräsident im Mai 2000.

SÖNMEZ, *Mustafa*: Ökonom und Kolumnist verschiedener Tageszeitungen in der Türkei.

ŞIK, *Ahmet*: * 1970 in Adana. Autor und Journalist. Er ist bekannt für seine Artikel zu Menschenrechtsangelegenheiten und Arbeitsethik. Er gehörte zu den Autoren der Zeitschrift »Nokta«, die 2007 in einem Artikel über Putschversuche der Streitkräfte berichteten und damit zur Ergenekon-Enthüllung beitrugen. Nach dem er aber ein Buch unter dem Titel »Die Armee des Imams« den Einfluss der Gülen-Bewegung veröffentlichen wollte, wurde er am 6. März 2011 mit dem Vorwurf »eine Auftragsarbeit für die Putschistengruppe Ergenekon verfasst zu haben« verhaftet und seit dem im Untersuchungshaft.

TAHMAZ, *Hakan*: * 1960 in Ünye. Freier Journalist und einer der Sprecher des Friedensrates der Türkei. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde er verhaftet und zu 10 Jahren Haft verurteilt. Gründungsmitglied der ÖDP. War im Parteivorstand. Seit 2007 aktiv im Friedensrat der Türkei.

TALAT: (*Pascha*) * 1872 in Karcali (Bulgarien), verstorben am 15. März 1921 in Berlin. War Innenminister des Osmanischen Reichs und Führer der Jungtürken. Als solcher war Talat der Hauptverantwortliche für den Völkermord an den ArmenierInnen, der 1915/1916 erfolgte und von ihm persönlich, aber auch von seiner Partei zentral organisiert wurde. Er stellte als Innenminister die konkreten Deportationsbefehle aus und sorgte inoffiziell dafür, dass die Befehle als Genozid-Anweisungen verstanden und umgesetzt wurden. Zu diesem Zwecke setzte er eine parteiinterne jungtürkische Miliz ein und nutzte zugleich seine Befugnisse als Innenminister, um widerstrebende Gouverneure und Beamte zu beseitigen. Die Landräte von Lice, Midyat, Diyarbakir und Beşiri sowie die Gouverneure von Basra und Muntefak wurden aus diesem Grunde ermordet oder hingerichtet und durch Anhänger einer radikalen Linie ersetzt. Nach dem Ersten Weltkrieg kam er nach Deutschland und lebte bis zu seinem Tod in Berlin. Der armenische Untergrundkämpfer Soghomon Tehlirian erschoss Talat am 15. März 1921 in der Nähe seiner Wohnung. Im folgenden Mordprozess wurde Tehlirian freigesprochen.

TAN, *Altan*: * 1958 in Batman. Bauingenieur und Abgeordneter des türkischen Parlaments. Mitglied der BDP-Fraktion. Tan gilt als ein Vertreter einiger islamischen Organisationen.

TUĞAL, *Cihan*: Professor für Soziologie kalifornischen Berkeley Universität. Sein Forschungsschwerpunkt beschäftigt sich mit der Rolle der Religion in politischen Projekten.

TUĞLUK, *Aysel*: * 1965 in Elazığ. Rechtsanwältin und Abgeordnete des türkischen Parlaments. Sie war Mitglied und Gründerin verschiedener Menschenrechtsvereine

und Rechtsanwältin von Abdullah Öcalan. Bis Oktober 2007 war sie Co-Vorsitzende der DTP. 2007 wurde sie als unabhängige Kandidatin ins Parlament gewählt. Kurze Zeit später wurde gegen sie von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren eröffnet und am Ende wurde ihr 2009 das Abgeordnetenmandat entzogen. Im Juni 2011 kandidierte sie wieder und wurde vom Linksblock unterstützt. Im August 2011 wurde Tuğluk von einem türkischen Gericht wegen Propaganda für die verbotene Arbeiterpartei Kurdistans PKK zu einer 2-jährigen Haftstrafe verurteilt.

TUNCEL, Sebahat: * 1975 in Malatya. Frauenrechtlerin und Abgeordnete des türkischen Parlaments, ehemalige Krankenschwester. Sie begann ihre politische Laufbahn 1988 in der Frauenorganisation der HADEP und war Mitbegründerin der DTP. 2006 wurde sie wegen PKK-Mitgliedschaft angeklagt. 2007 kandidierte sie für die Parlamentswahlen und wurde aus dem Gefängnis heraus mit der höchsten Stimmzahl für unabhängige KandidatInnen gewählt. Und so aus der Haft entlassen. Im Juni stellte sie sich wieder als unabhängige Kandidatin auf und wurde wiedergewählt.

TÜRKALİ, Vedat: *1919 in Samsun. Schriftsteller. 1951 wurde er wegen seiner Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) von einem Militärgericht zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er sieben absitzen musste. Bis heute ist er ein engagierter Kämpfer für die Menschenrechte, der die Zustände in den türkischen Gefängnissen kritisiert.

TÜRKAY, Mehmet: Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Marmara Universität in Istanbul. Autor zahlreicher Bücher.

TÜRKEŞ, Mustafa: Professor für internationale Politik an der Mittelost Universität in Ankara. Seine Forschungsgebiete sind: Balkan, Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, türkische Außenpolitik sowie die türkisch-US-amerikanischen Beziehungen.

TÜZEL, A. Levent: * 1961 in Giresun. Rechtsanwalt und Abgeordneter des türkischen Parlaments. Wurde 1996 zum Vorsitzenden der EMEP (Partei der Arbeit) gewählt. Kandidierte 2007 als unabhängiger Kandidat für die Parlamentswahlen, erhielt aber nur 3,4 Prozent der Stimmen. Tüzel wurde vom Linksblock im Juni 2011 als unabhängiger Kandidat aufgestellt und wurde gewählt.

URAS, Ufuk: * 1959 in Istanbul. Politikwissenschaftler. Ehemaliger Parteivorsitzender der ÖDP. Im Juli 2007 wurde er als unabhängiger Kandidat aufgestellt und ins Parlament gewählt. Bis dahin hatte er an der Wirtschaftsfakultät der Universität Istanbul als Dozent für Politikwissenschaft und internationale Beziehungen gearbeitet.

UTKU, Murat: Freier Journalist und Dokumentarfilmer.

YEŞİL, Hüseyin: Bis 25. Januar 2011 Stadtverbandsvorsitzender der ÖDP in Istanbul.

YILDIZ, Bengi: * 1965 in Batman. Rechtsanwalt und Abgeordneter des türkischen Parlaments. Ab 1991 arbeitete er in den prokurdischen Tageszeitungen Yeni Ülke, Gündem und Demokrasi. Zwischen 1999 und 2007 war er Vorsitzender der IHD-Filiale in Batman.

Erstmals wurde Yıldız 2007 ins Parlament gewählt und 2011 als unabhängiger Kandidat wiedergewählt. Mitglied der BDP-Fraktion im türkischen Parlament.

ZANA, Leyla: * 1961 in Diyarbakir. Menschenrechtsaktivistin und Abgeordnete des türkischen Parlaments. Ihr Mann engagierte sich für die Rechte der Kurden und wurde 1980 inhaftiert. Damals hatte Leyla Zana bereits einen Sohn und war schwanger. In der Folge lernte sie lesen, schreiben und die türkische Sprache. Sie gründete eine Selbsthilfegruppe für Ehefrauen inhaftierter Männer und wurde Journalistin. 1988 verhaftete man Leyla Zana. Bei den Parlamentswahlen 1991 wurde Leyla Zana unter anderem mit Hatip Dicle, Orhan Doğan und Selim Sadak auf der SHP-Wahlliste in das türkische Parlament gewählt. Bei ihrem Amtseid am 6. November 1991 trug Leyla Zana ein Band in den traditionellen kurdischen Farben Gelb, Grün und Rot um den Kopf. Den Loyalitätseid legte sie, so wie es das Gesetz verlangte, in türkischer Sprache ab, fügte dann aber in kurdischer Sprache hinzu: »Es lebe die türkisch-kurdische Brüderschaft«. Wegen ihres Verhaltens bei der Vereidigung und späterer Reden und Schriften zur Verteidigung der kurdischen Rechte forderte der Staatsanwalt die Todesstrafe. Das Gericht verurteilte Leyla Zana und ihre Kollegen im Dezember 1994 wegen Landesverrats und Unterstützung einer terroristischen Organisation zu 15 Jahren Haft. 1998 wurde ihre Strafe um zwei Jahre erhöht. Im Juni 2002 verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das Vorgehen der türkischen Behörden. Am 21. April 2004 bestätigte das Staatssicherheitsgericht in Ankara die Urteile gegen Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Doğan und Selim Sadak, so dass es zunächst so aussah, als müssten sie auch den Rest ihrer 15-jährigen Haftstrafe absitzen. Das Urteil löste heftige Proteste unter anderem der Europäischen Union aus. Der damalige Kommissar für Erweiterung Günter Verheugen stellte angesichts des EU-Beitrittswunsches der Türkei fest, dass das Urteil nicht im Einklang mit den Kopenhagener Kriterien sei. Am 9. Juni 2004 ordnete das Oberste Gericht die vorläufige Freilassung von Leyla Zana und den drei mit ihr Verurteilten an, obwohl erst am 8. Juli 2004 über das weitere Verfahren entschieden werden sollte. Am 4. Dezember 2008 wurde sie wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gemäß Art. 314 II des türkischen Strafgesetzbuches zu einer Haftstrafe von zehn Jahren verurteilt, weil sie in einer Presseerklärung die PKK nicht als Terrororganisation verurteilte und Öcalan als Führer des kurdischen Volkes nannte. Im Juni 2011 wurde sie als unabhängige Kandidatin wieder ins Parlament gewählt.

PARTEIEN UND BEWEGUNGEN

AKP: »Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung). Die AKP wurde am 14. August 2011 von ehemaligen Mitgliedern der Fazilet Partisi (Tugendpartei) gegründet. Parteivorsitzender ist Recep Tayyip Erdoğan. Ihre Programmatik ist konservativ-neoliberal ausgerichtet. Bildet derzeit mit 326 Abgeordneten die stärkste Fraktion im türkischen Parlament und ist Regierungspartei.

BDP: »Barış ve Demokrasi Partisi« (Partei des Friedens und der Demokratie). Wurde am 2. Mai 2008 von DTP-Mitgliedern als Ersatzpartei gegründet, da ein

Parteiverbotsverfahren gegen die DTP eingeleitet wurde. Am 11. Dezember 2009 wurde dann die DTP verboten und 19 ihrer Abgeordneten sowie der unabhängige Abgeordnete Ufuk Uras traten der BDP bei. Seit April 2010 wurden über 7.000 BDP-Mitglieder wegen vermuteter Mitgliedschaft zur KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans) verhaftet. Beim Druck dieser Publikation lief die Verhaftungswelle weiter. Zu den Parlamentswahlen im Juni 2011 trat die BDP nicht als Partei an, sondern unterstützte unabhängige KandidatInnen des Blockes für Arbeit, Demokratie und Freiheit. So gelang es, wie 2007 die 10-Prozent-Hürde zu umgehen. Der Linksblock stellt 36 Abgeordnete. 6 von ihnen sind weiterhin in Haft. 29 Abgeordnete traten der BDP bei und bilden die BDP-Fraktion im türkischen Parlament. Parteivorsitz wird gleichberechtigt von Gülten Kışanak und Selahattin Demirtaş ausgeübt. Die BDP bezeichnet sich als eine Linkspartei.

CHP: Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei). Wurde am 9. September 1923 von Mustafa Kemal Atatürk gegründet und war bis 1945 die einzige zugelassene politische Partei in der Türkei. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde sie verboten. Ehemalige CHP-Mitglieder gründeten 1985 die SHP (Sozialdemokratische Volkspartei). 1992 wurde die CHP wieder gegründet und 1995 trat die SHP der CHP bei. Die CHP sieht sich als Wächterin der Prinzipien Mustafa Kemal Atatürks und seiner als »Revolutionen« bezeichneten Reformen. Die sechs Pfeile auf dem Parteilogo stellen das ideologische Grundgerüst der Partei: Republikanismus, Laizismus, Reformismus, Etatismus, Populismus und Nationalismus. Aufgrund ihrer Mitgliedschaft wird die CHP in Europa als eine sozialdemokratische Partei angesehen. Trotz der sozialdemokratischen Rhetorik ist die CHP eine nationalistische und kemalistische Partei. Parteivorsitzender ist Kemal Kılıçdaroğlu. CHP stellt mit 135 Abgeordneten die stärkste Oppositionsfraktion im türkischen Parlament.

DTP: Demokratik Toplum Partisi (Partei der demokratischen Gesellschaft). Die DTP wurde am 24. Oktober 2005 gegründet und am 11. Dezember 2009 vom Verfassungsgericht verboten. Die DTP bezeichnete sich als eine Partei, die sich für nationale Anerkennung der KurdInnen und für eine friedliche Lösung der »kurdischen Frage« einsetzt. Die DTP hatte Beobachterstatus in der Sozialistischen Internationale.

EDP: Eşitlik ve Demokrasi Partisi (Partei der Gleichheit und der Demokratie). Die EDP wurde am 13. März 2010 gegründet. Ein großer Teil derjenigen Mitglieder, die aus der ÖDP ausgetreten waren, waren die InitiatorInnen der Partei. Unter ihnen war auch der ehem. Abgeordnete Ufuk Uras. Die SHP fusionierte mit der EDP. Doch nach dem Kemal Kılıçdaroğlu im Mai 2010 zum CHP-Vorsitzender gewählt wurde, traten viele ehem. SHP-Mitglieder aus der EDP aus und traten der CHP bei. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2011 trat die EDP zugunsten des Linksblocks nicht an. Ein Teil der ehem. SHP-Mitglieder, die von der EP austraten, u. a. VertreterInnen von Alewiten, gründeten am 16. April 2011 unter dem Vorsitz von Hüseyin Ergün die SODEP (Sozialdemokratische Partei).

EHP: Emekçi Hareket Partisi (Bewegungspartei der Werktätigen). EHP wurde am 5. Januar 2004 als

eine marxistisch-leninistische Partei gegründet. Die GründerInnen waren vorher Mitglieder der ÖDP und nannten sich in der ÖDP als »Bewegung«. Aufgrund Meinungsverschiedenheiten bezüglich der EU-Mitgliedschaft und der »kurdischen Frage« zwischen der »Bewegung« und der ÖDP-Mehrheit, traten sie aus der ÖDP aus. Danach beteiligten sie sich an der Gründung der SDP, aber auch hier war die »kurdische Frage« ein Grund auszutreten. Danach entschieden sie sich zur Gründung der EHP.

EMEP: Emek Partisi (Arbeitspartei). Die EMEP wurde erstmals 1996 als der TDKP (Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei) nahestehende Emek gegründet. Als die Emek Partisi am 14. Februar 1997 verboten wurde, änderte sie ihren Namen als Emegün Partisi (Partei der Arbeit). Die Partei wandte sich wegen dem Verbot an das Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Nachdem sie dort Recht bekam, änderte die Partei am 27. November 2005 ihren Namen wieder auf Emek Partisi um. Der langjährige Parteivorsitzender A. Levent Tüzel wurde unabhängiger Kandidat des Linksblocks und musste daher aus der Partei austreten. Nach ihm wurde Selma Gürkan als Parteivorsitzende gewählt. Der 6. Parteitag fand am 18. Dezember 2011 in Ankara statt.

HAS Parti: Halkın Sesi Partisi – HAS Parti (Partei der Stimme des Volkes). Die HAS Parti wurde am 1. November 2010 auf Initiative des ehem. Vorsitzenden der Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit) Numan Kurtuluş von 235 Mitgliedern gegründet. Kurtuluş hatte sich mit Necmettin Erbakan, dem Islamistenführer verworfen. Am 28. November 2010 fand der erste große Parteitag in Ankara statt. Die HAS Partei ist eine muslimisch-konservative Partei, die jedoch vor allem die soziale Gerechtigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hat. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2011 konnte sie nur einen Stimmenanteil von 0,76 Prozent holen.

KCK: Koma Civakên Kurdistan (Union der Gemeinschaften Kurdistans). Die KCK, die als eine kurdische Untergrundorganisation im Juli 2007 gegründet wurde, hat das Ziel, die von Abdullah Öcalan am 20. März 2005 deklarierten »Demokratischen Konföderalismus« umzusetzen. Sie soll die Keimzelle einer nichtstaatlichen Gesellschaft bilden. Dabei will die KCK die bestehenden Staatsgrenzen nicht antasten. Spezielle Komitees sind u. a. für die Bereiche Wissenschaft und Aufklärung, Volksverteidigung, Sprache und Bildung, Recht, Gesundheit, Ökologie zuständig. Die Arbeit in den einzelnen Landesteilen Kurdistans im Iran, in Irak, der Türkei und Syrien obliegt den jeweiligen Volksräten. Zwischen April 2009 und November 2011 wurden über 7.700 Personen als vermeintliche Mitglieder der KCK festgenommen. Unter ihnen sind zahlreiche legale BürgermeisterInnen und PolitikerInnen der BDP, JournalistInnen, MenschenrechtlerInnen, GewerkschafterInnen und WissenschaftlerInnen.

MHP: Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der nationalistischen Bewegung). Die MHP ging 1969 aus der CKMP (Republikanischen Bauern-Volkspartei) hervor. Alparslan Türkeş war bis zu seinem Tod im April 1997 der Parteivorsitzende und wird als »Führer« bezeichnet. Nach dem Militärputsch von

1980 wurde die MHP verboten. Daraufhin wurde am 30. November 1985 die MÇP (Nationalistische Arbeitspartei) gegründet. In Deutschland sind die MHP-Anhänger auch als »Graue Wölfe« bekannt. Nach einem Volksentscheid über verbotene Parteien, die 1992 stattfand, hat die Partei wieder ihren alten Namen genommen. Zwischen November 2008 und November 2002 war die MHP an der Ecevit-Regierung beteiligt. Parteivorsitzender ist Devlet Bahçeli. Die MHP wird in der Politikwissenschaft als typische neofaschistische Partei bezeichnet.

ÖDP: Özgürlük ve Dayanışma Partisi (Partei der Freiheit und Solidarität). Die ÖDP wurde 1996 als ein Zusammenschluss verschiedener linkssozialistischer Strömungen der Türkei gegründet. In den Parlamentswahlen 1999 erhielt die ÖDP nur 0,8 Prozent der Stimmen. Nach parteiinternen Streit folgte die Abspaltung mehrerer Gruppen. Die SDP wurde von einer Gruppe von ehem. ÖDP-Mitgliedern gegründet. Bei den Parlamentswahlen in 2007 wurde der Parteivorsitzende Ufuk Uras als unabhängiger Kandidat ins Parlament gewählt. Uras trat später aus der ÖDP aus. Die ÖDP, die 2007 nicht flächendeckend an den parlamentswahlen antrat, erhielt lediglich 0,15 Prozent der Stimmen. An den Parlamentswahlen im Juni 2011 konnte die ÖDP nichtteilnehmen, da die Partei aufgrund fehlender Formalien von der Hohen Wahlkommission ausgeschlossen wurde.

PKK: Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans). Die PKK wurde am 27. November 1978 in einem Dorf bei Lice (Diyarbakir) gegründet. Das Ziel der Organisation wurde damals als Gründung eines eigenen kurdischen Staates erklärt, der durch einen Guerillakrieg zu erreichen wäre. Dem Kampf gegen nationale Unterdrückung wurde Vorrang eingeräumt. Obwohl vorher einzelne Guerillaaktionen stattfanden, wird der 15. August 1984 als Beginn des Guerillakrieges bezeichnet. Der türkische Staat reagierte darauf mit einer massiver militärischen Antwort. Der bis heute andauernde Konflikt hat Schätzungen zufolge mehr als 50.000 Menschen das Leben gekostet. Die PKK sieht den Kurdenführer Abdullah Öcalan als ihren Vorsitzenden. Heute ist das erklärte Ziel der PKK der »Demokratische Konföderalismus«. Da weitere notwendige Informationen den Rahmen dieses Glossars sprengen würden, sollte hier auf ein Buch aufmerksam gemacht werden, der eines der umfangreichsten Werke zur PKK darstellt: Nikolaus Brauns und Brigitte Kiechle »Perspektiven des kurdischen Freiheitskampfes: Zwischen Selbstbestimmung, EU und Islam«, Schmetterlingsverlag 2010, ISBN 3-89657-564-3

SP: Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit). Die SP wurde am 21. Juli 2001 als Nachfolgerin der einen Tag nach der Gründung der SP verboten wurde. Der Vorsitzende war Necmettin Erbakan. Die SP ist die politische Partei der Millî Görüş Hareketi (Bewegung der nationalen Sicht) und gilt als islamistisch-nationalistische Partei. Das Sprachrohr der SP ist die Tageszeitung Millî Gazete. Bei den Parlamentswahlen im Juni 2011 erhielt die SP nur 1,25 Prozent der Stimmen.

TİP: Türkiye İşçi Partisi (Arbeiterpartei der Türkei). TİP wurde am 13. Februar 1961 von zwölf führenden

Gewerkschaften gegründet. Nach den Parlamentswahlen von 1965 erreichte sie mit 3 Prozent der Stimmen einen großen Erfolg und entsandte 15 Abgeordnete ins Parlament. Die TİP hatte als erste Partei die Realität der »kurdischen Frage« anerkannt und dies in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Deswegen wurde sie am 20. Juli 1971 verboten. Die Neugründung erfolgte 1976. Nach dem Militärputsch von 1980 wurde die TİP wieder verboten und wirkte im Untergrund weiter. 1988 vereinigte sich mit der Kommunistischen Partei der Türkei zur TBKP (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei). Die TBKP wurde später aufgelöst.

TKP: Türkiye Komünist Partisi (Kommunistische Partei der Türkei). Ordnungshalber sollte darauf hingewiesen werden, dass die TKP richtigerweise als »Neo-TKP« zu bezeichnen ist, da sie mit der 1920 gegründeten und in der TBKP aufgegangenen TKP nichts zu tun hat. Die Wurzeln der »Neo-TKP« liegen in der Gruppe Sosyalist İktidar (Sozialistische Macht), die sich 1978 aus ausgeschlossen TİP-Mitgliedern formierte. 1986 gründeten einige prominente Personen der ehemaligen Gruppe die Zeitschrift »Gelenek« (Tradition). Von Gelenek-Kadern wurde 1992 die Sosyalist Türkiye Partisi (Partei der sozialistischen Türkei) gegründet, die jedoch vom Verfassungsgericht verboten wurde. Nachfolgepartei war die Sosyalist İktidar Partisi (Partei der sozialistischen Macht), die sich in 2001 den Namen TKP gab. Von Kritikern wird der »Neo-TKP« Nationalkommunismus und nationalistische Tendenzen vorgeworfen.

INSTITUTIONEN UND GEWERKSCHAFTEN

DISK: Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften). DISK wurde am 13. Februar 1967 von 5 Gewerkschaften gegründet. Innerhalb weniger Jahre wurde DISK der zweitgrößte Dachverband der Gewerkschaften nach TÜRK-İŞ. DISK Mitglieder wurden sowohl 1971 als auch 1980 von Militärs verfolgt und waren Zielscheibe von Attentaten. Besonders blutig war der Angriff auf die 1. Mai-Kundgebung 1977 auf dem Istanbuler Taksim-Platz, bei dem 36 TeilnehmerInnen getötet wurden. Am 22. Juli 1980 wurde der DISK Vorsitzende Kemal Türkler vor seinem Haus erschossen. Nach dem Militärputsch von 1980 forderten die Militärs in einem Schauprozess für 78 Gewerkschaftsführer die Todesstrafe. Insgesamt 1.477 DISK-Mitglieder waren angeklagt. 1991 ging der Prozess mit einem Freispruch durch den militärischen Kassationsgerichtshof zu Ende. Nach einem außerordentlichen Kongress im Dezember 1991 konnte DISK seine Arbeit wieder aufnehmen. Den eigenen Angaben nach hat DISK heute über 300.000 Mitglieder.

BİRLEŞİK METAL-İŞ: Vereinigte Metallarbeitergewerkschaft der Türkei. Die Gewerkschaft wurde durch die Fusion der Türkiye Maden-İş (Gewerkschaft der Metallarbeiter), die 1949 gegründet wurde und Otomobil-İş (Gewerkschaft der Automobilindustriearbeiter), die 1963 gegründet wurde, am 4. September 1993 gegründet. Beide Gründungsgewerkschaften gehörten zu den kämpferischsten Gewerkschaften der Türkei.

GIDA-İŞ: Gewerkschaft der Arbeiter in der

Nahrungsmittelindustrie. Diese Gewerkschaft war eine der Gründungsgewerkschaften der DISK. Heute hat sie kaum zahlende Mitglieder.

IDEF: Uluslararası Savunma Sanayii Fuarı (Internationale Verteidigungsindustriemesse). Findet alljährlich in Ankara statt. Eigentümerin der Messe ist die Stiftung zur Stärkung der türkischen Streitkräfte

İHD: İnsan Hakları Derneği (Menschenrechtsverein der Türkei). Er wurde am 17. Juli 1986 von 98 Personen gegründet. Dazu gehörten Anwälte, Journalisten, Intellektuelle, aber vor allem Angehörige von politischen Gefangenen. Er setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte in allen Bereichen ein. Im Jahre 1992 wurde die Satzung des İHD um humanitäre Aspekte entsprechend der Genfer Konvention erweitert. Seitdem werden auch Menschenrechtsverletzungen bewaffneter Gruppen kritisiert. Seit der Gründung hat der İHD sowohl mit rechtlichen Eingriffen in seine Arbeit aber auch mit direkter Gewalt von Einzelpersonen oder nationalistisch motivierten Kreisen zu kämpfen gehabt. Dazu führt der Verein auf seiner Internetseite an, dass mehr als 400 Verfahren gegen Vorstandsmitglieder des Vereins eröffnet wurden. Die Gouverneure einzelner Provinzen ließen die Zweigstellen insgesamt 30 Mal schließen. Gegen den Vorsitzenden der Zweigstelle Diyarbakır, die zwischen 1997 und 2000 geschlossen war, Osman Baydemir wurden in einem Jahr 60 Ermittlungs- und Strafverfahren eröffnet. Im Jahre 2000 wurden gegen die Zweigstelle Izmir ebenfalls 60 Verfahren eröffnet. Wegen Reden in den Jahren 1995 und 1996 wurde der ehemalige Vorsitzende Akın Birdal zu 20 Monaten Haft verurteilt, von denen er 14 Monate verbüßte. Daneben listet der İHD 14 Personen auf, die als Mitglieder des Vereins umgebracht wurden. Am 12. Mai 1998 entging Akın Birdal nur knapp dem Tod, als zwei Angreifer im Büro des İHD 14 Schüsse auf ihn abfeuerten. Am 25. November 1999 überfiel eine Gruppe von 30–35 Personen aus dem Umfeld der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) das Büro und verprügelten den neuen Vorsitzenden Hüsnü Öndül

İTÜ: İstanbul Teknik Üniversitesi (Technische Universität Istanbul). Die İTÜ wurde 1773 als Mühendishane-i Bahr-i Hümayun (Maritime Ingenieurschule des Imperiums) gegründet. In den späteren Jahren wurde daraus die Hochschule für Ingenieure. Nach 1940 konnte die Hochschule dank jüdisch-deutschen WissenschaftlerInnen, die in die Türkei immigrierten eine hohe Anerkennung finden. 1944 wurde die Hochschule dann Technische Universität.

KONDA: KONDA Araştırma ve Danışmanlık (KONDA Forschung und Beratung) ist ein privatwirtschaftliches Forschungsinstitut, die 1986 von Tarhan Erdem gegründet wurde.

MGK: Milli Güvenlik Kurulu (Nationaler Sicherheitsrat der Türkei). Verfassungsrechtlich wurde die MGK erstmals nach dem Militärputsch von 1960 verankert. Ziel ist die Festlegung, Planung und Umsetzung der nationalen Sicherheitspolitiken der Türkei. Nach dem Militärputsch von 1980 wurden die Befugnisse des Nationalen Sicherheitsrates erweitert. Die MGK war die wichtigste Institution des militärisch-bürokratischen Vormundschaftsregimes. Mit den Änderungen von

2003 wurde die MGK nach und nach unter die Kontrolle der AKP-Regierung gebracht.

MÜSİAD: Müstakil İş Adamları Derneği (Verein der unabhängigen Unternehmer). MÜSİAD wurde am 5. Mai 1980 in Istanbul gegründet. Schon bei der Gründung sprachen die Medien von einer »muslimischen« Verbindung. Einer ihrer erklärten Missionen ist »die Wahrung der Unabhängigkeit unseres Landes, unter Beachtung der nationalen und gesellschaftlichen Traditionen und Kultur«. Die MÜSİAD ist erklärte Unterstützerin der AKP-Regierung und ist in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Unternehmerverbände der Türkei aufgestiegen.

TESEV: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı (Türkische Stiftung für wirtschaftliche und soziale Studien). TESEV wurde 1994 gegründet und sieht sich in der Nachfolge des Rates für wirtschaftliche und soziale Studien, die 1961 von dem Pharma-Industriellen Nejat Eczacıbaşı gegründet wurde. Sein Sohn Bülent Eczacıbaşı war Gründungsvorsitzender der TESEV, die inzwischen ein Jahresbudget von 2 Mio. US-Dollar hat. Rund 400.000 US-Dollar kommen von der Soros-Stiftung.

TUIK: (ehem. DİE) Türkiye İstatistik Kurumu (Statistikbehörde der Türkei). Wurde 1926 als »Zentrale Statistikbehörde« gegründet. 1962 wurde daraus die DİE (Staatliche Statistikbehörde). 2005 wurde dann die TUIK gegründet und dem Ministerium für Aufschwung unterstellt.

TÜMTİS: Türkiye Motorlu Taşıtlı İşçileri Sendikası (Transportarbeitergewerkschaft der Türkei). Wurde am 14. Juli 1949 in Istanbul gegründet. Ist einer der Gründungsmitglieder der Konföderation TÜRK-İŞ.

TÜPRAŞ: Türkiye Petrol Rafineleri A.Ş. (Erdölraffinerien der Türkei Aktiengesellschaft). TÜPRAŞ ist das größte petrochemische Unternehmen der Türkei, die in vier Erdölraffinerien über rund 28,1 Mio. Tonnen Rohölverarbeitungskapazität verfügt. Die Teilprivatisierung begann 1991, als 2,5 Prozent der Aktien verkauft wurden. 2005 hat das Koc-Shell-Konsortium mit einem Gebot von über 4 Mrd. US-Dollar 51 Prozent gekauft.

TÜRK-İŞ: Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Konföderation der türkischen Arbeitergewerkschaften). Wurde am 6. September 1952 in Izmir von 11 Gewerkschaften gegründet. Heute sind 35 Gewerkschaften Mitglied von TÜRK-İŞ. 1967 haben 5 Mitgliedsgewerkschaften TÜRK-İŞ als eine »gelbe Gewerkschaft« bezeichnet und sind ausgetreten, wonach sie DISK gründeten. Nach eigenen Angaben hat TÜRK-İŞ über 2 Mio. Mitglieder. Die TÜRK-İŞ-Führung hat stets eine regierungsnahen Politik verfolgt, aber einzelne Mitgliedsgewerkschaften konnten eine regierungskritische und unabhängige Gewerkschaftspolitik betreiben.

TÜSİAD: Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği (Verein der türkischen Industriellen und Unternehmer). TÜSİAD wurde 1971 gegründet und ist eine der wichtigsten Unternehmensverbände in der Türkei. In den letzten Jahren trat der Verein vor allem durch seine offensive Werbung für einen türkischen EU-Beitritt hervor.

USAK: Uluslararası Stratejik Araştırmalar Kurumu (Organisation für internationale strategische Studien). USAK wurde 2004 in Ankara als eine regierungsnaher Organisation gegründet. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind internationale Beziehungen, ethnische Studien, Terrorismusforschung sowie Verteidigungs- und Sicherheitspolitiken.

YASED: Uluslararası Yatırımcılar Derneği (Verein der internationalen Investoren). Wurde 2011 gegründet. Ihr erklärtes Ziel laut ihrer Website ist: »Die Türkei zu einem besten Investitionsland der Welt zu machen«.

ZEITUNGEN

HÜRRİYET: Hürriyet (Freiheit). Wurde am 1. Mai 1948 von Sedat Simavi gegründet. Mit 48 Angestellten erreichte sie schon in der ersten Woche eine Auflage von 50.000. Heute befindet sich Hürriyet im Besitz der Familie Doğan, an der auch die Axel Springer AG beteiligt ist. Dem Doğan-Konzern gehören u. a. die Tageszeitungen Milliyet, Radikal, Posta, Fanatik, Referans, Gözcü und die englischsprachige Hürriyet Daily News an Economic Review sowie der größte Privatsender der Türkei, die Kanal D. Im Kopf der Zeitung befindet sich das Motto »Türkiye Türklerindir« (Türkei gehört den Türken). Hürriyet verfolgt eine staats- und regierungsnaher Politik.

TARAF: Taraf (Partei wie parteiisch). Erstmals erschien die Taraf am 15. November 2007. Sie gilt als eine liberale Zeitung. Chefredakteur ist der Schriftsteller Ahmet Altan. Obwohl zeitweise auch regierungskritische Nachrichten zu lesen sind, ist die Redaktionslinie als regierungsnaher zu bezeichnen. Kritiker der Zeitung sprechen davon, dass die Redaktion viele geheime Dossiers direkt von dem Geheimdienst und der Polizei erhält.

ÖZGÜR GÜNDEM: Özgür Gündem (Freie Tagesordnung). Prokurdische Linkszeitung. Erschien erstmals im Mai 1992 als »Gündem« (Tagesordnung). Nur sieben Tage nach dem Erscheinen wurde der erste Redakteur ermordet. Bis die Zeitung 1994 verboten wurde starben mehr als 70 MitarbeiterInnen der Zeitung. Auch die Vorgängerzeitungen »Yeni Ülke« (Neues Land) und »Özgür Ülke« (Freies Land) wurden verboten. Mehrere Male wurden Filialen und Zentrale der Zeitung Ziel von Bombenanschlägen. Bei dem Bombenanschlag am 2. Dezember 2004 starb ein Angestellter der Zeitung und 18 Personen wurden verletzt. Am 4. April 2011 wurde die Zeitung wieder gegründet und hat eine Auflage von über 45.000. Der Vertrieb wird weiterhin behindert, mehrere JournalistInnen der Zeitung sitzen derzeit im Untersuchungshaft.

RADİKAL: Radikal erscheint seit 1996 als Tageszeitung und ist im Besitz der Familie Doğan. Seit dem 17. Oktober 2010 erscheint sie im Tabloid-Format. Die Redaktionslinie wird als liberal bezeichnet.

YENİ ŞAFAK: Yeni Şafak (Neue Morgendämmerung). Die Zeitung wurde im September 1994 von der Stiftung der Ärzteunion herausgegeben. Am 23. Januar 1995 wurde die Zeitung von dem Vorsitzenden der islamistischen Ensar Stiftung, Ahmet Şişman gekauft. Im Impressum wird als Gründungsdatum der 23. Januar 1995 angegeben. Als konservatives Blatt ist Yeni

Şafak mit ihrer regierungsnaher Berichterstattung bekannt.

YENİ ÖZGÜR POLİTİKA: Yeni Özgür Politika (Neue freie Politik) ist Nachfolgerin der »Özgür Politika« (Freie Politik) die im September 2005 im Rahmen des »PKK-Verbotes« verboten wurde. Seit Januar 2006 erscheint sie unter dem Namen Yeni Özgür Politika. Die Redaktion sieht sich in der Traditionslinie der Zeitungen »Gündem« und »Özgür Gündem«. Wegen Veröffentlichung einer PKK-Fahne neben einem Zeitungsartikel ist derzeit ein Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur anhängig.

ZUM AUTOR:

Murat Çakır ist seit Januar 2006 Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung; bis 30. Oktober 2009 Pressesprecher in Berlin und seit dem 1. November 2009 Regionalbüroleiter der RLS in Hessen.